

Freistaat Bayern

Haushaltsplan
2013/2014

Einzelplan 03 A

für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums
des Innern

Inhalt

Einzelplan 03

Teil A: Allgemeine Innere Verwaltung

Vorwort

Kap. 03 01	Ministerium
Kap. 03 02	Sammelansätze für den Gesamtbereich des Teils A - Allgemeine Innere Verwaltung -
Kap. 03 03	Allgemeine Bewilligungen
Kap. 03 05	Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern
Kap. 03 06	Verwaltungsgerichte
Kap. 03 07	Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Kap. 03 08	Regierungen
Kap. 03 09	Landratsämter
Kap. 03 10	Landesamt für Datenschutzaufsicht
Kap. 03 15	Landesamt für Verfassungsschutz
Kap. 03 17	Landeskriminalamt
Kap. 03 18	Landespolizei
Kap. 03 20	Bereitschaftspolizei
Kap. 03 21	Polizeiverwaltungsamt
Kap. 03 23	Brandschutz
Kap. 03 24	Rettungsdienst und Katastrophenschutz
Kap. 03 26	Feuerwehrschulen

Abschluss Teil A

Übersicht Verpflichtungsermächtigungen

Anlagen

B	Kap. 80 47 Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kap. 03 24)
S	Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Teils A

Stellenplan

Teil B: Staatsbauverwaltung

Vorwort

Kap. 03 61	Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern
Kap. 03 62	Sammelansätze für den Gesamtbereich des Teils B - Staatsbauverwaltung -
Kap. 03 63	Allgemeine Bewilligungen
Kap. 03 64	Wohnraumförderung
Kap. 03 65	Städtebauförderung
Kap. 03 73	Bauabteilungen der Regierungen
Kap. 03 75	Autobahndirektionen und Landesbaudirektion
Kap. 03 80	Staatliche Bauämter

Abschluss Teil B

Übersicht Verpflichtungsermächtigungen

Hauptabschluss Epl. 03

Anlagen

A	Um- und Ausbau der Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
S	Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Teils B

Stellenplan

Vorwort zum Einzelplan 03 A Staatsministerium des Innern

- Allgemeine Innere Verwaltung -

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern umfasst die Allgemeine Innere Verwaltung (Einzelplan 03 A) und die Staatsbauverwaltung (Einzelplan 03 B).

Zur Allgemeinen Inneren Verwaltung gehören folgende Aufgabengebiete:

1. Die Organisation und der Dienstgang der staatlichen Allgemeinen Inneren Verwaltung, deren Verfahren und die Verwaltungsrechtspflege,
2. die Bearbeitung von staatsrechtlichen Angelegenheiten (des Wahlrechts usw.),
3. das Wehrwesen, die zivile Verteidigung, der Zivil- und Katastrophenschutz, das Rettungswesen, das Staatsangehörigkeitswesen, die staatlichen Auszeichnungen und die Angelegenheiten der Landesgrenze,
4. die Angelegenheiten der Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände, das Sparkassenwesen einschließlich der Aufsicht über den Bayerischen Sparkassen- und Giroverband sowie die Aufsicht über die kommunalen Spitzenverbände, den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband und die Bayerische Verwaltungsschule,
5. das Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und der Polizei einschließlich der Polizeischulen,
6. die Angelegenheiten der Enteignung und der Tumultschäden,
7. die Angelegenheiten derjenigen Stiftungen, die nicht in den Aufgabenbereich der Staatsministerien für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie für Unterricht und Kultus fallen,
8. die Feuersicherheit einschließlich des Kaminkehrerwesens und das Feuerlöschwesen,
9. den Vollzug der Straßenverkehrs-Ordnung, das Führerschein- und Fahrlehrerwesen und die Verkehrserziehung,
10. das Personenstandswesen und das Namensrecht,
11. das Freizügigkeits-, Aufenthalts- und Auswanderungswesen,
12. das Sammlungs-, Lotterie- und Glücksspielwesen,
13. das öffentliche Versicherungswesen einschließlich der Versicherungsaufsicht über die von der Bayerischen Versorgungskammer verwalteten Versorgungseinrichtungen,
14. die Angelegenheiten der amtlichen Statistik,
15. das öffentliche Vereinsrecht,
16. das Presserecht,
17. das Waffen- und Sprengstoffrecht,
18. die sicherheitsrechtliche Behandlung des Theater- und Filmwesens,
19. das Feiertagsrecht.

Die Aufgaben der Allgemeinen Inneren Verwaltung werden erledigt von 7 Regierungen und 71 Landratsämtern, vom Verwaltungsgerichtshof und 6 Verwaltungsgerichten, von der Landesadvokatur Bayern, vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, vom Landesamt für Datenschutzaufsicht, der Versorgungskammer, vom Landesamt für Verfassungsschutz, den 10 Polizeipräsidien und anderen Dienststellen der Landespolizei, vom Präsidium der Bereitschaftspolizei, den 7 Bereitschaftspolizeiabteilungen und anderen Dienststellen der Bereitschaftspolizei, vom Landeskriminalamt, vom Polizeiverwaltungsamt, den Feuerwehrschulen in Geretsried, Regensburg und Würzburg. Der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern unterstehen 7 Bezirke, 71 Landkreise, 25 kreisfreie Städte und 2031 kreisangehörige Gemeinden, davon 29 Große Kreisstädte.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Mit dem Gesetz zur Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 20.07.2011, GVBI S. 307, wurde das Landesamt für Datenschutzaufsicht mit Wirkung vom 01.08.2011 als zuständige Aufsichtsbehörde gem. § 38 Abs. 6 BDSG für die Kontrolle der Durchführung des Datenschutzes bei nicht-öffentlichen Stellen bestimmt.

C. Bayer. Versorgungskammer

Die Bayer. Versorgungskammer ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete staatliche Oberbehörde (Art. 6 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 16.06.2008 (GVBI S. 371). Für sie sind jedoch im Staatshaushalt keine Haushaltsansätze und Stellen ausgebracht. Denn die bei der Versorgungskammer bestehenden rechtsfähigen Versorgungsanstalten des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung (Art. 1 Abs. 1 VersoG) bestreiten den Verwaltungsaufwand einschließlich der Bezüge der Beamten, Arbeitnehmer und Versorgungsempfänger aus eigenen Mitteln (Art. 9 Abs. 2 VersoG).

Die Beamten der Versorgungskammer sind Staatsbeamte, die Arbeitnehmer sind Arbeitnehmer der Versorgungsanstalten (Art. 6 Abs. 5 VersoG). Die Versorgungskammer stellt hierfür einen eigenen Stellenplan auf (Art. 6 Abs. 7 VersoG).

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Versorgungsanstalten und der Versorgungskammer unterliegen der Prüfung durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof.

D. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

	2012 ¹⁾ Tsd. €	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
Verwaltungseinnahmen u. dgl.	415.416,0	427.823,6	427.906,1
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen ..	2.755,2	22.707,0	14.271,7
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	27.753,6	28.557,0	29.568,0
Gesamteinnahmen	445.924,8	479.087,6	471.745,8
Personalausgaben	3.049.415,9	3.162.724,9	3.238.201,4
Sächliche Verwaltungsausgaben	315.400,8	360.619,1	370.102,5
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen ..	25.137,6	55.839,5	51.420,7
Baumaßnahmen	69.647,1	102.723,6	79.933,8
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen	133.400,2	166.812,3	174.442,4
Besondere Finanzierungsausgaben	- 4.572,8	-3.637,1	-3.577,9
Gesamtausgaben	3.588.428,8	3.845.082,3	3.910.522,9
Zuschuss	3.142.504,0	3.365.994,7	3.438.777,1

E. Gliederung der Ausgaben nach Bereichen

	2012 ^{*)} Tsd. €	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Innere Verwaltung	642.866,1	682.943,5	681.397,0
2. Verwaltungsgerichtsbarkeit	58.366,9	59.963,1	61.421,1
3. Verfassungsschutz	37.278,8	38.861,1	39.501,0
4. Polizei	2.771.635,2	2.951.529,0	3.011.296,9
5. Rettungsdienst und Katastrophenschutz	12.607,1	20.387,1	22.910,6
6. Brandschutz	65.674,7	91.398,5	93.996,3
Summe	3.588.428,8	3.845.082,3	3.910.522,9

*) 2012 i.d.F. des Nachtragshaushalts 2012

F. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die Gesamtübersicht zum Stellenplan. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Vorwort zum Einzelplan 03 B

- Staatsbauverwaltung -

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Geschäftsbereich der Staatsbauverwaltung umfasst die folgenden Aufgabengebiete:

1. Hochbauangelegenheiten sämtlicher Ressorts sowie – im Wege der Organleihe – des Bundes (einschl. NATO und Stationierungsstreitkräfte); Begutachtung von Bauvorhaben der nichtstaatlichen Krankenanstalten, der Sozialversicherungsträger, von nichtstaatlichen Bauten für Kultur und Wissenschaft sowie von Bezirksbauten; landwirtschaftliches Bauwesen; bauliche Denkmalpflege; fachliche Angelegenheiten des staatlichen Liegenschaftsverkehrs; elektrotechnische und maschinentechnische Einrichtungen sowie Energieversorgung in staatlichen Gebäuden und Anlagen; fachliche Mitwirkung bei staatlich geförderten Maßnahmen.
2. Rechtsfragen des Städtebaues, Bau- und Bodenrecht, Straßen- und Wegerecht, Kreuzungsrecht, städtebauliche Planung und Forschung, Grundsatzfragen der Bautechnik, Bauforschung und Baunormung; Baustoffprüfung und Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten.
3. Grundsatzfragen des Wohnungswesens, Wohnraumförderung und Förderung von städtebaulichen Vorhaben, Wohnungsbauforschung; Rechtsfragen des Wohnungswesens und der Städtebauförderung.
4. Straßen- und Brückenbau für Bundesfernstraßen und Staatsstraßen (Planung des überörtlichen Straßennetzes, Bau und Verwaltung der staatlichen Straßen und Brücken und der Bundesfernstraßen – in Auftragsverwaltung –), Richtlinien auf dem Gebiet der Straßenbau- und Verkehrstechnik, Förderung von Baumaßnahmen an öffentlichen Straßen durch den Freistaat Bayern, Straßen- und Brückenbau für Kreisstraßen aufgrund besonderer Vereinbarungen mit den Landkreisen, gutachtliche Mitwirkung im kommunalen Straßenbau.
5. Organisation der Staatsbauverwaltung; Sach- und Personalhaushalt; Ausbildung und Prüfung für den mittleren, gehobenen und höheren bautechnischen Verwaltungsdienst; allgemeines Verdingungswesen in Bezug auf Leistungen und Bauleistungen der Staatsbaubehörden; Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung im Zusammenhang mit den Fachplanungen, Controlling.

Die Aufgaben der Staatsbauverwaltung werden unter der Leitung der Obersten Baubehörde von 7 Abteilungen (Bereich 3, Planung und Bau) der Regierungen, von 2 Autobahndirektionen und der der Autobahndirektion Nordbayern angegliederten Landesbaudirektion, sowie von 22 Staatlichen Bauämtern durchgeführt. Von diesen Dienststellen werden betreut: Rund 11.450 Gebäude des Staates oder mit staatlicher Baupflicht und 9.500 Gebäude des Bundes und Dritter, rund 2.500 km Bundesautobahnen, rund 6.550 km Bundesstraßen, rund 14.000 km Staatsstraßen, rund 3.100 km Kreisstraßen.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

- I. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der Einzelplanabschluss.
- II. Ausgabenschwerpunkte

Bezeichnung	Nachrichtlich	Soll	
	Soll 2012 Mio. €	2013 Mio. €	2014 Mio. €
1	2	3	4
Gesamtausgaben	1.310,7	1.329,5	1.326,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr		+ 18,8 (=+ 1,4 %)	- 2,7 (=- 0,2 %)
Hiervon entfallen auf:			
1. Abwicklung früherer Programme der Wohnraum- und Städtebauförderung (einschl. VE-Abdeckung)			
1.1 Landesmittel			
- Wohnraumförderung	36,0	33,6	38,5
- Studentenwohnraumförderung	15,0	15,0	15,0
- Städtebauförderung	67,2	69,4	69,8
Summe	118,2	118,0	123,4
1.2 Bundesmittel			
- Kompensationszahlungen zur Wohnraumförderung	51,3	51,3	51,3
- Städtebauförderung	61,5	62,4	57,5
Summe	112,8	113,8	108,8
1.3 Gesamtsumme Nr. 1	231,0	231,8	232,2
2. Bewilligungsrahmen der Wohnraum- und Städtebauförderung			
2.1 Wohnraumförderung			
2.1.1 Landesmittel			
- Wohnraumförderung (Ausgabemittel)	20,0	30,0	30,0
- Wohnraumförderung (VE)	(130,0)	(125,0)	(125,0)
- Behindertenwohnraumförderung (VE)	(5,0)	(5,0)	(5,0)
Summe	155,0	160,0	160,0
2.1.2 Bundesmittel			
- Wohnraumförderung (Ausgabemittel)	10,0	10,0	10,0
- Wohnraumförderung (VE)	(40,0)	(40,0)	(40,0)
Summe	50,0	50,0	50,0
2.1.3 Gesamtsumme Nr. 2.1	205,0	210,0	210,0

Bezeichnung	Nachrichtlich	Soll		
	Soll 2012 Mio. €	2013 Mio. €	2014 Mio. €	
1	2	3	4	
2.2	Studentenwohnraumförderung (Landesmittel)			
	- Ausgabemittel	4,2	4,2	4,2
	- VE	(13,3)	(13,3)	(13,3)
	Summe	17,5	17,5	17,5
2.3	Städtebauförderung			
2.3.1	Landesmittel			
	- Bayer. Programm (Ausgabemittel)	8,0	-	-
	- Bayer. Programm (VE)	(40,0)	(48,0)	(48,0)
	- Bund/Länder-Programme (VE)	(43,6)	(43,7)	(43,7)
	- EU-Programme (VE)	(4,6)	(3,0)	(3,2)
	Summe	96,2	94,6	94,9
2.3.2	Bundesmittel			
	- Bund/Länder-Programme (VE)	(43,6)	(43,7)	(43,7)
	- EU-Programme (VE)	(14,0)	(9,1)	(10,0)
	Summe	57,6	52,7	53,7
2.3.3	Gesamtsumme Nr. 2.3	153,7	147,4	148,5
3.	Wohngeld			
	- Landesmittel	72,0	66,0	64,5
	- Bundesmittel	72,0	66,0	64,5
	Summe	144,0	132,0	129,0
4.	Investitionspakt Bund-Länder-Kommunen 2009 zur energetischen Sanierung sozialer Infrastruktur			
	- Landesmittel	1,4	1,0	-
	- Bundesmittel	8,1	6,1	-
	Summe	9,4	7,1	-
5.	Straßenbau			
5.1	Um-/ Ausbau und Bestandserhaltung von Staatsstraßen	215,0	215,0	215,0
5.2	Planung und Bauleitung für Bundesfern-, Staats- und Kreisstraßen	121,4	125,1	126,1
5.3	Privatfinanzierte Straßen	8,1	8,0	8,0
5.4	Betriebsdienst auf Staatsstraßen	96,3	100,8	101,3
	Summe Nr. 5	440,8	448,9	450,4
6.	Staatlicher Hochbau			
	- Anlage S	4,0	8,0	8,0
	- Kleine Baumaßnahmen	3,7	5,0	4,5
	- Verstärkung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne	20,0	20,0	20,0
	Summe	27,7	33,0	32,5

D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die Gesamtübersicht zum Stellenplan. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Einzelplan 03 A

- Allgemeine Innere Verwaltung -

Inhalt

	Seite
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2013 und 2014	13
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung	14
Kapitel 03 01 Ministerium	16
Kapitel 03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung	26
Kapitel 03 03 Allgemeine Bewilligungen	40
Kapitel 03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesrechtsanwaltschaft Bayern	60
Kapitel 03 06 Verwaltungsgerichte	68
Kapitel 03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	78
Kapitel 03 08 Regierungen	118
Kapitel 03 09 Landratsämter	138
Kapitel 03 10 Landesamt für Datenschutzaufsicht.....	146
Kapitel 03 15 Landesamt für Verfassungsschutz	150
Kapitel 03 17 Landeskriminalamt	158
Kapitel 03 18 Landespolizei	176
Kapitel 03 20 Bereitschaftspolizei	198
Kapitel 03 21 Polizeiverwaltungsamt	214
Kapitel 03 23 Brandschutz	224
Kapitel 03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz	230
Kapitel 03 26 Feuerweherschulen	238
Abschluss	250
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	251
Anlage B Kap. 80 47 Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kap. 03 24)	257
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Teils A	263
Stellenplan	293

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2013 und 2014

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 €,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 € nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.
Für das Vergabebudget für die Leistungsbezüge ist in den jeweiligen Sammelkapiteln ein eigener Titel 422 45 ausgebracht.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.
Dabei werden
 - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
 - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 5.4 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
 - 5.5 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

1. Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2013/2014 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:
 - Kap. 03 03 TG 71, 72, 76, 85 und 86 sowie Tit. 547 05,
 - Kap. 03 05 Tit. 111 01 und 526 01,
 - Kap. 03 06 Tit. 111 01 und 526 01,
 - Kap. 03 07 TG 92 und TG 93,
 - Kap. 03 08 Tit. 526 11 und 547 05,
 - Kap. 03 09 Einnahmen sowie Tit. 428 11,
 - Kap. 03 15 Tit. 534 01,
 - Kap. 03 17 Tit. 111 01, 111 05 und 514 25,
 - Kap. 03 18 Tit. 111 01, 111 05 und 514 25,
 - Kap. 03 20 Tit. 111 01, 132 01 und 514 25,
 - Kap. 03 21 Tit. 111 01,
 - Kap. 03 23 und
 - Kap. 03 24.

2. Die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2013/2014 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen gelten zusätzlich für:
 - die Titel 427 75, 427 76, 428 60, 428 94, 428 95, 428 96, 453 71, 453 75 aller Kapitel,
 - Kap. 03 07 Tit. 412 11, 459 94 und 459 99,
 - Kap. 03 08 Tit. 412 01, 459 51 und
 - Kap. 03 20 Tit. 443 05.

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-7	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	2,0	2,0	A	1,0
					B	2,4
					C	2,9
112 01-6	011	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	---	---	A	---
119 49-3	011	Vermischte Einnahmen	7,0	7,0	A	5,0
					B	13,1
					C	7,2
124 01-2	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	340,0	340,0	A	260,0
					B	189,3
					C	262,3
129 05-3	011	Energieeinspeisevergütungen	0,4	0,4	A	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
261 01-5	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	299,6	302,6	A	286,2
					B	268,4
					C	296,7
Gesamteinnahmen			649,0	652,0	A	552,2
					B	473,6
					C	573,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
421 01-2	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	357,1	362,2	A	340,2
					B	343,7
					C	346,0
422 01-1	011	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	16.456,6	16.838,8	A	15.659,9
					B	15.635,6
					C	15.192,6
422 31-5	011	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	4.065,0	4.159,3	A	3.839,3
					B	3.862,1
					C	3.923,3
427 01-6	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---
428 01-5	011	Entgelte der Arbeitnehmer	5.732,2	5.829,4	A	5.505,4
					B	5.532,2
					C	5.373,8
428 11-3	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---
428 21-1	011	Entgelte der Arbeitnehmer	509,4	518,1	A	500,9
					B	491,6
					C	483,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 01

Das Staatsministerium unterstützt die Regierungstätigkeit und ist oberste Verwaltungsbehörde im Geschäftsbereich. Im Vollzug des Art. 55 BV obliegen ihm insbesondere die Umsetzung der vom Ministerpräsidenten bestimmten Richtlinien der Politik in Einzelziele, Planungen oder Programme einschließlich deren Kontrolle, Richtlinien-, Steuerungs- und Aufsichtsfunktionen gegenüber dem nachgeordneten Geschäftsbereich und die Zusammenarbeit mit den gesetzgebenden Organen; Vollzugsaufgaben und die Bearbeitung von Einzelfällen werden den nachgeordneten Behörden zur möglichst selbständigen Bearbeitung übertragen. Sie können ausnahmsweise vom Staatsministerium wahrgenommen werden, wenn es sich um Angelegenheiten von besonderer politischer Bedeutung handelt oder wenn eine andere Zuordnung nicht zweckmäßig ist.

Das Staatsministerium besteht aus der Allgemeinen Inneren Verwaltung und der Obersten Baubehörde. Die Haushaltsmittel der Obersten Baubehörde sind im Kap. 03 61 veranschlagt.

Zu 03 01/124 01	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	339,0	339,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	1,0	1,0
Zusammen	<u>340,0</u>	<u>340,0</u>

2013 gegenüber 2012:

Mehr 80,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 01/129 05

Veranschlagt ist die Einspeisevergütung für die Photovoltaikanlage am Dienstgebäude Odeonsplatz 3.

Zu 03 01/261 01

Das StMI hat nach Maßgabe spezialgesetzlicher Regelungen Anspruch auf Erstattung der Kosten, die bei der Wahrnehmung von Aufgaben der Aufsicht anfallen (z.B. über die Bayer. Versorgungskammer und Versicherungskammer Bayern).

Zu 03 01/421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	12,6	12,6

Zu 03 01/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (insbesondere Polizeizulage und Erschwerniszulage) und Zuwendungen (Fahrkostenzuschuss).

Zu 03 01/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 01/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 01/428 21

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
428 41-7	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	69,2	69,2	A	87,2
					B	48,5
					C	63,4
453 01-3	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	41,8	41,8	A	36,0
					B	51,2
					C	36,5
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-3	011	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	552,6	552,6	A	512,8
					B	413,1
					C	450,9
511 22-8	011	Fachausstattung für den uniformierten Dienst	---	---	A	---
					B	0,2
					C	0,7
514 01-0	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	147,4	147,4	A	126,8
					B	127,3
					C	134,3
514 11-8	011	Dienst- und Schutzkleidung	27,4	27,4	A	23,3
					B	23,7
					C	21,4

Erläuterungen

Zu 03 01/428 41

2013 gegenüber 2012:

Weniger 18,0 Tsd. € wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 427 41.

Zu 03 01/453 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	33,8	33,8
2. Umzugskostenvergütungen	8,0	8,0
Zusammen	<u>41,8</u>	<u>41,8</u>

Zu 03 01/511 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	96,4	96,4
2. Bücher und Zeitschriften	150,0	150,0
3. Kommunikation	65,0	65,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	33,8	33,8
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	100,0	100,0
6. Elektronisches Presseclipping	63,2	63,2
7. Sonstiges	44,2	44,2
Zusammen	<u>552,6</u>	<u>552,6</u>

2013 gegenüber 2012:

Mehr 39,8 Tsd. € zur Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (insbesondere für elektronisches Presseclipping).

Zu 03 01/511 22

Beschaffung von polizeispezifischer Ausrüstung und Ausstattung (wie Waffen, Sonderbekleidung).

Zu 03 01/514 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	100,0	100,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	47,4	47,4
Zusammen	<u>147,4</u>	<u>147,4</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	147,4	147,4
Personalausgaben	510,0	510,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	38,4
Ausgaben für Leasing/Miete	48,0	48,0
Zusammen	<u>705,4</u>	<u>743,8</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2012	davon geleast/ gemietet
	2013	2014	2012	gesamt	
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	9	9	9	9	7
Katastrophenschutzfahrzeuge	1	1	1	1	1
Polizeiführungsfahrzeug	1	1	1	1	1
Polizeieinsatzfahrzeuge	3	3	3	3	2
Fahrzeug der Projektgruppe DigiNet	4	4	4	2	2

Ein hier im Bestand enthaltenes Einsatzfahrzeug wird zu Lasten Kap. 03 20 Tit. 514 01 betrieben (vgl. auch Erläuterung bei Kap. 03 20 Tit. 514 01). Für das Polizeiführungsfahrzeug wird der Fahrer aus Kap. 03 20 gestellt (Betriebskosten ansonsten Kap. 03 01). Das Katastrophenschutzfahrzeug wurde zu Lasten des K-Fonds (Anlage B) geleast, der Unterhalt erfolgt aus Kap. 03 01 Tit. 514 01. Leasing und Unterhalt der Fahrzeuge der Projektgruppe DigiNet erfolgen aus Kap. 03 03 TG 85.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 20,6 Tsd. € zur Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (insbes. wegen Preissteigerungen bei Treibstoffkosten).

Zu 03 01/514 11

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Dienstkleidungszuschuss und Kleidergeld für Polizeivollzugsbeamte	23,2	23,2
2. Dienst- und Schutzkleidung für Pförtner, Kraftfahrer, Haus- und Reinigungspersonal	4,2	4,2
Zusammen	<u>27,4</u>	<u>27,4</u>

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
517 01-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	397,0	397,0	A	329,1
					B	368,4
					C	342,8
517 05-3	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	330,0	330,0	A	285,1
					B	315,9
					C	304,2
517 31-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-7	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-6	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.007,0	1.072,0	A	995,0
					B	997,1
					C	996,7
518 11-4	011	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	80,0	80,0	A	69,3
					B	59,5
					C	57,4
518 18-7	011	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	48,0	48,0	A	33,6
					B	45,3
					C	32,2
518 31-0	011	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-5	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	117,4	117,4	A	104,0
					B	97,9
					C	230,3
527 01-5	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	380,0	380,0	A	333,9
					B	355,6
					C	343,8
529 01-3	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	12,1	12,1	A	11,9
					B	26,9
					C	26,8
531 01-9	011	Herausgabe amtlicher Blätter	---	---	A	---
531 11-7	011	Herausgabe von "Bayerns Polizei"	47,0	47,0	A	47,0
					B	48,6
					C	26,8
532 11-6	011	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	26,3	26,3	A	4,5
546 49-6	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	21,1	21,1	A	22,5
					B	51,8
					C	8,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-7	011	Kostenanteil an der ständigen IMK-Geschäftsstelle	26,0	26,0	A	26,0
					B	20,8
					C	21,2
685 01-3	011	Zuschuss zum Kantinenbetrieb	48,0	48,0	A	48,0
					B	48,0
					C	48,0
686 01-2	011	Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Vereine u. dgl.	10,1	10,1	A	10,1
					B	9,1
					C	9,1

Erläuterungen

Zu 03 01/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 67,9 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Zu 03 01/517 05

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	150,0	150,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	180,0	180,0
Zusammen	330,0	330,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 44,9 Tsd. € zur Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Zu 03 01/518 01

2014 gegenüber 2013:

Mehr 65,0 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Verträge mit Indexsteigerung).

Zu 03 01/518 11

Veranschlagt sind insbesondere Mieten für dezentrale Kopiergeräte und für Großkopierer der zentralen Kopierstelle.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 10,7 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Neuausschreibung der Anmietung dezentraler Kopiergeräte - Multifunktionsgeräte).

Zu 03 01/518 18

2013 gegenüber 2012:

Mehr 14,4 Tsd. € insbesondere wegen Zahlungen für beschädigte Leasingrückläufer.

Zu 03 01/519 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	102,0	102,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	15,4	15,4
Zusammen	117,4	117,4

2013 gegenüber 2012:

Mehr 13,4 Tsd. € zum Ausgleich der Baupreissteigerungen.

Zu 03 01/527 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 46,1 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Zu 03 01/531 11

Herausgabe des Informationsblattes "Bayerns Polizei".

Zu 03 01/532 11

2013 gegenüber 2012:

Mehr 21,8 Tsd. € für Umzüge aus Anlass der Sanierung bzw. dem Austausch der Fenster der Dienstgebäude Odeonsplatz 3, Wittelsbacherplatz 6 und Brienner Straße 4.

Zu 03 01/546 49

Veranschlagt sind: Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 01/632 01

Die Innenministerkonferenz hat beim Sekretariat des Ausschusses für Innere Angelegenheiten des Bundesrats eine ständige Geschäftsstelle eingerichtet. Die anfallenden Personal- und Sachkosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel von den einzelnen Ländern getragen.

Zu 03 01/686 01

Veranschlagt sind Beiträge für Mitgliedschaften im Deutschen Verkehrssicherheitsrat e.V., der Deutschen Akademie für Verkehrswissenschaften, der Münchner Juristischen Gesellschaft und bei der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts.

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-3	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	260,0	---	A	---
					B	260,9
					C	22,5
710 00-3	011	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.500,0	7.000,0	A	500,0
					B	116,5
					C	557,3
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-0	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	38,4	A	---
812 01-9	011	Anschaffung von Maschinen, Geräten, Anlagen und Einrichtungsgegenständen	150,0	150,0	A	63,7
					B	45,4
					C	23,1
		Besondere Finanzierungsausgaben				
981 11-2	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	132,5	137,6	A	281,6
					B	275,7
					C	170,6
		Titelgruppen				
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99-6	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	108,7	108,7	A	94,8
					B	82,7
					C	92,1
514 99-3	011	Verbrauchsmittel	94,7	94,7	A	105,2
					B	61,8
					C	95,3
518 99-9	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 01/701 01	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
Dienstgebäude des Staatsministeriums des Innern		
- Erneuerung der Videoanlage	260,0	-

Zu 03 01/811 01

2014 gegenüber 2013:

Mehr 38,4 Tsd. € für die Ersatzbeschaffung eines Botenfahrzeugs und eines Fahrzeugs für Selbstfahrer.

Zu 03 01/812 01

Veranschlagt sind der Ersatz von Büro- und Registraturausstattungen sowie von Maschinen und Geräten (einschl. Cafeteria), die Modernisierung des Sitzungssaals und von Besprechungsräumen u.a.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 86,3 Tsd. € insbesondere für den Ersatz von veralteten Bürodrehstühlen, der Medienanlage im Sitzungssaal, von Küchengeräten und der Frankiermaschine in der Poststelle.

Zu 03 01/981 11

2013 gegenüber 2012:

Weniger 149,1 Tsd. € für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd.

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Süd auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 03 07 Tit. 381 60.

Zu 03 01/99

Eingesetzt werden Mehrplatzsysteme, Server und PC-Arbeitsplätze zur Abwicklung von EDV-Verfahren (z.B. Haushaltsverfahren IHV und BayMBS, Reisekostensystem BayRKS, Personalbewirtschaftungssystem, DIAPERS GX), für Büroanwendungen (MS-Office, MS-Outlook) und für den Zugriff auf die DV-Verfahren der Polizei sowie auf verschiedene Informationssysteme (Rechtsdatenbank JURIS, Landtagsinformationssystem EULA Web).

Personal im Kap. 03 01, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2012	Stellen 2013	Stellen 2014
Plan-Beamte			
A 13	2	2	2
A 12	1	1	1
A 11	-	-	1
A 10	1	2	1
A 9	3	2	2
Summe	7	7	7
Arbeitnehmer			
E 9	1	1	1
insgesamt	8	8	8

Zu 03 01/511 99

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	56,6	56,6
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Wartung	49,8	49,8
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	2,3	2,3
Zusammen	108,7	108,7

2013 gegenüber 2012:

Mehr 13,9 Tsd. € wegen Kostensteigerungen und zusätzlichen Wartungsverträgen/Serviceverträgen (z.B. VS-Mail, Vorlesesoftware, Inventarisierungssoftware, Lernwelt).

Zu 03 01/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf an Toner, Datenträgern, Farbpatronen und sonstige Kosten der Datenverarbeitung.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 10,5 Tsd. € zur Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
525 99-0	011	Aus- und Fortbildung	21,1	21,1	A B C	19,8 2,9 18,7
526 99-9	011	Ausgaben für Sachverständige	31,6	31,6	A B C	10,5 33,2 1,2
534 99-9	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	73,7	31,6	A C	10,9 1,3
815 99-9	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 87,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von 87,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2014 Tsd. € 68,0 2015 Tsd. € 19,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 241,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	270,2	312,3	A B C	271,5 117,6 479,5
Summe der Titelgruppe			600,0	600,0	A B C	512,7 298,2 688,2
Gesamtausgaben			36.151,2	39.087,2	A B C	30.309,8 29.970,8 29.935,8

Erläuterungen**Zu 03 01/525 99**

Schulungsunterlagen sowie Kurs- und Höregebühren für das DV-Personal (insbesondere im Zusammenhang mit der Umstellung auf Windows 7 und Office 2010).

Zu 03 01/526 99

2013 gegenüber 2012:

Mehr 21,1 Tsd. € aufgrund externer Unterstützungsleistungen, insbesondere für die Sicherheitsüberprüfungen der Webangebote in einem 3-jährigen Turnus.

Zu 03 01/534 99

Aus dem Haushaltsansatz wird insbesondere die Entwicklung und Änderung von Anwendungssoftware finanziert.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 62,8 Tsd. € zur Umstellung der Registraturdatenbank und zur Verbesserung der strategischen Kommunikation.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 42,1 Tsd. € aufgrund rückläufiger Unterstützungsleistungen.

Zu 03 01/815 99

Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung insbesondere von Servern, PCs, Notebooks, Monitoren, Laserdruckern, Netzwerkkomponenten und Software.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 42,1 Tsd. € zur Umsetzung neuer Projekte z.B. im Katastrophenschutz zur K-Fall-Sicherheit, zum Austausch von veralteten Geräten in größerem Umfang und zur Verbesserung der strategischen Kommunikation.

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	349,4	349,4	A	266,0
					B	205,2
					C	276,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	299,6	302,6	A	286,2
					B	268,4
					C	296,7
		Gesamteinnahmen	649,0	652,0	A	552,2
					B	473,6
					C	573,2
		Personalausgaben	27.231,3	27.818,8	A	25.968,9
					B	25.965,0
					C	25.418,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.523,1	3.546,0	A	3.140,0
					B	3.111,8
					C	3.186,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	84,1	84,1	A	84,1
					B	77,9
					C	78,3
		Baumaßnahmen	4.760,0	7.000,0	A	500,0
					B	377,4
					C	579,7
		Sonstige Sachinvestitionen	420,2	500,7	A	335,2
					B	162,9
					C	502,6
		Besondere Finanzierungsausgaben	132,5	137,6	A	281,6
					B	275,7
					C	170,6
		Gesamtausgaben	36.151,2	39.087,2	A	30.309,8
					B	29.970,8
					C	29.935,8
		Zuschuss	35.502,2	38.435,2	A	29.757,6
					B	29.497,2
					C	29.362,5

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
261 01-3	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	2,0	2,0	A	2,0
					B	2,5
					C	2,0
261 02-2	012	Erstattung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	550,0	550,0	A	480,0
					B	549,1
					C	535,3
271 01-1	012	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 02.</i>	---	---	A	---
					B	276,1
					C	20,5
281 01-9	012	Erstattung von Prozesskosten	80,0	80,0	A	65,0
					B	91,3
					C	111,8
281 11-7	012	Sonstige Erstattungen	***	***	A	---
Gesamteinnahmen			632,0	632,0	A	547,0
					B	919,0
					C	669,7
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 45-7	012	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.067,2	1.067,2	A	---
					B	57,1
					C	3.134,7
427 41-6	012	Praktikantenvergütungen	24,0	24,0	A	5,0
					B	2,2
					C	4,7
443 15-8	841	Ballungsraumzulage gemäß Art. 94 BayBesG <i>Vgl. Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>	3.565,0	3.530,0	A	3.700,0
					B	3.597,1
					C	3.630,3
443 16-7	841	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	97,6	97,6	A	97,6
459 11-3	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung <i>Aus diesem Titel können auch Ausgaben für Werbemaßnahmen bestritten werden. Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 03 62 Tit. 459 11.</i>	20,0	20,0	A	20,0
					B	13,4
					C	26,0
459 31-9	012	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
					B	24,4
					C	34,7

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 02

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für den gesamten Bereich der Allgemeinen Inneren Verwaltung (Epl. 03A) veranschlagt, die nicht auf die Kapitel des Einzelplans aufgeteilt werden können oder wegen der Übersichtlichkeit nur an einer Haushaltsstelle des Einzelplans ausgewiesen werden.

Zu 03 02/261 02

Erstattung des staatlichen Anteils an den Einnahmen aus der Melderegisterauskunft an Private durch die AKDB (vgl. Erläuterungen bei Kap. 03 02 Tit. 685 07).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 70,0 Tsd. € zur Anpassung an das voraussichtliche Aufkommen.

Zu 03 02/271 01

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 547 02. Bei diesem Titel dürfen auch Zuschüsse der EU vereinnahmt werden.

Zu 03 02/281 01

Erstattung der Aufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 15,0 Tsd. € zur Anpassung an das voraussichtliche Aufkommen.

Zu 03 02/422 45

Veranschlagt ist das Vergabebudget für die Leistungsbezüge (Art. 68 BayBesG).

Zu 03 02/427 41

Vergütungen an Praktikanten einschließlich aller Nebenleistungen (gem. Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen; FMS vom 14.04.2010).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 19,0 Tsd. € zur Anpassung an den tatsächlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Umsetzung in Höhe von 18,0 Tsd. € von Kap. 03 01 Tit. 428 41.

Zu 03 02/443 15

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 94 BayBesG.

Zu 03 02/443 16

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen sich ergebenden externen Beratungsbedarf zur Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes nach § 16 ASiG. Die Ausgaben für entsprechende Schulungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen werden aus den Ansätzen für Aus- und Fortbildung finanziert.

Zu 03 02/459 11

Belohnungen auf Grund der Innovationsrichtlinie Moderne Verwaltung der Staatsregierung vom 30.09.2008 (AllIMBI S. 623) sowie Durchführung von Werbemaßnahmen.

Zu 03 02/459 31

Aus dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß der Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an bayerische Beamte in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (BayAER-Ausland) geleistet.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
461 01-1	881	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 03 A <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 49 - ohne der Titel innerhalb von TG und ohne der Tit. 422 45 - und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 - ohne der Tit. 428 12 (AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln.</i>	59.300,0	44.160,0	A	38.690,0
462 01-0	881	Globale Minderausgaben bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
525 01-5	012	Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer der Allgemeinen Inneren Verwaltung <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02. Einseitig deckungsfähig in Höhe von bis zu 75,0 Tsd. € zu Lasten von Kap. 12 02 Tit. 525 02.</i>	1.100,0	1.100,0	A	992,0
					B	1.088,2
					C	1.115,9
525 21-1	012	Ausgaben für das Gesundheitsmanagement	---	---	A	---
					B	18,1
526 01-4	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	700,0	700,0	A	640,2
					B	674,9
					C	675,5
526 11-2	012	Kosten für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 15 Tit. 231 01.</i>	415,0	415,0	A	414,8
					B	324,8
					C	395,4
526 12-1	012	Kosten für Organisations- und Rechtsgutachten	21,0	21,0	A	21,0
					B	1,2
					C	5,5
526 13-0	012	Kosten für die Durchführung von Kundenbefragungen	---	---	A	---
527 21-9	012	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	280,0	280,0	A	240,0
					B	317,8
					C	236,4
529 02-0	012	Zur Verfügung des Staatsministeriums des Innern für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	40,7	40,7	A	40,1
					B	36,9
					C	36,7

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -**Erläuterungen****Zu 03 02/461 01**

2013 gegenüber 2012:
Mehr 20.610,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 15.140,0 Tsd. € zur Verstärkung der Personalausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Zu 03 02/525 01

Für die Kap. 03 01 bis 03 10, 03 15 und 03 24 sind veranschlagt:

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Fortbildung der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A14 qualifiziert sind (früherer höherer Verwaltungsdienst) und vergleichbarer Arbeitnehmer sowie der Richter	270,0	270,0
2. Fortbildung der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 3 bis höchstens Besoldungsgruppe A 13 qualifiziert sind (früherer gehobener und mittlerer Dienst) sowie vergleichbarer Arbeitnehmer	682,0	682,0
3. Fortbildung des Fachpersonals der Gesundheits- und Veterinärverwaltung in den Landratsämtern, die für ein Amt bis höchstens Besoldungsgruppe A 13 qualifiziert sind (früherer gehobener und mittlerer Dienst) sowie vergleichbarer Arbeitnehmer	148,0	148,0
Zusammen	1.100,0	1.100,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 108,0 Tsd. € zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 02/525 21

Sachausgaben für die Ein- und Durchführung von Maßnahmen des Gesundheitsmanagements bzw. von Maßnahmen der Gesundheitsförderung. Die Ausgaben werden aus den Ansätzen des Deckungskreises gemäß Nr. 12.1 DBestHG gedeckt.

Zu 03 02/526 01

Vertretungs- und Gerichtskosten in Rechtsstreitigkeiten.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 59,8 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Zu 03 02/526 11

Ausgaben für Gutachten, Dolmetscher und ähnliche Sachverständigenleistungen sowie Rechtsanwaltskosten, soweit diese außerhalb von Rechtsstreitigkeiten anfallen.

Zu 03 02/526 12

Vergütungen für die externe Erstellung von Organisationsgutachten zur Reform der öffentlichen Verwaltung, für Rechtsgutachten und vergleichbare Beraterleistungen.

Zu 03 02/526 13

In Behörden mit Publikumsverkehr werden zur Verbesserung des Servicecharakters Kundenbefragungen durchgeführt, die einen Indikator für die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung darstellen und Verbesserungsmöglichkeiten für eine dienstleistungsorientierte Aufgabenerfüllung aufzeigen. Die Kundenbefragungen werden von spezialisierten externen Unternehmen vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet.

Zu 03 02/527 21

Für Reisen auf Grund des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes. Hieraus können auch Ausgaben für Schulungsmaßnahmen für Mitglieder der Personal- und Schwerbehindertenvertretungen geleistet werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 40,0 Tsd. € insbesondere aufgrund des erhöhten Schulungsbedarfs im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen Dienstrechts.

Zu 03 02/529 02

Verfügungsmittel insbesondere für:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen der Zentral- und Mittelinstanz.
- b) Repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums des Innern, soweit die Mittel des Kap. 03 01 Tit. 529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
532 01-6	012	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	2.425,3	2.425,3	A	2.425,3
					B	3.733,2
					C	2.455,3
547 01-9	012	Kosten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Regionen	---	---	A	---
					B	25,1
					C	21,4
547 02-8	012	Ausgaben im Rahmen von EU-Projekten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 271 01.</i>	---	---	A	---
					B	287,3
					C	10,5
<u>547 06-4</u>	012	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	40,0	40,0	A	
547 07-3	012	Sächliche Verwaltungsausgaben für E-Government-Maßnahmen <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von 47,0 Tsd. €/Jahr zu Lasten Kap. 03 24 Tit. 894 01 für die Abgeltung der Nutzung von Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung durch die Hilfsorganisationen des Rettungsdienstes. Kommunale Körperschaften dürfen Lizenzen für das Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem Fabsoft eGov-Suite+Bayern unentgeltlich überlassen werden (gegen Beteiligung am jeweiligen Pflegeentgelt). Erstattungen des Pflegeentgelts für die Landeslizenz DMS/VBS dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden. Landratsämter, kommunale Körperschaften und die in Art. 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners im Freistaat Bayern (Bayerisches EA-Gesetz – BayEAG), GVBl S. 626 genannten Kammern dürfen die Erreichbarkeitsplattform unentgeltlich nutzen. Einseitig deckungsfähig - bis zu 235,7 Tsd. € zu Lasten der Sachausgaben des Epl. 04, - bis zu 254,0 Tsd. € zu Lasten der Sachausgaben des Epl. 06, - bis zu 217,8 Tsd. € zu Lasten der Sachausgaben des Epl. 10, - bis zu 207,1 Tsd. € zu Lasten der Sachausgaben des Epl. 11, - bis zu 221,4 Tsd. € zu Lasten der Sachausgaben des Epl. 15 für zentralen Sachaufwand im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte im StMI, StMJV, StMWFK, StMF, StMAS sowie ORH und ihren Betrieb bei den Rechenzentren Nord und Süd sowie beim Kompetenzzentrum DMS bei der Regierung von Schwaben. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.300,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.335,7	2.255,9	A	465,5
					B	175,0
					C	176,6
548 01-8	881	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Aus dem Ansatz dürfen die sächlichen Verwaltungsausgaben des Einzelplans ohne Ausgaben der Gruppen 529 und 531, jedoch einschließlich der Titel 531 0. verstärkt werden. Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	4.431,5
549 27-7	881	Globale Minderausgabe aufgrund der Anpassung der Wegstreckenentschädigung an die steuerlichen Sätze <i>Die Ansätze der Gruppen 525 und 527 dürfen in Höhe dieser Minderausgabe nicht in Anspruch genommen werden.</i>	***	***	A	-213,4

Erläuterungen

Zu 03 02/532 01

Für Hauptsacheleistungen (ggf. einschließlich Rechtsschutzkosten) in Fällen, in denen Behörden der Inneren Verwaltung abschließend tätig werden, kein Fall des § 15 Abs. 1 Satz 1 der Vertretungsverordnung vorliegt und nicht besondere Mittel zur Verfügung stehen. Leistungen wegen Rechtsstreitigkeiten aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sind bei den zuständigen Personaltiteln zu buchen.

Zu 03 02/547 01

Zur Zusammenarbeit des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden mit ausländischen Dienststellen; die Kooperation mit anderen Staaten und Regionen, insbesondere im Bereich der inneren Sicherheit, liegt im besonderen Interesse des Staatsministeriums des Innern, weil dadurch wichtige und bedeutsame Staatsaufgaben effektiver bearbeitet werden können. Im Rahmen der Zusammenarbeit können auch anfallende Kosten (z. B. Reise- und Tagungskosten, Aufenthaltskosten für ausländische Gäste, Aufwendungen für Dolmetscher, Dokumentationen) geleistet werden. Diese Kosten werden aus den Ansätzen des Deckungskreises gemäß Nr. 12.1 DBestHG geleistet.

Zu 03 02/547 02

Zur Abwicklung von EU-Projekten; sämtliche für diese Projekte anfallenden Ausgaben außerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben werden vollständig aus Titel 547 02 geleistet. Soweit die Einnahmen von der EU nicht ausreichen, werden die Ausgaben aus dem Budget gedeckt (Nr. 12.1 DBestHG).

Zu 03 02/547 06

2013 gegenüber 2012:

Mehr 40,0 Tsd. €, davon 36,3 Tsd. € wegen Umsetzung von Kap. 03 02 Tit. 525 66, 526 66 und 547 66.

Zu 03 02/547 07

Veranschlagt sind Sachmittel für die Abwicklung des Projekts eAkte, den Behördenwegweiser, die Erreichbarkeitsplattform, die Nutzung der Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung, das E-Procurement-VOL und die Nutzung des Tarifrechtsportals im Rahmen der Datenbank BAYERN-RECHT. Zur Finanzierung zentraler Sachkosten für die Einführung und den Betrieb der elektronischen Akte wurde ein Haushaltsvermerk zu Lasten der Einzelpläne 04, 06, 10, 11 und 15 aufgenommen.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 1.870,2 Tsd. € für das Projekt eAkte durch Umsetzung von Kap. 13 50.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 79,8 Tsd. € wegen vermindertem Bedarf für das Projekt eAkte.

Zu 03 02/548 01

Der Verstärkungsansatz 2012 wird im Rahmen der Veranschlagung 2013/2014 auf die betreffenden Einzelkapitel im Epl. 03A umgesetzt.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
685 07-5	012	Erstattung des Aufwands für die der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) durch die MeldedatenVO übertragenen Aufgaben	3.245,0	3.245,0	A	2.850,0
					B	2.850,0
					C	2.850,0
		Baumaßnahmen				
701 01-1	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Zur Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln mit Ausnahme von Kap. 03 23, 03 26 ausgebrachten Ansätze.</i>	285,8	995,8	A	300,0
702 01-0	012	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A	1.700,0
					B	2.199,9
					C	1.696,5
		Sonstige Sachinvestitionen				
815 06-9	012	Investitionen zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	20,0	20,0	A	
815 07-8	012	Investitionen für E-Government-Maßnahmen	---	---	A	---
		Besondere Finanzierungsausgaben				
972 01-3	881	Globale Minderausgabe <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4 (außerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben), 5, 6, 7 (ohne Anlage S) und 8 zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Haushaltsstellen nachzuweisen.</i>	-5.442,0	-5.442,0	A	-5.442,0
972 02-2	881	Globale Minderausgabe zur teilweisen Deckung der bei Kap. 13 44 veranschlagten Ausgaben für das Strukturprogramm Nürnberg-Fürth <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4, 5, 6, 7 (ohne Anlage S) und 8 außerhalb der Ausgaben für gesetzliche Leistungen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Titeln nachzuweisen. Einsparungen innerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben sind durch gezieltes Freihalten von Stellen oder durch gezielte Unterbesetzung nachzuweisen.</i>	-911,4	-911,4	A	-911,4
972 03-1	881	Globale Minderausgabe zur Finanzierung des 2. Schritts der Besoldungsanpassung 2012 <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8 außerhalb der Ausgaben für gesetzliche Leistungen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Titeln nachzuweisen. Einsparungen innerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben sind durch gezieltes Freihalten von Stellen oder durch gezielte Unterbesetzung nachzuweisen.</i>	***	***	A	-4.324,6

Erläuterungen

Zu 03 02/685 07

Durch die Meldedatenverordnung (MeldDV) werden der AKDB die Aufgaben der "Vermittlungsstelle des Freistaats Bayern für das Meldewesen" zugewiesen. Zur Deckung ihres Aufwands erhält die AKDB eine von der Zahl der Datenübermittlungen abhängige Pauschale (2,85 Mio. €/Jahr, wodurch 10 Mio. regelmäßige Datenübermittlungen abgegolten sind); für jede Melderegisterauskunft an Private muss die AKDB eine Erstattung an den Freistaat Bayern leisten (sh. Tit. 261 02). Das Nähere ist in einer Finanzierungsvereinbarung geregelt.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 395,0 Tsd. € aufgrund höherem Aufwand bei der AKDB, der aufgrund der Finanzierungsvereinbarung zu erstatten ist.

Zu 03 02/701 01

Der Ansatz ist für weitere dringende Baumaßnahmen in den Dienstgebäuden der Allgemeinen Inneren Verwaltung bestimmt.

Zu 03 02/702 01

Abwasserkanäle sind nach dem Wasserhaushaltsgesetz so zu errichten und zu betreiben, dass sie den Regeln der Technik entsprechend dicht sind. Der Ansatz ist für die in regelmäßigen Abständen notwendigen vorbeugenden Untersuchungen auf Dichtheit und entsprechende Sanierungsmaßnahmen bestimmt.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 300,0 Tsd. € um die gesetzlichen Verpflichtungen zeitgerecht erfüllen zu können.

Zu 03 02/815 06

2013 gegenüber 2012:

Mehr 20,0 Tsd. € wegen Umsetzung von Kap. 03 02 Tit. 815 66.

Zu 03 02/972 01

Fortführung der im Doppelhaushalt 2005/2006 zur Haushaltskonsolidierung veranschlagten globalen Minderausgabe.

Zu 03 02/972 02

Die Bayerische Staatsregierung hat am 20./21. November 2009 ein auf fünf Jahre angelegtes Strukturprogramm für die Region Nürnberg-Fürth im Volumen von 115 Mio. € beschlossen. Das Programm wird in Höhe von 35 Mio. € (7 Mio. € pro Jahr) aus allgemeinen Haushaltsmitteln durch Einsparungen in den Einzelplänen 02 bis 10 und 12 bis 15 gegenfinanziert. Der Ansatz enthält die auf den Epl. 03A entfallende Einsparung.

Zu 03 02/972 03

Die globale Minderausgabe zur Finanzierung des 2. Schritts der Besoldungsanpassung 2012 bleibt beschränkt auf das Jahr 2012. Der Titel wird deshalb als wegfallend ("****") gekennzeichnet.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
972 05-9	881	Globale Minderausgabe <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8 außerhalb der Ausgaben für gesetzliche Leistungen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Titeln nachzuweisen. Einsparungen innerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben sind durch gezieltes Freihalten von Stellen oder durch gezielte Unterbesetzung nachzuweisen.</i>	-3.226,3	-3.226,3	A	
981 11-0	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	4.461,7	4.461,6	A	4.442,3
					B	4.275,2
					C	4.539,6
981 16-5	891	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	19,6	19,6	A	32,2
					B	32,2
					C	12,2
989 01-4	891	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	---	---	A	---
Titelgruppen						
61 - 65 Versorgung und Beihilfen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>						
<i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Arbeitnehmern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>						
424 61-4	018	Ausgaben der Beamten und Richter für den Pensionsfonds	9.562,8	9.784,9	A	9.130,3
					B	8.604,0
					C	9.286,0
432 61-4	018	Ruhegehälter	557.965,7	573.301,8	A	538.021,2
					B	524.946,5
					C	510.094,6
432 62-3	018	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung <i>Aus den Ansätzen dürfen auch Ruhelöhne und damit zusammenhängende Hinterbliebenenbezüge gezahlt werden.</i>	135.329,1	139.326,3	A	135.253,4
					B	126.631,7
					C	127.359,3
434 61-2	018	Ausgaben der Versorgungsempfänger für den Pensionsfonds	3.930,9	4.040,5	A	3.723,8
					B	4.206,0
					C	15.241,4
441 61-3	841	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	95.142,9	98.472,7	A	99.490,3
					B	88.816,5
					C	88.446,5
441 62-2	841	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	3.397,3	3.516,2	A	2.667,1
					B	3.171,4
					C	2.897,9
441 63-1	841	Pflegeleistungen an Beamte und Richter - Dauerpflegefälle	---	---	A	---
441 64-0	841	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	123,9	128,2	A	152,8
					B	115,7
					C	119,6
446 61-8	018	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	146.564,7	151.694,0	A	146.391,9
					B	136.819,1
					C	130.148,2

Erläuterungen

Zu 03 02/972 05

Globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich.

Zu 03 02/981 11

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Süd auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 03 07 Tit. 381 60.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 19,4 Tsd. € für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd für den gesamten Geschäftsbereich.

Zu 03 02/981 16

Der Ansatz dient der pauschalieren Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich.

Zu 03 02/989 01

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.

Zu 03 02/61

Nachgewiesen werden bei dieser Titelgruppe gemäß dem Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 11.09.1997 die im jeweiligen Ressortbereich anfallenden Versorgungsausgaben und Beihilfen.

Darüber hinaus werden bei den Titeln 424 61 und 434 61 die sich aus der Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen nach § 14a Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz ergebenden Beträge sowie die Beträge nachgewiesen, die sich aus einer aufgrund von Verweisung auf das Bundesbesoldungsgesetz verminderten Anpassung der Amts- und Versorgungsbezüge der Mitglieder der Staatsregierung ergeben und die einer Versorgungsrücklage zugeführt werden.

Zusätzlich werden bei Tit. 434 61 die Beträge nachgewiesen, die einer Versorgungsrücklage in Höhe von 50 v. H. der Verminderung der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 sowie aufgrund von Verweisung auf das Beamtenversorgungsgesetz in Höhe von 50 v. H. der Verminderung der Versorgungsausgaben für ehemalige Mitglieder der Staatsregierung zugeführt werden.

Zu 03 02/424 61

Veranschlagt sind die Ausgaben der Beamten und Richter für den Pensionsfonds gem. Art. 6 Abs. 1 BayVersRückIG.

Zu 03 02/434 61

Veranschlagt sind die Ausgaben der Versorgungsempfänger für den Pensionsfonds gem. Art. 6 Abs. 1 BayVersRückIG.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
446 62-7	018	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	---	---	A	---
					B	-8,0
					C	-7,7
919 61-6	851	Zuführungen an den Versorgungsfonds	***	***	A	---
					C	9.614,3
Summe der Titelgruppe			952.017,3	980.264,6	A	934.830,8
					B	893.302,8
					C	893.200,0
66 Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung - KLR -						
<i>Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
428 66-5	012	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	***	***	A	---
525 66-7	012	Aus- und Fortbildung	***	***	A	9,4
526 66-6	012	Ausgaben für Sachverständige	***	***	A	8,8
547 66-1	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	***	***	A	18,1
815 66-6	012	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	***	***	A	42,0
					C	5,7
Summe der Titelgruppe			-	-	A	78,3
					B	-
					C	5,7
71 Ausbildung der Beamten und Angestellten der Allgemeinen Inneren Verwaltung						
453 71-6	012	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	284,1	290,1	A	220,8
					B	276,1
					C	208,6
525 71-0	012	Ausbildung, Umschulung <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	774,6	754,1	A	619,2
					B	658,1
					C	582,4
527 71-8	012	Reisekostenvergütungen im Zusammenhang mit Ausbildungsmaßnahmen	41,3	55,8	A	183,4
					B	87,6
					C	100,7
Summe der Titelgruppe			1.100,0	1.100,0	A	1.023,4
					B	1.021,8
					C	891,7
Gesamtausgaben			1.025.001,2	1.038.703,6	A	986.548,6
					B	914.058,8
					C	915.155,2

Erläuterungen

Zu 03 02/66

Nach Art. 7 Abs. 3 BayHO und dem Ministerratsbeschluss vom 11.12.2001 soll in geeigneten Verwaltungsbereichen der bayerischen Staatsverwaltung eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) eingeführt werden. Im Geschäftsbereich ist ein Verwaltungscontrolling mit einer KLR beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung einschl. Rechenzentrum Süd sowie bei den Regierungen bereits im Echtbetrieb. Die Titelgruppe kann daher aufgelöst und die Mittel können auf Einzeltitel umgesetzt werden.

Zu 03 02/525 66

Vgl. Kap. 03 02 Tit. 547 06.

Zu 03 02/526 66

Vgl. Kap. 03 02 Tit. 547 06.

Zu 03 02/547 66

2013 gegenüber 2012:

Weniger 18,1 Tsd. € wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 547 06.

Zu 03 02/815 66

2013 gegenüber 2012:

Weniger 42,0 Tsd. €, davon 20,0 Tsd. € Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 815 06.

Zu 03 02/71

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die laufbahnmäßige Ausbildung

- der Referendare (Reisekostenvergütungen, Honorare für Dozenten, Fahrtkostenersatz an Referendare, Ausbildung der Rechtspraktikanten),
- der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 10 qualifiziert werden (persönliche Abfindungen, Unterkunfts- und Verpflegungsgebühren),
- der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 7 qualifiziert werden (persönliche Abfindungen, Unterkunfts- und Verpflegungsgebühren, Lehrgangs- und Prüfungsgebühren) sowie
- des Personals der Gesundheitsverwaltung bei den Landratsämtern.

Zu 03 02/453 71

2013 gegenüber 2012:

Mehr 63,3 Tsd. € zur Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (insbes. weil in 2013 ein zusätzlicher Ausbildungskurs für Sozialmedizinische Assistenten/innen durchgeführt werden muss).

Zu 03 02/525 71

2013 gegenüber 2012:

87,4 Tsd. €	mehr zur Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (insbes. weil in 2013 ein zusätzlicher Ausbildungskurs für Sozialmedizinische Assistenten/innen durchgeführt werden muss),
68,0 Tsd. €	mehr wegen Umsetzung von Kap. 03 02 Tit. 527 71,
155,4 Tsd. €	mehr.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 20,5 Tsd. € zur Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Zu 03 02/527 71

2013 gegenüber 2012:

Weniger 142,1 Tsd. €, davon 68,0 Tsd. € wegen Umsetzung zu Kap. 03 02 Tit. 525 71.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
			Tsd. €			
Abschluss						
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	632,0	632,0	A	547,0
					B	919,0
					C	669,7
		Gesamteinnahmen	632,0	632,0	A	547,0
					B	919,0
					C	669,7
		Personalausgaben	1.016.375,2	1.029.453,5	A	977.564,2
					B	897.273,1
					C	890.624,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	8.173,6	8.087,8	A	10.295,9
					B	7.428,4
					C	5.812,2
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.245,0	3.245,0	A	2.850,0
					B	2.850,0
					C	2.850,0
		Baumaßnahmen	2.285,8	2.995,8	A	2.000,0
					B	2.199,9
					C	1.696,5
		Sonstige Sachinvestitionen	20,0	20,0	A	42,0
					B	-
					C	5,7
		Besondere Finanzierungsausgaben	-5.098,4	-5.098,5	A	-6.203,5
					B	4.307,4
					C	14.166,1
		Gesamtausgaben	1.025.001,2	1.038.703,6	A	986.548,6
					B	914.058,8
					C	915.155,2
		Zuschuss	1.024.369,2	1.038.071,6	A	986.001,6
					B	913.139,8
					C	914.485,6

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 31-9	012	Einnahmen aus der Verzinsung von Rückforderungen nach dem ZulnvG <i>An den Bund abzuführende Zinsen sind von der Einnahme abzusetzen.</i>	---	***	A	---
119 49-9	012	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0	A C	2,0 140,0
124 01-8	012	Einnahmen aus der Nutzung von Basisstationen durch Dritte <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 85.</i>	***	***	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 02-7	011	Zuweisungen des Bundes zu den Bundestagswahlen <i>Vgl. Vermerk zu TG 72 (Ausgaben).</i>	12.313,8	---	A C	--- 889,8
231 03-6	011	Zuweisungen des Bundes zu den Wahlen zum Europäischen Parlament <i>Vgl. Vermerk zu TG 76 (Ausgaben).</i>	---	11.609,0	A C	--- -0,7
231 04-5	244	Zuweisungen des Bundes zur Pflege jüdischer Friedhöfe	333,8	333,8	A B C	333,8 333,8 333,8
231 05-4	042	BOS-Digitalfunk - Erstattungen und sonstige Leistungen des Bundes und der BDBOS <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 85.</i>	***	***	A C	--- 966,9
233 01-6	011	Erstattungen der Bezirke für die Bezirkswahlen <i>Vgl. Vermerk zu TG 71 (Ausgaben).</i>	7.533,5	---	A	---
233 05-2	042	BOS-Digitalfunk - Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 85.</i>	***	***	A	---
282 02-5	012	Spenden u. dgl. für gemeinnützige Zwecke <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 547 05.</i>	---	---	A B C	--- 54,1 31,2
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
334 31-8	012	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung, insbesondere energetische Sanierung) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i>	---	***	A B C	--- 1.120,1 1.548,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 03

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für besondere Fachaufgaben der Allgemeinen Inneren Verwaltung (Epl. 03 A) veranschlagt (z.B. Wahlen, Kostenanteile für gemeinsame Einrichtungen des Bundes und der Länder aus dem Bereich des Epl. 03 A, BOS-Digitalfunk).

Zu 03 03/119 31, 334 31 und 334 41

Der Förderzeitraum des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG) endete am 31.12.2011. Die Titel können daher wegfallen.

Zu 03 03/124 01

Vgl. Tit. 124 85.

Zu 03 03/231 02

Der Bund erstattet gemäß § 50 Bundeswahlgesetz die Ausgaben der jeweiligen Bundestagswahl (vgl. TG 72).

Zu 03 03/231 03

Der Bund erstattet die Ausgaben der jeweiligen Europawahl (vgl. TG 76).

Zu 03 03/231 04

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 684 02.

Zu 03 03/231 05

Vgl. Tit. 231 85.

Zu 03 03/233 01

Die Bezirke erstatten dem Freistaat Bayern die Kosten der zusammen mit der Landtagswahl durchzuführenden Bezirkswahlen.

Zu 03 03/233 05

Vgl. Tit. 233 85.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
334 41-6	042	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Informationstechnologie bzw. sonstige Infrastrukturmaßnahmen) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01, 811 02, 811 03, 883 01 und TG 77.</i>	---	***	A	---
					B	4.504,8
					C	5.930,8
Titelgruppen						
85 Einnahmen bei der Errichtung und dem Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern						
<i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei der Ausgaben-TG 85.</i>						
<u>119 85-4</u>	012	Vermischte Einnahmen	---	---	A	-
<u>124 85-7</u>	012	Einnahmen aus der Nutzung von Basisstationen durch Dritte	---	---	A	-
<u>231 85-7</u>	042	Erstattungen und sonstige Leistungen des Bundes und der BDBOS	---	---	A	-
<u>233 85-5</u>	042	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	---	---	A	-
<u>235 85-3</u>	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	-
Summe der Titelgruppe			-	-	A	-
					B	-
					C	-
Gesamteinnahmen			20.183,1	11.944,8	A	335,8
					B	6.012,7
					C	9.839,9
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
531 21-1	012	Öffentlichkeitsarbeit <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	252,6	168,4	A	148,6
					B	169,4
					C	106,5
533 01-3	012	Ehrenzeichen für besondere Verdienste	46,7	27,3	A	8,3
					B	13,4
					C	22,3
547 01-7	729	Verkehrserziehung <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 684 04.</i>	300,0	300,0	A	285,4
					B	249,7
					C	229,5

Erläuterungen

Zu 03 03/124 85

Einnahmen aus der Nutzung staatlicher Digitalfunkmasten durch Anbringen von Antennen (auch Richtfunk) für den Mobilfunk privater Mobilfunkanbieter u.a.
Bei diesem Titel wird auch der Kostenersatz Dritter aufgrund Anforderungen in der Standortakquisition oder der Standortanbindung nachgewiesen.
Bis 2012 veranschlagt bei Tit. 124 01.

Zu 03 03/231 85

Einnahmen aufgrund der Abrechnung der Aufwände gegenüber dem Bund für die Standortbereitstellung, Akquisition, Planung, Ertüchtigung und Instandhaltung sowie für die Anbindung (u.a. Übertragungsstrecken); der Bund hat den Freistaat mit den vorgenannten Aufgaben beauftragt und ist damit anteilig Kostenträger; vgl. u.a. § 3 des Digitalfunk-Verwaltungsabkommens vom 01.06.2007. Die Kostenbeteiligungsquote des Bundes beträgt (zum Stand 01.01.2012) rd. 20,4%.
Bis 2012 veranschlagt bei Tit. 231 05.

Zu 03 03/233 85

Erstattungen für Produkte und Leistungen des BOS-Digitalfunks, die vom Freistaat Bayern bereitgestellt werden (z.B. durch Abruf aus den Rahmenverträgen der BDBOS), für die aber die Gemeinden und Gemeindeverbände oder sonstige Dritte Kostenträger sind.
Bis 2012 veranschlagt bei Tit. 233 05.

Zu 03 03/235 85

Die Bundesagentur für Arbeit gewährt Eingliederungszuschüsse gemäß SGB III.

Zu 03 03/531 21

	2013	2014
Der Ansatz dient	Tsd. €	Tsd. €
1. der Pressearbeit (z. B. Pressebetreuung, Pressekonferenzen),	21,0	21,0
2. der Unterrichtung der Öffentlichkeit durch die Herausgabe von Druckschriften und sonstigen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit,	70,3	70,3
3. dem Versand der Broschüren durch Externe,	35,0	35,0
4. dem Internet-Relaunch,	42,1	42,1
5. der Veranstaltung eines Tags der offenen Tür und	36,8	-
6. einer Informationsbroschüre zur Kommunalwahl 2014	47,4	-
Zusammen	252,6	168,4

2013 gegenüber 2012:

Mehr 104,0 Tsd. € wegen Internet-Relaunch, Tag der offenen Tür und Informationsbroschüre zur Kommunalwahl 2014.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 84,2 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 03/533 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Kommunale Ehrenzeichen und Urkunden	14,7	18,9
2. Ehrenzeichen für BRK und andere Hilfsorganisationen	23,6	-
3. Bayerische Staatsmedaille Innere Sicherheit	3,2	3,2
4. Medaille für Verdienste um die Innere Sicherheit	5,2	5,2
Zusammen	46,7	27,3

2013 gegenüber 2012:

Mehr 38,4 Tsd. € aufgrund zusätzlicher Auszeichnungsmöglichkeit für die katastrophenhilfspflichtigen, im Rettungsdienst mitwirkenden Hilfsorganisationen, Einführung der Staatsmedaille um besondere Verdienste um die Innere Sicherheit und verstärkte Verleihung kommunaler Ehrenzeichen aus Anlass der Kommunalwahl 2014.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 19,4 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Beschaffungsbedarf.

Zu 03 03/547 01

Zur Fortführung der Verkehrsaufklärungsarbeit, z.B. zur Durchführung der Verkehrssicherheitskampagnen "Sicher und Fair im Straßenverkehr", "Ankommen statt Umkommen", "Ernstnehmende Verkehrssicherheitsarbeit (EVA)" und "Sicher auf Bayerns Straßen" (u.a. im Internet, durch Broschüren, Faltblätter usw.), zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Medien (Produktion von Fernseh- und Radiospots) und mit den übrigen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit sowie für Lehr- und Lernmaterial für Kindergärten, Schüler und Jugendliche, Verkehrspuppenspiele und für die Fortbildung der Schulwegbeauftragten. Weitere Mittel für Verkehrserziehungsmaßnahmen sind bei Tit. 684 04 veranschlagt, der im Hinblick auf eine flexible Mittelsteuerung zu Gunsten Tit. 547 01 einseitig deckungsfähig ist.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
547 02-6	042	Förderung des Polzeisports <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 20 Tit. 282 01.</i>	60,0	61,0	A	60,0
					B	87,6
					C	54,5
547 04-4	042	Vorbeugungsmaßnahmen und Durchführung von bayernweiten Veranstaltungen der Polizei	13,5	14,0	A	13,5
					B	27,8
					C	35,9
547 05-3	012	Zuwendungen und sonstige Ausgaben aus Spenden u. dgl. für gemeinnützige Zwecke <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei Tit. 282 02. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	52,0
					C	57,4
547 06-2	012	Sachbedarf zur Durchführung von Mitarbeiterbefragungen in der Staatsverwaltung	40,0	21,0	A	21,0
547 08-0	047	Aufklärungsmaßnahmen für Zwecke des Verfassungsschutzes	82,6	82,6	A	81,4
					B	52,9
					C	90,0
547 12-4	011	Aufwendungen für die Durchführung der Innenministerkonferenz (IMK) und von Arbeitskreissitzungen der IMK <i>Erstattungen von Aufwendungen für Dritte dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden. Mit den Ausgaben dürfen auch Entgelte für Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Überstundenvergütungen für Arbeitnehmer sowie Erstattungen und Sachinvestitionen geleistet werden.</i>	4,2	4,2	A	3,7
					B	1,9
					C	1,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-3	042	Anteil an den Kosten der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster und der Wasserschutzpolizeischule Hamburg	1.570,0	1.530,0	A	1.720,0
					B	1.737,3
					C	1.645,2
632 02-2	012	Finanzierungsanteil Bayerns aus der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag	123,2	123,2	A	121,0
					B	101,7
					C	98,5
632 05-9	042	Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	160,0	160,0	A	160,0
					B	136,7
					C	136,2
632 06-8	133	Beitrag an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	161,5	169,2	A	159,4
					B	158,0
					C	145,8

Erläuterungen

Zu 03 03/547 02

Kosten von Polizeisportmeisterschaften, deren Vorbereitung und von sonstigen Maßnahmen zur Förderung des Polizeisports.

Zu 03 03/547 05

Zuwendungen und sonstige Ausgaben aus Spenden und dgl., die von Dritten für bestimmte Zwecke gegeben werden; s. a. Tit. 282 02.

Zu 03 03/547 06

In der Staatsverwaltung werden in geeigneten Behörden, Schulen, Hochschulen, Gerichten und sonstigen Dienststellen in regelmäßigen Abständen Mitarbeiterbefragungen durchgeführt (vgl. Nr. 15 des 20-Punkte-Aktionsprogramms der Staatsregierung zur Verwaltungsreform). Die Mitarbeiterbefragungen werden von jedem Ressort eigenverantwortlich vollzogen. Der Epl. 03A stellt dazu eine ressortübergreifende Informationsbroschüre und standardisierte Verwaltungsfragebögen zur Verfügung. Die Standardfragebögen werden zentral durch das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ausgewertet.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 19,0 Tsd. € für externe fachliche (wissenschaftliche) Unterstützung bei der Fortentwicklung der Fragebögen (Überarbeitung der Fragen, Gesundheitsmanagement, Online-Befragung, ggf. zusätzliche Auswertungsmöglichkeiten).

2014 gegenüber 2013:

Weniger 19,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 03/547 08

Die Ausgabemittel sind bestimmt für Veranstaltungen, Ausstellungen, Informationsmaterialien und sonstige Aufklärungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Extremismus und der Fremdenfeindlichkeit sowie Forschungsaufträge, Anhörungen, Aussteigerberatungen und ähnliche Maßnahmen zur Umsetzung des Maßnahmenkataloges der Staatsregierung gegen die Scientology-Organisation.

Aus Tit. 547 08 dürfen auch Mitgliedsbeiträge gezahlt werden.

Zu 03 03/547 12

Sachaufwendungen (einschl. repräsentative Aufwendungen) im Zusammenhang mit der Durchführung von Sitzungen der Arbeitskreise der IMK.

Zu 03 03/632 01

Der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster obliegt insbesondere die einheitliche Ausbildung der Beamtinnen und Beamten für den höheren Polizeidienst des Bundes und der Länder sowie die Weiterbildung der Führungskräfte der Polizeien des Bundes und der Länder. Darüber hinaus hat die Hochschule die Aufgabe, die Polizeiwissenschaft durch Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung zu pflegen und zu entwickeln. Die Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg bildet ebenfalls im Rahmen eines Abkommens die Beamten der Wasserschutzpolizei aller deutschen Polizeien aus und fort.

Die Kosten beider Einrichtungen werden zwischen Bund und Ländern nach speziellen Finanzierungsschlüsseln aufgeteilt.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 150,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 40,0 Tsd. € wegen gesunkenem Beitrag zur DHPol.

Zu 03 03/632 02

Zur Umsetzung der § 9 Abs. 3 und Abs. 5 Satz 1 Nr. 1, § 10 Abs. 1 Satz 2 und § 27 Satz 1 GlüStV wurde durch eine Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern

1. ein unabhängiger länderübergreifender Fachbeirat Glücksspielsucht eingerichtet, der die obersten Glücksspielaufsichtsbehörden der Länder bei der Wahrnehmung ihrer ordnungsrechtlichen Aufgaben unterstützt und berät,
2. eine Geschäftsstelle eingerichtet, die die Tätigkeit des Fachbeirats Glücksspielsucht und die länderübergreifende Arbeit der Glücksspielaufsicht insbesondere im Bereich der Abstimmung der Erlaubnisse, der Bekämpfung des illegalen Glücksspiels und der Evaluierung des Glücksspielstaatsvertrags unterstützt.

Die Kosten des Fachbeirats und der Geschäftsstelle werden nach der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt.

Zu 03 03/632 05

Durchführung des Programms "Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK)" - früher: "Kriminalpolizeiliches Vorbeugungsprogramm" gemäß dem "Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland". Die Gesamtkosten werden vom Bund (20 v.H.) und den Ländern (nach dem Königsteiner Schlüssel) getragen. Im Rahmen des Programms werden Ausstellungen, Broschüren, Filme usw. finanziert.

Zu 03 03/632 06

Leistung auf Grund des Verwaltungsabkommens über die Finanzierung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer zwischen Rheinland-Pfalz, dem Bund und den anderen Ländern.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
633 02-1	012	Interkommunale Zusammenarbeit - Förderprogramm für Kommunalverwaltungen	500,0	500,0	A	500,0
671 02-4	012	Umlage für die Bayerische Verwaltungsschule <i>Die erforderlichen Ausgabemittel stehen zu Lasten der in den Einzelplänen 01 - 15 bei Gr. 525 veranschlagten Ausgabemittel bis zur Höhe der auf den Freistaat Bayern entfallenden Umlage gemäß Art. 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Bayer. Verwaltungsschule zur Verfügung. Die Erläuterungen sind verbindlich.</i>	---	---	A	---
671 05-1	249	Förderung der freiwilligen Ausreise von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen u. dgl. <i>Die Mittel sind übertragbar. Gutschriften der Internationalen Organisation für Migration (IOM) dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.</i>	363,8	363,8	A B C	363,8 420,1 390,6
684 02-9	244	Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	667,5	667,5	A B C	667,5 667,5 667,5
684 04-7	729	Zuschüsse zu Verkehrserziehungsmaßnahmen, insbesondere der Bayerischen Landesverkehrswacht <i>Vgl. Vermerk bei 547 01.</i>	721,6	721,6	A B C	721,6 649,4 649,4
685 03-7	012	Zuschuss zum Betrieb des Bayerischen Selbstverwaltungs-kollegs	54,3	54,3	A B C	54,3 48,9 46,7
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-6	042	Modernisierung der Kfz-Ausstattung der Bayer. Landes- und Bereitschaftspolizei aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Infrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG, Bereich sonstige Infrastrukturinvestitionen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41.</i>	***	***	A B C	--- 0,7 2.571,4
811 02-5	044	Modernisierung der Kfz-Ausstattung der Feuerwehrschnulen aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Infrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG, Bereich sonstige Infrastrukturinvestitionen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41.</i>	***	***	A B C	--- 337,1 669,5
811 03-4	012	Modernisierung der Kfz-Ausstattung bei anderen Dienststellen der Inneren Verwaltung aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Infrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG, Bereich sonstige Infrastrukturinvestitionen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41.</i>	***	***	A	---
Investitionsförderungsmaßnahmen						
883 01-9	042	Zuschuss zur Sanierung der Kommunikations-Infrastruktur in den Tunneln (z. B. Straßentunnel in München) für den Digitalfunk aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Infrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG, Bereich Informationstechnologie) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	***	***	A B	--- 2.145,0

Erläuterungen

Zu 03 03/633 02

Die Bayerische Staatsregierung hat am 18./19.11.2011 das Programm "Aufbruch Bayern - Aktionsplan demografischer Wandel" beschlossen. Hierin enthalten ist eine Förderung von interkommunalen Kooperationsprojekten, in denen Gebietskörperschaften über ihre Grenzen hinweg bei allgemeinen Verwaltungstätigkeiten sowie Aufgaben der Daseinsvorsorge verstärkt zusammenarbeiten. Dabei werden die einzelnen Kommunen gestärkt und ein hohes Niveau bei der Daseinsvorsorge in der Region gewährleistet.

Zu 03 03/671 02

Nach Art. 9 Abs. 2 des Bayerischen Verwaltungsschulgesetzes kann die Verwaltungsschule für den nicht durch Gebühren gedeckten Aufwand von ihren Trägern (einschließlich Freistaat Bayern) eine Umlage erheben, die auf den Freistaat Bayern und die Kommunen entsprechend den auf sie entfallenden Teilnehmern verteilt wird. Die Haushaltsmittel für die Zahlung des Staatsanteiles an der Umlage werden durch einen Deckungsvermerk zu Lasten der in den verschiedenen Einzelplänen veranschlagten Mittel für die Aus- und Fortbildung (vgl. Haushaltsvermerk) gewonnen. Der jeweilige Anteil der im Deckungsvermerk genannten Haushaltsstellen richtet sich nach den auf den Freistaat Bayern entfallenden Teilnehmern und Gebühren (vgl. Art. 9 Abs. 2 des Bayerischen Verwaltungsschulgesetzes) entsprechend der prozentualen Inanspruchnahme durch den jeweiligen Einzelplan am Gesamtumfang.

Zu 03 03/671 05

Beteiligung Bayerns am REAG-/GARP-Programm des Bundes zur Förderung der freiwilligen Rückkehr von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und dgl. Gewährt werden u.a. Reisebeihilfen und Überbrückungsgelder. Das Programm wird von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführt. Damit die zweckentsprechende Verwendung von zurückgeforderten Förderbeträgen sichergestellt ist, dürfen Gutschriften der IOM von den Ausgaben abgesetzt werden.

Zu 03 03/684 02

Aufwendungen des Freistaates Bayern zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe, an denen sich der Bund zur Hälfte beteiligt (siehe Tit. 231 04). Die Arbeiten werden vom Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden durchgeführt, dem die entstandenen Kosten aus dem Ansatz erstattet werden.

Zu 03 03/684 04

Die Zuschüsse sind für die Landesverkehrswacht Bayern und andere Träger sowie für sonstige Verkehrserziehungsmaßnahmen vorgesehen (u.a. Schulwegmaßnahmen "Sicher zur Schule - Sicher nach Hause", Gewinnung weiterer Schulwegdienste, Radfahrausbildung in den Jugendverkehrsschulen sowie Modellversuch "Radfahren in der Verkehrswirklichkeit", Zuweisungen für die Ersatzbeschaffung ausgedienter Jugendverkehrsschulfahrzeuge, verkehrssicherer Fahrräder usw.). Die Landesverkehrswacht ist berechtigt, aus den empfangenen Förderbeträgen den örtlichen Verkehrswachten Zuwendungen zu bewilligen. Die Ansätze sind wegen des sachlichen Zusammenhangs und für eine flexible Mittelsteuerung zu Gunsten von Kap. 03 03 Tit. 547 01 einseitig deckungsfähig.

Zu 03 03/811 01, 811 02, 811 03, 883 01 und 894 01

Der Förderzeitraum des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInVG) endete am 31.12.2011. Die Titel können daher wegfallen.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
894 01-6	012	Zuschuss zur energetischen Sanierung (einschließlich teilweise Ersatzneubau) des Bildungszentrums Holzhausen am Ammersee der Bayer. Verwaltungsschule aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG, Bereich kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr oder Mindereinnahme bei Tit. 334 31. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	***	***	A	---
					B	1.120,1
					C	1.548,2
		Titelgruppen				
		71 Kosten der Wahlen zum Landtag und der Bezirkstage sowie der Volksentscheide				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 233 01.</i>				
459 71-8	011	Vermischte Personalausgaben	0,2	---	A	---
					C	0,3
511 71-4	011	Postentgelte	1.307,0	---	A	---
					C	201,7
514 71-1	011	Kosten der Herstellung von Stimmzetteln und Vordrucken	700,0	---	A	---
					C	86,7
547 71-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	13,0	---	A	---
					C	22,9
633 71-7	011	Erstattungen an Gemeinden und Stimmkreisleiter	13.761,0	---	A	---
					C	10.217,5
		Summe der Titelgruppe	15.781,2	-	A	-
					B	-
					C	10.529,1
		72 Kosten der Wahlen zum Bundestag				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 231 02.</i>				
459 72-7	011	Vermischte Personalausgaben	1,0	---	A	---
511 72-3	011	Postgebühren	2,2	---	A	---
514 72-0	011	Kosten der Herstellung von Vordrucken	0,1	---	A	---
547 72-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	7,5	---	A	---
633 72-6	011	Erstattungen an Gemeinden und Kreiswahlleiter	12.303,0	---	A	---
					C	4.394,3
		Summe der Titelgruppe	12.313,8	-	A	-
					B	-
					C	4.394,3
		76 Kosten der Wahlen zum Europäischen Parlament				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 231 03.</i>				
459 76-3	011	Vermischte Personalausgaben	---	1,0	A	---
511 76-9	011	Postgebühren	---	1,0	A	---
514 76-6	011	Kosten der Herstellung von Vordrucken	---	400,0	A	---

Erläuterungen

Zu 03 03/71

Kosten der Landtagswahl und der Bezirkswahlen. Die Ausgaben für die gleichzeitig mit der Landtagswahl durchgeführten Bezirkswahlen werden von den Bezirken erstattet (vgl. Tit. 233 01).

Aus Tit. 459 71 dürfen auch Verpflegungszuschüsse für die Mitarbeiter des Landeswahlleiters gezahlt werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 15.781,2 Tsd. € zur Abwicklung der Landtagswahl und Bezirkswahlen 2013.

Zu 03 03/72

Kosten der Bundestagswahl. Die Ausgaben werden vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 02).

Aus Tit. 459 72 dürfen auch Verpflegungszuschüsse für die Mitarbeiter des Landeswahlleiters geleistet werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 12.313,8 Tsd. € zur Abwicklung der Bundestagswahl 2013.

Zu 03 03/76

Zur Durchführung der Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Ausgaben werden vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 03).

Aus Tit. 459 76 dürfen auch Verpflegungszuschüsse für die Mitarbeiter des Landeswahlleiters geleistet werden.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 11.609,0 Tsd. € zur Abwicklung der Wahlen 2014 zum Europäischen Parlament.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
547 76-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	7,0	A	---
633 76-2	011	Erstattungen an Gemeinden, Stadt- und Kreiswahlleiter	---	11.200,0	A	---
		Summe der Titelgruppe	-	11.609,0	A	-
					B	-
					C	-
		77 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Sanierung staatlicher Gebäude aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Infrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG, Bereich sonstige Infrastrukturmaßnahmen)				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41.</i>				
		<i>Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>				
725 77-0	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Marktoberdorf	***	***	A	---
					B	403,7
					C	1.635,0
726 77-9	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Autobahnpolizeistation Gersthofen	---	***	A	---
					B	680,3
					C	1.681,8
740 77-1	042	Polizeiunterkunft Würzburg	***	***	A	---
		Sanierung der Abwasserkanäle und -leitungen sowie der Wasserversorgung, 1. Teilbaumaßnahme			C	0,4
745 77-6	042	Zusammenlegung der Polizeiinspektionen 1 und 3 im Dienstgebäude Regensburg, Minoritenweg 1 (1. Teilbaumaßnahme der Generalsanierung des Dienstgebäudes)	---	***	A	---
					B	2.100,2
					C	1.349,5
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	-
					B	3.184,2
					C	4.666,7

Erläuterungen

Zu 03 03/725 77

Gesamtkosten 2.930,0 Tsd. €

laut baufachlicher Festsetzung vom 31.08.2010.

Ab 2015 noch benötigt: - Tsd. €

Die Polizeiinspektion Marktoberdorf war bisher im angemieteten Gebäude in Marktoberdorf, Bahnhofstraße 17, unzureichend untergebracht. Der derzeitigen Hauptnutzfläche von 343 qm steht ein Bedarf von 720 qm gegenüber (Fehlbedarf somit 377 qm). Zudem ist der jetzige Polizeihof viel zu klein. Abhilfe kann nur durch einen Neubau geschaffen werden, der zwischenzeitlich bereits erstellt ist. Die bisherigen Gesamtkosten haben sich aufgrund von Preissteigerungen, Massen- und Ausführungsänderungen und zusätzlich notwendige Maßnahmen von 2.300,0 Tsd. € auf 2.930,0 Tsd. € erhöht. Die Baumaßnahme ist abgerechnet.

Zu 03 03/726 77

Gesamtkosten 3.030,0 Tsd. €

laut baufachlicher Festsetzung vom 25.08.2010.

Ab 2015 noch benötigt: - Tsd. €

Die Autobahnpolizeistation Gersthofen ist auf einem Erbbaurechtsgrundstück unzureichend untergebracht. Die Bausubstanz des bestehenden Dienstgebäudes ist verbraucht. Darüber hinaus reichen die zur Verfügung stehenden Diensträume nicht aus. Um Abhilfe zu schaffen, wurde für die Autobahnpolizeistation Gersthofen ein Neubau erstellt. Die bisherigen Gesamtkosten von 2.820,0 Tsd. € haben sich aufgrund von Preissteigerungen, Massen- und Ausführungsänderungen und zusätzlich notwendiger Maßnahmen um 210,0 Tsd. € auf 3.030,0 Tsd. € erhöht. Der Leertitel dient der Schlussabrechnung der Baumaßnahme.

Zu 03 03/740 77

Gesamtkosten 1. Teilbaumaßnahme 500,0 Tsd. €

laut baufachlicher Festsetzung vom 13.04.2006.

Ab 2015 noch benötigt: - Tsd. €

Aufgrund von Untersuchungen sind die Abwasserkanäle und -leitungen bei der III. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Würzburg so schadhaft, dass eine Sanierung vordringlich wird. Darüber hinaus muss im Außen- und Innenbereich auch das Trinkwassernetz in die Sanierung mit einbezogen werden. Die Maßnahme wird in Bauabschnitte unterteilt. Die Baukosten für die 1. Teilbaumaßnahme liegen bei 500,0 Tsd. €. Die Teilbaumaßnahme ist abgerechnet.

Zu 03 03/745 77

Gesamtkosten 1. Teilbaumaßnahme 4.500,0 Tsd. €

laut baufachlicher Festsetzung vom 01.10.2008.

Ab 2015 noch benötigt: - Tsd. €

Das 63 Jahre alte Dienstgebäude der Landespolizei in Regensburg, Am Minoritenweg 1, bedarf einer gründlichen Generalsanierung, um die Bausubstanz zu erhalten. Saniert werden muss insbesondere die Heizungsanlage, die gesamte Elektroanlage, die Wasser- und Abwasserleitungen; ferner müssen Brandschutzmaßnahmen getroffen werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, in dem Dienstgebäude konzeptionelle Veränderungen vorzunehmen, um einen reibungslosen Dienstablauf im Hinblick auf die Zusammenlegung der PI 1 und 3 zu gewährleisten. Dies geschieht in erster Linie durch die Neuordnung des Wachbereichs, welche als 1. Teilbaumaßnahme durchgeführt werden soll. In die Neuorganisation wird räumlich auch das benachbarte ehem. Gewerbeaufsichtsamt mit eingebunden. Die Kosten für die 1. Teilbaumaßnahme liegen bei 4.500,0 Tsd. €. Der Leertitel dient der Schlussabrechnung der Baumaßnahme.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
		85 Errichtung und Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i> <i>Der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) werden die Nutzungsrechte an der vom Freistaat Bayern zusammen mit dem Bund errichteten Infrastruktur (Standorte für Basisstationen und Übertragungsstrecken) für den Digitalfunk in Bayern unentgeltlich bereitgestellt (vgl. § 3 Abs. 1 Satz 1 und § 4 Abs. 1 Satz 1 des Digitalfunk-Verwaltungsabkommens).</i> <i>Bund und Länder dürfen den Digitalfunk in Bayern unentgeltlich nutzen (vgl. § 4 des Digitalfunk-Verwaltungsabkommens).</i> <i>Das Eigentum an der von Bayern anteilig finanzierten Systemtechnik ist Bestandteil des Zweckvermögens der BDBOS gemäß § 9 BDBOSG.</i> <i>Nr. 4 Abs. 1 der Erläuterungen zu TG 85 ist verbindlich.</i> <i>Vgl. Vermerk bei der Einnahmen-TG 85.</i>				
422 85-6	042	Bezüge der planmäßigen Beamten	1.767,9	1.808,1	A	2.121,8
					B	375,6
					C	142,0
428 85-0	042	Entgelte für Arbeitnehmer	849,0	864,0	A	819,0
		<i>Zu Lasten der Ausgabemittel der TG 85 dürfen für die Projektgruppe DigiNet 15 Arbeitnehmer bis Entgeltgruppe 13 beschäftigt werden (kw 31.12.2016). Die Zahl der zulässigen Beschäftigungsverhältnisse darf erhöht werden, wenn anstelle der im Projekt vorgesehenen Vergabe von Aufträgen (vgl. Tit. 534 85) die entsprechenden Aufgaben von Arbeitnehmern mit befristeten Arbeitsverträgen erledigt werden müssen.</i>			B	562,5
					C	304,2

Erläuterungen

Zu 03 03/85

1. Bund und Länder haben am 01.06.2007 ein Verwaltungsabkommen (VwA) geschlossen, das den rechtlichen Rahmen für den Aufbau und Betrieb eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle BOS (Digitalfunk BOS) nach dem „Phasenkonzept“ schafft und hierbei neben den Grundsätzen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie den Beteiligungs- und Mitwirkungsrechten der Länder auch die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern regelt.

Zur Bündelung der Interessen von Bund und Ländern wurde eine Bundesanstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Sie hat die Aufgabe, für den Bund und, nach Maßgabe des VwA auch für die Länder, den Digitalfunk BOS aufzubauen, zu betreiben und seine Funktionsfähigkeit sicherzustellen (Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben - BDBOSG - vom 28.08.2006, BGBl I S. 2039). Auf der Grundlage von Rahmenverträgen der Bundesanstalt insbesondere für die Lieferung von Systemtechnik bzw. den Netzbetrieb rufen Bund und Länder die für Aufbau und Betrieb erforderlichen Leistungen mit Einzelverträgen ab.

2. Die nach dem VwA erforderliche unentgeltliche Bereitstellung von Nutzungsrechten (an Standorten und Zuleitungsnetzen) an die Bundesanstalt wird durch Haushaltsvermerk zugelassen.

3. Zur Einführung des BOS-Digitalfunks in Bayern ist im Staatsministerium des Innern die „Projektgruppe DigiNet“ eingerichtet. Die nach dem VwA den Ländern (in Abstimmung mit dem Bund) obliegende Aufgabe der Bereitstellung der Infrastruktur (Sendestandorte und Zuleitungen) für den Netzaufbau (einschließlich baulicher Ertüchtigung) wird in Bayern von der Projektgruppe zusammen mit der Staatsbauverwaltung erledigt. Ferner wurde im Bayer. Landeskriminalamt die „Autorisierte Stelle für den Digitalfunk-BOS in Bayern“ errichtet, die aufgrund der Struktur des bundesweiten Netzes als zentrale Stelle auf Länderebene erforderlich ist.

4. Die nichtstaatlichen BOS in Bayern im Sinne des § 4 der BOS-Funkrichtlinie (kommunale Feuerwehren, Rettungsdienst, Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken, Integrierte Leitstellen) dürfen das Digitalfunknetz ohne weiteres Entgelt (wegen der Betriebskostenbeteiligung s. nachfolgende Absätze) nach Maßgabe der im Einzelnen noch zu treffenden Teilnahmeregelungen nutzen (vgl. § 4 Abs. 1, 4, § 11 Abs. 1 Satz 3 VwA). Die Nutzung des Digitalfunks ist gemäß Art. 63 BayHO zuzulassen, weil hieran ein dringendes Staatsinteresse besteht (s. vorletzten Satz des Haushaltsvermerks).

Am 27.11.2009 wurde mit den Kommunalen Spitzenverbänden nachfolgende Einigung über die Beteiligung an den Betriebskosten des Digitalfunks erzielt:

- a) Zahlung eines Festbetrags von 3,0 Mio. € jährlich an den Staatshaushalt;
- b) mietfreie Zurverfügungstellung von Antennenstandorten (bewertet mit 3,0 Mio. € Jahresbetrag; dem Staatshaushalt fließen insoweit keine Mittel zu).

Der zu zahlende Betrag von 3,0 Mio. € wird einwohnerabhängig auf die 96 Landkreise/kreisfreien Städte verteilt; die Modalitäten werden in entsprechenden Verträgen mit den Landkreisen/kreisfreien Städten festgelegt, wobei eine kassenmäßige Verrechnung mit einer geeigneten Finanzausgleichsleistung vorgesehen ist.

Die Kostenbeteiligung setzt in 2013 ein, spätestens aber mit vollständiger (bayernweiter) Bereitstellung des Digitalfunknetzes; sie dauert bis zum Jahr 2024 an. In 2024 wird über eine kommunale Betriebskostenbeteiligung im Lichte des dann gültigen Standes der Digitalfunktechnik für die Folgejahre neu entschieden.

Im April 2010 wurde die Vereinbarung wie folgt ergänzt: Alle Kommunen, die entsprechende Standorte kostenfrei zur Verfügung stellen, erhalten eine einmalige Aufwandsentschädigung von 5,0 Tsd. € je Standort.

Die Sozialversicherungsträger im Sinne des Art. 2 Abs. 13 BayRDG als Kostenträger des Rettungsdienstes übernehmen folgenden Anteil an den Betriebskosten (Ergebnis der Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern):

- Zahlung eines Festbetrags von 6,0 Mio. € jährlich an den Staatshaushalt;
- Die Modalitäten werden in entsprechenden Vereinbarungen zwischen dem Staat und den Sozialversicherungsträgern festgelegt. Die Kostenbeteiligung setzt ebenfalls in 2013 ein, spätestens aber mit vollständiger (bayernweiter) Bereitstellung des Digitalfunknetzes. Hinsichtlich der Dauer der Kostenbeteiligung und der Notwendigkeit einer Folge-Vereinbarung im Jahr 2024 gelten die Ausführungen oben über die Vereinbarung mit den Kommunen.

5. Für die Errichtung und den Betrieb des BOS-Digitalfunks liegt nunmehr ein Kostenrahmen von 1.073,4 Mio. € für die Jahre 2007 bis 2021 zugrunde (bisher 920,4 Mio. €). Die Kostensteigerungen betreffen vor allem die Feinjustierung der Systemtechnik der Funkstandorte, die Anbindung der polizeilichen und nichtpolizeilichen Leitstellen, die Migration der Polizeidienststellen, das Standort- und Facility-Management der Funkstandorte und die Autorisierte Stelle Bayern. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat in seiner Sitzung vom 20.06.2012 diesen neuen Kostenrahmen zur Kenntnis genommen.

6. Zur Förderung der Erstausrüstung mit Digitalfunk-Endgeräten und nutzerseitigen Kosten bei nichtstaatlichen BOS s. Titelgruppe 86.

Zu 03 03/422 85

Für die Einrichtung der Autorisierten Stelle wurden 32 Stellen im Doppelhaushalt 2011/12 geschaffen. Diese sind im Stellenplan ausgebracht.

Zu 03 03/428 85

Für die Projektgruppe DigiNet sind 16 Stellen für abgeordnete Beamte im Stellenplan (Kap. 03 01 Tit. 422 31) ausgebracht.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
459 85-2	042	Vermischte Personalausgaben	10,0	10,0	A	10,0
					B	18,2
511 85-8	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften und sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	115,0	125,0	A	250,0
					B	1.779,9
					C	3.233,6
517 85-2	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	5.532,0	9.521,0	A	2.519,2
					B	82,7
					C	4,7
518 85-1	042	Mieten und Pachten	2.860,0	4.378,0	A	3.691,0
					B	1.790,6
					C	473,3
525 85-2	042	Aus- und Fortbildung	270,0	287,0	A	100,0
					B	63,7
					C	77,1
526 85-1	042	Ausgaben für Sachverständige	2.440,0	3.519,0	A	2.600,0
					B	7.596,5
					C	5.013,7
534 85-1	042	Vergabe von Aufträgen	16.098,0	19.891,0	A	500,0
					B	8.233,4
					C	3.526,3
547 85-6	042	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	76,0	109,0	A	100,0
					B	115,8
					C	89,4
631 85-3	042	Kostenanteil an der Bundesanstalt für den Digitalfunk <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von 30 % der Ausgaben zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	5.567,0	7.872,0	A	3.360,0
					B	14.643,4
					C	9.798,0
633 85-1	042	Erstattungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Sonstige	409,0	590,0	A	332,4
					B	447,1
					C	425,0
685 85-8	042	Erstattung der Kosten für den Netzbetrieb	1.901,0	1.756,0	A	1.503,0
					C	0,2
701 85-8	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Errichtung einzelner Basisstationen mit Gesamtbaukosten von mehr als 1 Mio. € kann abweichend von VV Nr. 1.2 zu Art. 24 BayHO als kleine Baumaßnahme durchgeführt und nachgewiesen werden.</i>	31.866,1	11.312,0	A	---
					B	32.263,1
					C	6.588,9
812 85-4	042	Investitionen	28.956,0	30.203,9	A	8.181,6
					B	103,7
					C	778,1
887 85-4	044	Zuweisung für Investitionen bei der Anbindung/Anpassung der Integrierten Leitstellen	4.741,0	9.717,0	A	---
893 85-6	045	Erstattung der Anschaffungskosten von Digitalfunk-Endgeräten zzgl. Zubehör für die Berg-, Wasser- und Höhlenrettung	86,0	189,0	A	350,0
					B	55,4
					C	61,5
894 85-5	042	Zuweisungen für Investitionen	1.262,0	1.463,0	A	15.112,0
		Summe der Titelgruppe	104.806,0	103.615,0	A	41.550,0
					B	68.131,6
					C	30.516,2

Erläuterungen

Zu 03 03/459 85

Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen u.a. für das zur Projektgruppe DigiNet abgeordnete Personal bzw. für das in der TG 85 veranschlagte Personal der Autorisierten Stelle.

Zu 03 03/511 85

Bedarf der Projektgruppe DigiNet und der Autorisierten Stelle (einschl. Geschäftszimmer- und PC-Ausstattung, fachtechnische Geräte u.a. für die Autorisierte Stelle).

Die Abwicklung der Zahlungen aus der TG 85 erfolgt durch das PP München mit dem EDV-System "Marktplatz der Bayer. Polizei".

Zu 03 03/517 85, 518 85, 526 85, 534 85 und 701 85

Hier sind insbesondere die Ausgaben für die Bereitstellung und Instandhaltung von Sendestandorten und Zuleitungen (Standortmanager, Standortertüchtigung, Standortbetrieb wie z.B. Strom- und Festnetzkosten, die an Versorgungsunternehmen zu zahlen sind), sowie die Kosten für Projektmanager, Controller und Projektsteuerer veranschlagt.

In Tit. 518 85 ist auch der Bedarf für Leasing/Unterhalt von vier Dienstfahrzeugen der Projektgruppe DigiNet enthalten (s. Erläuterungen bei Kap. 03 01 Tit. 514 01).

Die Bewirtschaftungskosten für die Unterbringung der Projektgruppe DigiNet im Dienstgebäude der I. BPA in München werden mit Ausnahme der Reinigungskosten aus Kap. 03 20 geleistet.

Zu 03 03/525 85

Aus- und Fortbildungsbedarf der Projektgruppe DigiNet und der Autorisierten Stelle, Schulungskosten im Rahmen einer elektronischen Lernerwendung.

Zu 03 03/547 85

Reisekosten, Öffentlichkeitsarbeit, Kosten des Bauunterhalts für Standorte u.a.

Zu 03 03/631 85

Veranschlagt ist der voraussichtliche Kostenanteil Bayerns an der Bundesanstalt für den Digitalfunk (§ 9 Satz 2 BDBOSG).

Zu 03 03/633 85

Aus dem Titel werden auch Erstattungen an andere Dienstherrn für an die Projektgruppe DigiNet abgeordnete Bedienstete bezahlt.

Zu 03 03/685 85

Zur Erstattung der Betriebskosten für das Digitalfunknetz an die Bundesanstalt für den Digitalfunk aufgrund des VWA.

Zu 03 03/812 85

Veranschlagt ist insbesondere der Bedarf

- für Investitionen (ohne Bau) bei der Standortertüchtigung, für Leitstellenanpassungen sowie für Endgeräte, Endgerätezubehör/-installation, den Abbau/die Entsorgung der Analogausstattung bei der Polizei,
- außerdem für die Beschaffung der Endgeräte, Endgerätezubehör/-installation und für den Abbau/die Entsorgung der Analogausstattung des staatlichen Katastrophenschutzes.

Zu 03 03/887 85

Aufgrund Art. 7 des Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb Integrierter Leitstellen (ILSG) leistet der Staat Erstattungen (Rettungsdienstbereich) bzw. Zuwendungen (Feuerwehrbereich) für Investitionen bei der Anbindung und Anpassung der Integrierten Leitstellen an den Digitalfunk.

Zu 03 03/893 85

Gemäß Art. 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BayRDG erstattet der Staat den Durchführenden der Berg- und Höhlenrettung sowie der Wasserrettung die Anschaffungskosten der Endgeräte für den Digitalfunk (mit Zubehör).

Zu 03 03/894 85

Erstattung der Investitionskosten für das Digitalfunknetz an die Bundesanstalt für den Digitalfunk aufgrund des VWA.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		86 Förderung der Erstausrüstung mit Digitalfunk-Endgeräten (zzgl. Zubehör) und nutzerseitige Kosten bei nichtstaatlichen BOS <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
<u>547 86-5</u>	042	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2013 gilt abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2014 ff. fort.</i> Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 16.250,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	300,0	750,0	A	
<u>633 86-0</u>	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	
<u>637 86-6</u>	044	Zuweisungen an Zweckverbände <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2013 gilt abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2014 ff. fort.</i> Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 25.971,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	494,0	1.235,0	A	
<u>684 86-8</u>	045	Zuwendungen an Hilfsorganisationen	---	---	A	
<u>812 86-3</u>	042	Investitionen	---	---	A	
883 86-7	044	Zuschüsse zur Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2013 gilt abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2014 ff. fort.</i> Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 10.400,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	21.200,0	23.500,0	A	2.020,0
<u>887 86-3</u>	042	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	---	---	A	
894 86-4	045	Zuschüsse zur Erstausrüstung des Rettungsdienstes und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2013 gilt abweichend von Art. 38 in Verbindung mit Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2014 ff. fort.</i> Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.600,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	1.800,0	3.500,0	A	830,0
		Summe der Titelgruppe	23.794,0	28.985,0	A B C	2.850,0 - -
		Gesamtausgaben	161.816,5	149.177,1	A B C	49.489,5 79.493,1 59.273,1

Erläuterungen

Zu 03 03/86

1. Für die notwendige Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren, des Rettungsdienstes und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen mit Endgeräten für den Digitalfunk gewährt der Freistaat Bayern Zuschüsse in Höhe von 80 % der reinen Gerätekosten zzgl. der Kosten des Zubehörs ohne Einbaukosten. Das Nähere zur Förderung der digitalen Endgeräte wird durch eine Förderrichtlinie bestimmt. Der Zuschussbedarf für die Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren wird nicht aus dem Feuerschutzsteueraufkommen finanziert.

Für das Förderprogramm ergibt sich nach dem derzeitigen Stand ein Mittelbedarf von rd. 90 Mio. €. Davon entfallen auf

a) Kommunale Feuerwehren	78.660,0 Tsd. €
b) Rettungsdienst (ohne Berg-, Höhlen und Wasserrettung - vgl. 03 03/893 85) und Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken	11.340,0 Tsd. €

Zur Deckung des Finanzierungsbedarfs für das Förderprogramm sind bis zum Jahr 2012 7,0 Mio. € Ausgabemittel und eine Verpflichtungsermächtigung von 70,48 Mio. € veranschlagt. Für das Haushaltsjahr 2013 ist hierfür eine weitere Verpflichtungsermächtigung von 12,0 Mio. € vorgesehen. Die für 2013 und 2014 veranschlagten Ausgabemittel in Höhe von 23,0 bzw. 27,0 Mio. € dienen der Abfinanzierung des Förderprogramms (s. Titel 883 86 und 894 86).

Im Rahmen des Förderprogramms dürfen bis zum Ende des Förderzeitraums Verpflichtungen in Höhe von bis zu 90,0 Mio. € eingegangen werden. Eine erneute Verpflichtungsermächtigung zur Umsetzung der im Förderprogramm enthaltenen Einzelförderungen in den jeweiligen Folgejahren ist nicht notwendig. Die Einführung des BOS-Digitalfunks bedarf aus Gründen der Haushaltsklarheit und Wahrheit einer Gesamtbetrachtung und Gesamtvorsorge bis Laufzeitende. Durch das Förderprogramm bindet sich der Freistaat Bayern bereits voll an das Förderprogramm. Damit wird dem Grunde nach die Verpflichtung zur Förderung der Endgeräte für die nichtstaatlichen BOS eingegangen. Durch die Bereitstellung des Verpflichtungsrahmens von 90,0 Mio. € wird die Verwaltung zur Durchführung der Fördermaßnahmen in den jeweiligen Haushaltsjahren ermächtigt.

2. Der Freistaat Bayern beteiligt sich außerdem an den nutzerseitigen Kosten bei der Anbindung der Integrierten Leitstellen (ILS) an den Digitalfunk. Als Notfall-Redundanz ist hierbei eine Luftschnittstelle beinhaltet. Der Mittelbedarf hierfür wird mit rd. 4 Mio. € pro Jahr für insgesamt 26 ILS angenommen. Außerdem ist eine Beteiligung an den jährlich für Aufgaben der Taktisch-Technischen Betriebsstelle (TTB) innerhalb der ILS anfallenden Kosten mit einer quotalen Pauschale von 25% vorgesehen. Hierfür wird mit rd. 0,5 Mio. € pro Jahr für insgesamt 26 ILS kalkuliert. Aufgrund dieser Maßnahmen ergibt sich bis zum Jahr 2021 ein Verpflichtungsrahmen von rd. 45,0 Mio. € (s. insbesondere Titel 547 86 und 637 86).

Für diesen Verpflichtungsrahmen gelten die vorstehenden Ausführungen über die Ermächtigung zur Durchführung der Fördermaßnahmen in den jeweiligen Haushaltsjahren entsprechend.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012	
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011	
1	2	3	4	5	C	Ist 2010	
						Tsd. €	6
Abschluss							
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2,0	2,0	A	2,0	
					B	-	
					C	140,0	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	20.181,1	11.942,8	A	333,8	
					B	387,8	
					C	2.220,9	
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	-	-	A	-	
					B	5.624,9	
					C	7.479,0	
		Gesamteinnahmen	20.183,1	11.944,8	A	335,8	
					B	6.012,7	
					C	9.839,9	
		Personalausgaben	2.628,1	2.683,1	A	2.950,8	
					B	956,3	
					C	446,4	
		Sächliche Verwaltungsausgaben	30.520,4	39.666,5	A	10.382,1	
					B	20.317,4	
					C	13.327,2	
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	38.756,9	26.942,6	A	9.663,0	
					B	19.010,1	
					C	28.615,1	
		Baumaßnahmen	31.866,1	11.312,0	A	-	
					B	35.447,3	
					C	11.255,7	
		Sonstige Sachinvestitionen	28.956,0	30.203,9	A	8.181,6	
					B	441,5	
					C	4.019,1	
		Investitionsförderungsmaßnahmen	29.089,0	38.369,0	A	18.312,0	
					B	3.320,5	
					C	1.609,7	
		Gesamtausgaben	161.816,5	149.177,1	A	49.489,5	
					B	79.493,1	
					C	59.273,1	
		Zuschuss	141.633,4	137.232,3	A	49.153,7	
					B	73.480,3	
					C	49.433,2	

03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-8	051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	649,5	661,5	A	834,0
					B	637,6
					C	665,5
112 01-7	051	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	---	---	A	---
119 01-0	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	12,5	12,5	A	12,5
					B	11,1
119 49-4	051	Vermischte Einnahmen	0,3	0,3	A	---
					B	0,3
					C	0,2
124 01-3	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	105,2	105,2	A	103,9
					B	104,3
					C	104,5
Gesamteinnahmen			767,5	779,5	A	950,4
					B	753,4
					C	770,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-4	051	Entschädigungen (Sitzungsgelder) für die ehrenamtlichen Beisitzer des Flurbereinigungssenats	12,9	14,2	A	16,5
					B	10,0
					C	13,3
422 01-2	051	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	7.007,2	7.169,9	A	6.524,0
					B	6.657,6
					C	6.475,4
422 31-6	051	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---
427 01-7	051	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	3,3	3,3	A	5,5
					B	3,0
					C	3,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 05

1. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) ist das oberste Verwaltungsgericht des Freistaates Bayern im Sinne §§ 2 und 184 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Der BayVGH hat seinen Sitz in München, wobei vier Senate in Ansbach errichtet sind (Art. 1 Abs. 1 Sätze 2 und 3 AGVwGO).

Der Verwaltungsgerichtshof ist zuständig für Berufungen und Beschwerden gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte (§ 46 VwGO), für bestimmte Großverfahren und Vereinsverbote im ersten Rechtszug (§ 48 VwGO), für Entscheidungen über die Vorlage geheimhaltungsbedürftiger Akten bzw. Auskunft daraus oder Einsicht in diese (§ 99 Abs. 2 VwGO) sowie für Normenkontrollverfahren (§ 47 VwGO, Art. 5 AGVwGO). Er entscheidet in Senaten. Beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof sind Fachsenate für Personalvertretungssachen, für Disziplinarsachen, für die Flurbereinigung und für Geheimschutzsachen errichtet.

2. Der Landesanstalt Bayern obliegt die gerichtliche Vertretung des Freistaates Bayern als Kläger, Beklagter oder Beigeladener in Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und dem Bundesverwaltungsgericht sowie die Vertretung des öffentlichen Interesses vor diesen Gerichten nach Maßgabe der Verordnung über die Landesanstalt Bayern (LABV). Des Weiteren obliegt der Landesanstalt Bayern die Wahrnehmung der Aufgabe als Disziplinarbehörde oder Dienstvorgesetzter nach Maßgabe der auf Grund des Bayerischen Disziplinargesetzes (BayDG) erlassenen Rechtsverordnungen (s. § 1 Abs. 2 LABV). Die Landesanstalt Bayern ist am Sitz des Verwaltungsgerichtshofes sowie dessen auswärtiger Senate eingerichtet.

Für die Landesanstalt Bayern sind innerhalb des Kap. 03 05 folgende Haushaltsmittel veranschlagt (zu den Titeln 422 01 und 428 01 siehe Stellenplan):

Titel	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
428 11	2,1	2,1
511 01	41,7	41,7
527 01	7,3	7,3
546 49	1,3	1,3
812 01	14,7	14,7
Zusammen	67,1	67,1

Daneben sind bei Kap. 03 05 in den Tit. 428 21, 517 01, 517 05, 519 01 und in der TG 99 (nicht aufteilbare) Mittel für die Landesanstalt Bayern enthalten.

Zu 03 05/111 01

Gebühren, Auslagen sonstige Entgelte.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 184,5 Tsd. € auf Grund der Istentwicklung.

Zu 03 05/124 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	6,1	6,1
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	99,1	99,1
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	105,2	105,2

Zu 03 05/412 01

Entschädigung der ehrenamtlichen Richter. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

Zu 03 05/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 05/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 05/427 01

Entschädigungen (Sitzungsgelder) für Mitglieder der Disziplinar- und Personalvertretungssenaten, die dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof nicht angehören, sowie für die technischen Beisitzer des Flurbereinigungssenats.

03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvocatur Bayern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
428 01-6	051	Entgelte der Arbeitnehmer	2.333,5	2.373,1	A	2.460,0
					B	2.252,1
					C	2.279,8
428 11-4	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	37,1	37,1	A	31,8
					B	36,6
					C	36,5
428 21-2	051	Entgelte der Arbeitnehmer	121,0	181,0	A	119,0
					B	105,8
					C	103,3
453 01-4	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,0	12,0	A	12,0
					B	4,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-4	051	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	280,0	280,0	A	276,1
					B	262,3
					C	226,7
514 01-1	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	13,7	13,7	A	15,6
					B	9,6
					C	7,3
514 11-9	051	Dienst- und Schutzkleidung	1,3	1,3	A	1,0
					B	1,2
					C	1,2
517 01-8	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	288,7	288,7	A	211,5
					B	157,6
					C	155,4
517 05-4	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	164,7	164,7	A	164,7
					B	144,9
					C	121,1
517 31-2	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-8	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-7	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
518 11-5	051	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	---	---	A	---
518 18-8	051	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	7,2	7,2	A	5,2
					B	7,0
					C	8,1
518 31-1	051	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 05/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 05/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 05/428 21

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

Zu 03 05/453 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	6,0	6,0
2. Umzugskostenvergütungen	6,0	6,0
Zusammen	<u>12,0</u>	<u>12,0</u>

Zu 03 05/511 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	28,9	28,9
2. Bücher und Zeitschriften	137,4	137,4
3. Kommunikation	14,0	14,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	54,7	54,7
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	32,5	32,5
6. Sonstiges	12,5	12,5
Zusammen	<u>280,0</u>	<u>280,0</u>

Zu 03 05/514 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	6,9	6,9
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	6,8	6,8
Zusammen	<u>13,7</u>	<u>13,7</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	13,7	13,7
Personalausgaben	109,6	111,5
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	7,2	7,2
Zusammen	<u>130,5</u>	<u>132,4</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2012	
	2013	2014	2012	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	3	3	3	3	2

Zu 03 05/514 11

Dienst- und Schutzkleidung für Kraftfahrer, Pöftrner, Reinigungspersonal und Protokollführer(innen).

Zu 03 05/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 77,2 Tsd. € insbesondere zur Durchführung anlassbezogener und stichprobenartiger Personenkontrollen durch private Sicherheitsdienste.

Zu 03 05/517 05

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	119,8	119,8
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	44,9	44,9
Zusammen	<u>164,7</u>	<u>164,7</u>

Zu 03 05/518 18

Leasing von 2 Dienstfahrzeugen.

03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
519 01-6	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	99,3	99,3	A	88,0
					B	161,1
					C	138,2
526 01-7	051	Auslagen in Rechtssachen	125,0	125,0	A	104,6
					B	104,5
					C	74,8
527 01-6	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	28,5	28,5	A	28,5
					B	25,2
					C	23,5
529 01-4	051	Zur Verfügung des Präsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,8	0,8	A	0,8
					B	0,8
					C	0,8
531 01-0	051	Herausgabe amtlicher Blätter	7,3	7,3	A	6,9
					B	11,3
532 11-7	051	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
546 49-7	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	7,5	7,5	A	6,1
					B	6,7
					C	11,5
		Baumaßnahmen				
701 01-4	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	500,0	500,0	A	490,0
					B	397,8
					C	46,3
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-1	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-0	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	49,4	49,4	A	55,8
					B	37,7
					C	85,3
		Titelgruppen				
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99-7	051	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	84,9	87,7	A	83,7
					B	45,1
					C	95,6

Erläuterungen

Zu 03 05/519 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	99,3	99,3
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen		99,3	99,3

2013 gegenüber 2012:
Mehr 11,3 Tsd. € zum Ausgleich der Baupreissteigerungen.

Zu 03 05/526 01
Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen sowie Prozesskostenhilfe für mittellose Personen.

2013 gegenüber 2012:
Mehr 20,4 Tsd. € infolge der Einführung des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes und des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren.

Zu 03 05/546 49
Veranschlagt sind:
Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 05/701 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
Dienstgebäude Verwaltungsgerichtshof München, Ludwigstraße 23			
-	Sanierung EDV-Verkabelung	-	130,0
-	Sanierung Toilettenanlagen (2. BA)	500,0	370,0
Zusammen		500,0	500,0

Zu 03 05/812 01
Ersatzbeschaffung von Geschäftszimmerausstattungen und Geräten.

Zu 03 05/99
IuK-Ausstattung im Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und in der Landesadvokatur Bayern zum Betrieb des Gerichtsverwaltungsprogramms GOŞA, der Basiskomponente für die Personalverwaltung (VIVA), des Integrierten Haushalts- und Kassenverfahrens (IHV), des Dokumentenmanagement-/Vorgangsbearbeitungssystems (ELDORA) und der Bibliotheksanwendung sowie zur Bürokommunikation. Zugriff auf die Datenbank Bayern-Recht, Geobasisdaten und -dienste sowie auf die Datenbanken beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (MiLo und Pressedatenbanken). Zugang zu Internet/Intranet über das Behördennetz.

Personal im Kap. 03 05, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2012	Stellen 2013	Stellen 2014
Plan-Beamte			
A 13	0,5	0,5	0,5
A 12	1	1	1
A 11	1	1	1
Summe	2,5	2,5	2,5
Arbeitnehmer			
E 11	2	2	2
E 10	2	2	2
E 9	1	1	1
Summe	5	5	5
Insgesamt	7,5	7,5	7,5

Zu 03 05/511 99		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	5,7	5,7
2.	EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	23,8	23,8
3.	Mieten und Wartung	38,9	40,2
4.	Bücher und Zeitschriften	16,5	18,0
5.	Sonstiges	-	-
Zusammen		84,9	87,7

03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
514 99-4	051	Verbrauchsmittel	22,7	22,7	A	21,4
					B	2,0
					C	7,7
525 99-1	051	Aus- und Fortbildung	29,5	22,1	A	41,3
					B	6,0
					C	7,5
<u>526 99-0</u>	051	Ausgaben für Sachverständige	6,3	6,3	A	
534 99-0	051	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	80,5	71,6	A	68,5
					B	5,3
					C	32,9
815 99-0	051	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	86,1	99,6	A	87,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>	<i>25,0</i>		B	<i>123,5</i>
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>	<i>25,0</i>		C	<i>117,7</i>
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	310,0	310,0	A	302,8
					B	182,0
					C	261,5
		Gesamtausgaben	11.410,4	11.674,0	A	10.926,4
					B	10.579,0
					C	10.072,8
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	767,5	779,5	A	950,4
					B	753,4
					C	770,2
		Gesamteinnahmen	767,5	779,5	A	950,4
					B	753,4
					C	770,2
		Personalausgaben	9.527,0	9.790,6	A	9.168,8
					B	9.069,4
					C	8.911,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.247,9	1.234,4	A	1.123,9
					B	950,6
					C	912,2
		Baumaßnahmen	500,0	500,0	A	490,0
					B	397,8
					C	46,3
		Sonstige Sachinvestitionen	135,5	149,0	A	143,7
					B	161,2
					C	203,1
		Gesamtausgaben	11.410,4	11.674,0	A	10.926,4
					B	10.579,0
					C	10.072,8
		Zuschuss	10.642,9	10.894,5	A	9.976,0
					B	9.825,7
					C	9.302,6

Erläuterungen

Zu 03 05/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf für Tonerkartuschen, Tintenpatronen, Farbbänder, Datenträger und sonstiges EDV-typisches Verbrauchsmaterial.

Zu 03 05/525 99

Schulungskosten und Unterrichtsmaterial für das EDV-Personal.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 11,8 Tsd. € wegen Anpassung an den laufenden Schulungsbedarf (Fortbildung der Administratoren für Fachanwendungen, GOŠA, Betriebssysteme, Active Directory, Web-Based-Training, E-Learning, Exchange, Office 2010).

Zu 03 05/526 99

Penetrationstests für die Homepage des VGH und der Landesanstalt für Bayern entsprechend der Empfehlungen des Bayern-CERT (Web-TÜV).

Zu 03 05/534 99

2013 gegenüber 2012:

Mehr 12,0 Tsd. € wegen notwendiger individueller Programmierung der Fachanwendung GOŠA (elektronische Aussonderung von Gerichtsakten, Sonderstatistiken), der Internet-Homepage und für die Vorbereitung der Migration der Landesanstalt für Bayern zum Rechenzentrum Süd.

Zu 03 05/815 99

Erst-, Ersatz und Ergänzungsbeschaffungen von Hardware (z.B. Server, Activekomponenten/USV-Anlagen, PC, Monitore, Drucker, Notebooks, Multifunktionssysteme, digitale Diktiergeräte, Beamer, Scanner) sowie Kosten für Software-Lizenzen und -Upgrades.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 13,5 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Beschaffungsbedarf.

03 06 Verwaltungsverfahren

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-6	051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	3.830,0	3.910,0	A	3.700,0
					B	3.761,3
					C	3.546,0
112 01-5	051	Geldstrafen und Geldbußen	---	---	A	---
119 49-2	051	Vermischte Einnahmen	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,6
					C	1,9
124 01-1	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	78,4	78,4	A	66,1
					B	68,8
					C	69,1
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-1	051	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
261 01-4	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	3,3	3,3	A	5,2
					B	3,3
					C	4,5
Gesamteinnahmen			3.912,7	3.992,7	A	3.772,3
					B	3.834,1
					C	3.621,4
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-2	051	Entschädigungen für die ehrenamtlichen Richter	342,0	342,0	A	342,0
					B	316,1
					C	333,9
422 01-0	051	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	15.584,7	16.164,3	A	15.864,5
					B	14.662,8
					C	15.007,2
422 21-6	051	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	---	---	A	---
422 31-4	051	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---
428 01-4	051	Entgelte der Arbeitnehmer	7.145,4	7.266,5	A	7.252,6
					B	6.896,1
					C	6.749,4
428 11-2	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	39,3	39,3	A	56,6
428 21-0	051	Entgelte der Arbeitnehmer	378,6	383,9	A	370,6
					B	363,5
					C	335,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 06

Den sechs Bayerischen Verwaltungsgerichten obliegt die Ausübung der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sinne der §§ 1 und 2 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Sitz und Bezirk sind durch Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) festgelegt. Die Verwaltungsgerichte entscheiden in allen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art, soweit die Streitigkeiten nicht durch Bundesgesetz einem anderen Gericht ausdrücklich zugewiesen sind (§ 40 VwGO).

Bei den Verwaltungsgerichten München und Ansbach sind Fachkammern für Personalvertretungsangelegenheiten und bei den Verwaltungsgerichten München, Ansbach und Regensburg für Disziplinarsachen (Disziplinarkammern) errichtet.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 am 1. Juli 2007 wurde das Widerspruchsverfahren in Bayern neu geregelt. In einigen, im Gesetz abschließend aufgezählten Rechtsbereichen, kann ein Betroffener seit 1. Juli 2007 wählen, ob er vor Erhebung einer Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage ein Vorverfahren durchführen oder unmittelbar Klage erheben will (sog. fakultatives Widerspruchsverfahren). In allen übrigen Bereichen ist sofort Klage zu erheben; die Einlegung eines Widerspruchs ist nicht mehr möglich (s. Art. 15 AGVwGO).

Zu 03 06/111 01

2013 gegenüber 2012:
Mehr 130,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:
Mehr 80,0 Tsd. € wegen Anpassung an die zu erwartenden Einnahmen.

Zu 03 06/124 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	4,8	4,8
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	73,5	73,5
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	0,1	0,1
Zusammen	<u>78,4</u>	<u>78,4</u>

2013 gegenüber 2012:
Mehr 12,3 Tsd. € infolge von Mieterhöhungen.

Zu 03 06/231 01

Erstattung von Dienstbezügen für zum Bund abgeordnete Beamte (Richter).

Zu 03 06/412 01

Entschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder nach dem gemäß § 32 VwGO anwendbaren Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

Zu 03 06/422 01, 422 21 und 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 06/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 06/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2013 gegenüber 2012:
Weniger 17,3 Tsd. € wegen Anpassung an tatsächlichen Bedarf.

Zu 03 06/428 21

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

03 06 Verwaltungsverfahren

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
453 01-2	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	23,0	23,0	A	23,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-2	051	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	690,0	690,0	A	668,3
					B	600,2
					C	613,4
514 01-9	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	19,1	19,1	A	15,3
					B	11,6
					C	12,5
514 11-7	051	Dienst- und Schutzkleidung	2,4	2,4	A	2,4
					B	1,2
					C	1,8
517 01-6	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	760,0	760,0	A	571,5
					B	419,3
					C	393,2
517 05-2	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	360,0	360,0	A	345,4
					B	287,8
					C	274,8
517 31-0	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-6	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	63,8	63,8	A	63,8
					B	49,7
					C	60,8
518 01-5	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.193,5	1.193,5	A	1.217,5
					B	1.165,8
					C	1.066,4
518 11-3	051	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	5,0	5,0	A	7,0
					B	2,2
					C	3,8
518 18-6	051	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	7,3	7,5	A	6,8
					B	6,3
					C	6,6
518 31-9	051	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 06/453 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Trennungsgeld	6,0	6,0
2.	Umzugskostenvergütungen	17,0	17,0
	Zusammen	23,0	23,0

Zu 03 06/511 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Geschäftsbedarf	89,7	89,7
2.	Bücher und Zeitschriften	222,9	222,9
3.	Kommunikation	43,4	43,4
4.	Entgelte für Postdienstleistungen	202,1	202,1
5.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	112,7	112,7
6.	Sonstiges	19,2	19,2
	Zusammen	690,0	690,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 21,7 Tsd. € aufgrund der Preisentwicklung und wegen Bedarfsanpassung u.a. zur Beschaffung von Mobiliar, das bei der Umorganisation der Gerichtsverwaltung und des Öffentlichkeitsbereichs im Zuge der Umsetzung der Sicherheitsmaßnahmen ersetzt werden muss.

Zu 03 06/514 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	8,6	8,6
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	10,5	10,5
	Zusammen	19,1	19,1

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	19,1	19,1
Personalausgaben	86,5	86,5
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	36,8	-
Ausgaben für Leasing/Miete	7,3	7,5
Zusammen	149,7	113,1

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2012	
	2013	2014	2012	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis, Kleinbus	7	7	7	7	3

Zu 03 06/514 11

Dienst- und Schutzkleidung für Kraftfahrer, Pförtner, Reinigungspersonal und Protokollführer(innen).

Zu 03 06/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 188,5 Tsd. € insbesondere zur Durchführung anlassbezogener und stichprobenartiger Personenkontrollen durch private Sicherheitsdienste, für die Bewirtschaftung zusätzlicher Mietflächen, höhere Miet-Nebenkosten und höhere Kosten für die Gebäudereinigung.

Zu 03 06/517 05		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	176,4	176,4
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	183,6	183,6
	Zusammen	360,0	360,0

Zu 03 06/518 01

2013 gegenüber 2012:

Weniger 24,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 06/518 11

Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte.

Zu 03 06/518 18

Miete/Leasingkosten von Dienstfahrzeugen.

03 06 Verwaltungsverfahren

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
519 01-4	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	271,0	271,0	A B C	240,1 493,2 466,3
526 01-5	051	Auslagen in Rechtssachen	720,0	720,0	A B C	616,6 791,4 667,2
527 01-4	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	20,2	20,2	A B C	17,8 16,1 11,9
532 11-5	051	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	5,1	5,1	A B	5,1 2,1
546 49-5	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	15,0	15,0	A B C	9,6 15,4 7,3
Baumaßnahmen						
701 01-2	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	500,0	500,0	A B C	500,0 235,9 486,1
710 00-2	051	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	170,0	390,0	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-9	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	36,8	---	A	---
812 01-8	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	270,0	270,0	A B C	143,4 150,6 78,8

Erläuterungen

Zu 03 06/519 01	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	243,0	243,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	28,0	28,0
Zusammen	271,0	271,0

2013 gegenüber 2012:
Mehr 30,9 Tsd. € zum Ausgleich der Baupreissteigerungen.

Zu 03 06/526 01

Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen sowie Prozesskostenhilfe für mittellose Personen.

2013 gegenüber 2012:
Mehr 103,4 Tsd. € im Hinblick auf die bisherige Ausgabenentwicklung.

Zu 03 06/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, augenärztliche Untersuchungen für Beschäftigte an Bildschirmarbeitsplätzen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 06/701 01	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
Sicherungsmaßnahmen bei den Verwaltungsgerichtsgebäuden	200,0	200,0
Verwaltungsgericht Bayreuth		
- Umbau WC-Anlagen	48,0	88,0
- Umbaumaßnahmen im 2. OG	-	77,0
Verwaltungsgericht Regensburg		
Brandschutz	130,0	-
Verschiedene kleine Baumaßnahmen unter 50,0 Tsd. €	122,0	135,0
Zusammen	500,0	500,0

Zu 03 06/811 01

2013

Tsd. €

1. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

1 Kleinbus Opel (Baujahr 2004); Fahrleistung am 01.02.2012: 77.471 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Kleinbus 36,8

Zu 03 06/812 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 126,6 Tsd. € insbesondere für

- den Ersatz von TK-Anlagen (VG Ansbach 126,6 Tsd. € und VG Regensburg);
- den Austausch alter und abgenutzter Büromöbel;
- Ersatz von Mobiliar für Sitzungssäle, Beratungszimmer, Bibliothek, Cafeteria;
- Ersatz nicht mehr funktionstüchtiger Kantinengeräte und einer Kuvertiermaschine.

03 06 **Verwaltungsgerichte**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Titelgruppen				
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99-5	051	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	243,8	257,5	A	193,8
					B	84,0
					C	239,7
514 99-2	051	Verbrauchsmittel	61,7	61,7	A	61,1
					B	46,6
					C	38,7
525 99-9	051	Aus- und Fortbildung	44,2	37,9	A	51,4
					B	44,2
					C	11,6
534 99-8	051	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	---	---	A	100,8
					B	17,3
815 99-8	051	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	290,3	352,2	A	233,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	362,0
		<i>171,2</i>			C	262,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>175,9</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	640,0	709,3	A	640,3
					B	554,1
					C	552,1
		Gesamtausgaben	29.262,2	30.220,9	A	28.980,2
					B	27.041,5
					C	27.128,5

Erläuterungen

Zu 03 06/99

Die EDV-Ausstattung für die bayerische Verwaltungsgerichtsbarkeit wird vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof koordiniert. Die Betreuung und Systemverwaltung erfolgt vor Ort in den Verwaltungsgerichten. Die veranschlagten Haushaltsmittel dienen zur Ausstattung der Verwaltungsgerichte mit EDV-Hard- und Software zur Unterstützung der Gerichtsverwaltung und der Richterschaft (vgl. auch Kap. 03 05 TG 99).

Personal im Kap. 03 06, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2012	Stellen 2013	Stellen 2014
Plan-Beamte			
A 11	3	3	3
A 10	1	1	1
A 9	1	1	1
A 8	0,5	0,5	0,5
Summe	5,5	5,5	5,5
Arbeitnehmer			
E 10	5	5	5
E 9	6	6	6
E 8	1	1	1
E 6	0,75	0,75	0,75
Summe	12,75	12,75	12,75
Insgesamt	18,25	18,25	18,25

Zu 03 06/511 99

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	15,6	15,6
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	38,9	38,9
3. Mieten und Wartung	142,6	146,8
4. Bücher und Zeitschriften	46,7	56,2
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	243,8	257,5

2013 gegenüber 2012:

Mehr 50,0 Tsd. € insbesondere aufgrund höherer Lizenzkosten für den Zugriff auf juristische Datenbanken und Softwarepflegekosten für das zusätzliche Modul "eRichterschreibtisch" der Fachanwendung GO\$A.

Zu 03 06/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf für Tonerkartuschen, Tintenpatronen, Farbbänder, Datenträger und sonstiges EDV-typisches Verbrauchsmaterial.

Zu 03 06/525 99

EDV-Fortbildung der Administratoren für Fachanwendungen GO\$A, Betriebssysteme, Active Directory, Web-Based-Training, E-Learning, Exchange, Office 2010.

Zu 03 06/534 99

2013 gegenüber 2012:

Weniger 100,8 Tsd. € nach Abwicklung der Aufträge zur Anpassung und Entwicklung von Software.

Zu 03 06/815 99

Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung von Hardware (Server, PC, Monitore, Drucker, etc.) sowie Kosten für Software /-Lizenzen und -Upgrades.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 57,1 Tsd. € und

2014 gegenüber 2013:

Mehr 61,9 Tsd. € für die

- Erstbeschaffung eines Scanners für die Digitalisierung des eingehenden Schriftguts;
- Ersatzbeschaffung von PCs, Servern, Monitoren, Notebooks, Laserdruckern.

03 06 Verwaltungsverfahren

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	3.909,4	3.989,4	A	3.767,1
					B	3.830,7
					C	3.616,9
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3,3	3,3	A	5,2
					B	3,3
					C	4,5
		Gesamteinnahmen	3.912,7	3.992,7	A	3.772,3
					B	3.834,1
					C	3.621,4
		Personalausgaben	23.513,0	24.219,0	A	23.909,3
					B	22.238,5
					C	22.425,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.482,1	4.489,7	A	4.194,3
					B	4.054,6
					C	3.876,0
		Baumaßnahmen	670,0	890,0	A	500,0
					B	235,9
					C	486,1
		Sonstige Sachinvestitionen	597,1	622,2	A	376,6
					B	512,5
					C	340,8
		Gesamtausgaben	29.262,2	30.220,9	A	28.980,2
					B	27.041,5
					C	27.128,5
		Zuschuss	25.349,5	26.228,2	A	25.207,9
					B	23.207,4
					C	23.507,1

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-4	014	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte <i>Der Vermerk bei Tit. 119 01 gilt auch für Tit. 111 01.</i>	---	---	A	---
112 01-3	014	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	340,0	340,0	A	320,0
					B	338,6
					C	323,3
119 01-6	014	Einnahmen aus Veröffentlichungen, sonstige Entgelte <i>Veröffentlichungen, Auszüge aus Datenbeständen, Auskünfte usw. des Bayer. Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung sind grundsätzlich gegen ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt (Abweichung von Art. 61 und Art. 63 BayHO) abzugeben bzw. zu erteilen. Sie dürfen nur in den in den Erläuterungen zu Tit. 119 01 bezeichneten Fällen unentgeltlich abgegeben bzw. erteilt werden. Die abzuführende Umsatzsteuer darf von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	140,0	140,0	A	210,0
					B	153,6
					C	179,1
119 49-0	014	Vermischte Einnahmen	20,0	20,0	A	10,0
					B	20,7
					C	29,3

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 07

Das Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (LfStaD) ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Landesoberbehörde mit Sitz in München und weiteren Dienststellen in Schweinfurt und Fürth.

Im Bereich der amtlichen Statistik erhebt das Amt aufgrund von Rechtsvorschriften Statistiken, bereitet die erhobenen Daten auf, wertet das statistische Material aus und veröffentlicht die Ergebnisse in geeigneter Form (Art. 5, 6, 9 und 10 des Bayer. Statistikgesetzes - BayStatG - vom 10.08.1990, GVBI S. 270, BayRS 290-1-I, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.07.2010, GVBI S. 321).

Seit 01.01.2004 werden die Fachressorts mit den Mehrkosten neuer Statistikanforderungen belastet ("Deckungslösung"); Einsparungen durch den Wegfall von Statistiken werden den jeweiligen Fachressorts zugerechnet. Mehrausgaben bzw. Einsparungen werden grundsätzlich im Rahmen der Haushaltsaufstellung veranschlagt. Für neue, unabwendbare Statistikanforderungen, die erst im Haushaltsvollzug bekannt werden, ist ein Haushaltsvermerk ausgebracht (nach der Überschrift "Ausgaben"), der hierfür eine Verstärkung von Ausgaben vorsieht. Im Haushaltsvollzug freigesetzte Haushaltsmittel aufgrund wegfallender Statistiken werden durch den Haushaltsvermerk gesperrt.

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) hat das LfStaD insbesondere die Aufgabe, den Einsatz der IuK im staatlichen Bereich zu unterstützen (§ 1 Abs. 1 der Verordnung über die Aufgaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung-LfStaDIuKV vom 04.03.2008, GVBI S. 68, zuletzt geändert durch Verordnung vom 14.07.2009, GVBI S. 317).

Dabei obliegt ihm hauptsächlich

- die Betreuung, der Betrieb und die Weiterentwicklung geschäftsübergreifender IuK-Infrastruktur einschl. zentraler Einrichtungen für den medienbruchfreien Austausch von Informationen zwischen den staatlichen Verwaltungen, der Wirtschaft und den Bürgern,
- die Unterstützung der staatlichen Verwaltung bei der Planung, Entwicklung und Durchführung von Verfahren der IuK,
- die Unterstützung der staatlichen Verwaltung bei der Planung und dem Einsatz von Bürokommunikationstechnik,
- die Entwicklung von IuK-Fachverfahren auf Anforderung der Ressorts und der Staatskanzlei sowie
- die Aus- und Fortbildung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes für IuK-Fachverfahren, die vom LfStaD betreut werden.

Ferner ist beim LfStaD das Rechenzentrum Süd (RZ Süd) eingerichtet (§ 2 Abs. 1 LfStaDIuKV). Es erledigt die informations- und kommunikationstechnischen Aufgaben im Geschäftsbereich des StMI und in anderen staatlichen Verwaltungen, soweit ihm diese übertragen werden (§ 2 Abs. 2 LfStaDIuKV). Näheres zum RZ Süd siehe Erläuterungen zu TG 60.

Außerdem erledigt das Amt die Aufgaben des Landeswahlleiters sowie Aufgaben, die ihm von anderen Geschäftsbereichen übertragen wurden (z.B. Berechnung zum kommunalen Finanzausgleich oder zur Schülerbeförderung).

Der Ministerrat hat sich am 20./21.11.2009 für eine Teilverlagerung des LfStaD nach Fürth ausgesprochen (Bereiche Zentralverwaltung und Statistik). Unberührt davon bleiben das RZ Süd in München sowie die Dienststelle in Schweinfurt. Am 09.06.2010 hat der Ministerrat das Konzept zur Umsetzung der Verlagerung des Amtes zustimmend zur Kenntnis genommen. Am 28.07.2011 wurde die Liegenschaft „Nürnberger Str. 91 bis 95 / Finkenstraße 3“ als Immobilie für die Unterbringung des LfStaD in Fürth erworben. Die Liegenschaft wird in mehreren Bauabschnitten generalsaniert. Die zeitlich ineinander greifenden Sanierungsphasen ermöglichen eine stetige und ohne zeitliche Unterbrechung ablaufende Aufgabenverlagerung von München nach Fürth bis zum derzeit geplanten Abschluss im Jahr 2019.

Zu 03 07/112 01

Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Durchführung von Statistiken (§ 1 ZuVOWiG) sowie Zwangsgelder nach Art. 31 VwZVG.

Zu 03 07/119 01 (und 111 01)

Veröffentlichungen, Auszüge aus Datenbeständen, Auskünfte usw. des LfStaD sind grundsätzlich kostenpflichtig. Sie dürfen nur in folgenden Fällen unentgeltlich zur Verfügung gestellt bzw. erteilt werden:

- Statistische Berichte im Internet als informationelle Grundversorgung
- Verzeichnisse und sonstige Veröffentlichungen im Bayerischen Behördennetz
- Abgabe gedruckter Veröffentlichungen an Bibliotheken im öffentlichen Bereich
- kurze, einfache Auskünfte
- Bereitstellung von Veröffentlichungen für Medienvertreter im Rahmen von Pressekonferenzen oder -gesprächen
- Aufsicht, parlamentarische Kontrolle, Wahrnehmung sonstiger durch Rechtsvorschrift dem LfStaD zugewiesener Aufgaben (z.B. kommunaler Finanzausgleich).

Im Rahmen der steuerlichen Behandlung von Auftragsarbeiten - Sonderveröffentlichungen - darf die abzuführende Umsatzsteuer von den Einnahmen abgesetzt werden.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 70,0 Tsd. € wegen Anpassung an die zu erwartenden Einnahmen.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
124 01-9	014	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	---	---	A	1.715,9
					B	1.824,4
					C	1.824,5
132 01-9	014	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	10,0	10,0	A	100,0
					C	0,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-9	014	Leistungen des Bundes und der EU für Erhebungen für besondere Zwecke <i>Vgl. Vermerk zu TG 93.</i>	10,0	10,0	A	10,0
					B	22,6
231 02-8	014	Leistungen des Bundes und der EU für Sonderstatistiken <i>Vgl. Vermerk zu TG 94.</i>	210,0	10,0	A	210,0
					B	366,4
					C	372,5
231 03-7	014	Zweckgebundene Einnahmen für das Forschungsdatenzentrum <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 und TG 99.</i>	---	---	A	---
					B	0,3
					C	35,7
231 04-6	014	Leistungen des Bundes und der EU für laufende Statistiken <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 412 11, 428 11 und 511 01.</i>	---	---	A	---
					B	102,4
					C	44,1

Erläuterungen

Zu 03 07/124 01

2013 gegenüber 2012:

Weniger 1.715,9 Tsd. € da die Mieteinnahmen für das Dienstgebäude Neuhauser Straße wegen des Umzugs in das neue Dienstgebäude St.-Martin-Straße ab 01.01.2013 nicht mehr vom LfStaD vereinnahmt werden.

Zu 03 07/132 01

Erlöse aus der Veräußerung entbehrlicher Vermögensgegenstände.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 90,0 Tsd. € wegen Abschluss des Umzugs in das neue Dienstgebäude St.-Martin-Straße.

Zu 03 07/231 01

Durchführung von Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs oder zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen gemäß § 7 BStatG (vgl. TG 93); Drittmittel, die das Statistische Bundesamt für derartige Erhebungen erhält (z.B. von der EU), werden anteilig an die beteiligten Länder weitergegeben. Die Ausgaben für diese Erhebungen werden in der TG 93 nachgewiesen. Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 93.

Zu 03 07/231 02

Das Landesamt führt auch sonstige Sonderstatistiken durch, für die der Bund oder die EU Zuschüsse gewähren. Die Ausgaben für diese sonstigen Sonderstatistiken werden in der TG 94 nachgewiesen. Die Einnahmen für Zusatzbefragungen zum Unternehmensregister, Zusatzbefragungen im Mikrozensus, "EU-SILC" sowie die Erhebungen zur Informationsgesellschaft erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 94.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 200,0 Tsd. € wegen der Periodizität dieser Sonderstatistiken und rückläufiger Finanzhilfeeinstellungen der EU.

Zu 03 07/231 03

Die Wissenschaft als methodisch anspruchsvoller Nutzer statistischer Daten ist eine wichtige Zielgruppe. Sie ist für eine wirksame empirische Forschung auf aussagekräftige statistische Informationen angewiesen. Bund und Länder sind sich deshalb einig, dass die empirische sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung durch entsprechende Angebote an Mikrodaten unterstützt werden soll.

Um eine solche Datengrundlage in Deutschland zu schaffen, haben die statistischen Ämter der Länder das Forschungsdatenzentrum mit Standorten in allen statistischen Landesämtern (**Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter - FDZ**) im Rahmen einer bis zum 31. August 2010 befristeten Projektförderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eingerichtet. Das FDZ nimmt insbesondere die Aufgabe wahr, die Daten für wissenschaftliche Analyse Zwecke aufzubereiten und zu dokumentieren, standardisierte Datenfiles für die Nutzung in den wissenschaftlichen Einrichtungen bereitzustellen sowie die Nutzer/-innen bei der Verwendung und Auswertung dieser Daten zu beraten. Hierbei wurden bei den einzelnen statistischen Landesämtern "Kompetenzzentren" gebildet (arbeitsteilige fachlich zentralisierte Datenhaltung in mehreren Landesämtern, wobei die Zusammenführung, Vereinheitlichung und Speicherung der Daten aus allen Ländern für einen Statistikbereich in jeweils einem Landesamt durchgeführt wird).

Wegen des hohen gesellschaftlichen Nutzens dieses Projekts haben die Kultusministerkonferenz (Beschluss vom 05.02.2009) und die Innenministerkonferenz (Beschlüsse vom 10.06.2009 und 28.05.2010) beschlossen, das FDZ nach Ablauf der Projektförderung dauerhaft fortzuführen. Die dauerhafte Etablierung und Finanzierung des FDZ wird durch eine Verwaltungsvereinbarung der Länder gesichert.

Das FDZ wird nach der Finanzierungsregelung der Verwaltungsvereinbarung durch Einnahmen des FDZ und zu maximal der Hälfte aus Haushaltsmitteln der Länder finanziert. Der auf den Freistaat Bayern entfallende Kostenanteil wird gemeinsam vom StMI (Epl. 03 A) und StMWFK (Epl. 15) getragen. Die Einnahmen des FDZ setzen sich aus Nutzungsentgelten für die Inanspruchnahme von Standardangeboten des FDZ sowie Einnahmen aus Drittmitteln zusammen und werden bei Tit. 281 12 nachgewiesen. Es wird angestrebt, das FDZ langfristig möglichst vollständig durch eigene Einnahmen zu finanzieren.

Der Kostenanteil des StMWFK sowie weitere zweckgebundene Einnahmen für das FDZ erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 und TG 99 (vgl. Haushaltsvermerk).

Zu 03 07/231 04

Das Landesamt führt neben Statistiken nach § 7 BStatG und Sonderstatistiken (vgl. Tit. 231 01 und 231 02) auch sogenannte laufende Statistiken durch. Für dabei durchzuführende Zusatzerhebungen bzw. neue Statistikmodule gewähren der Bund oder die EU teilweise Zuschüsse.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
232 01-8	014	Erstattungen bei der Zusammenarbeit der Statistischen Ämter (§3a BStatG) <i>Die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung zustehenden Erstattungen dürfen mit an andere Statistische Ämter zu leistenden Erstattungen verrechnet werden; dabei ist nur der Saldo zu buchen (Einnahme bei Tit. 232 01 oder Ausgabe bei Tit. 632 01). Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11, 511 01 und TG 99.</i>	---	---	A	---
					B	1,5
233 01-7	014	Leistungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden für statistische Auftragsarbeiten <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 um 70 v.H. und bei Tit. 511 01 um 10 v.H.</i>	---	---	A	30,0
					B	29,3
					C	29,7
233 02-6	014	Einnahmen aus der Nutzung des Behördennetzes Bayern <i>Die abzuführende Umsatzsteuer darf von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	20,0	20,0	A	20,0
					B	20,6
					C	20,8
235 01-5	014	Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit	40,0	40,0	A	30,0
					B	43,2
					C	39,1
236 12-1	014	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	50,0	50,0	A	70,0
					B	53,6
					C	72,5
261 01-2	014	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	2,0	2,0	A	2,0
					B	0,2
					C	0,3
281 11-6	014	Leistungen für statistische Auftragsarbeiten von Sonstigen <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 um 70 v.H. und bei Tit. 511 01 um 10 v.H. Die abzuführende Umsatzsteuer darf von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	70,0
					B	70,8
					C	61,0
281 12-5	014	Erstattung von Verwaltungskosten aus sonstigen Bereichen <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 und TG 99.</i>	---	---	A	---
					B	4,5

Erläuterungen

Zu 03 07/232 01

Die im April 2006 geschlossene Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik sieht vor, dass für einzelne Statistiken die Aufgaben der Softwareentwicklung und -pflege, der technischen Datenaufbereitung und andere Arbeiten, bei denen eine arbeitsteilige Aufgabenerledigung wirtschaftliche Vorteile bringt, bei einem Amt konzentriert werden, das für seine Leistungen Erstattungen der anderen (auftraggebenden) Länder erhält (Prinzip "Einer für alle"). Die Entscheidung, wer als zentraler Dienstleister tätig wird, soll unter Wahrung der Qualitätsanforderungen an die amtliche Statistik nach Wirtschaftlichkeitskriterien getroffen werden.

Das Landesamt kann in diesem Verfahren sowohl als Auftragnehmer wie auch als Auftraggeber auftreten.

Für Erstattungsleistungen des Landesamtes, wenn dieses ein anderes Statistisches Landesamt beauftragt, siehe Tit. 632 01.

Zu 03 07/233 01

Gemeinden und Gemeindeverbände, der Bund und andere Länder (insbesondere privater Bereich, z.B. Firmen) haben für statistische Auftragsarbeiten (Leistung i.S. von Art. 63 Abs. 5 BayHO) ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu entrichten.

Statistische Auftragsarbeiten für diese Auftraggeber sind Tätigkeiten, die über einfache Mitteilungen (kurze, einfache Auskünfte) vorhandener oder mittels vorhandener Programme erstellter Daten hinausgehen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 30,0 Tsd. € wegen der Einnahmekoppelung im Haushaltsvermerk.

Zu 03 07/233 02

Veranschlagt ist das Nutzungsentgelt der Bayer. Staatsforsten. Die Einnahmen sind umsatzsteuerpflichtig, da das Landesamt hier als Betrieb gewerblicher Art handelt. Die abzuführende Umsatzsteuer darf aufgrund des Haushaltsvermerks von den Einnahmen abgesetzt werden.

Zu 03 07/235 01

Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit für Eingliederungshilfe u. ä.

Zu 03 07/236 12

2013 gegenüber 2012:

Weniger 20,0 Tsd. € nach den voraussichtlichen Erstattungsleistungen.

Zu 03 07/261 01

Erstattung der Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten), die weder durch statistische Auftragsarbeiten noch durch zu verrechnende Leistungen des Rechenzentrums Süd erwachsen.

Zu 03 07/281 11

Für statistische Auftragsarbeiten gegenüber dem "nicht öffentlichen Bereich" gelten ebenso die in der Erläuterung zu Tit. 233 01 genannten Grundsätze.

Im Rahmen der steuerlichen Behandlung von Auftragsarbeiten - Sonderveröffentlichungen - darf die abzuführende Umsatzsteuer von den Einnahmen abgesetzt werden.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 70,0 Tsd. € wegen der Einnahmekoppelung im Haushaltsvermerk (s. Tit. 233 01).

Zu 03 07/281 12

Die statistischen Ämter der Länder betreiben ein Forschungsdatenzentrum (FDZ), das die empirische sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung durch entsprechende Angebote an Mikrodaten unterstützt (s. im Einzelnen Erläuterungen zu Tit. 231 03).

Das FDZ wird nach der Finanzierungsregelung der Verwaltungsvereinbarung mindestens zur Hälfte durch eigene Einnahmen finanziert, die sich aus Nutzungsentgelten für die Inanspruchnahme von Standardangeboten des FDZ sowie Einnahmen aus Drittmitteln zusammensetzen und bei Tit. 281 12 nachgewiesen werden. Es wird angestrebt, die FDZ möglichst vollständig durch eigene Einnahmen zu finanzieren.

Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis für den Betrieb des FDZ im LfStaD (vgl. Haushaltsvermerk).

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
381 01-7	891	Leistungen staatlicher Dienststellen für statistische Auftragsarbeiten <i>Für neue statistische Auftragsarbeiten oder die wesentliche Erweiterung bisheriger statistischer Auftragsarbeiten ist abweichend von Art. 61 BayHO von Staatsbehörden außerhalb des Epl. 03 A ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu entrichten. Mehreinnahmen erhöhen, Mindereinnahmen vermindern die Ausgabebefugnis des Tit. 428 11 um 70 v.H. und des Tit. 511 01 um 10 v.H.</i>	2.407,5	2.686,9	A	2.059,8
					B	1.662,5
					C	1.240,0
		Titelgruppen				
		60 Einnahmen des Rechenzentrums Süd				
119 60-4	014	Entgelte von Dritten für Leistungen des Rechenzentrums Süd <i>Die abzuführende Umsatzsteuer darf von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung). Die Ist-Einnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 60.</i>	---	---	A	66,0
					B	177,4
					C	126,7
129 60-2	014	Umsatzsteuerrückerstattungen <i>Die Ist-Einnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 60.</i>	---	---	A	---
					C	17,0

Erläuterungen

Zu 03 07/381 01

Staatsbehörden außerhalb des Epl. 03 A haben dem LfStaD die Kosten von vor dem 01.01.2004 in Auftrag gegebenen statistischen Auftragsarbeiten, die nicht auf Rechtsvorschriften beruhen, nach Maßgabe der VV Nr. 2.2 zu Art. 61 BayHO zu erstatten.

Auf Grund der seit 01.01.2004 geltenden "Deckungslösung" ist für ab diesem Zeitpunkt in Auftrag gegebene neue statistische Auftragsarbeiten oder die wesentliche Erweiterung bisheriger statistischer Auftragsarbeiten von den Staatsbehörden außerhalb des Epl. 03 A ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu entrichten.

	Ausgaben veranschlagt bei	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kap. 04 02 Tit. 981 01	379,5	379,5
2. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	Kap. 10 03 Tit. 981 02	439,6	469,8
3. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	Kap. 07 05 Tit. 981 75	33,9	34,4
4. Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	Kap. 12 02 Tit. 981 01	119,0	121,0
5. Staatsministerium für Unterricht und Kultus	Kap. 05 02 Tit. 981 99	1.435,5	1.682,2
	Zusammen	2.407,5	2.686,9

2013 gegenüber 2012:
Mehr 347,7 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:
Mehr 279,4 Tsd. € aufgrund der vorgesehenen Auftragsarbeiten.

Zu 03 07/119 60

Entgelte von Gemeinden und Gemeindeverbänden, vom Bund, anderen Ländern und Sonstigen (insbesondere privater Bereich) für Leistungen des Rechenzentrums Süd.

Soweit das Rechenzentrum als Betrieb gewerblicher Art handelt, darf die abzuführende Umsatzsteuer von den Einnahmen abgesetzt werden.

2013 gegenüber 2012:
Weniger 66,0 Tsd. € wegen der Einnahmekoppelung im Haushaltsvermerk (s. Tit. 233 01).

Zu 03 07/129 60

Vorsteuerabzüge für die vom Rechenzentrum Süd beschafften Investitionen und sonstigen Sachausgaben, soweit dieses als Betrieb gewerblicher Art Dienstleistungen für Dritte wie z.B. Landwirte, Genossenschaften, Tierzuchtverbände usw. ausführt.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
					Tsd. €	
					6	
381 60-5	891	Entgelte staatlicher Dienststellen für ADV-Auftragsarbeiten des RZ-Süd nach dem Verrechnungskonzept <i>Mehr- oder Mindereinnahmen erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis bei TG 60. Rückerstattungen des RZ Süd an staatliche Dienststellen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	26.144,4	26.876,0	A	25.682,8
					B	24.265,8
					C	23.723,5
Summe der Titelgruppe			26.144,4	26.876,0	A	25.748,8
					B	24.443,1
					C	23.867,3
92 Einnahmen bei der Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus						
112 92-3	014	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder im Rahmen der Durchführung eines registergestützten Zensus	---	---	A	---
					B	651,8
231 92-9	014	Leistungen des Bundes und der EU für die Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus	---	---	A	---
					B	28.697,8
232 92-8	014	Erstattungen der Statistischen Ämter für die Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus <i>Die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung zustehenden Erstattungen dürfen mit an andere Statistische Ämter zu leistenden Erstattungen verrechnet werden; dabei ist nur der Saldo zu buchen (Einnahme bei Tit. 232 92 oder Ausgabe bei Tit. 632 92).</i>	---	---	A	---
					B	31.641,8
Summe der Titelgruppe			-	-	A	-
					B	60.991,5
					C	-
99 Einnahmen aus der Datenverarbeitung						
119 99-9	013	Einnahmen aus der Fortbildung zu IT-Fachthemen der öffentlichen Verwaltung <i>Für Kurse zu Fachthemen der öffentlichen Verwaltung ist von Dienststellen der Kursteilnehmer aus dem nichtstaatlichen Bereich (Kommunen, sonstige nichtstaatliche Behörden) sowie Staatsbetrieben grundsätzlich ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu erheben. Die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 99 erhöht sich um 30 % der Mehreinnahmen, höchstens um 6,0 Tsd. €.</i>	---	---	A	---
					B	7,1
					C	15,1
232 99-1	014	Erstattungen für die bundesweit zentrale Internet-Dateneingangsstelle für die Daten des öffentlichen Bereichs (eStatistik.core) <i>Vgl. Vermerk zu TG 99 (Ausgaben).</i>	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			-	-	A	-
					B	7,1
					C	15,1
Gesamteinnahmen			29.393,9	30.204,9	A	30.606,5
					B	90.157,1
					C	28.154,6

Erläuterungen

Zu 03 07/381 60

Das Rechenzentrum (RZ) Süd erbringt für die Staatskanzlei und die Ressorts IuK-Dienstleistungen (vgl. Erläuterungen zu TG 60). Nach dem Ministerratsbeschluss vom 07.03.2006 gilt dabei der Grundsatz, dass die Dienststelle, die RZ-Dienstleistungen in Anspruch nimmt, dafür grundsätzlich die Kosten trägt. Grundlage für die Kostenverrechnung ist das vom Ministerrat am 11.12.2007 beschlossene Verrechnungskonzept und die im Doppelhaushalt 2011/2012 neu eingeführte Plankostenrechnung. Die hiernach von der Staatskanzlei und den Ressorts erwarteten Entgelte sind bei Tit. 381 60 veranschlagt. Die Staatskanzlei und die Ressorts veranschlagen die Ausgaben für die vom RZ Süd in Anspruch genommenen Leistungen jeweils bei Tit. 981 11. Entsprechendes gilt für die IuK-Dienstleistungen des RZ Süd gegenüber dem Landtag und dem Obersten Rechnungshof.

	Ausgaben veranschlagt bei Tit. 981 11 des Kap.	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
Landtag (Tit. 981 99)	Kap. 01 02	408,6	417,5
Staatskanzlei	Kap. 02 02	338,7	349,8
Staatsministerium des Innern	Kap. 03 01	132,5	137,6
	Kap. 03 02	4.461,7	4.461,6
	Kap. 03 08	1.286,0	1.334,1
	Kap. 03 15	3,9	4,0
	Kap. 03 17	3,8	4,1
	Kap. 03 62	2.176,1	2.297,1
Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kap. 04 02	89,6	93,0
Staatsministerium für Unterricht und Kultur	Kap. 05 01	999,2	1.124,9
Staatsministerium der Finanzen	Kap. 06 02	591,9	599,0
Staatsministerium für Wirtschaft, In- frastruktur, Verkehr und Technologie	Kap. 07 02	1.527,4	1.567,4
	Kap. 07 09	1,2	1,2
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Kap. 08 30	506,7	558,4
	Kap. 08 42	6.539,9	6.534,2
Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	Kap. 10 02	173,9	175,5
Oberster Rechnungshof	Kap. 11 02	295,3	306,3
Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	Kap. 12 02	4.758,0	4.979,1
IT-Beauftragter der Staatsregierung	Kap. 13 50	1.483,6	1.554,9
Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Kap. 15 01	267,9	271,1
	Kap. 15 80	98,5	105,2
Zusammen		26.144,4	26.876,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 461,6 Tsd. € aufgrund der Inanspruchnahme zusätzlicher bzw. neuer IT-Dienstleistungen durch die Kunden des RZ-Süd.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 731,6 Tsd. € nach dem Ergebnis der Plankostenrechnung und der Kostentragung nach dem Verrechnungskonzept.

Zu 03 07/112 92

Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Durchführung des Zensus, für dessen Erhebungen nach § 18 des Gesetzes zur Anordnung des Zensus 2011 sowie zur Änderung von Statistikgesetzen (ZensusG 2011) Auskunftspflicht besteht.

Zu 03 07/231 92

Finanzzuweisungen des Bundes zum Ausgleich der Kosten der Vorbereitung und der Durchführung des registergestützten Zensus.

Zu 03 07/232 92

Für Verrechnungen bei einer ämterübergreifenden Aufgabenerledigung im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus (vgl. Erläuterungen zu Tit. 232 01 und Tit. 632 92).

Zu 03 07/119 99

Schulungsmaßnahmen über Fachthemen der öffentlichen Verwaltung (z.B. Datenbank Bayern-Recht, Gewerbeanzeigen im Netz - GEWAN, Sicherheit im Bayer. Behördennetz) werden ab dem 01.01.2006 für Teilnehmer aus dem nichtstaatlichen Bereich sowie von Staatsbetrieben nur noch gegen ein kostendeckendes Entgelt angeboten.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Ausgaben						
Mehr- oder Mindereinnahmen bis zu 20 v. H. der Summe (Soll) der Titel 119 01, 119 49 und 124 01 dieses Kapitels erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 DBestHG genannten Ansätze in diesem Kapitel.						
Die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 und in den Hauptgruppen 5 und 8 des Kap. 03 07 erhöht sich für neue Statistikanforderungen, soweit sie durch Einsparungen außerhalb der Ausgaben für Versorgung und Beihilfen in den Einzelplänen der Fachressorts gedeckt ist.						
Einsparungen bei den Personalausgaben gemäß Art. 6 Abs. 1 HG erhöhen die Ausgabebefugnis nur, soweit Stellen über die Wiederbesetzungssperre und den beschlossenen Stelleneinzug hinaus gesperrt werden.						
Durch den Wegfall bestehender Statistiken freiwerdende Haushaltsmittel sind gesperrt.						
Personalausgaben						
412 11-8	014	Aufwendungen für Berichterstatter <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 231 04. Einseitig deckungsfähig bis zu 50,3 Tsd. € pro Jahr zu Lasten der Ausgaben des Epl. 07 (StMWIVT).</i>	240,0	325,0	A	320,0
					B	333,1
					C	317,7
422 01-8	014	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	11.132,6	11.559,9	A	10.439,3
					B	10.465,2
					C	9.894,7
422 21-4	014	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	262,4	268,5	A	175,6
					B	249,3
					C	216,4
422 31-2	014	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	19,5	20,0	A	53,0
					B	18,5
					C	24,5
422 41-0	014	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	50,0	50,0	A	50,0
428 01-2	014	Entgelte der Arbeitnehmer	27.200,2	27.661,4	A	25.696,2
					B	26.251,2
					C	25.906,7
428 11-0	014	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei den Tit. 231 03, 231 04, 232 01, 233 01, 281 11, 281 12 und 381 01. Einseitig deckungsfähig bis zu 24,4 Tsd. € im Jahr 2013 zu Lasten der Ausgaben des Epl. 12 (StMUG). Einseitig deckungsfähig bis zu 109,4 Tsd. € im Jahr 2013 und 110,7 Tsd. € im Jahr 2014 zu Lasten der Ausgaben des Epl. 03 B (OBB). Einseitig deckungsfähig bis zu 96,7 Tsd. € im Jahr 2013 und 93,3 Tsd. € im Jahr 2014 zu Lasten der Ausgaben des Epl. 07 (StMWIVT). Einseitig deckungsfähig bis zu 73,1 Tsd. € im Jahr 2013 und 74,4 Tsd. € im Jahr 2014 zu Lasten der Ausgaben des Epl. 10 (StMAS).</i>	2.260,5	2.484,2	A	1.617,2
					B	1.061,8
					C	584,5

Erläuterungen

Zu 03 07/412 11

Vergütungen für Preisermittler, buchführende Haushalte und Berichterstatter über die repräsentative Feststellung der Ernteerträge sowie Kosten für die Beschaffung von Ehrengaben für ehrenamtliche Mitarbeiter.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 80,0 Tsd. € wegen turnusmäßigen Aussetzens der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen in 2013.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 85,0 Tsd. € aufgrund der Wiederaufnahme der Erhebungen zur Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen und Anpassung der Vergütungen.

Auf Grund der seit 01.01.2004 geltenden Deckungslösung wird das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie -StMWIVT- (Epl. 07) durch einen Vermerk mit den Mehrkosten von bis zu 50,3 Tsd. € pro Jahr für die Statistik der Verbraucherpreise belastet.

Zu 03 07/422 01, 422 21 und 422 31

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 07/422 41

Mehrarbeitsvergütungen im Bereich des RZ Süd.

Zu 03 07/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 07/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung. Durch die Koppelung mit den Einnahmen kann die Personalausstattung an Veränderungen gegenüber dem veranschlagten Auftragseingang (bei Tit. 231 03 nach Maßgabe der eingehenden Fördermittel) angepasst werden.

Auf Grund der seit 01.01.2004 geltenden Deckungslösung sollen nachfolgend aufgeführte Mehr- oder Minderausgaben aufgrund von Statistikänderungen im Rahmen der Ressortdeckung berücksichtigt und durch Haushaltsvermerke gedeckt werden:

- Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (Epl. 12) wird mit den saldierten Mehrausgaben von bis zu 24,4 Tsd. € im Jahr 2013 für die Novellierung des Umweltstatistikgesetzes (Mehrausgaben 2013 von 4,4 Tsd. €) sowie der Ausweitung der Strukturerhebungen im Umweltbereich (Mehrausgaben 2013 von 20,0 Tsd. €) belastet.
- Die Oberste Baubehörde (Epl. 03 B) wird mit den Mehrausgaben von bis zu 109,4 Tsd. € im Jahr 2013 und 110,7 Tsd. € im Jahr 2014 für die Ausweitung des Merkmalskatalogs der Baugenehmigungsstatistik belastet.
- Das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (Epl. 07) wird mit den Mehrausgaben von bis zu 96,7 Tsd. € im Jahr 2013 und 93,3 Tsd. € im Jahr 2014 für die Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (Erweiterung des Merkmalskatalogs um den Auftragsbestand) sowie Änderungen im Beherbergungsstatistikgesetz belastet.
- Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Epl. 10) wird mit den Mehrausgaben von bis zu 73,1 Tsd. € im Jahr 2013 und 74,4 Tsd. € im Jahr 2014 für die Durchführung der neuen Bundesstatistik zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen gemäß Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz belastet.

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 1.172,3 Tsd. € in 2013 und 1.193,0 Tsd. € in 2014.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 643,3 Tsd. € aufgrund höheren Personalbedarfs zur Umsetzung des Projekts "Amtliche Schuldaten" (StMUK) und wegen Umsetzung von 8 Stellen von Tit. 428 60 (vgl. Stellenplan).

2014 gegenüber 2013:

Mehr 223,7 Tsd. € aufgrund höheren Personalbedarfs zur Umsetzung des Projekts "Amtliche Schuldaten" (StMUK).

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
428 13-8	014	Entgelte für Arbeitnehmer (Statistische Erhebungen)	1.336,2	1.358,9	A	1.313,9
					B	1.158,9
					C	1.093,6
428 16-5	014	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth <i>Siehe Vermerk im Stellenplan.</i>	4.964,0	3.899,6	A	6.314,1
					B	787,2
428 41-4	014	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	160,0	163,0	A	157,0
					B	124,7
					C	117,4
453 01-0	014	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	222,4	247,6	A	211,0
					B	9,5
					C	40,4
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-0	014	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Vgl. Vermerk bei den Tit. 231 04, 232 01, 233 01, 281 11 und 381 01.</i>	633,7	652,6	A	766,1
					B	497,6
					C	509,8

Erläuterungen

Zu 03 07/428 13

Entgelte (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung) für Arbeitnehmer, die jährlich sich wiederholende und keiner zeitlichen Begrenzung unterliegende Erhebungen erledigen (der Personalbedarf für Erhebungen nach § 7 BStatG ist in TG 93, der Personalbedarf für die sonstigen Statistiken, Erhebungen und Zählungen in TG 94 veranschlagt).

2013 gegenüber 2012:
Mehr 22,3 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:
Mehr 22,7 Tsd. € wegen Berücksichtigung zu erwartender Tarifsteigerungen.

Zu 03 07/428 16

Die Staatsregierung hat sich für eine Teil-Verlagerung des LfStaD nach Fürth ausgesprochen. Das RZ Süd soll unverändert in München sowie eine Dienststelle in Schweinfurt verbleiben. Eine sozialverträgliche Verlagerung mit einer zuverlässigen Gewährleistung der Aufgabenwahrnehmung ist nur dann durchführbar, wenn unvermeidbare Doppelstrukturen bei der personellen Besetzung hingenommen werden. Aus diesem Grund sind zusätzlich Ausgabemittel für Personal erforderlich. Die Personalmittel für befristetes Personal sollen Mitte des Jahres 2013 entfallen.

2013 gegenüber 2012:
Weniger 1.350,1 Tsd. € wegen Umsetzung von 7 Stellen nach Tit. 428 01 und wegen Vollzug des kw-Vermerks.

2014 gegenüber 2013:
Weniger 1.064,4 Tsd. € wegen Vollzug des kw-Vermerks.

Zu 03 07/428 41

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 145,0 Tsd. € in 2013 und 148,0 Tsd. € in 2014.

Zu 03 07/453 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	116,4	159,6
2. Umzugskostenvergütungen	106,0	88,0
Zusammen	222,4	247,6

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 30,0 Tsd. € jeweils in 2013 und 2014.

2014 gegenüber 2013:
Mehr 25,2 Tsd. € aufgrund des personellen Ausbaus der Dienststelle Fürth.

Zu 03 07/511 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	164,0	168,7
2. Bücher und Zeitschriften	53,7	55,3
3. Kommunikation	28,5	29,4
4. Entgelte für Postdienstleistungen	293,3	302,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	46,3	47,8
6. Sonstiges	47,9	49,4
Zusammen	633,7	652,6

Durch die Koppelung mit den Einnahmen kann die Sachmittelausstattung an Veränderungen gegenüber dem veranschlagten Auftragseingang angepasst werden.

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 131,5 Tsd. € in 2013 und 135,4 Tsd. € in 2014.

2013 gegenüber 2012:
Weniger 132,4 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
514 01-7	014	Haltung von Dienstfahrzeugen	33,7	33,7	A	40,1
					B	32,8
					C	18,8
514 11-5	014	Dienst- und Schutzkleidung	3,7	3,7	A	3,2
					B	1,8
					C	1,6
517 01-4	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.900,0	2.000,0	A	2.074,6
					B	983,6
					C	764,5
517 05-0	014	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	2.350,0	2.450,0	A	1.908,8
					B	762,2
					C	544,7
517 31-8	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	18,3	19,3	A	83,7
					B	72,4
					C	83,3

Erläuterungen

Zu 03 07/514 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	26,3	26,3
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	7,4	7,4
Zusammen		<u>33,7</u>	<u>33,7</u>
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		33,7	33,7
Personalausgaben		129,9	132,3
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		-	29,5
Ausgaben für Leasing/Miete		11,8	11,8
Zusammen		<u>175,4</u>	<u>207,3</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2012	
	2013	2014	2012	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen (einschließlich Kombis und eines Räum- und Streufahrzeugs)	7	7	7	7	2

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 3,7 Tsd. € jeweils in 2013 und 2014.

Zu 03 07/514 11

Dienst- und Schutzkleidung für Kraftfahrer sowie insbesondere für Hauspersonal.

Zu 03 07/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Pfortendienst, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben, Facility Management, Wartungsverträge für Haus- und Klimatechnik sowie die Beschaffung von Geräten u.ä.

Davon entfallen auf das RZ Süd 562,3 Tsd. € in 2013 und 579,5 Tsd. € in 2014.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 174,6 Tsd. € bei gleichzeitiger Umsetzung von 65,4 Tsd. € von Kap. 03 07 Tit. 517 31 wegen des Wegfalls der Dienststelle in München-Neuperlach sowie Anpassung an den sonstigen Bedarf.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 100,0 Tsd. € infolge zu erwartender Preissteigerungen und eines Zuwachses durch den Ausbau der Dienststelle Fürth.

Zu 03 07/517 05

		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	427,5	428,2
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	1.922,5	2.021,8
Zusammen		<u>2.350,0</u>	<u>2.450,0</u>

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 1.297,3 Tsd. € in 2013 und 1.450,6 Tsd. € in 2014.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 441,2 Tsd. € wegen des Aufbaus der Dienststelle Fürth, des zusätzlichen Strombedarfs für weitere Server im Rahmen der RZ-Konsolidierung, des erhöhten Stromverbrauchs infolge der Inbetriebnahme der Dienststelle St.-Martin-Straße sowie Preisanpassungen bei gleichzeitiger Umsetzung von 52,3 Tsd. € von Kap. 03 07 Tit. 517 35.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen des Aufbaus der Dienststelle Fürth, des zusätzlichen Strombedarfs für weitere Server im Rahmen der RZ-Konsolidierung sowie zu erwartender Preissteigerungen.

Zu 03 07/517 31

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 18,3 Tsd. € in 2013 und 19,3 Tsd. € in 2014.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 65,4 Tsd. € infolge der Konsolidierung der technischen Infrastruktur des RZ Süd von den verschiedenen Standorten in das neue Dienstgebäude St.-Martin-Straße (Umsetzung zu Kap. 03 07 Tit. 517 01).

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
517 35-4	014	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	409,8	422,1	A	428,9
					B	669,4
					C	611,5
518 01-3	014	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	8,5	8,5	A	199,5
					B	574,5
					C	426,4
518 11-1	014	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	146,2	146,2	A	146,2
					B	101,5
					C	105,2
518 18-4	014	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	11,8	11,8	A	13,0
					B	16,1
					C	2,0
518 31-7	014	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
					B	1,9
					C	2,9
519 01-2	014	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	444,8	444,8	A	389,5
					B	176,6
					C	417,7
527 01-2	014	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	209,1	209,1	A	188,6
					B	144,4
					C	134,4
531 11-4	014	Fachveröffentlichungen	52,5	52,5	A	49,9
					B	22,9
					C	35,1
532 11-3	014	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 150,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 150,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	57,9	200,0	A	---
546 49-3	014	Vermischte Verwaltungsausgaben	48,7	59,3	A	46,3
					B	39,9
					C	22,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-4	014	Erstattungen bei der Zusammenarbeit der Statistischen Ämter (§ 3a BStatG) <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 99.</i> <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01.</i>	29,5	29,5	A	14,0
					B	26,5
					C	17,1
686 01-9	014	Mitgliedsbeiträge an Vereine u. dgl.	0,5	0,5	A	0,4
					B	0,3
					C	0,3

Erläuterungen

Zu 03 07/517 35		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	0,5	0,5
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	409,3	421,6
Zusammen		409,8	422,1

Davon entfallen auf das RZ Süd 409,8 Tsd. € in 2013 und 422,1 Tsd. € in 2014.

Zu 03 07/518 01

2013 gegenüber 2012:

Weniger 191,0 Tsd. € aufgrund des Wegfalls der Anmietung von Büroflächen in Fürth und München-Neuperlach bei gleichzeitiger Anmietung eines Stellplatzes für die Betriebsstätte Landshut des RZ Süd und von Stellplätzen für die Dienststelle München, St.-Martin-Straße.

Zu 03 07/518 18

Leasing von Dienstfahrzeugen, u.a für Umzugsarbeiten im Zusammenhang mit der Verlagerung von Teilen des LfStaD nach Fürth.

Zu 03 07/519 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	444,8	444,8
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen		444,8	444,8

2013 gegenüber 2012:

Mehr 55,3 Tsd. € zum Ausgleich der Baupreissteigerungen.

Zu 03 07/527 01

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 34,1 Tsd. € jeweils in 2013 und 2014.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 20,5 Tsd. € wegen vermehrter Dienstreisen im Zuge des Ausbaus der Dienststelle Fürth.

Zu 03 07/532 11

2013 gegenüber 2012:

Mehr 57,9 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 142,1 Tsd. € für Umzugsleistungen im Rahmen der Verlagerung von Teilen des LfStaD nach Fürth.

Zu 03 07/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 18,9 Tsd. € jeweils in 2013 und 2014.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 10,6 Tsd. € aufgrund eines erhöhten Bedarfs an Stellenausschreibungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Dienststelle Fürth.

Zu 03 07/632 01

Siehe Erläuterungen zu Tit. 232 01. Durch den Deckungsvermerk wird die für die Erstattungen erforderliche Ausgabebefugnis erschlossen.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 15,5 Tsd. € für den Kostenanteil Bayerns an der Gemeinsamen Geschäftsstelle der statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Steuerung der optimierten Kooperation (OPTIKO).

Zu 03 07/686 01

Mitgliedsbeiträge an die Deutsche Statistische Gesellschaft und die Deutsche Gesellschaft für Demographie.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-0	014	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	750,0	180,0	A	---
					B	-5,9
					C	127,5
710 00-0	014	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	8.235,7	7.000,0	A	14.000,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	24.976,1
		<i>7.000,0</i>			C	14.843,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>7.000,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-7	014	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	29,5	A	---
					C	24,9
812 01-6	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	400,0	400,0	A	32,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	44,7
		<i>390,0</i>			C	112,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>150,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				

Erläuterungen

Zu 03 07/701 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
Dienstgebäude des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung in München, St.-Martin-Straße 47		
- Dachabdichtung, San.BT 4 bis 7	750,0	-
- Lastenaufzug A 3 (Kabine und Türanlage)	-	180,0
Zusammen	750,0	180,0

Zu 03 07/811 01**2014**

Tsd. €

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

1 VW-Bus Baujahr 2004, Fahrleistung am 01.02.2012: 185.144 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 VW-Bus/ Transporter

29,5

Zu 03 07/812 01

Beschaffung von Arbeitsplatzmöbeln, Möblierung von Besprechungsräumen, Beschaffung und Einrichtung von Garderobe- und Postablagemöbeln im Rahmen des Umzugs von Teilen des LfStaD nach Fürth; Ersatz-Beschaffung der Telekommunikationsanlage in der Dienststelle Schweinfurt sowie entsprechender Telefon- und Telefax-Endgeräte (Haushaltsjahr 2013); Ergänzungen und Lizenzerweiterungen für die Telekommunikationsanlage in der Dienststelle St.-Martin-Straße; Ersatzbeschaffung von aussonderungsbedürftigen Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
		Titelgruppen				
		60 Rechenzentrum Süd				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei Tit. 119 60 und 129 60. Kommunale Körperschaften dürfen das Verfahren und die Infrastruktur für die Erstellung und Verwaltung von elektronischen Zertifikaten (PKI) des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, die Virtuelle Poststelle (einschl. Intermediär und DVDV-Landesserver) und zentrale Verzeichnisdienste im Verkehr mit staatlichen Behörden und untereinander unentgeltlich nutzen. Kommunale Körperschaften und die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern dürfen die zentralen Infrastruktureinrichtungen des Freistaats Bayern (z.B. PKI, Virtuelle Poststelle) für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis unentgeltlich nutzen. Vgl. Vermerk bei Tit. 381 60 und TG 96.</i>				
428 60-0	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	412,8	419,7	A	517,2
					B	225,0
					C	369,5

Erläuterungen**Zu 03 07/60**

- Der Ministerrat hat am 07.03.2006 das Umsetzungskonzept zur Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren beschlossen. Durch diesen Beschluss wird die in der bayerischen Staatsverwaltung bestehende IuK-Infrastruktur in einem Rechenzentrum Nord (RZ Nord) in Nürnberg und in einem Rechenzentrum Süd (RZ Süd) in München konzentriert. Das RZ Nord wurde im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen errichtet, das RZ Süd im Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern beim LfStaD. Beide Rechenzentren werden nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen betrieben.
Im Zuge des Aufbaus des RZ Süd wurden in zwei Konsolidierungsstufen die IT-Systeme der IT-Betriebszentren von 122 Behörden in die Betriebsverantwortung des RZ Süd übernommen. Die Eingliederung der IT-Systeme der Staatsbauverwaltung wird bis Ende 2013 erfolgen. Das RZ Süd ist damit "zentraler IuK-Dienstleister" für die Staatskanzlei und die Ressorts.
- Die technische Infrastruktur des RZ Süd ist auf folgende Standorte verteilt:
Nach Abschluss des Umzugs des LfStaD in das neue Dienstgebäude in München, St.-Martin-Straße, wird neben dem Hauptstandort nur noch der Backup-Standort auf dem Gelände des Landeskriminalamts (LKA) betrieben werden. Die Interimsstandorte beim Landesamt für Umwelt und beim Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2013 aufgelöst.

Erläuterungen

3. Die RZ-spezifischen Ausgaben für das RZ Süd im Sinn des Umsetzungskonzepts vom 07.03.2006 sind in der TG 60 veranschlagt. Weitere Ausgaben sind veranschlagt bei den Tit. 422 41, 428 11, 428 41, 453 01, 511 01, 514 01, 517 01, 517 05, 517 31, 517 35, 519 01, 527 01 und 546 49 (die Beträge für das RZ Süd ergeben sich aus den jeweiligen Erläuterungen). Die Bezüge der planmäßigen Beamten bzw. Entgelte der Arbeitnehmer (s. nachst. Nr. 8) sowie deren Stellen sind bei den Tit. 422 01 und 428 01 veranschlagt.
4. Die von der Staatskanzlei und den Ressorts ("Kunden" des RZ Süd) nach dem Verrechnungskonzept vom 17.12.2007 zu leistenden Entgelte für RZ-Dienstleistungen sind bei Tit. 381 60 veranschlagt.
5. Zum RZ Süd gehört organisatorisch ferner der Bereich IuK (Erfüllung der Aufgaben der Verordnung über die Aufgaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik - LfStaDluKV). Die entsprechenden Ausgaben sind ebenfalls in der TG 60 veranschlagt.
6. Des Weiteren gehören die Bereiche "Behördenetz" und "Personal-Client-Betreuung für das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung" organisatorisch ebenfalls zum RZ Süd. Hierfür sind Ausgaben in den TG 96 und 99 veranschlagt.
7. Organisatorisch getrennt vom RZ Süd ist der Statistik-DV-Bereich (fachlicher Anwendungsbetrieb, Verfahrensentwicklung Statistik) angesiedelt. Ausgaben hierfür sind in den TG 92 (Zensus) und 99 veranschlagt.
8. Personal für das RZ Süd (gemäß Nr. 1 bis 6, DV-Personal):

BesGr / EGr	Stellen 2012	Stellen 2013	Stellen 2014
Planmäßige Beamte			
A 15	6,0	6,0	6,0
A 14	8,0	8,0	8,0
A 13	18,0	19,5	19,5
A 13+AZ	1,0	1,0	1,0
A 12	12,0	12,0	12,0
A 11	38,0	39,0	39,0
A 10	72,0	79,0	79,0
A 8	1,0	1,0	1,0
Zwischen-Summe	156,0	165,5	165,5
Arbeitnehmer			
E 14	4,0	4,0	4,0
E 13UE	1,0	1,0	1,0
E 13	2,0	3,5	3,5
E 12	5,0	5,0	5,0
E 11	15,0	17,0	17,0
E 10	46,0	52,0	52,0
E 9	26,0	26,0	26,0
E 8	20,0	21,0	21,0
E 6	12,0	12,0	12,0
E 5	8,0	8,0	8,0
Zwischen-Summe	139,0	149,5	149,5
Zeit-/Aushilfskräfte			
Tit. 428 11	14,0	15,0	15,0
Tit. 428 60	10,0	16,0	16,0
Tit. 428 92	13,0	3,0	-
Tit. 428 95	4,0	-	-
Tit. 428 96	0,5	2,5	2,5
Summe	41,5	36,5	33,5
Weiteres DV-Personal im LfStaD (für Aufgaben gemäß vorst. Nr. 7):			
	2012	2013	2014
Planmäßige Beamte	15,0	15,0	15,0
Arbeitnehmer (einschl. Zeit-/Aushilfskräfte)	80,0	72,5	63,5
Summe	95,0	87,5	78,5
DV-Personal in Kap. 03 07 insgesamt	431,5	439,0	427,0

Zu 03 07/428 60

2013 gegenüber 2012:

Weniger 104,4 Tsd. € wegen Umsetzung von 8 Stellen zu Tit. 428 11 (vgl. Stellenplan) bei gleichzeitiger Übernahme von zusätzlichen Betriebsaufgaben von den Ressorts. Die erforderlichen Ausgabemittel werden über das Verrechnungskonzept mit den Ressorts verrechnet.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
429 60-9	014	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
511 60-8	014	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr. Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 5.400,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2014 in Höhe von 5.400,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2015 bis 2017 jährlich Tsd. € 1.800,0</i>	13.220,7	13.083,4	A B C	12.299,0 9.109,0 10.638,4
514 60-5	014	Verbrauchsmittel	81,1	81,1	A B C	76,5 17,2 40,6
518 60-1	014	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	1.338,7	1.338,7	A B C	1.579,7 1.631,6 1.347,1
525 60-2	014	Aus- und Fortbildung	569,2	564,3	A B C	549,6 268,8 279,1
526 60-1	014	Ausgaben für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 800,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 800,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.975,2	2.940,3	A B C	3.063,2 1.446,3 2.525,6
531 60-4	014	Öffentlichkeitsarbeit	11,4	11,4	A B C	10,8 5,0 4,1
532 60-3	014	Umzugs- und Verlegungskosten	---	---	A	---
533 60-2	014	Nebenkosten der Datenverarbeitung	5,3	5,3	A B C	5,4 3,2 3,4
534 60-1	014	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	49,0	49,0	A B C	45,0 34,8 40,0
535 60-0	014	Miete für Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 370,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 370,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	425,2	425,2	A B C	607,2 671,0 477,6
547 60-6	014	Einführung eines Finanzbuchhaltungssystems	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 07/511 60

Leitungskosten, Netzwerkkomponenten (Kleinteile), Wartungs- und Pflegegebühren für Hard- und Software, Austausch von Servern, Ergänzung von Serverhardware, Bücher und Zeitschriften, Entsorgung von Geräten u.a.

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Laufende Leitungsmieten (Leitungstechnische Anbindung der Kunden an das RZ Süd und Standortkopplung der Interimsstandorte)	2.889,2	2.968,4
2. Laufende Wartungs- und Pflegegebühren für Hardware und Software (Mainframe, Netzwerkkomponenten, Datenbankcluster, Backup-Recovery-Systeme usw.)	7.648,5	7.994,4
3. Beschaffung von Hard- und Software; Wartungs- und Pflegegebühren für neu beschaffte IT-Systeme und Beschaffung sonstiger IT-Kleinteile	2.683,0	2.120,6
Zusammen	13.220,7	13.083,4

2013 gegenüber 2012:

Mehr 921,7 Tsd. € für den gestiegenen Bedarf an Wartungs- und Pflegekosten im Bereich der Hard- und Software für die im Zuge der durchgeführten Konsolidierung bereits beschafften IT-Systeme, der Übernahme weiterer IT-Dienstleistungen aufgrund der fortschreitenden Konsolidierung der IT-Betriebszentren der Staatsverwaltung zum RZ Süd sowie aufgrund neuer zusätzlicher Anforderungen der Kunden des RZ Süd, für den Ausbau der Speicherinfrastruktur aufgrund des deutlich zunehmenden Speicherbedarfs und für den Umzug der DMZ (demilitarisierten Zone) in den Standort St.-Martin-Straße.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 137,3 Tsd. € wegen Anpassung an den verringerten Bedarf.

Zu 03 07/514 60

Veranschlagt ist der Bedarf an Speichermedien für Backup-Recovery-Systeme, Verbrauchsmaterial für das Rechenzentrum, Datenträgern, Tintenpatronen, Toner, Tabellierpapier usw.

Zu 03 07/518 60

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Laufende Mieten für Großdrucksysteme	108,8	108,8
2. Hardware-Leasingkosten für zwei Mainframe-Einheiten (Großrechneranlagen)	1.229,9	1.229,9
Zusammen	1.338,7	1.338,7

2013 gegenüber 2012:

Weniger 241,0 Tsd. € aufgrund des verringerten Bedarfs.

Zu 03 07/525 60

Ausgaben für Aus- und Fortbildung in den Bereichen Mainframe, Datenbanken, Applikationsentwicklung, Projektmanagement, Netzwerkinfrastruktur, Serverbetrieb usw.

Zu 03 07/526 60

Externe Unterstützungsleistungen für die Einführung neuer Technologien im IT-Bereich der bayerischen Staatsverwaltung sowie für die fortschreitende laufende physische Konsolidierung (Migration im Bereich Exchange-Service, Fachverfahren usw.), der BSI-Konformität des RZ Süd und bei weiteren Projekten (z.B. Projekt- und Ressourcenmanagement, Einführung von Prozessen nach ITIL, IT-Portfolio-Management, IT-Sicherheit, Virtualisierung von IT-Systemen, Betrieb und Ausbau der Basiskomponenten, Speichertechnologien).

2013 gegenüber 2012:

Weniger 88,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 34,9 Tsd. € in Anpassung an den verringerten Bedarf.

Zu 03 07/533 60

Ausgaben für Datenträgervernichtung und sonstige Entsorgungen von DV-Materialien.

Zu 03 07/535 60

Softwaremiete für die beiden Mainframe-Einheiten (Großrechneranlagen).

2013 gegenüber 2012:

Weniger 182,0 Tsd. € wegen interner Umsetzung der Ausgabemittel für einen Softwaremietvertrag von Kap. 03 07 Tit. 535 60 zu Kap. 03 07 Tit. 518 99.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
815 60-1	014	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von 4.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>2015 Tsd. € 1.500,0</i> <i>2016 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.441,6	5.315,7	A	3.246,7
					B	6.198,8
					C	5.550,6
		Summe der Titelgruppe	24.530,2	24.234,1	A	22.000,3
					B	19.610,9
					C	21.276,0
		92 Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus <i>Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
412 92-0	014	Aufwendungen für Berichterstatter	---	---	A	---
					B	9.900,3
428 92-2	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	2.138,9	519,4	A	10.078,6
					B	10.387,2
					C	3.344,8
459 92-4	014	Vermischte Personalausgaben	3,0	2,0	A	5,0
511 92-0	014	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation	82,1	56,8	A	1.941,5
					B	6.532,1
					C	1.496,4
518 92-3	014	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	---	---	A	53,6
					B	120,3

Erläuterungen

Zu 03 07/815 60

Beschaffungsmaßnahmen von Hardware und Software für:

- den Umzug der DMZ (demilitarisierten Zone) des RZ in den Standort St.-Martin-Straße,
- den weiteren Ausbau der Virtualisierungsinfrastruktur,
- den Ausbau der Speicherinfrastruktur im Bereich des Backup/Recovery (Tivoli Storage Manager) und in den Bereichen Storage Area Network und Network Attached Storage,
- den Ausbau der Überwachungslösung im Serverbereich (Monitoring),
- den Ausbau bzw. Austausch von Hardware/Lizenzen im Bereich der allgemeinen Serverinfrastruktur unter Berücksichtigung der Übernahme veralteter Hard- und Software im Zuge der organisatorischen Konsolidierung,
- die Erweiterungen der Datenbankinfrastrukturen (MS-SQL, Oracle, Informix, MySQL) im Hardware- und Softwarebereich,
- den flächendeckenden Rollout des „RZ-Süd-Schranks“ zur Anbindung der zu konsolidierenden IT-Betriebsstätten,
- die netzwerktechnische Erschließung und Ausstattung beim Ausbau des RZ Süd,
- die Beschaffung von Hard- und Software für IT-Basiskomponenten der bayerischen Staatsverwaltung,

2013 gegenüber 2012:

Mehr 2.194,9 Tsd. € insbesondere für den Umzug der DMZ (demilitarisierten Zone) in den Standort St.-Martin-Straße sowie für die Beschaffung von Hard- und Software für die RZ-Speicherinfrastruktur aufgrund des gestiegenen Speicherbedarfs.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 125,9 Tsd. € wegen Anpassung an den rückläufigen Bedarf.

Zu 03 07/92

Da die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen und die darauf aufbauenden Statistiken mit wachsendem Abstand zur jeweils letzten Volkszählung immer ungenauer werden, war im Jahr 2011 eine Neujustierung der statistischen Datenbasis durch eine neue Volkszählung („Zensus 2011“) erforderlich. Die europäische Union schreibt zudem auf Basis der Rahmenverordnung des europäischen Parlaments und des Rates, die am 2. September 2008 in Kraft trat, regelmäßige, gemeinschaftsweite Volks- und Wohnungszählungen vor.

Die rechtlichen Voraussetzungen hierfür wurden mit dem Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz 2011 – ZensVorbG 2011) vom 08.12.2007 (BGBl I S. 2808) und mit dem Gesetz zur Anordnung des Zensus 2011 sowie zur Änderung von Statistikgesetzen (ZensusG 2011) vom 08.07.2009 (BGBl I S. 1781) geschaffen.

Um die Belastungen für die Befragten und die Kosten möglichst gering zu halten, wurde der Zensus 2011 nicht mehr als traditionelle Volkszählung, sondern als „registergestützter“ Zensus durch Auswertung der Melderegister und anderer Register durchgeführt. Befragungen ergänzten diese Auswertungen.

Die Vorbereitungs- und Erhebungsphase wurde im Jahr 2012 abgeschlossen. Das LfStaD hat laut § 12 Abs. 7 ZensusG 2011 zusätzlich die Aufgaben der Zusammenführung der Datensätze und der Haushaltegenerierung sowie der Bereitstellung einer Auswertungsdatenbank für alle Bundesländer. Die Daten werden nach Abschluss der Generierung für alle Bundesländer bereitgestellt und in die Auswertungsdatenbank eingepflegt. Die Auswertungsdatenbank wird 2013 befüllt und über 2013 hinaus gepflegt.

Neben der Vorbereitung von Veröffentlichungen werden aus den Daten auch Sonderauswertungen erstellt, methodische Untersuchungen/Analysen vorgenommen sowie der Verlauf des Projektes Zensus 2011 evaluiert.

Zu 03 07/428 92

2013 gegenüber 2012:

Weniger 7.939,7 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 1.619,5 Tsd. € wegen Verringerung des Stellenbestands für die Durchführung des Zensus.

Zu 03 07/511 92

2013 gegenüber 2012:

Weniger 1.859,4 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 25,3 Tsd. € infolge des verringerten Bedarfs.

Zu 03 07/518 92

2013 gegenüber 2012:

Weniger 53,6 Tsd. € entsprechend dem reduzierten Bedarf.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
525 92-4	014	Aus- und Fortbildung	94,9	22,3	A	50,2
					B	39,2
					C	48,7
526 92-3	014	Ausgaben für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	532,2	278,9	A	815,7
					B	646,6
					C	422,5
534 92-3	014	Vergabe von Aufträgen	284,2	73,7	A	574,2
					C	0,2
547 92-8	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	142,1	71,6	A	159,0
					B	455,7
					C	106,5
632 92-4	014	Erstattungen bei der Zusammenarbeit der Statistischen Ämter im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 92.</i>	---	12.630,0	A	---
					B	6.526,0
633 92-3	014	Erstattungen an Kommunen	5.029,4	---	A	5.017,0
					B	8.949,1
812 92-6	014	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	21,1	21,1	A	22,5
					B	38,8
					C	1.135,4

Erläuterungen

Zu 03 07/525 92

Ausgaben für die Schulung und Weiterbildung insbesondere für Mitarbeiter in den Bereichen Softwareentwicklung und technischer Betrieb.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 44,7 Tsd. € für die Schulung von Mitarbeitern insbesondere im Auswertungsbetrieb und Entwicklungsbereich.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 72,6 Tsd. € entsprechend dem verringerten Bedarf.

Zu 03 07/526 92

Externe Unterstützungsleistungen für die Projektorganisation, Planung und Qualitätssicherung der Anwendungsentwicklung und des technischen Betriebs in den Bereichen Auswertungsdatenbank und Haushaltegenerierung sowie im Bereich des eingesetzten statistischen Geheimhaltungsverfahrens.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 283,5 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 253,3 Tsd. € infolge des verringerten Bedarfs.

Zu 03 07/534 92

Aufträge an Dritte zur Unterstützung der Programmierfähigkeit.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 290,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 210,5 Tsd. € infolge des verringerten Bedarfs.

Zu 03 07/547 92

Reisekostenvergütungen für Dienstreisen im Rahmen des Zensus, Materialien und Dienstleistungen für die Herausgabe von Veröffentlichungen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 16,9 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 70,5 Tsd. € aufgrund des verringerten Bedarfs.

Zu 03 07/632 92

Der Freistaat Bayern hat von dem Zuschuss, den der Bund den Ländern in Höhe von insgesamt 250.000,0 Tsd. € gewährt hat (§ 25 ZensusG 2011), von den anderen Ländern vorab eine Abschlagszahlung in Höhe von 31.638,8 Tsd. € für den besonderen Aufwand bei der arbeitsteiligen Wahrnehmung der in § 12 Abs. 7 ZensusG 2011 genannten informationstechnischen Aufgaben einer zentralen Verarbeitung und Datenhaltung (§ 1 der Verwaltungsvereinbarung der Länder zur Verteilung des Bundeszuschusses nach § 25 ZensusG 2011) erhalten. Zum 31.12.2013 erfolgt eine Schlussabrechnung der Kosten der zentralen Verarbeitung und Datenhaltung, bei der die Summe der vom Freistaat Bayern erhaltenen Zahlungen mit der für den Freistaat Bayern ausgewiesenen Ist-Kosten verrechnet wird. Es wird eine Rückzahlung erwartet, da die eingenommene Abschlagszahlung voraussichtlich die Ist-Kosten übersteigt. Die Rückzahlung erfolgt gemäß § 3 Abs. 3 der Verwaltungsvereinbarung zum 01.07.2014.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 12.630,0 Tsd. € aufgrund der zu erwartenden Rückzahlung.

Zu 03 07/633 92

Erstattungen an die Kommunen gemäß Art. 33 BayStatG für die Einrichtung und den Betrieb der Erhebungsstellen in den kreisfreien Städten und Landkreisen. Zur Ermittlung des Kostenaufwands in den Erhebungsstellen wurden neben einer festen Basiszuweisung die vom LfStaD unter Beteiligung der betroffenen kommunalen Spitzenverbände ermittelten Pauschalbeträge (Vergütungen je Erhebungsfall für die kommunalen Erhebungsstellen) mit den fachlich prognostizierten Fallzahlen des Zensus 2011 zusammengeführt.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 5.029,4 Tsd. € entsprechend dem verringerten Bedarf.

Zu 03 07/812 92

Veranschlagt sind u.a. Ersatzbeschaffungen von Büromöbeln für die Arbeitsplätze im Bereich des Zensus.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
815 92-3	014	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 150,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	251,6	405,3	A	1.213,8
		Summe der Titelgruppe	8.579,5	14.081,1	B	935,7
		93 Erhebungen nach § 7 BStatG			C	19.931,1
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				44.531,0
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 231 01.</i>				6.554,5
		<i>Ausgaben dürfen als Vorgriff auf die Mittel des folgenden Haushaltsjahres behandelt werden, soweit die entsprechenden Einnahmen bei Tit. 231 01 nicht in dem Haushaltsjahr eingehen, in dem die Ausgaben geleistet werden. Hierfür ist ein Verfahren nach Art. 37 BayHO nicht erforderlich.</i>				
428 93-1	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	4,9	4,9	A	4,9
459 93-3	014	Vermischte Personalausgaben	1,0	1,0	A	1,0
547 93-7	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	4,4	4,4	A	4,2
		Summe der Titelgruppe	10,3	10,3	B	7,0
					C	-

Erläuterungen

Zu 03 07/815 92

Veranschlagt sind Beschaffungen von Entwicklungs- und Betriebsservern sowie Datenbank- und Speichersystemen insbesondere für das Auswertungssystem, Softwarelizenzen sowie Ersatzbeschaffungen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 962,2 Tsd. € entsprechend dem verringerten Bedarf.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 153,7 Tsd. € insbesondere für die Beschaffung von IT-Systemen und Softwarelizenzen zur Berücksichtigung der Geodatenreferenzierung im Bereich des Zensus.

Zu 03 07/93

Gemäß § 7 BStatG dürfen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht

- zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen oberster Bundesbehörden und
- zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik durchgeführt werden.

Die Erstattungen des Bundes hierfür sind bei Tit. 231 01 veranschlagt.

Vgl. auch Abs. 1 der Erläuterungen zu TG 94.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
			6			
		94 Sonstige Statistiken, Erhebungen und Zählungen				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
		<i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ausgaben</i>				
		<i>a) des Epl. 06 (StMF) bis zu 114,4 Tsd. € im Jahr 2013 und 169,2 Tsd. € im Jahr 2014,</i>				
		<i>b) des Epl. 07 (StMWIVT) bis zu 397,4 Tsd. € im Jahr 2013 und 325,8 Tsd. € im Jahr 2014,</i>				
		<i>c) des Epl. 08 (StMELF) bis zu 151,2 Tsd. € im Jahr 2013 und 125,3 Tsd. € im Jahr 2014.</i>				
		<i>Die Isteinnahmen bei Tit. 231 02 für Zusatzbefragungen zum Unternehmensregister, Zusatzbefragungen im Mikrozensus, "EU-SILC" sowie die Erhebungen zur Informationsgesellschaft erhöhen die Ausgabebefugnis.</i>				
428 94-0	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	4.396,5	4.010,3	A	4.211,7
					B	3.060,2
					C	3.627,6
459 94-2	014	Vermischte Personalausgaben	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,1
					C	0,2
547 94-6	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.213,0	2.196,6	A	1.950,7
					B	1.460,8
					C	1.606,4
633 94-1	014	Erstattungen an Kommunen	---	---	A	---
812 94-4	014	Anschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	52,6	A	98,0
		Summe der Titelgruppe	6.610,0	6.260,0	A	6.260,9
					B	4.521,1
					C	5.234,3

Erläuterungen

Zu 03 07/94

Die sich jährlich wiederholenden und keiner zeitlichen Begrenzung unterliegenden Erhebungen (laufende Statistiken) sind in den allgemeinen Ansätzen des Kapitels 03 07 für Personal- und sächliche Verwaltungsausgaben veranschlagt. Die Vorbereitung und Durchführung des registergestützten Zensus sind in der TG 92 und kurzfristig auftretende unvorhersehbare Statistiken nach § 7 BStatG in der TG 93 ausgebracht. Die übrigen Statistiken sind in der TG 94 zusammengefasst (sog. Sonderstatistiken).

Aufgrund der seit 01.01.2004 geltenden „**Deckungslösung**“ werden das Staatsministerium der Finanzen (StMF – Epl. 06), das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT – Epl. 07) und das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF – Epl. 08) durch Vermerke mit den Mehrkosten neuer Statistikanforderungen belastet:

- das StMF mit bis zu 114,4 Tsd. € für das Jahr 2013 und 169,2 Tsd. € für das Jahr 2014 vom Mehrbedarf für die nachstehende **Statistik Nr. 7**,
- das StMWIVT mit bis zu 283,2 Tsd. € für das Jahr 2013 und 210,4 Tsd. € für das Jahr 2014 vom Mehrbedarf für die nachstehende **Statistik Nr. 2**, mit bis zu 23,6 Tsd. € für das Jahr 2013 und 23,9 Tsd. € für das Jahr 2014 für die nachstehende **Statistik Nr. 3** und mit bis zu 90,6 Tsd. € für das Jahr 2013 und 91,5 Tsd. € für das Jahr 2014 für die nachstehende **Statistik Nr. 11**,
- das StMELF mit bis zu 151,2 Tsd. € für das Jahr 2013 und 125,3 Tsd. € für das Jahr 2014 vom Mehrbedarf für die nachstehende **Statistik Nr. 12**.

Das „Mehr“ bzw. „Weniger“ bei den nachstehenden Sonderstatistiken geht auf den periodisch schwankenden Bedarf der Statistiken zurück, weil für diese in den einzelnen Jahren unterschiedliche Erhebungs- und Auswertungsprogramme gesetzlich festgelegt sind.

Zusammenstellung der aus TG 94 zu finanzierenden Statistiken

Bezeichnung der Statistik

1. Landwirtschaftszählung (Betriebsstrukturerhebung und Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden / Agrarstrukturerhebung / Bodennutzungshaupterhebung / Viehbestandserhebungen / Betriebsregister / Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)
2. Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke
3. Dienstleistungsstatistiken
4. EU-Verdienststrukturerhebung / Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2014
5. EU-Arbeitskostenerhebung 2012
6. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013
7. Steuerstatistiken (Umsatzsteuer-, Lohnsteuer-, Einkommensteuer-, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuerstatistik sowie Sonderaufgaben hierzu)
8. Mikrozensus/EU-Arbeitskräftestichprobe
9. Test im Rahmen des Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes
10. Gemeinschaftsstatistiken über Einkommens- und Lebensbedingungen (EU-SILC)
11. Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (IKT-Erhebungen)
12. Aquakulturstatistik

Zu 03 07/428 94

2013 gegenüber 2012:
Mehr 184,8 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:
Weniger 386,2 Tsd. € aufgrund des erforderlichen Personalbedarfs für die Abwicklung der Sonderstatistiken.

Zu 03 07/547 94

Veranschlagt sind u. a. Geschäftsbedarf, Postgebühren und Vergütungen für Interviewer.

2013 gegenüber 2012:
Mehr 262,3 Tsd. € für den veränderten Sachbedarf bei den Sonderstatistiken.

Zu 03 07/812 94

Ersatzbeschaffungen von Notebooks für Interviewer.

2013 gegenüber 2012:
Weniger 98,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013 (Leertitel):
Mehr 52,6 Tsd. € entsprechend dem tatsächlichen Bedarf.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
		95 Umzug des Landesamts in das neue Dienstgebäude "St.-Martin-Straße" (einschließlich Vorbereitung der Infrastruktur für das RZ Süd im neuen Dienstgebäude) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
428 95-9	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	---	***	A	218,4
					B	14,1
511 95-7	014	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	---	***	A	1.044,5
					B	1.394,6
517 95-1	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	---	***	A	58,6
519 95-9	014	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	***	A	461,1
					B	1,3
526 95-0	014	Ausgaben für Sachverständige	---	***	A	537,8
					B	461,8
532 95-2	014	Umzugs- und Verlegungskosten	---	***	A	652,1
					B	0,5
533 95-1	014	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	***	A	4,5
812 95-3	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	***	A	296,9
					B	521,8
815 95-0	014	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	---	***	A	1.726,1
					B	969,6
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	5.000,0
					B	3.363,8
					C	-
		96 eGovernment - Behördennetz Bayern <i>Landratsämter und kommunale Körperschaften dürfen unentgeltlich nutzen:</i> <i>1. die vom LfStaD im Behördennetz bereitgestellten Datenbanken (z.B. Dienststellenverzeichnis, Datenbank Landtagsdrucksachen),</i> <i>2. die vom LfStaD im Behördennetz geschaffenen Zugangsmöglichkeiten zum Internet sowie zu zentralen Registern, Datenbanken und sonstigen externen Anwendungen.</i> <i>Ferner darf die Bayerische Verwaltungsschule die Datenbank "BAYERN-RECHT" unentgeltlich nutzen.</i> <i>Titel der TG sind übertragbar.</i> <i>Vgl. auch Vermerk bei TG 60.</i>				
428 96-8	013	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	141,5	144,0	A	27,3
					B	17,1
					C	36,2
511 96-6	013	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 450,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 450,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.463,1	2.479,1	A	2.515,2
					B	608,0
					C	1.261,0
514 96-3	013	Verbrauchsmittel	---	---	A	---
518 96-9	013	Miet- und Leasingkosten	---	---	A	35,1
					C	29,7

Erläuterungen

Zu 03 07/95

Nach dem Grundsatzbeschluss der Staatsregierung vom 29.07.2003 über die Entscheidung für ein IT-Betriebsmodell mit zwei staatlichen Rechenzentren wurde als neuer Standort für das LfStad einschließlich eines leistungsfähigen Rechenzentrums das Gebäude in München, Anwesen St.-Martin-Straße 47, erworben. Der Umzug in das neue Dienstgebäude wird Ende 2012 abgeschlossen sein.

Zu 03 07/96

Das Behördennetz ist Basis für E-Government in der bayerischen Staatsverwaltung. Es verbindet staatliche und kommunale Dienststellen miteinander und bietet Dienste und Anwendungen für die Erledigung der Aufgaben in der gesamten Staatsverwaltung und im kommunalen Bereich. Hierfür nimmt das LfStad folgende zentrale Aufgaben im Sinne von § 1 LfStadIuKV wahr:

- Betrieb der zentralen Netzübergänge (Bayerisches Behördennetz BYBN, Internet, DOI-Netz, externe Dienstleister, Radius);
- Zugang zum BYBN (SSL-Proxy, TranSON);
- Zentrales Antragsverfahren (SSL-Proxy, ActiveSync);
- Betrieb des Domain Name Service (DNS) im BYBN sowie der Domänenverwaltung;
- Vergabe und Verwaltung von IP-Adressen im BYBN;
- Bereitstellung der zentralen E-Mail-Gateway-Server (Mailtransfer) des Behördennetzes und der Spam-Prüfung von E-Mails (Spam-Markierung);
- Prüfung aller eingehenden E-Mails aus dem Internet bzw. TESTA-Netz auf Viren (E-Mail-Virenschleuse);
- Verwaltung von Web-Anfragen aus dem Behördennetz (Web-Caching-Proxies);
- Prüfung der angefragten Ziele im Internet durch zentralen URL- und Domain-Filter;
- Betrieb des Forward-Proxy und des Reverse Proxy Dienstes im BYBN;
- Auswertung der Web-Zugriffe der Teilnehmer des Behördennetzes (Logfile-Auswertung);
- Bereitstellung und Betrieb von News-Groups des Behördennetzes der Zeitserver (NTP);
- Auftragsbearbeitung für Festanschlüsse an das Behördennetz (BayKom-Auftragsbearbeitung);
- Bereitstellung und Gewährleistung eines sicheren Zugangs zum Behördennetz aus unsicheren Netzen;
- Authentisierung und Autorisierung bei Wählverbindungen in das Behördennetz (RADIUS);
- Loadbalancing im BYBN.

Zur unentgeltlichen Nutzung der Datenbank BAYERN-RECHT durch die Kommunalverwaltungen vgl. Kap. 13 10 Tit. 511 21.

Zu 03 07/428 96

Personalausstattung für das Koordinierungsbüro-Daten zur Überwachung und Durchsetzung der vertraglichen Vereinbarungen im Rahmen von BayKom 2010 (Los 1).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 114,2 Tsd. € zur Bewältigung der genannten Aufgaben.

Zu 03 07/511 96

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Leitungs- und Anschlusskosten des zentralen Knotens beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für den Anschluss an Internet und weitere Datennetze oder externe Datenbanken (z.B. Datenbank BAYERN-RECHT, Ausländerzentralregister, Kraftfahrtbundesamt)	568,3	583,3
2. Wartungs- und Pflegegebühren für Hard- und Software-Komponenten des Behördennetzes	142,1	163,2
3. Wartungsverlängerung für den Virenschutz des zentralen Mailgateways und des URL-Filters	473,7	473,7
4. Austausch und Erweiterung von Hard- und Software im Behördennetzbereich (Netzwerkcomponenten, Loadbalancingsysteme, Domaincontroller, Webgateways, E-Mail Relay Server etc.)	1.121,1	1.101,0
5. Betriebsausgaben für den Ausbau des redundanten zentralen Internetübergangs	157,9	157,9
Zusammen	2.463,1	2.479,1

2013 gegenüber 2012:

Weniger 52,1 Tsd. € wegen der Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 07/518 96

2013 gegenüber 2012:

Weniger 35,1 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
525 96-0	013	Aus- und Fortbildung	70,5	70,5	A	256,3
					B	1,6
					C	2,0
526 96-9	013	Kosten für Sachverständige	186,8	186,8	A	432,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	184,4
		<i>150,0</i>			C	74,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>150,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
534 96-9	013	Vergabe von Aufträgen zur Softwareentwicklung	---	---	A	---
812 96-2	013	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	---	---	A	---
					C	47,8
815 96-9	013	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	1.155,0	1.136,5	A	750,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	151,8
		<i>300,0</i>			C	584,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>300,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	4.016,9	4.016,9	A	4.016,9
					B	962,9
					C	2.035,2
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige</i>				
		<i>Isteinnahme bei Tit. 231 03 und 281 12 sowie um die</i>				
		<i>Isteinnahmen bei Tit. 232 99.</i>				
		<i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01 und 632 01.</i>				
428 99-5	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	565,4	575,0	A	804,8
					B	456,1
					C	519,9
459 99-7	014	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 07/525 96

Ausgaben für Schulungen zur Abwehr von Angriffen auf IT-Systeme im Bereich der Webanwendungen der bayerischen Verwaltung sowie im Bereich der zentralen Behördennetzdienste.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 185,8 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 07/526 96

Externe Unterstützungsleistungen bei der Umsetzung von Projekten im Bereich des Behördennetzes (z.B. weiterer Ausbau von sicherheitstechnischen Maßnahmen, Netzwerkanalyse und Netzwerkmonitoring, juristische Beratungsleistungen im Bereich BayKom).

2013 gegenüber 2012:

Weniger 245,5 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 07/815 96

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Austausch, Erweiterung und Ertüchtigungsmaßnahmen von Hard- und Software im Behördennetzbereich (Netzwerkcomponenten wie Switches, Router, Domaincontroller, Webgateways, E-Mail Relay Server, K-Fall-Komponenten, Umstellung der IP-Adressen auf IPv6 etc.)	540,3	498,4
2. Infrastrukturerweiterung der zentralen E-Mail-Virenschleuse sowie im Bereich des Internet-Seitenfilters	203,1	203,1
3. Beschaffung von Infrastruktur zur Lastverteilung des Internetverkehrs auf Grund zunehmender Auslastung (Loadbalancing)	301,1	301,1
4. Ausbau der Firewall-Systeme bedingt durch das starke Wachstum des Internetverkehrs	110,5	133,9
Zusammen	1.155,0	1.136,5

2013 gegenüber 2012:

Mehr 404,3 Tsd. € wegen Ertüchtigungsmaßnahmen im Bereich der Netzwerkinfrastruktur des Bayerischen Behördennetzes sowie der Aufrechterhaltung des sicherheitstechnischen Niveaus im Bayerischen Behördennetz.

Zu 03 07/99

In der TG 99 sind vor allem Ausgaben veranschlagt, die nicht reinen rechenzentrumsspezifischen Leistungen (Ausgaben hierfür insbesondere in TG 60) zugeordnet werden können. Insbesondere sind dies:

- Beschaffungen im Bereich "Client und Clientperipherie";
- Programmierung von Fachverfahren im Bereich der Statistik;
- Erstellung von allgemeinen bzw. projektübergreifenden Sicherheitskonzepten (Testinfrastruktur, Testwerkzeuge) im Bereich der Statistik;
- Ausgaben für die Aus- und Fortbildung des DV-Personals sowie für externe Dienstleistungen für den fachlichen Anwendungsbetrieb des Projekts "Amtliche Schuldaten" des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (die Einnahmen aus der Verrechnung mit dem StMUK sind bei Kap. 03 07 Tit. 381 01 veranschlagt);
- Beschaffung von Netzwerkkomponenten sowie laufende Leitungsmieten für das gesamte LAN (Local Area Network) des LfStaD (Standorte: München, Fürth und Schweinfurt).

Das dem DV-Bereich zuzuordnende Personal ergibt sich aus Nr. 8 letzter Absatz der Erläuterungen zu TG 60.

Zu 03 07/428 99

2013 gegenüber 2012:

Weniger 239,4 Tsd. € entsprechend der Anpassung an den Bedarf.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						6
						Tsd. €
511 99-3	014	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 170,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 180,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	770,7	864,7	A	908,7
					B	568,1
					C	896,3
514 99-0	014	Verbrauchsmittel	75,7	75,7	A	70,9
					B	47,9
					C	79,9
518 99-6	014	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 250,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	279,4	279,4	A	30,8
					B	29,3
					C	87,3
525 99-7	014	Aus- und Fortbildung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 119 99.</i>	154,2	161,1	A	140,7
					B	108,0
					C	11,9
526 99-6	014	Ausgaben für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 435,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 435,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	885,3	822,1	A	421,8
					B	38,5
					C	237,7
533 99-7	014	Nebenkosten der Datenverarbeitung, -entwicklung u.ä.	1,6	1,6	A	0,7
					B	1,4
					C	2,4
534 99-6	014	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	---	---	A	---
701 99-3	014	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
815 99-6	014	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	389,4	342,1	A	743,3
					B	427,7
					C	1.060,5
Summe der Titelgruppe			3.121,7	3.121,7	A	3.121,7
					B	1.677,0
					C	2.895,8
Gesamtausgaben			110.460,8	114.115,3	A	127.073,5
					B	144.272,6
					C	94.998,2

Erläuterungen

Zu 03 07/511 99

Veranschlagt sind Beschaffungen für Clientperipherie (PCs, Drucker, Monitore, Notebooks, Speichermodule usw.), EDV-Leitungsmieten für das LAN, die Beschaffung von Hard- und Software für Netzwerkkomponenten im Bereich des LAN, der Bedarf für die Softwarepflege und für Software-Updates der Clientinfrastruktur, statistikspezifische IT-Beschaffungen von Soft- und Hardware, laufender Unterhalt für statistiknahe Komponenten im Mainframebereich, für Bücher, Zeitschriften und Reparaturen im EDV-Bereich sowie für die Entsorgung von Geräten u.a.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 138,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 94,0 Tsd. € aufgrund des erhöhten Bedarfs im Zuge des Ausbaus der Dienststelle Fürth.

Zu 03 07/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf an Datenträgern, Tintenpatronen, Toner, Tabellierpapier usw.

Zu 03 07/518 99

Miete für die von der Statistik genutzte Software für Großdrucker, für gemietete Software auf dem Mainframe sowie für Terminal- und Druckersteuerungsprogramme und Mietsoftware für statistiknahe Auswertungen.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 248,6 Tsd. € insbesondere wegen Umsetzung der Ausgabemittel für einen Softwaremietvertrag von Kap. 03 07 Tit. 535 60 zu Kap. 03 07 Tit. 518 99 (182,0 Tsd. €) und zu erwartender Preissteigerungen.

Zu 03 07/525 99

Kurs- und Höregebühren für das DV-Personal; Unterrichtsmaterial, Dozentenvergütungen für die Fachthemenschulungen (z.B. Datenbank BAYERN-RECHT, Gewerbeanzeigen im Netz - GEWAN) sowie erhöhter Schulungsbedarf infolge der Verlagerung von Teilen des LfStaD nach Fürth sowie Kosten für die Auftragsarbeit Amtliche Schuldaten des StMUK.

Zu 03 07/526 99

Externe Unterstützungsleistungen in den Bereichen:

- Programmierung von statistischen Fachverfahren in verschiedenen Programmiersprachen sowie im Bereich der Datenbankentwicklung für statistiknahe Architekturen;
- Unterstützungsleistungen für die Auftragsarbeit Amtliche Schuldaten des StMUK;
- Unterstützungsleistungen im Bereich Client Virenschutz und Client Security;
- Unterstützungsleistungen für den weiteren Ausbau der Virtualisierung im Clientbereich;
- Penetrationstests von Fachverfahren und Webanwendungen (WebTÜV).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 463,5 Tsd. € für externe Unterstützungsleistungen bei statistischen Fachverfahren, für die fortschreitende Virtualisierung im Clientbereich, für die Überführung von IT-Verfahren aus dem Großrechnerbereich in die offene Systemwelt, für die Einführung eines WebTÜV's bei Fachverfahren und Web-Anwendungen sowie für die Auftragsarbeit Amtliche Schuldaten des StMUK.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 63,2 Tsd. € wegen Verringerung der externen Unterstützungsleistungen für die Auftragsarbeit Amtliche Schuldaten des StMUK und Anpassung an den sonstigen Bedarf.

Zu 03 07/815 99

- Ausgaben für die Erneuerung und Verbesserung der Entwicklungsumgebung für den Bereich der Statistik (Hardware, Software);
- Ausbau der Infrastruktur und laufender Austausch veralteter Arbeitsplatzsysteme (Notebooks, PCs, Bildschirme, Arbeitsplatzdrucker);
- Beschaffung von Spezialsoftware für den Statistikbereich (Statistische Geoinformation, Software zur automatischen Beleglesung, Data-Ware-House-Software zur Unterstützung einer effizienten Datenanalyse etc.);
- Beschaffung von Netzwerkkomponenten und Software für das gesamte LAN des LfStaD;
- Beschaffung eines Erhebungsmanagementsystems für den Statistikbereich.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 353,9 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 47,3 Tsd. € aufgrund des voraussichtlichen Bedarfs für die vorgenannten Beschaffungsmaßnahmen.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	510,0	510,0	A	2.421,9
					B	3.173,6
					C	2.515,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	332,0	132,0	A	442,0
					B	61.055,1
					C	675,6
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	28.551,9	29.562,9	A	27.742,6
					B	25.928,3
					C	24.963,5
		Gesamteinnahmen	29.393,9	30.204,9	A	30.606,5
					B	90.157,1
					C	28.154,6
		Personalausgaben	55.512,3	53.714,9	A	62.216,7
					B	64.519,7
					C	46.094,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	33.244,7	32.857,6	A	37.695,0
					B	29.991,9
					C	25.399,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.059,4	12.660,0	A	5.031,4
					B	15.501,9
					C	17,4
		Baumaßnahmen	8.985,7	7.180,0	A	14.000,0
					B	24.970,1
					C	14.971,0
		Sonstige Sachinvestitionen	7.658,7	7.702,8	A	8.130,4
					B	9.289,0
					C	8.516,0
		Gesamtausgaben	110.460,8	114.115,3	A	127.073,5
					B	144.272,6
					C	94.998,2
		Zuschuss	81.066,9	83.910,4	A	96.467,0
					B	54.115,5
					C	66.843,6

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-2	012	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	12.000,0	12.000,0	A	11.700,0
					B	19.061,2
					C	14.073,8
111 02-1	012	Auslagen und auslagenartige Entgelte zur Abwicklung von Großvorhaben <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 526 11 und 547 05.</i>	---	---	A	---
					B	1.319,7
					C	538,2
111 05-8	012	Einnahmen nach der Verordnung über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in Verwaltungssachen - ZuSEVO - und dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG	---	---	A	---
					C	11,8
111 06-7	012	Erstattungen von Kosten der Ersatzvornahme <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 533 01.</i>	---	---	A	---
111 07-6	012	Gebühren und Auslagen für die Anlagen nach BImSchG <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 10.</i>	---	---	A	---
111 21-8	012	Prüfungsgebühren <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 459 01.</i>	447,0	447,0	A	435,0
					B	486,3
					C	531,8
112 01-1	012	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	2.000,0	2.000,0	A	2.200,0
					B	1.967,3
					C	2.030,1
119 01-4	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen	64,4	64,4	A	71,0
					B	68,7
					C	72,0
119 11-2	012	Überschüsse aus der Verwertung von Pfändern	28,2	28,2	A	30,0
					B	22,4
					C	31,3
119 49-8	012	Vermischte Einnahmen	67,3	67,8	A	80,0
					B	61,0
					C	108,0
122 01-9	012	Abgaben aus Bergbaukonzessionen (Förderabgaben)	440,0	440,0	A	350,0
					B	578,7
					C	440,3

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 08

Die Regierungen sind dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Mittelbehörden. Sie haben nach dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung Aufgaben aus nahezu allen Geschäftsbereichen wahrzunehmen und unterstehen insoweit der Fachaufsicht des jeweils zuständigen Ministeriums. Die Regierungen führen die Dienst- und Fachaufsicht über die ihnen nachgeordneten Staatsbehörden und üben die Rechts- und Fachaufsicht über die kreisfreien Gemeinden und Landkreise aus.

Die Regierungen gliedern sich in die beiden Stabstellen Verwaltungssteuerung und Verwaltungsmanagement, die Bereiche

- Sicherheit, Kommunales und Soziales;
- Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr;
- Planung und Bau;
- Schulen und
- Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
- sowie das Gewerbeaufsichtsamt.

Den Regierungen sind Behörden und Dienststellen der Allgemeinen Inneren Verwaltung und anderer Geschäftsbereiche nachgeordnet.

Im Kap. 03 08 sind die Aufgabengebiete der Allgemeinen Inneren Verwaltung in vollem Umfang berücksichtigt. Für die Aufgaben aus anderen Bereichen sind, soweit nicht in besonderen Fällen Sondermittel zur Verfügung stehen, in Kap. 03 08

- die Verwaltungseinnahmen und die sächlichen Verwaltungsausgaben einschl. der Investitionen veranschlagt und
- außerdem alle Stellen und Personalausgaben für Beamte und Arbeitnehmer, die bis einschließlich in der dritten Qualifikationsebene eingestiegen sind, ausgebracht.

Die übrigen Ausgaben für Aufgaben aus anderen Bereichen, insbesondere die Stellen und Personalausgaben für Fachkräfte der vierten Qualifikationsebene und für die Fachkräfte in der Gewerbeaufsicht sowie die Investitionen außerhalb der Verwaltungsausgaben und die Zuwendungen, sind in den betreffenden Einzelplänen ausgebracht.

Zu 03 08/111 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 300,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen unter Berücksichtigung einer Umschichtung von 1.100,0 Tsd. € zu Kap. 07 01 Tit. 111 01 (Schaffung einer unabhängigen Regulierungskammer des Freistaates Bayern).

Zu 03 08/111 02

Die Regierungen erheben als Genehmigungsbehörde für Großvorhaben vom Antragsteller Auslagen nach den Kostengesetzen für die Erstellung von Sachverständigengutachten und für die Kosten, die mit der Durchführung von Erörterungsterminen und der Bekanntgabe des Verwaltungsaktes entstehen. Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 526 11 und 547 05.

Zu 03 08/111 06

Kostenerstattung für Ersatzvornahmen im Bereich der Gewerbeaufsicht.

Zu 03 08/111 07

Vgl. Erläuterungen bei Titel 547 10.

Zu 03 08/112 01

Geldbußen und Verwarnungsgelder nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, nach dem Wirtschaftsstrafgesetz und anderen Bußgeldvorschriften mit den dazu gehörenden Gebühren und Auslagen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 200,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 08/119 11

Überschüsse aus Verwertungserlösen der Pfandleihbetriebe, die nach § 11 der VO über den Geschäftsbetrieb der gewerblichen Pfandleiher dem Fiskus des Landes zustehen, in dem der Gegenstand verpfändet wurde.

Zu 03 08/119 49

2013 gegenüber 2012:

Weniger 12,7 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 08/122 01

Die Einnahme ist eine Sonderabgabe im Sinn des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Juli 2003 (BverfG, 2 BvL 1/99), BGBl I 2003, 1728.

Rechtsgrundlagen: §§ 30, 31 Bundesberggesetz, Verordnung über Feldes- und Förderabgaben vom 22.12.1998 (GVBl S. 1050)

Abgabezweck: gesetzliche Verpflichtung aus den erteilten Rechtstiteln für bergfreie Bodenschätze
verpflichtet: Rechtsinhaber der Erlaubnisse und Bewilligungen
begünstigt: Freistaat Bayern

2013 gegenüber 2012:

Mehr 90,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
122 02-8	012	Abgaben aus Bergbaukonzessionen (Feldesabgaben)	40,0	30,0	A	31,0
					B	70,9
					C	51,5
124 01-7	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	179,0	179,0	A	174,2
					B	182,0
					C	190,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-7	012	Sonstige Erstattungen vom Bund	14,0	14,0	A	13,0
					B	14,5
					C	21,3
233 01-5	012	Erstattung von Prüfungsaufwendungen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 459 01.</i>	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,4
					C	1,3
235 12-0	012	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
					B	10,1
					C	10,1
236 12-9	012	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
					B	9,7
					C	6,7
261 01-0	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	20,0	20,0	A	15,0
					B	29,2
					C	23,4
281 11-4	012	Erstattung von Verwaltungskosten aus sonstigen Bereichen	80,0	80,0	A	70,0
					B	90,9
					C	72,0
		Gesamteinnahmen	15.380,9	15.371,4	A	15.170,2
					B	23.972,8
					C	18.229,1
		Ausgaben				
		Die Hälfte der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 01, 119 49 und 124 01 dieses Kapitels erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 DBestHG genannten Ansätze in diesem Kapitel.				
		Personalausgaben				
412 01-8	012	Entschädigungen an Beisitzer und Beiräte	156,0	156,0	A	331,0
					B	104,7
					C	111,6
422 01-6	012	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	73.457,1	75.526,2	A	69.927,3
					B	69.073,3
					C	68.732,7
422 21-2	012	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	182,6	186,9	A	---
					B	173,5
					C	88,1

Erläuterungen

Zu 03 08/122 02

Gebühren für die Aufsuchungserlaubnis von Feldern, die sich nach den bergrechtlichen Vorschriften um notwendige Aufwendungen (z.B. für Bohrungen u. dgl.) der Erlaubnisinhaber verringert. Derzeit werden Felder insbesondere geothermisch untersucht.

Die Einnahme ist eine Sonderabgabe im Sinn des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Juli 2003 (BverfG, 2 BvL 1/99), BGBl I 2003, 1728.

Rechtsgrundlagen: §§ 30, 31 Bundesberggesetz, Verordnung über Feldes- und Förderabgaben vom 22.12.1998 (GVBl S. 1050)

Abgabezweck: gesetzliche Verpflichtung aus den erteilten Rechtstiteln für bergfreie Bodenschätze

verpflichtet: Rechtsinhaber der Erlaubnisse und Bewilligungen

begünstigt: Freistaat Bayern

Zu 03 08/124 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	30,7	30,7
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	146,0	146,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	0,5	0,5
4. Sonstige Einnahmen	1,8	1,8
Zusammen	<u>179,0</u>	<u>179,0</u>

Zu 03 08/233 01

Erstattungen der Schulträger für die Mitwirkung der Regierungen an Prüfungen.

Zu 03 08/236 12

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit für Ersatzeinstellungen nach dem Altersteilzeitgesetz.

Zu 03 08/261 01

Sonstige Erstattungsleistungen, z.B. Verwaltungskostenzuschläge aus dem Betrieb von Kantinen.

Zu 03 08/412 01

Entschädigungen nach § 350 Abs. 3 des Gesetzes über den Lastenausgleich und für die Beisitzer des zentralen Beschwerdeausschusses für den Lastenausgleich,
 Entschädigungen an die Mitglieder der Besucherkommission nach Art. 21 Unterbringungsgesetz,
 Entschädigung an die Mitglieder der Weinprüfungskommission bei der Regierung von Unterfranken,
 Entschädigung für die Mitglieder der Kommissionen zur Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Entscheidung über die Genehmigung von Tierversuchen,
 Entschädigung der Mitglieder des gemeinsamen Gutachterausschusses nach dem Heilpraktikergesetz,
 Entschädigungen an die vorsitzenden Mitglieder der Schiedsstelle gemäß § 80 des Sozialgesetzbuches XII (Sozialhilfe),
 Entschädigungen an das vorsitzende Mitglied und die zwei weiteren unparteiischen Mitglieder der Schiedsstelle nach § 76 des Sozialgesetzbuches XI (Soziale Pflegeversicherung),
 Entschädigungen an die vorsitzenden Mitglieder der Schiedsstelle gemäß § 78 des Sozialgesetzbuches VIII (Kinder- und Jugendhilfe),
 Leistungen an die Jagdberater und Aufwandsentschädigungen an die Jagdbeiräte bei den Regierungen (einschließlich Reisekostenvergütungen) nach § 30 Abs. 4 und § 31 Abs. 4 AVBayJG sowie
 Entschädigungen für die ehrenamtlichen Beisitzer der Vergabekammern Süd- und Nordbayern.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

2013 gegenüber 2012:

Weniger 175,0 Tsd. € wegen Umschichtung in den Epl. 03B für den Bedarf "Oberer Gutachterausschuss".

Zu 03 08/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (einschließlich Erschwerniszulagen) und Zuwendungen (Fahrtkostenzuschuss).

	Zahl der Empfänger	2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
Davon			
Aufwandsentschädigung für Beamte des technischen Überwachungsdienstes zum Schutze der Verbraucher	14/14	1,3	1,3
Aufwandsentschädigung für Futtermittelkontrolleure	11/11	1,0	1,0

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
422 31-0	012	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	687,9	703,9	A	525,6
					B	653,6
					C	574,6
427 01-1	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	222,0	242,0	A	187,5
					B	179,4
					C	239,0
428 01-0	012	Entgelte der Arbeitnehmer	56.073,5	57.025,1	A	56.236,7
					B	54.032,3
					C	53.616,1
428 11-8	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 633 06.</i>	21.911,5	19.950,9	A	19.677,2
					B	15.589,6
					C	15.627,2
428 12-7	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
428 41-2	012	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	8,0	8,0	A	8,0
					B	3,3
					C	4,3
453 01-8	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	213,5	215,5	A	206,4
					B	204,0
					C	221,6
459 01-2	012	Prüfungsentgelte <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 111 21 und 233 01.</i>	448,5	448,5	A	478,5
					B	419,7
					C	459,0

Erläuterungen

Zu 03 08/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 08/427 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 34,5 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 20,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf insbesondere in der landesweiten Fahrschulüberwachung.

Zu 03 08/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 08/428 11

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 2.234,3 Tsd. € aufgrund der gestiegenen Asylbewerberzahlen zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten bei den Regierungen für die Betreuung der Gemeinschaftsunterkünfte, bei den Zentralen Aufnahmeeinrichtungen sowie den Zentralen Rückführungsstellen Nord- und Südbayern bei den Regierungen von Mittelfranken und Oberbayern.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 1.960,6 Tsd. € wegen zu erwartenden wieder rückläufigen Bedarf.

Zu 03 08/428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 08/453 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	169,0	169,0
2. Umzugskostenvergütungen	44,5	46,5
Zusammen	213,5	215,5

Zu 03 08/459 01

Aus diesem Ansatz können Maßnahmen zur Fortbildung der Prüfer bezahlt und zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

2013 gegenüber 2012:

Weniger 30,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-8	012	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.718,3	3.718,3	A	3.757,1
					B	3.018,4
					C	3.063,7
511 22-3	012	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	26,0	26,0	A	29,7
					B	4,8
					C	9,9
514 01-5	012	Haltung von Dienstfahrzeugen	500,0	500,0	A	382,7
					B	431,6
					C	363,2
514 11-3	012	Dienst- und Schutzkleidung	45,6	44,0	A	48,4
					B	27,8
					C	31,1
517 01-2	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	3.077,1	3.083,4	A	3.008,4
					B	3.132,0
					C	2.392,2

Erläuterungen

Zu 03 08/511 01 (bis 546 69)

Bei Kap. 03 08 sind auch die Sachausgaben für die Bereiche

- Soziales,
- Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr,
- Planung und Bau,
- Schulen und
- Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
- sowie für das Gewerbeaufsichtsamt

veranschlagt, die fachlich anderen Ressorts zugeordnet sind. Für diese Bereiche werden auch die Kosten für Sachverständige und die Gerichts- und ähnliche Kosten aus Kap. 03 02 getragen. Die Aus- und Fortbildungskosten des Fachpersonals dieser Bereiche und des angegliederten Gewerbeaufsichtsamts sind dort veranschlagt, wo die Stellen des Fachpersonals ausgebracht sind.

Zu 03 08/511 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	880,0	880,0
2. Bücher und Zeitschriften	746,0	746,0
3. Kommunikation	564,0	564,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	925,0	925,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	523,0	523,0
6. Sonstiges	80,3	80,3
Zusammen	<u>3.718,3</u>	<u>3.718,3</u>

2013 gegenüber 2012:

Weniger 38,8 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung.

Zu 03 08/514 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	318,8	318,8
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	181,2	181,2
Zusammen	<u>500,0</u>	<u>500,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	500,0	500,0
Personalausgaben	1.416,2	1.445,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen (Kap. 03 08 Tit. 811 01)	100,0	110,0
Ausgaben für Leasing/Miete	152,0	153,9
Zusammen	<u>2.168,2</u>	<u>2.208,9</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.1.2012	
	2013	2014	2012	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen *)	95	95	93	91	52
Katastrophenschutzfahrzeuge	7	7	7	7	7
Unimog, Schlepper, Räumfahrzeuge	6	6	4	6	-

*) Die Erhöhung der Soll-Zahlen war notwendig, da je ein geländegängiges zusätzliches Fahrzeug bei OB und OFr für die Bereiche Altbergbau und Bergaufsicht benötigt wurde.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 117,3 Tsd. € insbesondere wegen Preissteigerungen.

Zu 03 08/514 11

Dienst- und Schutzkleidung für Fachpersonal, Pförtner, Kraftfahrer und Reinigungskräfte.

Zu 03 08/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä. und die Ausgaben für die Bewachung durch private Unternehmen.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 68,7 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
517 05-8	012	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	2.100,0	2.100,0	A	2.067,2
					B	1.882,8
					C	1.754,3
517 31-6	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	149,3	149,3	A	136,0
					B	147,3
					C	135,6
517 35-2	012	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	188,8	188,8	A	200,7
					B	172,1
					C	164,5
518 01-1	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	533,6	533,6	A	475,9
					B	516,4
					C	518,8
518 11-9	012	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	340,1	340,1	A	302,2
					B	297,9
					C	294,5
518 18-2	012	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	152,0	153,9	A	129,2
					B	138,3
					C	125,9
518 31-5	012	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	45,7	45,7	A	45,7
					B	40,2
					C	52,5
519 01-0	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.616,5	1.616,5	A	1.432,3
					B	2.407,8
					C	2.931,9
526 11-9	012	Kosten für Sachverständige bei Gestattungsverfahren für Großvorhaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Mehreinnahme bei Tit. 111 02. Die Mittel sind übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 547 05.</i>	83,8	83,8	A	83,8
					B	944,8
					C	415,4
526 13-7	012	Kosten für Inanspruchnahme fremder Einrichtungen	4,7	4,7	A	11,0
					B	0,6
					C	1,3
526 21-7	012	Kosten der Beweiserhebung	7,2	7,2	A	11,2
					B	4,8
					C	5,1
527 01-0	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.126,0	2.126,0	A	1.955,8
					B	2.014,0
					C	1.946,8
529 01-8	012	Zur Verfügung der Regierungspräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	15,5	15,5	A	15,3
					B	13,3
					C	13,8
531 01-4	012	Herausgabe amtlicher Blätter und von Fachveröffentlichungen	10,5	10,5	A	17,1
					B	10,2
					C	17,4
532 11-1	012	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	17,5	17,5	A	12,7
					B	11,1
					C	13,5
533 01-2	012	Kosten der Ersatzvornahme im gewerbeaufsichtlichen Verfahren <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 06.</i>	---	---	A	---
536 01-9	012	Kosten der Messekommissionen und von Arbeitsschutzmaßnahmen auf Großbaustellen	8,9	8,9	A	8,9
					B	4,0
					C	5,8

Erläuterungen

Zu 03 08/517 05		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	1.297,7	1.297,7
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	802,3	802,3
Zusammen		2.100,0	2.100,0

2013 gegenüber 2012:
Mehr 32,8 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf insbesondere aufgrund der steigenden Energiepreise.

Zu 03 08/518 01
2013 gegenüber 2012:
Mehr 57,7 Tsd. € nach dem tatsächlichen Bedarf und aufgrund von Mieterhöhungen.

Zu 03 08/518 11
2013 gegenüber 2012:
Mehr 37,9 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf. Mehrausgaben entstehen durch erhöhte Leasingkosten und gestiegene Anforderungen an die Geräte (Vernetzung etc.).

Zu 03 08/518 18
2013 gegenüber 2012:
Mehr 22,8 Tsd. € wegen Ersatz eines Kauffahrzeuges durch ein geleastes Fahrzeug.

Zu 03 08/519 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	1.511,0	1.511,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	105,5	105,5
Zusammen		1.616,5	1.616,5

2013 gegenüber 2012:
Mehr 184,2 Tsd. € zum Ausgleich der Baupreissteigerungen.

Zu 03 08/526 11
Kosten für Sachverständige insbesondere im Rahmen von Gestattungsverfahren für Großvorhaben, soweit nicht die Auslagerenerstattung des Kostenschuldners unmittelbar an den Sachverständigen erfolgt (vgl. auch Erläuterungen zu Titel 111 02).

Zu 03 08/526 13
Kosten der Regierungen für die unmittelbare Inanspruchnahme fremder Einrichtungen (z.B. Labore, Röntgeninstitute; auch Kosten für die Überlassung von Befunden) bei der Beurteilung der Dienstunfähigkeit und der Wiederherstellung der Dienstfähigkeit der Beamten und Richter nach Art. 3 Abs. 3 GDVG. Die Kosten für notwendige ergänzende Untersuchungen oder Gutachten trägt die Beschäftigungsbehörde (IMS vom 22.04.1996 Nr. IZ6-0705.12 Z7-15).

Zu 03 08/526 21
Kosten für die Beweiserhebung im gewerbeaufsichtlichen Verfahren und für die Durchführung von Testspielen bei Veranstaltern und Vermittlern von öffentlichen Glücksspielen im Rahmen der Glücksspielaufsicht.

Zu 03 08/527 01
2013 gegenüber 2012:
Mehr 170,2 Tsd. € wegen Preissteigerungen und höheren Reisebedarfs wegen zusätzlicher Kontrollaufgaben.

Zu 03 08/531 01
Kosten für
- die Herausgabe des Regierungsamtsblattes, des amtlichen Schulanzeigers und sonstiger amtlicher Blätter,
- Fachveröffentlichungen zur Unterrichtung von Behörden, Mandatsträgern, Schulen, Verbänden und der Öffentlichkeit sowie
- Veröffentlichungen im Rahmen von Gestattungsverfahren für Großvorhaben.

Zu 03 08/536 01
Kosten für Messebüros und die Maschinenschutzkommission.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
546 49-1	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	372,5	377,8	A B C	391,8 354,6 321,4
547 01-6	012	Ausgaben im Interesse der Grubensicherheit und der Unfallverhütung sowie der Silikosebekämpfung	1,2	1,2	A B C	1,6 0,4 0,2
547 02-5	012	Sachbedarf für Zustandserfassungen in künftigen Naturschutzgebieten	283,2	285,3	A B C	295,1 145,4 195,7
547 03-4	012	Sachbedarf für die Außenstelle "Biosphärenreservat Rhön"	42,1	42,1	A B C	26,2 39,8 21,6
547 05-2	012	Sachausgaben im Zusammenhang mit Gestattungsverfahren für Großvorhaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Mehreinnahme bei Tit. 111 02. Die Mittel sind übertragbar. Vgl. Vermerk bei Tit. 526 11.</i>	---	---	A B C	--- 226,2 217,8
547 09-8	012	Sachausgaben zur Optimierung der Lebensmittelsicherheit	64,5	64,8	A B C	75,8 40,3 46,3
547 10-5	012	Sachausgaben im Zusammenhang mit der Überwachung von Anlagen (nach BImSchG) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 07.</i>	---	---	A	---
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
633 01-1	012	Zur Entrichtung bürgerlich-rechtlicher Rechnisse	1,4	1,4	A B C	1,6 1,1 1,1
633 05-7	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben	15,0	15,0	A B C	15,0 12,5 20,2
633 06-6	012	Erstattungen an Landkreise und kreisfreie Städte im Zusammenhang mit Zentralen Ausländerbehörden und Zentralen Rückführungsstellen <i>Soweit die Kommunen das Personal für die Zentralen Ausländerbehörden nicht selbst stellen, dürfen zu Lasten der hier veranschlagten Ausgabemittel staatliche Arbeitnehmer beschäftigt werden; insoweit ist der Ansatz zugunsten Tit. 428 11 deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A B C	45,0 25,0 32,0
633 08-4	012	Erstattungen an den Landkreis Berchtesgadener Land für die Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Berchtesgaden	40,0	40,0	A B C	40,0 30,9 30,9
671 01-4	012	Betriebskostenzuschuss der Regierung von Schwaben für die Kindertagesstätte St. Gregor in Augsburg	10,0	10,0	A B C	10,0 10,0 3,3

Erläuterungen

Zu 03 08/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten für augenärztliche Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 08/547 01

Kosten einschl. Reisekosten für Amtsangehörige und Sachausgaben, die durch Abhaltung von Unterweisungsvorträgen auf dem Gebiete der Unfallverhütung und durch die Fortbildung im Interesse der Grubensicherheit entstehen, sowie für laufende Sachausgaben zur Silikosebekämpfung.

Zu 03 08/547 03

Laufender Sachausgabebedarf der Verwaltungsstelle für das Biosphärenreservat Rhön.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 15,9 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/547 05

Insbesondere zur Durchführung von Erörterungsterminen und der Bekanntgabe des Verwaltungsaktes im Rahmen von Gestattungsverfahren für Großvorhaben.

Zu 03 08/547 09

Maßnahmen der Regierungen im Zusammenhang mit der Optimierung der Lebensmittelsicherheit (Gesetz zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 20.12.2007, GVBl S. 951).

2013 gegenüber 2012:

Weniger 11,3 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/547 10

Die Mittel dienen insbesondere zur Deckung der Kosten für die Beauftragung von Sachverständigen zur Anlagenüberwachung nach BImSchG. Die Kosten sind dem Staat von den Anlagenbetreibern zu erstatten (vgl. Titel 111 07).

Zu 03 08/633 01

Erfüllung alter Verträge und rechtsbegründeter Herkommen.

Zu 03 08/633 05

Erstattung an den Bezirk Unterfranken für die Bereitstellung von Personal für die Weinprüfstelle.

Zu 03 08/633 06

Veranschlagt wurde die den Landkreisen und Städten zu erstattenden Sach- und Personalkosten, soweit sie Personal an die Zentralen Rückführungsstellen bei den Regierungen abordnen oder soweit für ihren Bereich Zentrale Ausländerbehörden bestehen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 45,0 Tsd. € weil derzeit kein Personal an die Zentralen Rückführungsstellen bei den Regierungen abgeordnet ist.

Zu 03 08/633 08

Bei der Regierung von Oberbayern ist eine Verwaltungsstelle für das UNESCO-Biosphärenreservat Berchtesgaden eingerichtet. Die Verwaltungsstelle ist im Landratsamt Berchtesgadener Land untergebracht. Dem Landkreis ist der hierbei entstehende Personalaufwand (Verwaltungskraft mit 19,25 Wochenstunden) und Sachaufwand zu erstatten.

Zu 03 08/671 01

Übernahme eines Anteils am Betriebskostendefizit der Betriebskindertagesstätte "Kinderhaus St. Gregor-Jugendhilfe" in Augsburg bei einer Mitbelegung durch Kinder von Beschäftigten der Regierung von Schwaben.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Baumaßnahmen						
701 01-8	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	730,0	785,0	A	800,0
					B	1.060,6
					C	652,8
710 00-8	012	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.200,0	2.600,0	A	1.300,0
					B	2.783,0
					C	2.607,0
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-5	012	Erwerb von Dienstfahrzeugen	100,0	110,0	A	85,9
					B	70,7
					C	64,8
812 01-4	012	Erwerb von Geräten, Fernsprechanlagen, Einrichtungen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	600,0	600,0	A	487,0
					B	502,9
					C	517,2
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 11-7	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	1.286,0	1.334,1	A	1.213,5
					B	1.174,2
					C	1.805,0
Titelgruppen						
51 Prüfungsämter bei den Hochschulen zur Durchführung der Prüfungen nach der Approbationsordnung für Ärzte im Auftrag der Regierung von Oberbayern <i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
422 51-5	012	Bezüge der planmäßigen Beamten	236,6	242,2	A	223,9
					B	66,3
					C	88,4
428 51-9	012	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Beihilfen für die Arbeitnehmer werden abweichend von Nr. 5.2 DBestHG bei Kap. 03 02 Tit. 441 64 verrechnet.</i>	408,3	415,6	A	393,4
					B	397,3
					C	383,0
459 51-1	012	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 08/701 01	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
Dienstgebäude der Regierung von Oberbayern Sanierung Sanitärstrang BT 3.1	-	400,0
Dienstgebäude der Regierung von Niederbayern Ochsenstallgebäude: Sanierung der Fassade und des Daches	400,0	160,0
Dienstgebäude der Regierung von Oberfranken Erneuerung Aufzug Gebäudeteil Ludwigstraße	-	80,0
Dienstgebäude der Regierung von Mittelfranken		
- Sanierung EDV-Netz	130,0	-
- Energetische Teilsanierung (Heizkörpernischen und Ventile)	100,0	-
- Leuchtensanierung	-	45,0
- Automatiktüren	100,0	-
Sonstige kleine Baumaßnahmen	-	100,0
Zusammen	730,0	785,0

Zu 03 08/811 01

2013 Tsd. €

1. Erstbeschaffung

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

5 Pkw, Baujahr 2004 - 2006, Fahrleistung am 01.02.2012 zwischen 102.000 und 195.000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

5 Pkw

100,0

2014

1. Erstbeschaffung

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

6 Pkw, Baujahr 2007 - 2009, Fahrleistung am 01.02.2012 zwischen 83.000 und 180.000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

6 Pkw

110,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 14,1 Tsd. € im Hinblick auf die notwendigen Ersatzbeschaffungen.

Zu 03 08/812 01

Veranschlagt sind:

Erneuerung von Sitzungssälen, Konferenz- und Besprechungsräumen und von Geschäftszimmerausstattungen, Ausstattung von Registraturen, Poststellen, Druckereien und Kantinen sowie Erneuerung von Kopiergeräten, Zeiterfassungssystemen u.a.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 113,0 Tsd. € insbesondere für den Ersatz eines Konvektomats in der Kantine bei der Regierung von OB sowie für Multimediaausstattung für das Katastrophenschutz-Lagezentrum und Erneuerung von Mobiliar für die Poststelle in der Regierung von MFr.

Zu 03 08/981 11

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Süd auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 03 07 Tit. 381 60.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 72,5 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 48,1 Tsd. € für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd.

Zu 03 08/51

Die nach der Approbationsordnung für Ärzte vorgeschriebenen staatlichen Prüfungen werden von den Prüfungsämtern durchgeführt, die bei den Hochschulen mit medizinischen Fakultäten angesiedelt sind und dabei im Auftrag der Regierung von Oberbayern tätig werden; vgl. § 2 Abs. 2 der VO über die zuständigen Behörden zum Vollzug des Rechts der Heilberufe vom 17.12.1996 (GVBl S. 549).

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
547 51-5	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	57,9	57,9	A	47,4
					B	53,5
					C	35,3
812 51-3	012	Anschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	5,3	5,3	A	13,1
		Summe der Titelgruppe	708,1	721,0	A	677,8
					B	517,1
					C	506,7
		52 Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm <i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig.</i>				
428 52-8	012	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Soweit die bei Tit. 526 52 vorgesehenen Auftragsarbeiten mit eigenem Personal wirtschaftlicher durchgeführt werden können, dürfen zu Lasten der Mittel bei Tit. 526 52 weitere Arbeitnehmer beschäftigt werden.</i>	428,5	435,7	A	421,3
					B	7,3
					C	12,9
459 52-0	012	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
526 52-9	012	Kosten für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 428 52.</i>	160,0	160,0	A	216,5
547 52-4	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	10,0	10,0	A	8,5
					C	8,1
811 52-3	012	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
					C	35,7
812 52-2	012	Anschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	5,0	5,0	A	---
					C	3,7
		Summe der Titelgruppe	603,5	610,7	A	646,3
					B	7,3
					C	60,4
		99 Kosten der Datenverarbeitung <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-1	012	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 47,3</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 52,9</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.098,4	1.008,0	A	1.031,8
					B	954,4
					C	1.066,8

Erläuterungen

Zu 03 08/547 51

2013 gegenüber 2012:

Mehr 10,5 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

Zu 03 08/52

Im Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm sind Lärmschutzbereiche zu berechnen und durch Rechtsverordnung festzusetzen sowie weitere Vollzugsaufgaben zu erledigen (Ausnahmen von Bauverboten, Entschädigungen für Bauverbote und für Beeinträchtigungen von Außenwohnbereichen sowie Erstattungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen).

Zu 03 08/526 52

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für Vergaben an Sachverständige für Bauakustik zur Ermittlung der erforderlichen Schallschutzmaßnahmen sowie deren Kosten.

Die sonstigen Gutachten (insbesondere für die Festlegung der Fluglärmzonen) werden aus dem Epl. 07 getragen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 56,5 Tsd. € zur Anpassung an den Bedarf.

Zu 03 08/99

Die IuK-Ausstattung gemäß dem Rahmenkonzept für die Regierungen ist abgesehen von der Einführung eines Dokumentenmanagements weitestgehend abgeschlossen. Mittlerweile sind die Regierungen flächendeckend mit PC-Arbeitsplätzen ausgestattet, wobei entsprechende Serverdienste (Mail-Server, Datenbankserver) und das Informationsangebot des Behördennetzes und der Intranetdienste bereitgestellt wurden.

Personal im Kap. 03 08, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2012	Stellen 2013	Stellen 2014
Plan-Beamte			
A 15	1	1	1
A 13	1	1,5	1,5
A 12	11	11,5	13,05
A 11	16,7	16,75	17,2
A 10	4	3	1
A 9	2,9	3	3
A 8	10,25	10,3	9,3
A 7	1	1	1
Summe	47,85	48,05	47,05

Arbeitnehmer

E 11	10,5	10,5	10,5
E 10	3,55	3,55	3,55
E 9	13,5	13,5	13,5
E 8	3,91	4,91	4,91
E 6	1	-	-
Summe	32,46	32,46	32,46
Insgesamt	80,31	80,51	79,51

Zu 03 08/511 99

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	234,5	234,5
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	82,3	89,3
3. Wartung	714,8	617,4
4. Bücher und Zeitschriften	8,9	8,9
5. Sonstiges	57,9	57,9
Zusammen	1.098,4	1.008,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 66,6 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 90,4 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
514 99-8	012	Verbrauchsmittel <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 30,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 30,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	247,4	249,5	A	286,5
					B	198,4
					C	156,2
518 99-4	012	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 466,7</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	140,0	140,0	A	70,0
					B	57,9
					C	37,4
525 99-5	012	Aus- und Fortbildung	96,8	94,7	A	61,4
					B	57,9
					C	61,4
<u>526 99-4</u>	012	Ausgaben für Sachverständige	100,0	74,7	A	
534 99-4	012	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	16,8	16,8	A	27,4
					B	17,7
					C	21,8
701 99-1	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	200,0	200,0	A	150,0
					B	150,0
					C	100,0

Erläuterungen

Zu 03 08/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf an Datenträgern, Tintenpatronen, Toner usw.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 39,1 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/518 99

2013 gegenüber 2012:

Mehr 70,0 Tsd. € insbesondere wegen neuer Mietverträge seit 2012 für Arbeitsplatzdrucker (Service, Seitenabrechnung).

Zu 03 08/525 99

Kurs- und Hörergebühren sowie Unterrichtsmaterial für das DV-Personal.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 35,4 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung.

Mehrbedarf aufgrund zeitlicher Verschiebung einiger Migrationsmaßnahmen, Zentralisierung von Diensten z.B. MSI-Paketierung bzw. Schulung neuer Mitarbeiter.

Zu 03 08/534 99

2013 gegenüber 2012:

Weniger 10,6 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/701 99

2013 gegenüber 2012:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen Fortführung des im Jahr 2009 begonnenen Ausbaus des unterdimensionierten EDV-Leitungsnetzes der Regierung von Schwaben.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
815 99-4	012	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 761,1</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.138,3</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.600,6	1.586,3	A	1.510,0
					B	1.857,7
					C	1.755,7
		Summe der Titelgruppe	3.500,0	3.370,0	A	3.137,1
					B	3.294,0
					C	3.199,3
		Gesamtausgaben	178.685,2	180.205,1	A	170.959,2
					B	165.949,7
					C	164.235,0
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	15.265,9	15.256,4	A	15.071,2
					B	23.818,0
					C	18.094,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	115,0	115,0	A	99,0
					B	154,8
					C	134,8
		Gesamteinnahmen	15.380,9	15.371,4	A	15.170,2
					B	23.972,8
					C	18.229,1
		Personalausgaben	154.434,0	155.556,5	A	148.616,8
					B	140.904,3
					C	140.158,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	17.457,9	17.356,5	A	16.671,3
					B	17.366,7
					C	16.446,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	66,4	66,4	A	111,6
					B	79,5
					C	87,5
		Baumaßnahmen	3.130,0	3.585,0	A	2.250,0
					B	3.993,7
					C	3.359,8
		Sonstige Sachinvestitionen	2.310,9	2.306,6	A	2.096,0
					B	2.431,3
					C	2.377,3
		Besondere Finanzierungsausgaben	1.286,0	1.334,1	A	1.213,5
					B	1.174,2
					C	1.805,0
		Gesamtausgaben	178.685,2	180.205,1	A	170.959,2
					B	165.949,7
					C	164.235,0
		Zuschuss	163.304,3	164.833,7	A	155.789,0
					B	141.976,9
					C	146.005,9

Erläuterungen

Zu 03 08/815 99

Ersatz von Arbeitsplatzausstattungen, zentralen Komponenten u.a.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 90,6 Tsd. € insbesondere für Ersatzbeschaffungen (PC, Bildschirme, Drucker, Notebooks) und für Microsoft Enterprise Agreement Lizenzen.

Übersicht

über die in anderen Einzelplänen veranschlagten Haushaltsmittel für die Regierungen

Kapitel	03 73 Bauabteilungen	05 10 Schul- aufsicht	07 10 Wirtschaft, Landesent- wicklung u. Verkehr	10 30 Gewerbe- aufsichts- ämter	12 30 Gesund- heit, Ve- terinärw.	12 31 Umwelt- fragen
Zweckbestimmung	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2013						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.	-	-	-	-	-	-
Gesamteinnahmen	-	-	-	-	-	-
Personalausgaben	11.188,6	9.489,0	6.974,8	19.852,9	5.110,0	8.066,0
Sächliche Verwaltungs- ausgaben	-	-	-	-	29,0	68,6
sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen	-	-	-	-	-	17,3
Gesamtausgaben	11.188,6	9.489,0	6.974,8	19.852,9	5.139,0	8.151,9
Zuschuss	11.188,6	9.489,0	6.974,8	19.852,9	5.139,0	8.151,9
2014						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.	-	-	-	-	-	-
Gesamteinnahmen	-	-	-	-	-	-
Personalausgaben	11.443,8	9.719,3	7.186,0	20.424,1	5.487,7	8.249,6
Sächliche Verwaltungs- ausgaben	-	-	-	-	29,0	68,6
sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen	-	-	-	-	-	17,3
Gesamtausgaben	11.443,8	9.719,3	7.186,0	20.424,1	5.516,7	8.335,5
Zuschuss	11.443,8	9.719,3	7.186,0	20.424,1	5.516,7	8.335,5

03 09 Landratsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-0	012	Kosten und Benutzungsgebühren, die den Landkreisen zufließen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 613 21.</i>	205.000,0	205.000,0	A	196.500,0
					B	202.523,3
					C	190.945,3
111 02-9	012	Sonstige Gebühren, tarifliche und gebührenartige Entgelte	2.180,0	2.180,0	A	1.730,0
					B	2.264,7
					C	2.115,7
112 02-8	012	Zwangsgelder	1.100,0	1.100,0	A	920,0
					B	1.170,5
					C	925,1
112 03-7	012	Geldbußen einschl. Kosten und Verwarnungsgelder, die den Landkreisen zufließen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 613 22. Der Vermerk bei Tit. 112 05 gilt auch für Tit. 112 03.</i>	5.000,0	5.000,0	A	5.000,0
					B	5.047,2
					C	4.566,8
112 05-5	012	Geldbußen und Verwarnungsgelder, die den Gemeinden zufließen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 613 22. Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, die Einnahmen eines Haushaltsjahres vorläufig in Höhe der betreffenden Angaben in der kommunalen Rechnungsstatistik für das jeweilige Vorjahr zu buchen. Diese Buchung ist im darauf folgenden Jahr aufgrund und in Höhe der Angaben in der kommunalen Rechnungsstatistik für das betreffende Haushaltsjahr richtig zu stellen.</i>	50.000,0	50.000,0	A	50.000,0
					B	50.642,0
					C	55.350,0
119 12-9	012	Verwertungserlöse <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 533 01.</i>	---	---	A	---
119 49-6	012	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0	A	2,0
					B	3,6
					C	3,4
124 01-5	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2,9	2,9	A	2,9
					B	1,1
					C	2,0
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-5	012	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
235 12-8	012	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
281 11-2	012	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	20,0	20,0	A	12,0
					B	21,9
					C	19,4

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 09

Die Landratsämter sind Staatsbehörden, soweit sie Aufgaben des Staates, und Kreisbehörden, soweit sie Aufgaben des Landkreises zu erledigen haben (Art. 37 der Landkreisordnung). Sie sind für jeden Landkreis eingerichtet (Art. 1, 7, 37 der Landkreisordnung); die Einteilung der Landkreise richtet sich nach der Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte vom 27.12.1971 (BayRS 1012-3-1-I). Es bestehen 71 Landratsämter. Sie sind den Regierungen nachgeordnet.

Als Staatsbehörden obliegen ihnen staatliche Aufgaben aus nahezu allen Geschäftsbereichen, insbesondere aus denen der Staatsministerien des Innern, für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, für Unterricht und Kultus, für Wissenschaft, Forschung und Kunst und für Umwelt und Gesundheit. Sie sind Kreisverwaltungsbehörden und in der Regel die unteren staatlichen Verwaltungsbehörden. Sie üben die Aufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden aus.

Für die Landratsämter als Staatsbehörden weist der Freistaat Bayern staatliche Beamte zu (Art. 37 Abs. 3 Landkreisordnung). Die Stellen sind grundsätzlich im Kap. 03 09 ausgebracht.

Im Epl. 12 sind die Stellen für das Fachpersonal der vierten Qualifikationsebene bei den Landratsämtern als Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen sowie für den gesundheitlichen Verbraucherschutz mit den komplementären Ausgabemitteln veranschlagt.

Das Verwaltungspersonal für die Landratsämter in den Bereichen Gesundheits- und Veterinärwesen wird gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 des Eingliederungsgesetzes vom 23.12.1995 (GVBl S. 843) von den Landkreisen getragen.

Zur Unterbringung des Landratsamtes hat der Freistaat Bayern den Landkreisen staatliche Amtsgebäude kostenlos übergeben oder ihnen in staatlichen Ämtergebäuden Räume kostenlos überlassen (Rahmenvereinbarung vom 31.07.1959).

Im Übrigen tragen die Landkreise den Verwaltungsaufwand für das Landratsamt; sie werden dafür durch Finanzausgleichsgesetz entschädigt (Art. 53 Abs. 2 der Landkreisordnung, Art. 7 und 9 des Finanzausgleichsgesetzes).

Zu 03 09/111 01

Kosten der Landratsämter als Staatsbehörden; das Kostenaufkommen wird im Rahmen des Finanzausgleichs (Art. 7 FAG) den Landkreisen überlassen, vgl. Kap. 13 10 Tit. 613 21.

Die Einnahmen aus den Kosten der Bußgeldbescheide sind bei Titel 112 03 veranschlagt.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 8.500,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 09/111 02

Einnahmen - insbesondere Rechnungsprüfungsgebühren -, die dem Freistaat Bayern verbleiben.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 450,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 09/112 02

Diese Einnahmen verbleiben dem Freistaat Bayern.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 180,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 09/112 03

Einnahmen aus Geldbußen und Kosten der Bußgeldbescheide sowie Verwarnungsgelder nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, die im Rahmen des Finanzausgleichs (Art. 7 FAG) den Landkreisen überlassen werden (vgl. Kap. 13 10 Tit. 613 22).

Zu 03 09/112 05

Geldbußen und Verwarnungsgelder der Gemeinden nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, die ihnen im Rahmen des Finanzausgleichs überlassen werden (Art. 7 FAG). Hier werden auch die Einnahmen der Gemeinden aus der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr usw. ausgewiesen (§ 2 Abs. 3-5 ZuVOWiG - vgl. auch Kap. 13 10 Tit. 613 22).

Zu 03 09/119 12

Einnahmen aus der Verwertung von Gegenständen, die im Bußgeldverfahren eingezogen werden.

Zu 03 09/231 01

Erstattung von Dienstbezügen für abgeordnete Beamte durch den Bund.

03 09 Landratsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
382 01-2	891	Vergütungen für Dienstwohnungen, die an die Landkreise abzuführen sind <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 982 01.</i>	5,1	5,1	A	11,0
					B	5,1
					C	9,9
		Gesamteinnahmen	263.310,0	263.310,0	A	254.177,9
					B	261.684,8
					C	253.942,1
		Ausgaben				
		Das Ausgaben-Budget des Kap. 03 09 darf bis zu 100,0 Tsd. € pro Jahr zu Lasten von Kap. 03 08 verstärkt werden.				
		Personalausgaben				
422 01-4	012	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter <i>Vermerk bei Tit. 428 01 gilt entsprechend.</i>	157.497,1	162.567,1	A	151.381,6
					B	146.094,0
					C	144.599,2
422 21-0	012	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	3.778,9	3.867,2	A	3.131,8
					B	4.135,6
					C	3.246,4
422 31-8	012	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	240,6	246,2	A	157,3
					B	228,6
					C	158,7
427 01-9	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige <i>Aus dem Ansatz können auch Zahlungen an juristische Personen (insbesondere Körperschaften des öffentlichen Rechts) geleistet werden.</i>	105,0	105,0	A	105,0
					B	65,7
					C	69,5
427 41-1	012	Praktikantenvergütungen	7,0	7,0	A	7,0
					B	1,5
428 01-8	012	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Bei einer aus Wirtschaftlichkeitsgründen gebotenen Fremdvergabe von Röntgenaufnahmen können aus dem Ansatz auch Zahlungen an die Landkreise bis zur Höhe der hierdurch entstehenden anteiligen personalbezogenen Aufwendungen, höchstens jedoch der infolge Fremdvergabe von Röntgenaufnahmen im Staatshaushalt eingesparten Personalausgaben, geleistet werden, soweit dem Freistaat Bayern gemäß § 6 Abs. 1 des Eingliederungsgesetzes die Personalgestellung obliegt. Dies gilt auch, wenn auf Grund der individuellen Ermäßigung der Arbeitszeit staatlicher Bediensteter das für die Erfüllung der Dienstaufgaben der Gesundheitsämter benötigte Personal insoweit vorübergehend durch die Landkreise zur Verfügung gestellt wird, soweit es sich um die Ausschöpfung nicht besetzter geringfügiger Stellenreste handelt, für die keine staatlichen Bediensteten zugewiesen werden können.</i>	22.826,0	23.376,3	A	21.822,6
					B	21.920,3
					C	21.807,6

Erläuterungen

Zu 03 09/Ausgaben

Verstärkungsvermerk für das Ausgaben-Budget des Kap. 03 09, da aufgrund des geringen Budget-Volumens ein unvorhersehbarer und unabweisbarer Mittelbedarf nicht gedeckt werden kann.

Zu 03 09/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (einschließlich Erschwerniszulage, Technikzulage) und Zuwendungen (Fahrtkostenzuschuss).

	Zahl der Empfänger	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
Davon			
Feldaufwandsentschädigungen an Fachkräfte für Naturschutz, Fachkräfte für Technischen Umweltschutz und Beamte der Fachkundigen Stelle für Wasserwirtschaft	375/375	33,8	33,8
Aufwandsentschädigung für Beamte des technischen Überwachungsdienstes zum Schutze der Verbraucher	339/344	31,2	31,6
Aufwandsentschädigung für Veterinärassistenten	83/85	7,6	7,8
Aufwandsentschädigung für Hygienekontrolleure	157/158	14,4	14,5

Zu 03 09/422 21

Veranschlagt sind Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen.

Zu 03 09/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 09/427 01

Beschäftigungsentgelte für Krankenschwestern und Krankenpfleger, die im Rahmen der Heimaufsicht eingesetzt werden, sowie Vergütung von Fachhochschulstudenten des Fachbereichs Sozialwesen für praktische Studiensemester. Auf der Grundlage des Haushaltsvermerks können bei Bedarf Vereinbarungen mit den Trägern von Krankenhäusern über die Bereitstellung geeigneter Krankenschwestern und Krankenpfleger für die Wahrnehmung von Aufgaben der Heimaufsicht geschlossen werden. Den Krankenhausträgern dürfen nur die anteiligen Personalkosten erstattet werden bis zu der Höhe, in der eine Aushilfskraft bezahlt würde.

Zu 03 09/427 41

Vergütungen an Praktikanten einschließlich aller Nebenleistungen (gem. Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen; FMS vom 14.04.2010, Gz. 25-P2520-003-12134/10).

Zu 03 09/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversicherung.

	Zahl der Empfänger	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
Davon			
Feldaufwandsentschädigungen an Fachkräfte für Naturschutz, Fachkräfte für Technischen Umweltschutz und Beschäftigte der Fachkundigen Stelle für Wasserwirtschaft	81/81	7,3	7,3
Aufwandsentschädigung für Beschäftigte des technischen Überwachungsdienstes zum Schutz der Verbraucher	14/9	1,3	0,8
Aufwandsentschädigung für Veterinärassistenten	2/-	0,2	-
Aufwandsentschädigung für Hygienekontrolleure	21/19	1,9	1,7

Erläuterung zum Haushaltsvermerk:

Mit dem Haushaltsvermerk werden Leistungen an die Landkreise ermöglicht, wenn durch eine wirtschaftlich zweckmäßige Fremdvergabe von Röntgenaufnahmen der Gesundheitsämter vom Freistaat zu stellendes Personal eingespart werden kann. Weiter können Zahlungen an die Landkreise geleistet werden, wenn die vom Staat zu gewährleistende Mindestbesetzung wegen Nichtbesetzung von geringfügigen Stellenresten nicht erfüllt werden kann und der Landkreis für diesen Fall Personal zur Verfügung stellt.

03 09 Landratsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
428 11-6	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Zu Lasten der Ausgabemittel darf ein unbefristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen werden.</i>	25,1	25,7	A B C	39,4 13,5 15,7
428 12-5	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
428 13-4	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	***	***	A	---
453 01-6	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	94,0	94,0	A B C	103,0 59,4 79,8
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-6	012	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	---	---	A	2,2
519 01-8	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	20,8	20,8	A B C	18,4 28,0 25,9
527 01-8	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	7,5	7,5	A B C	3,1 7,0 4,1
533 01-0	012	Ausgaben aus Verwertungserlösen <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei Tit. 119 12.</i>	---	---	A	---
546 49-9	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	27,9	27,9	A B C	18,6 20,2 19,3
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
633 01-9	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden, Gemeindeverbände und Sonstige <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	42,9	42,9	A B C	28,6 30,0 42,1
Baumaßnahmen						
701 01-6	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	35,0	35,0	A C	--- -36,4
Sonstige Sachinvestitionen						
812 02-1	012	Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Geräten und Maschinen	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 09/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 14,3 Tsd. € wegen Mittelumsetzung zu Kap. 03 09 Tit. 633 01.

Zu 03 09/428 12 und 428 13

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 09/453 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	69,0	69,0
2. Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0
Zusammen	94,0	94,0

Zu 03 09/511 01

Für die Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung u.a.

Zu 03 09/519 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör (Ämtergebäude Lindau)	20,8	20,8
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	20,8	20,8

Zu 03 09/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 09/633 01

Erstattungsleistungen an Landkreise für Vorlesekräfte von schwerbehinderten Beamten.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 14,3 Tsd. € wegen Umsetzung von Kap. 03 09 Tit. 428 11.

Zu 03 09/701 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 35,0 Tsd. € für verschiedene kleine Baumaßnahmen.

Zu 03 09/812 02

Leertitel für die Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung.

03 09 Landratsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
			4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
		Besondere Finanzierungsausgaben				
982 01-6	891	Abführung der Dienst- und Werkdienstwohnungsvergütungen an die Landkreise nach § 6 der Rahmenvereinbarung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 382 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	5,1	5,1	A	11,0
					B	5,1
					C	9,9
		Gesamtausgaben	184.712,9	190.427,7	A	176.829,6
					B	172.608,8
					C	170.041,8
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	263.284,9	263.284,9	A	254.154,9
					B	261.652,3
					C	253.908,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	20,0	20,0	A	12,0
					B	27,4
					C	23,9
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	5,1	5,1	A	11,0
					B	5,1
					C	9,9
		Gesamteinnahmen	263.310,0	263.310,0	A	254.177,9
					B	261.684,8
					C	253.942,1
		Personalausgaben	184.573,7	190.288,5	A	176.747,7
					B	172.518,5
					C	169.976,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	56,2	56,2	A	42,3
					B	55,2
					C	49,3
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	42,9	42,9	A	28,6
					B	30,0
					C	42,1
		Baumaßnahmen	35,0	35,0	A	-
					B	-
					C	-36,4
		Besondere Finanzierungsausgaben	5,1	5,1	A	11,0
					B	5,1
					C	9,9
		Gesamtausgaben	184.712,9	190.427,7	A	176.829,6
					B	172.608,8
					C	170.041,8
		Überschuss	78.597,1	72.882,3	A	77.348,3
					B	89.076,0
					C	83.900,3

03 10 Landesamt für Datenschutzaufsicht

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-8	012	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
<u>112 01-7</u>	012	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	---	---	A	
Gesamteinnahmen			-	-	A B C	- - -
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-2	012	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	846,9	866,6	A	772,7
428 01-6	012	Entgelte der Arbeitnehmer	43,3	44,1	A	41,1
453 01-4	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-4	012	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	19,3	19,3	A	13,4
517 31-2	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	10,5	10,5	A	10,5
517 35-8	012	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	4,2	4,2	A	4,2
518 11-5	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	0,8	0,8	A	0,8
518 18-8	012	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	0,2	0,2	A	0,2
527 01-6	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	26,3	26,3	A	20,0
529 01-4	012	Zur Verfügung des Landesamts für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,3	0,3	A	0,3
531 11-8	012	Fachveröffentlichungen	1,6	1,6	A	---
546 49-7	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	1,4	1,4	A	1,3
Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-0	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	9,5	9,5	A	9,0
Gesamtausgaben			964,3	984,8	A B C	873,5 - -

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 10

Mit dem Gesetz zur Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 20.07.2011, GVBl S. 307, wurde das Landesamt für Datenschutzaufsicht mit Wirkung vom 01.08.2011 als zuständige Aufsichtsbehörde gem. § 38 Abs. 6 BDSG für die Kontrolle der Durchführung des Datenschutzes bei nicht-öffentlichen Stellen bestimmt. Zudem nimmt das Landesamt weitere Aufgaben im Vollzug des BDSG und des Ordnungswidrigkeitenrechts wahr. Auf Grund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 09.03.2010 ist das Landesamt für Datenschutzaufsicht in seiner Aufgabenwahrnehmung weisungsfrei sowie organisations-, dienst- und haushaltsrechtlich völlig unabhängig (Art. 35 BayDSG).

Durch die Festlegung des Behördensitzes in Ansbach (Art. 34 Abs. 2 BayDSG) bleibt die unionsrechtlich unbedenkliche räumliche Unterbringung bei der Regierung von Mittelfranken und die gemeinsame Nutzung zentraler Servicedienste und Infrastruktureinrichtungen möglich. Einzelheiten einer Inanspruchnahme von Servicefunktionen der Regierung von Mittelfranken sind durch eine Verwaltungsvereinbarung der beteiligten beiden Behörden geregelt.

Auf Grund von Art. 35 Abs. 3 Satz 1 BayDSG wurden die für die Datenschutzaufsichtsbehörde erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen ab dem Haushaltsjahr 2012 im Kap. 03 10 veranschlagt, die das Landesamt im Rahmen der allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften eigenverantwortlich bewirtschaften kann.

Zu 03 10/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 10/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 10/511 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	2,5	2,5
2. Bücher und Zeitschriften	3,9	3,9
3. Kommunikation	1,8	1,8
4. Entgelte für Postdienstleistungen	3,1	3,1
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	6,8	6,8
6. Sonstiges	1,2	1,2
Zusammen	19,3	19,3

Zu 03 10/531 11

Kosten für Tätigkeitsberichte.

Zu 03 10/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

03 10 Landesamt für Datenschutzaufsicht

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Personalausgaben	890,2	910,7	A	813,8
					B	-
					C	-
		Sächliche Verwaltungsausgaben	64,6	64,6	A	50,7
					B	-
					C	-
		Sonstige Sachinvestitionen	9,5	9,5	A	9,0
					B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	964,3	984,8	A	873,5
					B	-
					C	-
		Zuschuss	964,3	984,8	A	873,5
					B	-
					C	-

03 15 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 49-3	047	Vermischte Einnahmen	30,0	30,0	A	36,0
					B	28,3
					C	44,6
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-2	047	Sonstige Zuweisungen vom Bund <i>Die Ausgabebefugnis bei Kap. 03 02 Tit. 526 11 erhöht sich um die Einnahmen, die der Bund für Dolmetscherleistungen erstattet.</i>	114,0	114,0	A	70,0
					B	53,0
					C	141,1
Gesamteinnahmen			144,0	144,0	A	106,0
					B	81,3
					C	189,1
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-1	047	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	16.362,4	16.740,9	A	15.649,0
					B	15.342,8
					C	15.401,0
422 31-5	047	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	11,4	11,7	A	93,0
					B	10,8
					C	-3,0
422 41-3	047	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	77,0	77,0	A	86,7
					B	67,4
					C	40,1
428 01-5	047	Entgelte der Arbeitnehmer	4.476,1	4.552,0	A	4.289,5
					B	4.320,0
					C	4.221,9
428 41-7	047	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
453 01-3	047	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	16,0	16,0	A	16,0
					B	12,7
					C	5,7
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-3	047	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	400,0	400,0	A	494,0
					B	288,5
					C	335,5
511 22-8	047	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	136,8	136,8	A	76,8
					B	108,9
					C	65,3

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 15

Das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Behörde (Art. 1 Abs. 4 des Bayer. Verfassungsschutzgesetzes). Es hat insbesondere die Aufgabe, Informationen über Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten, und über Spionagetätigkeiten zu sammeln und auszuwerten. Es wirkt beim personellen Geheim- und Sabotageschutz mit und erteilt Auskünfte in sicherheits- und verfassungsschutzrechtlichen Angelegenheiten. Außerdem wird es im Bereich der Organisierten Kriminalität beobachtend mit nachrichtendienstlichen Mitteln tätig.

Zu 03 15/119 49

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen u.a.

Zu 03 15/231 01

Zuweisungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Im veranschlagten Betrag sind Erstattungen des Bundes in Höhe von voraussichtlich 61,0 Tsd. € enthalten. Diese werden vom LfV vorgeleistet (zusammen mit anderen Dolmetscherleistungen bei Kap. 03 02 Tit. 526 11). Soweit diese Ausgaben anschließend bei Kap. 03 15 Tit. 231 01 vom Bund erstattet werden, erhöht sich die Ausgabebefugnis bei Kap. 03 02 Tit. 526 11.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 44,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 15/422 01 und 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen (einschließlich Sicherheitszulage) und Zuwendungen (z. B. Fahrtkostenzuschuss).

Zu 03 15/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen (einschließlich Sicherheitszulage, Erschwerniszulage) und Zuwendungen (z. B. Fahrtkostenzuschuss) sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 15/453 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	12,0	12,0
2. Umzugskostenvergütungen	4,0	4,0
Zusammen	16,0	16,0

Zu 03 15/511 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	43,4	43,4
2. Bücher und Zeitschriften	26,4	26,4
3. Kommunikation	100,6	100,6
4. Entgelte für Postdienstleistungen	6,4	6,4
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	28,6	28,6
6. Sonstiges	194,6	194,6
Zusammen	400,0	400,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 94,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 15/511 22

2013 gegenüber 2012:

Mehr 60,0 Tsd. € wegen erhöhtem Pflege- und Wartungsaufwand.

03 15 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
514 01-0	047	Haltung von Dienstfahrzeugen	526,3	526,3	A	498,1
					B	491,0
					C	549,7
514 11-8	047	Dienst- und Schutzkleidung	2,3	2,3	A	2,4
					B	2,2
					C	1,9
517 01-7	047	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	46,0	46,0	A	31,2
					B	41,0
					C	37,3
517 05-3	047	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	20,0	20,0	A	19,2
					B	15,9
					C	18,0
517 31-1	047	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	220,0	220,0	A	172,8
					B	213,9
					C	174,9
517 35-7	047	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	185,0	185,0	A	163,0
					B	174,1
					C	161,1
518 01-6	047	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	141,0	141,0	A	128,9
					B	139,7
					C	137,3
518 11-4	047	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	7,0	7,0	A	13,9
					B	6,9
					C	9,9
518 18-7	047	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	158,0	158,0	A	137,7
					B	149,6
					C	153,4
518 31-0	047	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-5	047	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	11,1	11,1	A	---
					B	10,6
					C	24,6
527 01-5	047	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	389,5	389,5	A	438,6
					B	343,0
					C	369,7
532 11-6	047	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
					B	0,3
534 01-6	047	Besondere Zwecke <i>Die Ausgaben unterliegen der alleinigen Prüfung durch den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Auch zur Verstärkung der übrigen Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben.</i>	1.651,3	1.651,3	A	1.651,3
					B	1.523,0
					C	1.632,6
546 49-6	047	Vermischte Verwaltungsausgaben	12,6	12,6	A	5,1
					B	12,1
					C	5,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-7	047	Kostenanteil an der Schule für Verfassungsschutz	231,6	236,5	A	233,2
					B	220,9
					C	193,0

Erläuterungen

Zu 03 15/514 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	326,3	326,3
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	200,0	200,0
Zusammen		<u>526,3</u>	<u>526,3</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		526,3	526,3
Personalausgaben		110,0	110,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		260,0	260,0
Ausgaben für Leasing/Miete		158,0	158,0
Zusammen		<u>1.054,3</u>	<u>1.054,3</u>

2013 gegenüber 2012:
Mehr 28,2 Tsd. € aufgrund der Ist-Ausgaben in den Vorjahren.

Zu 03 15/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä., Wartungskosten für die Einbruch- und Brandmeldeanlage und für die unterbrechungsfreie Stromversorgung sowie Ausgaben für die Bewachung durch private Unternehmen.

2013 gegenüber 2012:
Mehr 14,8 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 15/517 05		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	12,0	12,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	8,0	8,0
Zusammen		<u>20,0</u>	<u>20,0</u>

Zu 03 15/517 31

2013 gegenüber 2012:

Mehr 47,2 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung der Ist-Ausgaben der Vorjahre.

Zu 03 15/517 35

2013 gegenüber 2012:

Mehr 22,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung der Ist-Ausgaben der Vorjahre sowie einer Umsetzung von Kap. 03 18 Tit. 517 05 (8,1 Tsd. €).

Zu 03 15/518 18

2013 gegenüber 2012:

Mehr 20,3 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 15/519 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	11,1	11,1
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen		<u>11,1</u>	<u>11,1</u>

Zu 03 15/527 01

2013 gegenüber 2012:

Weniger 49,1 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 15/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

03 15 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Baumaßnahmen						
701 01-3	047	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
					B	144,6
					C	540,4
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-0	047	Erwerb von Dienstfahrzeugen	260,0	260,0	A	237,6
					B	152,8
					C	273,8
812 01-9	047	Erwerb von Geräten, Einrichtungen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	460,0	460,0	A	400,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	241,4
		<i>138,9</i>			C	369,0
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
Besondere Finanzierungsausgaben						
<u>981 11-2</u>	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd	3,9	4,0	A	
		<i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>				
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-6	047	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	450,5	450,5	A	497,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	397,8
		<i>417,0</i>			C	522,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>417,0</i>				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von 417,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2014 Tsd. €</i>				
		<i>139,0</i>				
		<i>2015 Tsd. €</i>				
		<i>139,0</i>				
		<i>2016 Tsd. €</i>				
		<i>139,0</i>				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2014 in Höhe von 417,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2015 Tsd. €</i>				
		<i>139,0</i>				
		<i>2016 Tsd. €</i>				
		<i>139,0</i>				
		<i>2017 Tsd. €</i>				
		<i>139,0</i>				
514 99-3	047	Verbrauchsmittel	67,4	67,4	A	63,3
					B	63,5
					C	59,5
517 99-0	047	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
518 99-9	047	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-8	047	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 99-0	047	Aus- und Fortbildung	31,6	31,6	A	41,8
					B	26,0
					C	21,7

Erläuterungen

Zu 03 15/701 01

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 03 02 Tit. 701 01.

Zu 03 15/811 01

Im Interesse der Verkehrssicherheit, der ständigen Einsatzbereitschaft und zur Vermeidung unwirtschaftlicher Unterhalts- und Instandsetzungsmaßnahmen müssen von insgesamt 61 gekauften Fahrzeugen pro Jahr im Schnitt sieben Fahrzeuge mit einer durchschnittlichen Laufzeit von acht Jahren und einer Fahrleistung bis über 200.000 km ersetzt werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 22,4 Tsd. € nach dem voraussichtlichem Bedarf.

Zu 03 15/812 01

Erst- und Ergänzungsbeschaffungen von fachtechnischen Geräten, Einrichtungen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 60,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Im Zusammenhang mit dem Sicherheitskonzept Bayern wurden in den Jahren 2003 und 2004 zusätzliche technische Geräte und Einrichtungsgegenstände beschafft. Durch die anstehenden Ersatzbeschaffungen ergibt sich ein höherer Bedarf.

Zu 03 15/981 11

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Süd auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 03 07 Tit. 381 60.

Zu 03 15/99

Betrieb der EDV-Systeme und -Verfahren des Landesamts im Verbund mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie Einsatz von Verwaltungsverfahren im Verbund des Bayer. Behördennetzes.

Personal im Kap. 03 15, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2012	Stellen 2013	Stellen 2014
Plan-Beamte			
A 15	1	1	1
A 13	1	1	1
A 12	5	5	5
A 11	1	2	2
A 10	2	2	3
A 9	3	3	2
Summe	13	14	14
Arbeitnehmer			
E 11	3	3	3
E 10	1	-	-
Summe	4	3	3
Insgesamt	17	17	17

Zu 03 15/511 99

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0	20,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	29,5	29,5
3. Wartung	394,7	394,7
4. Bücher und Zeitschriften	1,6	1,6
5. Sonstiges	4,7	4,7
Zusammen	450,5	450,5

2013 gegenüber 2012:

Weniger 46,8 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 15/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf an Datenträgern, Papier, Toner, Tintenpatronen usw.

Zu 03 15/525 99

2013 gegenüber 2012:

Weniger 10,2 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

03 15 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
526 99-9	047	Ausgaben für Sachverständige	80,0	80,0	A	74,3
					B	44,5
					C	15,0
534 99-9	047	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	125,3	125,3	A	94,9
					B	37,5
					C	79,1
632 99-0	047	Erstattungen an Bund und Länder	---	---	A	---
701 99-6	047	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
815 99-9	047	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	269,1	269,1	A	122,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	175,6
		<i>85,0</i>			C	121,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>85,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
Summe der Titelgruppe			1.023,9	1.023,9	A	893,9
					B	744,9
					C	819,1
Gesamtausgaben			26.829,2	27.288,9	A	25.731,9
					B	24.778,8
					C	25.537,8

Erläuterungen**Zu 03 15/526 99**

Server- und Backofficeanwendungen sowie die Netzinfrastruktur müssen zur Aufrechterhaltung der Interoperabilität mit den Clients und Systemen ständig auf einem aktuellen Stand gehalten werden. Hierzu ist externer Sachverstand erforderlich.

Zu 03 15/534 99

2013 gegenüber 2012:

Mehr 30,4 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 15/632 99

Für Erstattungen im Rahmen gemeinsamer Projektentwicklungen.

Zu 03 15/815 99

Erstbeschaffungen

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Medienspeicher (für die digitale Bereitstellung von Mediendateien am Arbeitsplatz)	125,0	125,0

Ersatzbeschaffungen

2. Austausch PC, Monitore, Drucker, Scanner	89,5	89,5
3. Austausch Server und sonstige Geräte	54,6	54,6
Zusammen	269,1	269,1

2013 gegenüber 2012:

Mehr 146,6 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

03 15 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	30,0	30,0	A	36,0
					B	28,3
					C	44,6
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	114,0	114,0	A	70,0
					B	53,0
					C	144,5
		Gesamteinnahmen	144,0	144,0	A	106,0
					B	81,3
					C	189,1
		Personalausgaben	20.942,9	21.397,6	A	20.134,2
					B	19.753,8
					C	19.665,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.661,7	4.661,7	A	4.604,6
					B	4.089,8
					C	4.374,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	231,6	236,5	A	233,2
					B	220,9
					C	193,0
		Baumaßnahmen	-	-	A	-
					B	144,6
					C	540,4
		Sonstige Sachinvestitionen	989,1	989,1	A	759,9
					B	569,7
					C	764,1
		Besondere Finanzierungsausgaben	3,9	4,0	A	-
					B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	26.829,2	27.288,9	A	25.731,9
					B	24.778,8
					C	25.537,8
		Zuschuss	26.685,2	27.144,9	A	25.625,9
					B	24.697,5
					C	25.348,7

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-3	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	1,0	1,0	A	2,0
					C	0,1
111 05-9	042	Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige	30,0	30,0	A	30,0
					B	23,4
					C	35,5
119 14-0	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
					B	25,6
					C	7,2
119 49-9	042	Vermischte Einnahmen	15,0	15,0	A	55,0
					B	11,6
					C	72,4
124 01-8	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	70,0	70,0	A	45,0
					B	107,8
					C	178,0
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-8	042	Sonstige Erstattungen vom Bund <i>Erstattungen im Rahmen von Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von luK-Verfahren der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 97 bzw. TG 99.</i>	---	---	A	---
232 01-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern <i>Erstattungen im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von luK-Verfahren der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 97 bzw. TG 99.</i> <i>Erstattungen für überörtliche Einsätze der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 01.</i>	---	---	A	---
					B	632,2
					C	634,0
236 01-3	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
					B	10,3
					C	17,7
236 12-0	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
					B	47,8
					C	30,1
271 01-9	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr 5.</i>	---	---	A	---
					B	58,8
					C	252,1
282 03-4	042	Kaufgelder oder Belohnungsmittel von Dritten <i>Von Dritten bereitgestellte Kaufgelder oder Belohnungsmittel erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 533 05.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			116,0	116,0	A	132,0
					B	917,4
					C	1.227,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kap. 03 17

Das Bayerische Landeskriminalamt (BLKA) in München ist nach Art. 7 des Polizeiorganisationsgesetzes die zentrale Dienststelle für kriminalpolizeiliche Aufgaben. Es betreibt eine Außenstelle in Nürnberg.

Es ist dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet. Das Landeskriminalamt ist zugleich zentrale Dienststelle der Kriminalpolizei im Sinne des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes) und Zentralstelle für die gesamte Informations-/Kommunikationstechnik der Bayerischen Polizei (Beschaffung, Betrieb, Entwicklung), ferner zentrale Beschaffungsstelle für IuK-Technik mit bayernweiter Zuständigkeit. Die Autorisierte Stelle Digitalfunk (AS) im Landeskriminalamt ist Ansprechpartner für die bayerischen BOS und die Koordinierende Stelle. Die AS organisiert und koordiniert für ihren Zuständigkeitsbereich die von den BOS gestellten Anforderungen zur Dienstebereitstellung und zum Einsatz der Fernmeldemittel des BOS-Digitalfunks. Beim Landeskriminalamt ist auch das Strategische Innovationszentrum der Bayerischen Polizei eingerichtet (Maßnahme des Sicherheitskonzepts Bayern), das insbesondere Prognosen zu möglichen Kriminalitäts-Szenarien und neue Ansätze für die Verbrechensbekämpfung sowie für den Einsatz-, Verkehrs-, Logistik- und Informations- und Kommunikationsbereich liefern soll. Darüber hinaus ist das Landeskriminalamt als Führungsstelle Grenze bestimmt.

Zu 03 17/119 14

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

Zu 03 17/119 49

2013 gegenüber 2012:

Weniger 40,0 Tsd. € wegen Rückgang von Veräußerungserlösen.

Zu 03 17/124 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	70,0	70,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	<u>70,0</u>	<u>70,0</u>

Zu 03 17/231 01

Erstattungen vom Bund im Rahmen von bundesweiten Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von IuK-Verfahren der Polizei.

Zu 03 17/232 01

Erstattungen von Ländern im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von IuK-Verfahren der Polizei sowie für überörtliche Einsätze.

Zu 03 17/236 12

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Ersatzstellungen.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-7	042	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	52.751,5	55.686,7	A	51.629,7
					B	49.346,1
					C	49.673,8
422 21-3	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	356,8	365,0	A	181,7
					B	339,0
					C	215,8
422 31-1	042	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	1.393,2	1.425,5	A	1.491,1
					B	1.323,7
					C	1.376,6
422 41-9	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	350,0	350,0	A	350,0
					B	167,3
					C	253,4
428 01-1	042	Entgelte der Arbeitnehmer	18.962,6	19.284,2	A	18.503,4
					B	18.301,1
					C	18.263,8
428 11-9	042	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---
428 21-7	042	Entgelte der Arbeitnehmer	57,5	57,5	A	57,5
					B	20,8
428 41-3	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	18,5	18,5	A	18,5
					B	16,0
					C	11,8
453 01-9	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	50,0	50,0	A	30,0
					B	47,9
					C	19,4
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-9	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	900,0	900,0	A	840,0
					B	863,9
					C	813,7
511 22-4	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	450,0	450,0	A	450,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	426,7
		<i>50,0</i>			C	645,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>50,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
514 01-6	042	Haltung von Dienstfahrzeugen	1.500,0	1.500,0	A	1.200,0
		<i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01.</i>			B	1.273,9
					C	1.072,5
514 11-4	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Dienstkleidungszuschüsse	240,0	240,0	A	240,0
					B	205,5
					C	217,0

Erläuterungen

Zu 03 17/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage, Erschwerniszulage, Gefahrenzulage) und Zuwendungen (z. B. Fahrtkostenzuschuss).

	Zahl der Empfänger	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
Aufwandsentschädigung für die Rauschgiftsachbearbeiter bei Körperschmuggel	5/5	1,3	1,3

Zu 03 17/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 17/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen (auch Programmierzulage, Erschwerniszulage, Gefahrenzulage) und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 17/428 21

Löhne für Arbeiter auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

Zu 03 17/453 01

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Trennungsgeld	45,0	45,0
2. Umzugskostenvergütungen	5,0	5,0
Zusammen	50,0	50,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 20,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 17/511 01

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	480,0	480,0
2. Bücher und Zeitschriften	130,0	130,0
3. Kommunikation (s. Tit. 511 97)	-	-
4. Entgelte für Postdienstleistungen	40,0	40,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	220,0	220,0
6. Sonstiges	30,0	30,0
Zusammen	900,0	900,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 60,0 Tsd. € wegen gestiegenem Bedarf.

Zu 03 17/514 01

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Betriebsstoffe	900,0	900,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	600,0	600,0
Zusammen	1.500,0	1.500,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	1.500,0	1.500,0
Personalausgaben	82,0	82,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	550,0	550,0
Ausgaben für Leasing/Miete	284,0	284,0
Zusammen	2.416,0	2.416,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	am 1.2.2012 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	290	290	280	280	60
Lastkraftwagen und Kraftomnibusse	-	-	-	-	-
Sonstiges (Krafträder, Sonderkraftfahrzeuge)	15	15	15	15	-

2013 gegenüber 2012:

Mehr 300,0 Tsd. € zum Ausgleich von Preissteigerungen bei den Treibstoff- und Wartungskosten.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
514 21-2	042	Verbrauchsmittel	1.942,0	1.942,0	A	2.000,0
					B	1.563,8
					C	1.326,3
514 25-8	042	Beschaffungen für Abgabe/Reparaturen an die Polizeiverbände <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	43,4
					C	-54,1
517 01-3	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.400,0	1.400,0	A	1.350,0
					B	1.298,0
					C	1.254,2
517 05-9	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	2.400,0	2.400,0	A	2.200,0
					B	2.051,6
					C	1.994,1
517 31-7	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	7,5	7,5	A	7,0
					B	7,5
					C	7,8
517 35-3	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	9,0	9,0	A	8,5
					B	8,8
					C	9,9
518 01-2	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.050,0	1.050,0	A	850,0
					B	1.014,1
					C	813,0
518 11-0	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	50,0	50,0	A	120,0
					B	23,9
					C	64,2
518 18-3	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 180,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 180,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	284,0	284,0	A	284,0
					B	362,9
					C	254,6
518 31-6	042	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	56,6	56,6	A	59,2
					B	56,6
					C	56,6
519 01-1	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	388,4	388,4	A	344,1
					B	1.014,2
					C	1.340,0
526 01-2	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	5,0	5,0	A	2,0
					B	11,1
					C	2,9
526 11-0	042	Kosten für Sachverständige	200,0	200,0	A	320,0
					B	93,4
					C	52,5
527 01-1	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	900,0	900,0	A	900,0
					B	718,3
					C	857,5
531 01-5	042	Herausgabe amtlicher Blätter und Veröffentlichungen	3,0	3,0	A	3,0
					B	0,1
532 11-2	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	10,0	10,0	A	10,0
					B	86,3
					C	4,7

Erläuterungen

Zu 03 17/514 21

Verbrauchsmittel für Kriminaltechnik (z.B. Entnahmesets für molekulargenetische Untersuchungen und laufender Laborbedarf) sowie laufender Schießbedarf, Munition.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 58,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 17/514 25

Die Einnahmen der Zentralen Beschaffungsstelle für IuK-Technik aus der Abgabe von Gegenständen und dgl. werden durch Rotabsetzung gebucht (VV Nr. 3.2.1b zu Art. 35 BayHO).

Zu 03 17/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtlichen Gebäudebewirtschaftungskosten.

Zu 03 17/517 05

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	800,0	800,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	1.600,0	1.600,0
Zusammen	2.400,0	2.400,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 200,0 Tsd. € zum Ausgleich von Preissteigerungen im Energiebereich.

Zu 03 17/518 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 200,0 Tsd. € wegen steigenden Mietaufwendungen.

Zu 03 17/518 11

2013 gegenüber 2012:

Weniger 70,0 Tsd. € wegen Verbuchung der Multifunktionsgeräte bei der TG 99.

Zu 03 17/519 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	388,4	388,4
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	388,4	388,4

2013 gegenüber 2012:

Mehr 44,3 Tsd. € zum Ausgleich der Baupreissteigerungen.

Zu 03 17/526 01

Entschädigung für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

Zu 03 17/526 11

Entschädigung von Sachverständigen und Dolmetschern einschl. Fremdvergabe von DNA-Untersuchungen

2013 gegenüber 2012:

Weniger 120,0 Tsd. € wegen Anpassung an das voraussichtliche Aufkommen.

Zu 03 17/531 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Herausgabe amtlicher Blätter	0,5	0,5
2. Herausgabe von Richtlinien-sammlungen	-	-
3. Veröffentlichungen	2,5	2,5
4. Veröffentlichungen der kriminologischen Forschungsgruppe	-	-
Zusammen	3,0	3,0

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
533 05-9	042	Fahndung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 282 03.</i>	500,0	500,0	A	600,0
					B	237,7
					C	491,5
533 07-7	042	Sachausgaben im Vollzugsdienst	70,0	70,0	A	65,0
					B	63,7
					C	61,9
546 49-2	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	30,0	30,0	A	25,0
					B	28,4
					C	69,2
547 04-4	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	40,0	40,0	A	40,0
					B	32,4
					C	43,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-3	042	Erstattungen an Bund und Länder <i>Mittel der HGr. 5 des Kap. 03 17 können den Titel verstärken.</i>	---	---	A	---
		Baumaßnahmen				
701 01-9	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	500,0	500,0	A	500,0
					B	634,6
					C	698,1
710 00-9	042	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.872,0	1.800,0	A	---
					B	2.381,1
					C	5.008,9
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-6	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	550,0	550,0	A	550,0
					B	469,2
					C	705,1
812 01-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
					B	680,8
					C	553,3
		Besondere Finanzierungsausgaben				
981 11-8	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	3,8	4,1	A	63,2
					B	54,2
981 12-7	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Nord dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	30,0	35,7	A	---

Erläuterungen

Zu 03 17/533 05

Ausgaben für Fahndung und Belohnungen für die Mitwirkung Privater bei der Aufklärung strafbarer Handlungen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 100,0 Tsd. € wegen Verbuchung bei den entsprechenden Haushaltsstellen (insb. Tit. 518 01, 527 01 etc.).

Zu 03 17/533 07

Ausgaben für die unmittelbare Ausführung einer Maßnahme durch die Polizei.

Zu 03 17/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsbereisen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 17/632 01

Erstattungsleistungen an andere Länder oder den Bund für Unterstützungseinsätze durch Einsatzeinheiten (nach PDV 100) werden zentral vom Präsidium der Bayer. Bereitschaftspolizei abgerechnet. Unterstützungsleistungen durch Fremdkräfte, die keiner taktischen Gliederung unterliegen, sind durch den anfordernden Verband zu erstatten.

Zu 03 17/701 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
Bayer. Landeskriminalamt München, Maillingerstraße 15		
- Erneuerung der USV-Anlage im Bauteil B	400,0	-
- EDV-Verkabelung	100,0	-
- Erneuerung der Beleuchtung im Bauteil B	-	500,0
Zusammen	500,0	500,0

Zu 03 17/811 01

Für den Ersatz von Fahrzeugen der Baujahre 2003 bis 2008 mit Fahrleistungen von bis zu 250.000 km.

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

Zu 03 17/812 01

Verwaltungs- und Fachausstattung, Schutzausstattung, Waffen.

Aus dem Ansatz dürfen auch Zuschüsse für privat beschaffte Unterziehschutzwesten gewährt werden.

Zu 03 17/981 11

2013 gegenüber 2012:

Weniger 59,4 Tsd. € für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd.

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Süd auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 03 07 Tit. 381 60.

Zu 03 17/981 12

2013 gegenüber 2012:

Mehr 30,0 Tsd. € wegen Umsetzung von Kap. 03 18.

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Nord auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 06 04 Tit. 381 60.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
		Titelgruppen				
		71 Ausbildung				
453 71-4	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0	A	10,0
					B	14,9
					C	13,2
525 71-8	042	Sonstige Ausbildungskosten	5,0	5,0	A	1,0
					B	6,7
		Summe der Titelgruppe	15,0	15,0	A	11,0
					B	21,6
					C	13,2
		75 Fortbildung				
453 75-0	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0	A	1,0
525 75-4	042	Sonstige Fortbildungskosten	260,0	260,0	A	260,0
					B	209,8
					C	247,3
		Summe der Titelgruppe	261,0	261,0	A	261,0
					B	209,8
					C	247,3
		96 Betrieb, Instandhaltung, Überwachung, Erweiterung und Verlegung von polizeieigenen Kommunikationssystemen				
511 96-5	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	5.900,0	5.900,0	A	6.300,0
					B	2.648,6
					C	5.815,7
514 96-2	042	Verbrauchsmittel	---	---	A	---
518 96-8	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 96-9	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
534 96-8	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
812 96-1	042	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	300,0	300,0	A	1.251,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>				<i>100,0</i>
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				<i>100,0</i>
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	6.200,0	6.200,0	A	7.551,8
					B	2.648,6
					C	5.815,7
		97 Kosten der Telekommunikation				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Vgl. Vermerke bei Tit. 231 01 und 232 01.</i>				
511 97-4	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.200,0	1.200,0	A	1.450,0
					B	1.196,4
					C	1.227,2
518 97-7	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 17/71

Ausgaben für die laufbahnmäßige Ausbildung.

Die persönlichen Abfindungen trägt das Landeskriminalamt als entsendende Dienststelle.

Zu 03 17/75

Die persönlichen Abfindungen trägt das Landeskriminalamt als entsendende Dienststelle. Daneben sind Fortbildungsmittel für Fachpersonal bei Tit. 525 96, 525 97, 525 98 und 525 99 veranschlagt.

Zu 03 17/96

Das Bayer. Landeskriminalamt als Zentralstelle für die Informations- und Kommunikationstechnik der Bayer. Polizei betreibt Kommunikationsverbindungen zu allen bayerischen Polizeidienststellen und zu anderen Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Des Weiteren betreibt es den zentralen Übergang in das bayerische Behördennetz und über diesen Weg auch in das Internet. Für das in BayKom realisierte Corporate Network der Bayer. Polizei (Sprach- und Datennetz) sowie für die mobile Datenkommunikation hat es alle Ausgaben zu leisten. Insbesondere sind dies die Leitungsentgelte für die Festnetzverbindungen und die Kosten für die angeschlossenen Anlagen (Hard- und Software), die aus technischen Gründen einheitlich sein müssen.

Zu 03 17/511 96

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	400,0	400,0
2. Kommunikation	5.500,0	5.500,0
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	-	-
Zusammen	5.900,0	5.900,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 400,0 Tsd. € wegen Netzoptimierungen unter gleichzeitiger Anpassungen der Netzbandbreiten und Verfügbarkeiten sowie durch Einsparung bei den Netzkosten infolge des Preisgefüges aus BayKom-2010.

Zu 03 17/812 96

Aufwendungen für Hard- und Software, die zur Erfüllung der Bandbreitenanforderungen auf Grund neuer im Netz zu übertragender Dienste (VoIP, Bilder, Video) erforderlich sind, sowie für Maßnahmen zur Sicherstellung der hohen Anforderungen an Verfügbarkeit und Sicherheit im Corporate Network der Bayer. Polizei.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 951,8 Tsd. € wegen geringerem Bedarf an Netztechniken im WAN- und LAN-Bereich im Rahmen der vereinbarten Abschreibungszyklen.

Zu 03 17/97

Die bayerische Polizei betreibt einen homogenen TK-Anlagenverbund, der hohe Verfügbarkeit und in Krisenfällen auch von öffentlichen Netzen unabhängige Sprachkommunikation garantiert. Das Bayer. Landeskriminalamt betreibt neben dem internen Anlagenverbund die Hauptvermittlung für die Sprachkommunikation der bayerischen Polizei (hinsichtlich der Kosten für das Festverbindungsnetz der bayerischen Polizei vgl. TG 96). Des Weiteren setzt das Bayer. Landeskriminalamt spezielle IuK-Technik im Rahmen der polizeilichen Aufgaben, die sich aus der StPO und dem PAG ergeben, ein.

Zu 03 17/511 97

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0	20,0
2. Kommunikation	500,0	500,0
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	680,0	680,0
Zusammen	1.200,0	1.200,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 250,0 Tsd. € wegen des erwarteten geringeren Aufwandes für Wartung und Support zur Sicherstellung der Verfügbarkeit der spezifischen IuK-Technik.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
525 97-8	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
534 97-7	042	Vergabe von Aufträgen	1.000,0	1.000,0	A	140,0
					B	1.065,6
					C	917,7
632 97-8	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund und Länder	---	---	A	---
812 97-0	042	Erwerb von Hard- und Software	1.350,0	1.350,0	A	1.650,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	1.335,8
		<i>300,0</i>			C	1.071,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>300,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	3.550,0	3.550,0	A	3.240,0
					B	3.597,7
					C	3.216,6
		98 Kosten der Funkkommunikation				
511 98-3	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung und Reparatur	130,0	130,0	A	110,0
					B	130,2
					C	157,5
518 98-6	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 98-7	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
534 98-6	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
					B	73,7
					C	28,0
812 98-9	042	Erwerb von Hard- und Software	---	---	A	15,0
		Summe der Titelgruppe	130,0	130,0	A	125,0
					B	203,9
					C	185,5

Erläuterungen

Zu 03 17/534 97

Zur Entwicklung von Techniken, die zur Erledigung der Aufgaben nach der StPO bzw. dem PAG erforderlich sind, bedarf es der Einbeziehung externen Sachverständes.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 860,0 Tsd. € wegen der Anzahl umzusetzender Gerichtsbeschlüsse und der daraus resultierenden Maßnahmen.

Zu 03 17/812 97

Erweiterung von Telekommunikationssystemen mit Peripherie, Ersatz und Ergänzungen der Dokumentationseinrichtungen für Telekommunikationsdienste, Mobilfunkendgeräte, Telefaxeinrichtungen, Gegensprechanlagen und spezifische luK-Technik.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 300,0 Tsd. € wegen Anpassung an den prognostizierten Bedarf.

Zu 03 17/98

Die bayerische Polizei deckt ihren Funk-Kommunikationsbedarf derzeit durch eigene Netze in analoger Technik ab. Hierfür sind auch noch während der Migrationsphase zum Digitalfunk Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von mobilen und ortsfesten Funkanlagen einschließlich Zubehör, sonstige funktechnische Anlagen und Geräte sowie Mess- und Prüfeinrichtungen für die luK-Servicestellen erforderlich.

Zu 03 17/511 98

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	110,0	110,0
2. Kommunikation	-	-
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen	130,0	130,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 20,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf zum Erhalt der Betriebssicherheit.

Zu 03 17/812 98

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen im Funkbereich.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 15,0 Tsd. € wegen im Wesentlichen nur noch bei 511 98 zu veranschlagender betriebssichernden Maßnahmen.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Vgl. Vermerke bei Tit. 231 01 und 232 01.</i>				
511 99-2	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	8.000,0	8.000,0	A	6.000,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.200,0</i>			B	7.926,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.200,0</i>			C	7.392,9
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
514 99-9	042	Verbrauchsmittel	215,0	215,0	A	215,0
					B	43,9
					C	107,1
518 99-5	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	4.750,0	4.750,0	A	1.400,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 700,0</i>			B	111,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 700,0</i>			C	3.160,1
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				

Erläuterungen

Zu 03 17/99

Das Bayer. Landeskriminalamt ist gemäß Art. 7 Polizeiorganisationsgesetz Zentralstelle für die Datenverarbeitung bei der Bayer. Polizei. Für alle landesweiten Verfahren wird im Bayer. Landeskriminalamt eine Serverinfrastruktur betrieben. Auf dieser Infrastruktur werden verschiedenste, teils selbst entwickelte, teils in Form von zugekaufter Standardsoftware bereitgestellte polizeiliche Fachverfahren eingesetzt, z.B. zur Unterstützung der Fahndung, der Vorgangsbearbeitung, der polizeilichen Ermittlungsarbeit, der Einsatzbewältigung, der Bearbeitung von Verkehrsdelikten, für die Warenwirtschaft, für die formelle elektronische Kommunikation, für den zentralen Verzeichnisdienst "Active Directory" und für den zentralisierten E-Maildienst, sowie zur Kommunikation mit polizeixternen IT-Verfahren. In diesem Bereich sind aufgrund von notwendigen Konsolidierungs- und Reinvestitionsmaßnahmen entsprechende IT-Ressourcen (Rechner- und Speicherkapazitäten etc.) bereitzustellen und zu betreiben. Des Weiteren sind zur Aufrechterhaltung der IT-Sicherheit Ausbau- und Nachersatzmaßnahmen am zentralen Sicherheitsgateway an der Netzgrenze des Corporate Network der Bayer. Polizei (CNP-BY) durchzuführen. Neben dieser landesweit bereitzustellenden Infrastruktur ist die für das Bayer. Landeskriminalamt selbst erforderliche IT-technische Ausstattung zu gewährleisten.

Personal im Kap. 03 17, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen	Stellen	Stellen
	2012	2013	2014
Plan-Beamte			
A 16	2	2	2
A 15	2	2	2
A 14	13	15	15
A 13 + AZ	1	1	1
A 13	15	15	15
A 12	67	76	76
A 11	77	85	85
A 10	31	33	33
A 9 + AZ	15	15	15
A 9	40	40	40
A 8	10	8	8
Summe	273	292	292
Arbeitnehmer			
E 14	1	1	1
E 13	3	3	3
E 12	5	5	5
E 11	10	10	10
E 10	10	10	10
E 9	6	6	6
E 8	32	32	32
E 6	24	24	24
E 5	10	10	10
Summe	101	101	101
Insgesamt	374	393	393

Zu 03 17/511 99

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	900,0	900,0
2. Kommunikation	-	-
3. Wartung, Sonstiges	7.100,0	7.100,0
Zusammen	8.000,0	8.000,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 1.999,8 Tsd. € wegen notwendiger Anpassung an den steigenden Bedarf in den Bereichen Wartung, Pflege und Support sowie die Integration neuer Techniken und für verstärkt notwendigem Nachersatz in der zentralen RZ-Infrastruktur zur Sicherstellung eines „Rund-um-die-Uhr-Betriebes“.

Zu 03 17/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträger etc.

Zu 03 17/518 99

Leasing- und Mietkosten für Hard- und Software insbesondere auch zum Erreichen der IuK-Standards der bayerischen Staatsverwaltung im Bereich der Betriebssysteme und Officeprodukte auf den Arbeitsplatzsystemen.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 3.350,0 Tsd. € aufgrund anfallender Kosten für Neulizensierung entsprechender Nachfolgeversionen auf den Standardarbeitsplätzen.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
525 99-6	042	Aus- und Fortbildung	340,0	340,0	A	340,0
					B	372,3
					C	285,4
526 99-5	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-5	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	5.582,7	5.636,8	A	1.550,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	4.141,7
		<i>3.400,0</i>			C	3.078,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>3.400,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
632 99-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund und Länder	---	---	A	---
701 99-2	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
815 99-5	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	6.000,0	6.000,0	A	8.036,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	7.579,1
		<i>5.000,0</i>			C	2.841,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>5.000,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	24.887,7	24.941,8	A	17.542,0
					B	20.175,7
					C	16.865,4
		Gesamtausgaben	126.375,1	128.660,5	A	115.023,7
					B	112.125,1
					C	114.523,5

Erläuterungen

Zu 03 17/525 99

Kursgebühren und Lehrmaterial für das DV-Personal.

Zu 03 17/534 99

Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung, Einbeziehung externen Sachverstands bei Konzepterstellung u. ä.

2013 gegenüber 2012:
Mehr 4.032,7 Tsd. € und

2014 gegenüber 2013:
Mehr 54,1 Tsd. € wegen verstärkt anfallendem Bedarf für Konzepterstellung bzw. Unterstützung durch externe Firmen zu Vorhaben wie Infrastrukturkonzept, Office- und Betriebssystemumstellung sowie Anpassungen der jeweiligen Fachverfahren - insbesondere Vorgangsbearbeitungs- und -verwaltungssystem (IGVP) - auf Grund sich ändernder gesetzlicher oder technischer Rahmenbedingungen. Sofern Konzepte anderer Ressorts verwendbar vorliegen, werden diese verwendet. Eigene Konzepte werden der CIO-Stabsstelle zur Verfügung gestellt um redundante Aufwände zu vermeiden.

Zu 03 17/815 99

Anpassungen und Ergänzungen zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs der zentralen IuK-Infrastruktur im Bayer. Landeskriminalamt und der LKA-internen IT-Ausstattung, sowie der Pflege polizeilicher Fachverfahren. Konsolidierungs- und Reinvestitionsmaßnahmen im Bereich der zentralen RZ-Infrastruktur und für deren zukunftsorientierte Anpassung und Erweiterung. Im Storage-Bereich sind entsprechende Erweiterungen an den stetig steigenden fachlichen Bedarf zu berücksichtigen. Zudem sind im Rahmen der K-Fallvorsorge entsprechende Hard- und Softwarebeschaffungen zu tätigen und weiteren Umsetzungsphasen im Rahmen der technischen Fortentwicklung des "Integrationsverfahren der Polizei (IGVP)" sowie für die sich aus dem in 2011 erstellten IuK-Infrastrukturkonzepts ergebenden Umsetzungsprojekte zu finanzieren.

2013 gegenüber 2012:
Weniger 2.036,8 Tsd. € wegen notwendiger Umschichtung zugunsten Tit. 534 99 wegen dort zu finanzierenden externen Dienstleistungen als Grundvoraussetzung der anstehenden Umsetzungsprojekte.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	116,0	116,0	A	132,0
					B	168,3
					C	293,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-
					B	749,1
					C	933,9
		Gesamteinnahmen	116,0	116,0	A	132,0
					B	917,4
					C	1.227,2
		Personalausgaben	73.951,1	77.248,4	A	72.272,9
					B	69.576,8
					C	69.827,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	39.818,2	39.872,3	A	29.684,0
					B	29.413,6
					C	33.817,0
		Baumaßnahmen	3.372,0	2.300,0	A	500,0
					B	3.015,7
					C	5.707,0
		Sonstige Sachinvestitionen	9.200,0	9.200,0	A	12.503,6
					B	10.064,8
					C	5.171,7
		Besondere Finanzierungsausgaben	33,8	39,8	A	63,2
					B	54,2
					C	-
		Gesamtausgaben	126.375,1	128.660,5	A	115.023,7
					B	112.125,1
					C	114.523,5
		Zuschuss	126.259,1	128.544,5	A	114.891,7
					B	111.207,7
					C	113.296,3

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-1	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	6.500,0	6.500,0	A	6.500,0
					B	6.452,9
					C	6.024,8
111 05-7	042	Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige	25,0	25,0	A	80,0
					B	20,0
					C	19,9
112 01-0	042	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	5.500,0	5.500,0	A	6.500,0
					B	5.464,2
					C	5.452,9
119 13-9	042	Eigenanteil der Polizeibediensteten an den Kosten für ermäßigte Fahrten mit dem MVV <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 682 02.</i>	---	---	A	---
					B	1.461,2
					C	1.508,9
119 14-8	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
					B	87,7
					C	78,5
119 49-7	042	Vermischte Einnahmen	1.300,0	1.300,0	A	1.300,0
					B	1.293,3
					C	1.047,8
124 01-6	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	750,0	750,0	A	840,0
					B	770,9
					C	802,7
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-6	042	Sonstige Erstattungen vom Bund <i>Erstattungen im Rahmen von Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von luK-Verfahren der Polizei sowie durch die vertraglich vereinbarte Nutzung der von der Bayer. Polizei entwickelten und gepflegten luK-Verfahren erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 99.</i>	---	---	A	---
					B	2,9
232 01-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern und aus dem Ausland <i>Erstattungen für überörtliche Einsätze der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 01. Erstattungen im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von luK-Verfahren der Polizei sowie durch die vertraglich vereinbarte Nutzung der von der Bayer. Polizei entwickelten und gepflegten luK-Verfahren erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 99.</i>	---	---	A	---
					B	16,3
					C	74,0
235 03-0	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Eingliederungshilfen)	---	---	A	---
					B	0,9
					C	21,3
236 01-1	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
					B	15,8
					C	7,5

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 18

Durch die Organisationsreform der Bayerischen Polizei (Abschluss 31.12.2009) wurde die bisherige vierstufige Aufbauorganisation (StMI, Polizeipräsidium, Polizeidirektionen, Inspektionen) in eine gestraffte, dreistufige Aufbauorganisation (StMI, Polizeipräsidium, Inspektionen) umgestaltet. Die neue dreistufige Organisation wurde im Gesetz über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei vom 01.01.1983 (Polizeiorganisationsgesetz - POG, zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 8. Februar 2010 - GVBl S. 54 -) festgeschrieben.

Die Bayerische Landespolizei gliedert sich in Präsidien, die dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet sind, in Inspektionen und Kriminalfachdezernate, die den Präsidien unmittelbar nachgeordnet sind, und, soweit erforderlich, den Inspektionen unmittelbar nachgeordnete Stationen. Besondere Dienststellen bestehen in diesem Rahmen für den Kriminaldienst, für den Verkehrs- und Autobahnpolizeidienst und entlang der österreichischen und tschechischen Grenze für die Fahndung. Die Landespolizei wird im gesamten Staatsgebiet für alle der Polizei obliegenden Aufgaben eingesetzt, soweit nicht besondere örtliche und sachliche Dienstbereiche anderen Teilen der Polizei zugewiesen sind. Ihr obliegt insbesondere

1. Verhütung, Unterbindung und polizeiliche Verfolgung mit Strafe oder mit Geldbuße bedrohter Handlungen sowie Überwachung des Straßenverkehrs und des überörtlichen Verkehrs auf den Binnengewässern einschl. der Häfen (Art. 2 Polizeiaufgabengesetz - PAG, Art. 4 Abs. 1 POG, §§ 161, 163 Strafprozessordnung, §§ 56-66 Ordnungswidrigkeitengesetz),
2. Mitwirkung als Vollzugsorgan der Behörden der Allgemeinen Inneren Verwaltung und als Hilfsorgan anderer Verwaltungsbehörden bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von Gefahren und durch Unterbindung und Beseitigung von Störungen (Art. 2 PAG),
3. Hilfeleistungen bei Unglücksfällen und gemeiner Gefahr (Art. 2 PAG),
4. Erledigung von Vollzugshilfeersuchen hierzu berechtigter Behörden und Dienststellen (Art. 50 ff PAG).

Das Polizeipräsidium Unterfranken ist zudem bayernweit zuständig für die Beschaffung der Kraftfahrzeuge, das Polizeipräsidium München für die Verkehrsüberwachungs- und Atemalkoholmesstechnik.

Zu 03 18/112 01

2013 gegenüber 2012:

Weniger 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Entwicklung.

Einnahmen aus Verwarnungsgeldern kommunaler Park- und Verkehrsüberwachungsdienste (VO über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht) sind bei Kap. 03 09 Tit. 112 05 ausgewiesen.

Zu 03 18/119 13

Die Polizeibediensteten leisten einen Eigenanteil zu den Kosten der ermäßigten Fahrten mit dem MVV (vgl. Tit. 682 02).

Zu 03 18/119 14

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

Zu 03 18/124 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	150,0	150,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	250,0	250,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	100,0	100,0
4. Sonstige Einnahmen	250,0	250,0
Zusammen	750,0	750,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 90,0 Tsd. € wegen Anpassung an die zu erwartenden Mieteinnahmen.

Zu 03 18/231 01

Erstattungen vom Bund im Rahmen von Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von IuK-Verfahren der Polizei sowie durch die vertraglich vereinbarte Nutzung der von der Bayer. Polizei entwickelten und gepflegten IuK-Verfahren.

Zu 03 18/232 01

Erstattungen von Ländern und ausländischen Staaten im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von IuK-Verfahren der Polizei sowie durch die vertraglich vereinbarte Nutzung der von der Bayer. Polizei entwickelten und gepflegten IuK-Verfahren.

Zu 03 18/235 03

Eingliederungshilfen der Bundesagentur für Arbeit.

Zu 03 18/236 01

Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit zum Arbeitsentgelt für die Beschäftigung Schwerbehinderter.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
236 12-8	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
					B	625,0
					C	815,6
261 01-9	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	---	---	A	---
					B	1,2
					C	9,6
271 01-7	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr. 5.</i>	---	---	A	---
					B	34,3
					C	5,1
272 03-4	042	Zuschüsse der EU für das Projekt "ASSET" <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 812 01.</i>	---	---	A	---
					B	59,5
					C	101,0
282 03-2	042	Kaufgelder oder Belohnungsmittel von Dritten <i>Von Dritten bereitgestellte Kaufgelder oder Belohnungsmittel erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 533 05.</i>	---	---	A	---
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
331 01-5	042	Erstattung vom Bund für Altlasten bei Baumaßnahmen <i>Der Titel 710 00 darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen verstärkt werden.</i>	---	---	A	---
		Gesamteinnahmen	14.075,0	14.075,0	A	15.220,0
					B	16.306,0
					C	15.969,5
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
422 01-5	042	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	1.198.732,0	1.234.592,5	A	1.136.239,8
					B	1.088.051,2
					C	1.081.741,9
422 21-1	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	12.368,1	12.655,3	A	7.667,9
					B	11.751,0
					C	8.879,6
422 31-9	042	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	9.304,5	9.520,6	A	12.620,9
					B	8.840,3
					C	9.672,8
422 41-7	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	800,0	800,0	A	1.000,0
					B	335,5
					C	282,6
428 01-9	042	Entgelte der Arbeitnehmer	163.452,7	166.217,8	A	165.073,1
					B	155.807,8
					C	151.162,0
428 11-7	042	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 20 Tit. 231 01 und 231 02.</i>	---	---	A	---
					B	69,6
					C	58,9

Erläuterungen

Zu 03 18/236 12

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Ersatzeinstellungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes.

Zu 03 18/261 01

Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte, z.B. durch die Hauptfürsorgestellen.

Zu 03 18/331 01

Erstattungen vom Bund wegen Altlastensanierungen, die vorweg im Zuge von Hochbaumaßnahmen durchgeführt werden müssen (in der Regel 90 v.H. der Aufwendungen für solche Sanierungsmaßnahmen). Der Bund hat sich zur Erstattung durch Kaufvertrag verpflichtet.

Zu 03 18/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage, Erschwerniszulage, Gefahrenzulage) und Zuwendungen.

Zu 03 18/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 18/422 41

2013 gegenüber 2012:

Weniger 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtlich zu vergütenden Mehrarbeitsstunden.

Zu 03 18/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 18/428 11

Vgl. Vermerk bei Kap. 03 20 Tit. 231 01 und 231 02.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
428 21-5	042	Entgelte der Arbeitnehmer	850,0	850,0	A	850,0
					B	807,5
					C	775,2
428 41-1	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	180,0	180,0	A	161,0
					B	173,8
					C	175,2
453 01-7	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	2.400,0	2.400,0	A	2.500,0
					B	2.100,5
					C	2.094,0
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-7	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8.287,8	8.287,8	A	8.500,0
					B	6.452,0
					C	6.461,2
511 22-2	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Bewaffnung, Wartung	3.200,0	3.200,0	A	3.500,0
					B	2.994,3
					C	2.797,3
511 24-0	042	Beschaffung und Unterhalt von Tieren	900,0	900,0	A	850,0
					B	949,4
					C	943,1
514 01-4	042	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01. Im Falle einer Privatisierung von Aufgaben infolge der Neuorganisation der Kfz-Werkstätten der Bayerischen Polizei können die Mittelansätze um das zeitanteilige durchschnittliche Stellengehalt von bis zu 37,5 Stellen verstärkt werden, soweit es sich hierbei um freie und besetzbare Stellen oder um im Rahmen der Neuorganisation freigesetzte Stellen handelt. In beiden Fällen sind die Stellen im Haushaltsvollzug gezielt zu sperren und im nächsten Haushalt dauerhaft einzuziehen. Diese Mittel können bei Bedarf auch für Kap. 03 20 Tit. 514 01 verwendet werden.</i>	30.500,0	30.500,0	A	27.301,9
					B	27.041,4
					C	24.241,0
514 11-2	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Dienstkleidungszuschüsse	10.700,0	10.700,0	A	11.500,0
					B	9.428,1
					C	9.320,1

Erläuterungen

Zu 03 18/428 21

Entgelte für Arbeitnehmer (Reinigungskräfte) auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

Zu 03 18/453 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	2.300,0	2.300,0
2. Umzugskostenvergütungen	100,0	100,0
Zusammen	<u>2.400,0</u>	<u>2.400,0</u>

2013 gegenüber 2012:
Weniger 100,0 Tsd. € infolge geringerer Trennungsgeldzahlungen.

Zu 03 18/511 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	2.437,8	2.437,8
2. Bücher und Zeitschriften	700,0	700,0
3. Kommunikation (s. Tit. 511 97)	-	-
4. Entgelte für Postdienstleistungen	1.000,0	1.000,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	4.100,0	4.100,0
6. Sonstiges	50,0	50,0
Zusammen	<u>8.287,8</u>	<u>8.287,8</u>

2013 gegenüber 2012:
Weniger 212,2 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 18/511 22

2013 gegenüber 2012:
Weniger 300,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Ersatzbeschaffungsbedarf.

Zu 03 18/511 24

2013 gegenüber 2012:
Mehr 50,0 Tsd. € aufgrund Teuerungen bei der Tierhaltung.

Zu 03 18/514 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	23.000,0	23.000,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	7.500,0	7.500,0
Zusammen	<u>30.500,0</u>	<u>30.500,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	30.500,0	30.500,0
Personalausgaben	7.480,0	7.480,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	4.624,5	3.124,5
Ausgaben für Leasing/Miete	9.000,0	9.327,4
Zusammen	<u>51.604,5</u>	<u>50.431,9</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	am 1.2.2012 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	6900	6900	6700	6682	1500
Lastwagen und Kraftomnibusse	170	170	170	165	-
Sonstige (Krafräder, Sonderfahrzeuge)	320	320	320	310	10

2013 gegenüber 2012:
Mehr 3.198,1 Tsd. € aufgrund von Preissteigerungen insb. im Treibstoffbereich.

Zur Finanzierung von Fremdvergaben (Umsetzung Reorganisation der Kfz-Werkstätten) werden weitere Stellen eingespart (Kap. 03 18 Tit. 428 01) und das Stellengehalt von insgesamt 100,2/101,9 Tsd. € zur Verfügung gestellt; seit dem Doppelhaushalt 2003/2004 stehen damit aus Stelleneinsparungen für diesen Zweck insgesamt 1.898,1/1.899,8 Tsd. € zur Verfügung. Im Zuge der Reorganisation der Kfz-Werkstätten der Bayerischen Polizei sind verstärkt Aufträge an private Kfz-Werkstätten zu vergeben. Damit bei Personalfreisetzen im Bereich der Polizei-Kfz-Werkstätten die Fremdvergabe in geeigneten Fällen nicht beeinträchtigt wird, erlaubt der Haushaltsvermerk, dass frei werdende Personalmitel in Sachmittel umgewandelt werden können.

Zu 03 18/514 11

2013 gegenüber 2012:
Weniger 800,0 Tsd. € insb. wegen Abschluss von Ausstattungsprogrammen.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
514 21-0	042	Verbrauchsmittel	3.100,0	3.100,0	A	3.100,0
					B	2.941,3
					C	2.714,0
514 24-7	042	Verpflegung	550,0	550,0	A	630,0
					B	496,6
					C	494,4
514 25-6	042	Beschaffungen für Abgabe/Reparaturen an die Polizeiverbände <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	8,3
					C	-20,8
517 01-1	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	15.500,0	15.500,0	A	13.781,2
					B	13.904,3
					C	13.507,9
517 05-7	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	15.000,0	15.000,0	A	12.910,8
					B	11.929,4
					C	11.803,7
517 31-5	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	400,0	400,0	A	416,1
					B	342,4
					C	326,9
517 35-1	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	1.700,0	1.700,0	A	1.504,2
					B	1.669,9
					C	1.649,0
518 01-0	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch zusätzliche Räumlichkeiten für die Schaffung einer Kinderbetreuungseinrichtung beim Polizeipräsidium München angemietet werden. Eine Weitervermietung dieser Räumlichkeiten an die jeweiligen Betreuungspersonen der Kinderbetreuungseinrichtung kann auch unter dem vollen Wert erfolgen, soweit dies für einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung erforderlich ist (Art. 63 Abs. 3,5 BayHO). Die Miet- und Nebenkostenerstattungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung). Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 5.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 5.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	12.000,0	12.000,0	A	10.804,9
					B	9.856,4
					C	9.543,6
518 11-8	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	800,0	800,0	A	800,0
					B	550,3
					C	810,3
518 12-7	042	Leasing eines privatfinanzierten Gebäudes für die Landespolizei in Fürth <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 03 18/519 01.</i>	1.025,0	1.025,0	A	1.015,0
					B	1.013,9
					C	1.011,4
518 18-1	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 6.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 6.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	9.000,0	9.327,4	A	8.600,0
					B	8.121,7
					C	8.783,3
518 31-4	042	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	300,0	300,0	A	275,0
					B	302,4
					C	274,9

Erläuterungen

Zu 03 18/514 21	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Munition, Schießbedarf, Unterhalt Schießanlagen	1.400,0	1.400,0
2. Alcotestgeräte und Venülen	500,0	500,0
3. Kriminal-, fototechnisches und sonstiges Material	1.200,0	1.200,0
Zusammen	3.100,0	3.100,0

Zu 03 18/514 24	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Verpflegung der Einsatzhundertschaften und in der Haftanstalt des PP München	80,0	80,0
2. Einsatzverpflegung	350,0	350,0
3. Nebenkosten	120,0	120,0
Zusammen	550,0	550,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 80,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 18/514 25

Die Einnahmen der Zentralen Beschaffungsstellen für Kraftfahrzeuge, Verkehrsüberwachungs- und Atemalkoholmessgeräte aus der Abgabe von Gegenständen und dgl. werden durch Rotabsetzung gebucht (VV Nr. 3.2.1b zu Art. 35 BayHO).

Zu 03 18/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 1.718,8 Tsd. € aufgrund gestiegener Hausbewirtschaftungskosten.

Zu 03 18/517 05	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	9.500,0	9.500,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	5.500,0	5.500,0
Zusammen	15.000,0	15.000,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 2.089,2 Tsd. € wegen Preissteigerungen im Energiebereich unter Berücksichtigung einer Umsetzung von 8,1 Tsd. € nach Kap. 03 15 Tit. 517 35.

Zu 03 18/517 35

2013 gegenüber 2012:

Mehr 195,8 Tsd. € infolge Preissteigerungen im Energiebereich.

Zu 03 18/518 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 1.195,1 Tsd. € wegen höheren Mietkosten bei Ersatzanmietungen.

Zu 03 18/518 12

Der Bayer. Landtag hat mit Beschluss vom 12.07.1993 die Staatsregierung ersucht, zur Gewinnung möglichst praxisnaher und modellhafter Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Privatkapital bei der Planung, Finanzierung und Organisation staatlicher Infrastruktureinrichtungen im Hoch- und Tiefbau baldmöglichst geeignete Pilotprojekte zu entwickeln und durchzuführen. Der Ministerrat hat daraufhin am 30.05.1995 beschlossen, den Bau des Polizeidienstgebäudes in Fürth privat zu finanzieren und als Leasing-Modell zu vergeben. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat dem am 18.07.1995 zugestimmt. Das Gebäude wurde nach einer Bauzeit von 21 Monaten im September 1997 zur Nutzung freigegeben. Veranschlagt sind die erforderlichen Leasingraten.

Zu 03 18/518 18

2013 gegenüber 2012:

Mehr 400,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 327,4 Tsd. € für Leasingaufwendungen.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
519 01-9	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Aus dem Haushaltsansatz kann auch das fachgerechte Herrichten von Räumlichkeiten für die Schaffung einer Kinderbetreuungseinrichtung beim Polizeipräsidium München bestritten werden. Baukostenerstattungen und -zuschüsse dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung). Vgl. Vermerk bei Tit. 518 12.</i>	8.883,6	8.883,6	A	7.871,2
					B	8.462,7
					C	8.810,5
526 01-0	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	100,0	100,0	A	100,0
					B	64,1
					C	51,0
526 11-8	042	Kosten für Sachverständige	8.200,0	8.200,0	A	8.200,0
					B	7.645,7
					C	7.457,9
527 01-9	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	1.900,0	1.900,0	A	1.900,0
					B	1.818,4
					C	1.692,6
532 11-0	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	60,0	60,0	A	60,0
					B	47,3
					C	66,0
533 05-7	042	Fahndung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 282 03.</i>	1.200,0	1.200,0	A	1.200,0
					B	1.146,9
					C	1.063,8
533 07-5	042	Sachausgaben im Vollzugsdienst	9.000,0	9.000,0	A	8.900,0
					B	8.499,7
					C	7.977,0
546 49-0	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	150,0	150,0	A	130,0
					B	156,2
					C	172,2
547 04-2	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	200,0	200,0	A	370,0
					B	209,6
					C	198,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-1	042	Erstattungen an Bund und Länder <i>Mittel der HGr. 5 des Kap. 03 18 können den Titel verstärken.</i>	---	---	A	---
					B	18,9
682 02-9	042	Zuschuss an den MVV für ermäßigte Fahrten von Polizeibediensteten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 119 13. Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.383,3	1.383,3	A	1.383,3
					B	2.645,6
					C	2.651,6
685 01-7	042	Zuschuss zum Kantinenbetrieb in Dienstgebäuden der Landespolizei	40,0	40,0	A	40,0
					B	37,7
					C	37,0

Erläuterungen

Zu 03 18/519 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	8.650,0	8.650,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	233,6	233,6
Zusammen		8.883,6	8.883,6

2013 gegenüber 2012:
Mehr 1.012,4 Tsd. € zum Ausgleich der Baupreissteigerungen.

Zu 03 18/526 01

Entschädigung für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

Zu 03 18/533 07

Kosten für Blutentnahmen, Gefangenenschub, für die Abschiebung von Ausländern sowie Kosten für die unmittelbare Ausführung einer Maßnahme durch die Polizei (z.B. Abschleppkosten, Verwahrkosten).

Zu 03 18/546 49

Veranschlagt sind:
Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungreisen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 18/547 04

2013 gegenüber 2012:
Weniger 170,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 18/632 01

Erstattungsleistungen an andere Länder oder den Bund für Unterstützungseinsätze durch Einsatzeinheiten (nach PDV 100) werden zentral vom Präsidium der Bayer. Bereitschaftspolizei abgerechnet. Unterstützungsleistungen durch Fremdkräfte, die keiner taktischen Gliederung unterliegen, sind durch den anfordernden Verband zu erstatten.

Zu 03 18/682 02

Zuschuss des Freistaates für Polizeibedienstete im Bereich München zu den Kosten von MVV-Sondernetzkarten. Hier sind nur die vom Freistaat Bayern unmittelbar zu tragenden Ausgaben ausgebracht. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um den Eigenanteil der Beamten, den der Freistaat Bayern an den MVV abzuführen hat (vgl. Tit. 119 13).

Zu 03 18/685 01

Zuschuss gem. Nr. 3.4 des FMS vom 01.12.2005, Az. 24-P 1804-062-44924/05 (Vollzugshinweise des StMF für die Einrichtung und den Betrieb von Kantinen) abhängig von der Zahl der Essensteilnehmer.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €	A Soll 2012 B Ist 2011 C Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
		Baumaßnahmen			
701 01-7	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	5.761,0	4.826,0	A 4.857,1 B 8.057,3 C 7.976,6

Erläuterungen

Zu 03 18/701 01	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
Dienstgebäude der Polizei in München, Winzererstraße 54 Umstellung Heizung	65,0	-
Unterbringung der zentralen Diensthundestaffel des Polizeipräsidiums Mittelfranken in Nürnberg , Regensburger Straße 2. Teilbaumaßnahme, Errichtung der Hundezwinger	500,0	500,0
Polizeistation Bad Staffelstein Generalsanierung und Neuordnung Garagenhof	220,0	-
Dienstgebäude der Landespolizei in Erding Sanierung der Raumschießanlage	300,0	600,0
Polizeiinspektion Günzburg WC-Sanierung	60,0	-
Polizeiinspektion Buchloe Sanierung Dienstgebäude	443,0	-
Verkehrspolizeiinspektion Oberkonnertsreuth Außeninstandsetzung und Garagen	260,0	-
Polizeiinspektion Naila - Austausch Fenster - Sanierung Fassade	122,0	-
Polizeiinspektion Pfronten Kanal, Polizeihof	200,0	445,0
Polizeiinspektion Günzburg energetische Sanierung Hauptgebäude	-	450,0
Polizeiinspektion Nördlingen statisch konstruktive Maßnahmen	-	135,0
Landespolizeidienstgebäude Hof (ehem. Eichamt) Zaun und Toranlage	200,0	-
Polizeiinspektion Roding Sanierungsmaßnahmen	200,0	237,0
Polizeiinspektion Coburg Fassade Nord/Westflügel	141,0	-
Polizeiinspektion Bogen verschiedene kleine Baumaßnahmen	-	239,0
Polizeiinspektion Münchberg Toilettensanierung	-	210,0
Polizeiinspektion Lindau verschiedene kleine Baumaßnahmen	-	110,0
Gebäude der Polizei, McGraw-Kaserne München , Gebäude Nr. 6 Sanierung Fassade	400,0	-
Polizeiinspektion Friedberg Sanierungsmaßnahmen	500,0	500,0
Landespolizei Weiden Fassade	-	250,0
Polizeiinspektion Rehau Sanierungsmaßnahmen	150,0	150,0
Umrüstung von weiteren Raumschießanlagen Sonstige	1.000,0	1.000,0
	1.000,0	-
Zusammen	5.761,0	4.826,0

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
1	2	3	4	5		6
710 00-7	042	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 331 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 25.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 28.300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	27.308,0	24.020,0	A	30.165,0
					B	21.170,4
					C	15.445,0
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-4	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.624,5	3.124,5	A	3.124,5
					B	12.058,7
					C	7.695,6
812 01-3	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich in Höhe der Isteinnahmen bei Tit. 272 03.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.160,0	5.770,0	A	5.000,0
					B	3.755,5
					C	2.724,9
		Besondere Finanzierungsausgaben				
981 11-6	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	---
					C	141,2
981 12-5	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Nord dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	61,4
					B	46,1
		Titelgruppen				
		71 Ausbildung der Beamten, Angestellten und Arbeiter				
453 71-2	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	400,0	400,0	A	300,0
					B	412,4
					C	330,8
525 71-6	042	Sonstige Ausbildungskosten	150,0	150,0	A	100,0
					B	152,9
					C	171,1
		Summe der Titelgruppe	550,0	550,0	A	400,0
					B	565,2
					C	501,9
		75 Fortbildung				
453 75-8	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,9

Erläuterungen

Zu 03 18/811 01

Im Interesse der Verkehrssicherheit, der ständigen Einsatzbereitschaft und zur Vermeidung unwirtschaftlicher Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen müssen Einsatzfahrzeuge und Sonderfahrzeuge (insb. Transporter, Kräder, etc.) mit hohen Laufleistungen bzw. Betriebsstunden nachersetzt werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 3.500,0 Tsd. € zur Modernisierung des polizeilichen Fuhrparks.

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

Zu 03 18/812 01

Verwaltungs- und Fachausstattung, Schutzausstattung, Waffen.

Aus dem Ansatz dürfen auch Zuschüsse für privat beschaffte Unterziehschutzwesten gewährt werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 160,0 Tsd. € zur Schlussfinanzierung der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage im Petueltunnel.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 610,0 Tsd. € infolge Auslauf von Ausstattungsprogrammen und zur Modernisierung der Verkehrsüberwachungstechnik.

Zu 03 18/981 11

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Süd auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 03 07 Tit. 381 60.

Zu 03 18/981 12

2013 gegenüber 2012:

Weniger 61,4 Tsd. € wegen Umsetzung nach Kap. 03 17 Tit. 981 12 (30,0 Tsd. €) unter Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Nord auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 06 04 Tit. 381 60.

Zu 03 18/71

Aufwendungen für die laufbahnmäßige Ausbildung.

Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 71.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 150,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 18/75

Fortbildungsmaßnahmen für die Landespolizei insbesondere im Fortbildungsinstitut Ainring. Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 75.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
525 75-2	042	Sonstige Fortbildungskosten	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
					B	1.101,9
					C	1.186,9
		Summe der Titelgruppe	1.001,0	1.001,0	A	1.001,0
					B	1.102,8
					C	1.186,9
		76 Sicherheitswacht				
427 76-0	042	Leistungen nach Art. 17 SWG	1.500,0	1.500,0	A	1.500,0
					B	774,8
					C	596,2
547 76-5	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	20,0	20,0	A	20,0
					B	77,1
					C	16,5
		Summe der Titelgruppe	1.520,0	1.520,0	A	1.520,0
					B	851,9
					C	612,7
		81 Bekämpfung der Terror-, Gewalt- und Organisierten Kriminalität				
547 81-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen der HGr. 5 des Kapitels 03 18.</i>	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
811 81-7	042	Anschaffung von Dienstfahrzeugen <i>Rechnungsmäßiger Nachweis bei Kap. 03 18 Tit. 811 01. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	850,0	850,0	A	812,7
812 81-6	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen der HGr. 8 des Kapitels 03 18. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.500,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.100,0	1.100,0	A	1.051,8
		Summe der Titelgruppe	2.950,0	2.950,0	A	2.864,5
					B	-
					C	-
		97 Kosten der Telekommunikation und des Notrufs 110				
511 97-2	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	3.990,0	3.990,0	A	4.350,0
					B	2.886,6
					C	3.575,0
518 97-5	042	Mieten für Hard- und Software	40,0	40,0	A	22,0
					B	40,2
					C	46,6
525 97-6	042	Aus- und Fortbildung	80,0	80,0	A	80,0
					B	82,2
					C	92,6

Erläuterungen

Zu 03 18/76

Leistungen an sowie Sachausstattung für die Angehörigen der Sicherheitswacht.

Zu 03 18/81

Verbesserung und Ergänzung der besonderen technischen Ausstattung und Ausrüstung der Polizei zur Verhütung und Bekämpfung der besonders schweren Gewalt- und Terrorkriminalität sowie der organisierten Kriminalität. Aus den Mitteln wird insbesondere die Ausrüstung der Spezialeinheiten bestritten.

Zu 03 18/97

In dieser Titelgruppe sind zusammengefasst die Ausgaben für einen homogenen TK-Anlagenverbund, der eine hohe Verfügbarkeit und in Krisenfällen zudem eine von öffentlichen Netzen unabhängige Sprachkommunikation garantiert, sowie die Mittel für die Nutzung öffentlicher Sprachfestnetze und Mobilfunknetze. Die Kosten für das Festverbindungsnetz (CNP für Sprache und Daten) sind in Kap. 03 17 TG 96 veranschlagt.

Die bayerische Polizei ist auch zuständig für die Annahme und Bearbeitung eingehender Notrufe 110 sowie bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme der Integrierten Leitstellen (ILS) von Feuerwehr und Rettungsdienst auch der Notrufe 112. Hierfür sind die Kosten für die Beschaffung und den Betrieb zu tragen (Notrufanschlüsse, Notrufabfrage- und -vermittlungseinrichtungen mit Dokumentationssystemen).

Zu 03 18/511 97

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	790,0	790,0
2. Kommunikation	3.050,0	3.050,0
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	150,0	150,0
Zusammen	3.990,0	3.990,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 360,0 Tsd. € wegen des in BayKom-2010 gegebenen Preisgefüges unter Berücksichtigung des steigenden Kommunikationsbedarfs insbesondere im mobilen Bereich.

Zu 03 18/518 97

Veranschlagt sind Mieten für Hard- und Software im TK-Bereich.

Zu 03 18/525 97

Veranschlagt sind Seminargebühren sowie Lehrmaterial für das IuK-Personal für notwendige Fortbildung im Hinblick auf neue Technologien (z.B. VoIP).

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
534 97-5	042	Vergabe von Aufträgen	250,0	250,0	A	---
					B	242,8
					C	503,8
812 97-8	042	Erwerb von Hard- und Software	2.500,0	2.500,0	A	2.700,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>	<i>600,0</i>		B	1.085,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>	<i>600,0</i>		C	1.259,0
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	6.860,0	6.860,0	A	7.152,0
					B	4.336,8
					C	5.476,9
		98 Kosten der Funkkommunikation				
511 98-1	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung und Reparatur	1.980,0	1.980,0	A	1.800,0
					B	1.997,5
					C	1.327,3
518 98-4	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
					B	0,0
525 98-5	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
					B	1,3
					C	22,9
534 98-4	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
					B	62,9
					C	157,5
812 98-7	042	Erwerb von Hard- und Software	950,0	950,0	A	1.200,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>	<i>100,0</i>		B	105,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>	<i>100,0</i>		C	174,8
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	2.930,0	2.930,0	A	3.000,0
					B	2.166,8
					C	1.682,5

Erläuterungen

Zu 03 18/534 97

Für einen sicheren und verfügbaren Einsatz von TK-Anlagen und Notruftechnik ist die Einbeziehung externen Sachverständes notwendig.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 250,0 Tsd. € wegen Inanspruchnahme externer Dienstleistung im Hinblick auf die notwendigen Konzeptionen zur Einführung neuer Technologien.

Zu 03 18/812 97

Ersatzbeschaffungen von Telekommunikationssystemen mit Peripherie und den erforderlichen Netzkomponenten für den Zugang in das Corporate Network der Bayer. Polizei (CNP-BY), Dokumentationseinrichtungen für Telekommunikationsdienste, Mobilfunkendgeräte, Unified Messaging Systeme (UMS) und Gegensprechanlagen. Des Weiteren sind die Kosten für die Ausstattung und den Betrieb des Notrufs veranschlagt.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 200,0 Tsd. € wegen weniger Anpassungsbedarf aufgrund gleichmäßig gutem und hohem Ausstattungsstand.

Zu 03 18/98

Die bayerische Polizei deckt ihren Funk-Kommunikationsbedarf derzeit durch eigene Netze in analoger Technik ab. Hierfür ist auch noch während der Migrationsphase zum Digitalfunk der Betrieb der analogen Funkinfrastruktur sicherzustellen. Erforderlich sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von mobilen und ortsfesten Funkanlagen einschließlich Zubehör, sonstige funktechnische Anlagen und Geräte, Mess- und Prüfeinrichtungen für die LuK-Serviceestelle, Notstromanlagen sowie Fernsehübertragungsanlagen mit digitaler Systemtechnik auf BOS-Frequenzen.

Zu 03 18/511 98

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.800,0	1.800,0
2. Kommunikation	-	-
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	180,0	180,0
Zusammen	<u>1.980,0</u>	<u>1.980,0</u>

2013 gegenüber 2012:

Mehr 180,0 Tsd. € für Wartung, Support und Ersatzbeschaffungen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit der eingesetzten Technik.

Zu 03 18/812 98

Die veranschlagten Mittel dienen der Aufrechterhaltung des Analogfunks im notwendigen Umfang während der Einführungsphase des Digitalfunks.

Das Staatsministerium des Innern darf zu Lasten dieses Titels beschaffte Geräte benutzen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 250,0 Tsd. € wegen geringerem Bedarf für Neuanschaffungen auf Grund der phasenweisen Einführung des Digitalfunks.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Vgl. Vermerke bei Tit. 231 01 und 232 01.</i>				
511 99-0	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	9.700,0	9.700,0	A	4.135,2
					B	8.060,0
					C	9.749,0
514 99-7	042	Verbrauchsmittel	780,0	780,0	A	830,0
					B	688,2
					C	816,3
518 99-3	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	600,0	600,0	A	160,0
					B	479,2
					C	271,5
525 99-4	042	Aus- und Fortbildung	100,0	100,0	A	80,0
					B	84,0
					C	90,6
526 99-3	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-3	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	600,0	600,0	A	400,0
					B	536,3
					C	86,6
701 99-0	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 18/99

Bei der Bayer. Landespolizei sind alle Dienststellen mit Bildschirmarbeitsplätzen für die Sachbearbeiterunterstützung und die lokale Datenverarbeitung ausgestattet. Dabei kommen Personal-Computer (PC) sowie Server unter den Betriebssystemen Windows bzw. OSS zum Einsatz. Auf den lokalen Rechnersystemen werden z.B. Officeprodukte zur Unterstützung moderner Bürokommunikation sowie DV-Anwendungen für die vor Ort erforderliche Sachbearbeitung, für die Erledigung dienstbetrieblicher Aufgaben und für den Zugriff auf die beim BLKA betriebenen landesweiten Verfahren eingesetzt. Ziel ist, die Einmalerfassung und die gesamte Sachbearbeitung und polizeiliche Ermittlungstätigkeit so weit wie möglich mit modernsten IT-Techniken zu unterstützen.

Personal im Kap. 03 18, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2012	Stellen 2013	Stellen 2014
Plan-Beamte			
A 14	-	-	1
A 13	19	19	18
A 12	60,2	60,2	60,2
A 11	94,4	94,4	94,4
A 10	82	83	83,4
A 9 + AZ	33,5	33,5	32,8
A 9	56	55	55,2
A 8	14,2	14,2	14
A 7	3	3	3
Summe	362,3	362,3	362
Arbeitnehmer			
E 11	1	1	1
E 10	5	5	5
E 9	65	64,5	64,5
E 8	23	24,1	24,1
E 7	1	1	1
E 6	10	10	10
E 5	3	3	3
Summe	108	108,6	108,6
Insgesamt	470,3	470,9	470,6

Zu 03 18/511 99

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	5.100,0	5.100,0
2. Wartung	3.900,0	3.900,0
3. Sonstiges	700,0	700,0
Zusammen	9.700,0	9.700,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 5.564,8 Tsd. € zur Aufrechterhaltung eines sicheren Betriebs der dezentralen IT-Infrastruktur, insbesondere für den Nachersatz abgeschriebener Arbeitsplatzausstattung als im IuK-Infrastrukturkonzept zu schaffende Voraussetzung für die Einhaltung der Standards der bayerischen Staatsverwaltung sowie für Wartung und Pflege dezentral eingesetzter IT zur Einsatz- und Fahndungsunterstützung sowie für den Verkehrsbereich.

Zu 03 18/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträgern etc.

Zu 03 18/518 99

Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 440,0 Tsd. € wegen höheren Bedarfs im Bereich der dezentralen IT (z.B. Multifunktionsgeräte).

Zu 03 18/534 99

Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 200,0 Tsd. € für Aufträge an Firmen, die im Rahmen der Pflege bestehender polizeilicher Fachverfahren (z.B. Einsatzleitsystem, Einsatzprotokollsystem (EPS-WEB), Digitale Fotografie, Spuren und Asservatentool, Geoinformationssystem) anfallen.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
815 99-3	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.500,0	3.500,0	A	10.238,6
					B	1.993,9
					C	1.782,9
		Summe der Titelgruppe	15.280,0	15.280,0	A	15.843,8
					B	11.841,5
					C	12.796,9
		Gesamtausgaben	1.608.111,5	1.640.454,8	A	1.536.745,6
					B	1.462.644,9
					C	1.435.922,5
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	14.075,0	14.075,0	A	15.220,0
					B	15.550,1
					C	14.935,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-
					B	755,9
					C	1.034,1
		Gesamteinnahmen	14.075,0	14.075,0	A	15.220,0
					B	16.306,0
					C	15.969,5
		Personalausgaben	1.389.988,3	1.429.117,2	A	1.327.913,7
					B	1.269.125,3
					C	1.255.769,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	162.946,4	163.273,8	A	148.197,5
					B	142.545,6
					C	140.264,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.423,3	1.423,3	A	1.423,3
					B	2.702,2
					C	2.688,5
		Baumaßnahmen	33.069,0	28.846,0	A	35.022,1
					B	29.227,6
					C	23.421,6
		Sonstige Sachinvestitionen	20.684,5	17.794,5	A	24.127,6
					B	18.998,1
					C	13.637,2
		Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	A	61,4
					B	46,1
					C	141,2
		Gesamtausgaben	1.608.111,5	1.640.454,8	A	1.536.745,6
					B	1.462.644,9
					C	1.435.922,5
		Zuschuss	1.594.036,5	1.626.379,8	A	1.521.525,6
					B	1.446.338,9
					C	1.419.953,0

Erläuterungen

Zu 03 18/815 99

Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen zur Betriebssicherung der dezentralen DV-Ausstattung (Server, Stagesysteme, aktive Netzkomponenten, Drucker etc.), insbesondere der Nachersatz von PC, sowie Erwerb erforderlicher Softwarelizenzen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 6.738,6 Tsd. € wegen bedarfsgerechter Umsetzung zu Titeln der Hauptgruppe 5, insb. Tit. 511 99 zur Deckung des dort genannten Bedarfs.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-7	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
112 01-6	042	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	270,0	270,0	A	200,0
					B	260,2
					C	263,8
119 01-9	042	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	---
119 14-4	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
					B	8,0
					C	9,0
119 49-3	042	Vermischte Einnahmen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 514 72.</i>	150,0	150,0	A	80,0
					B	192,3
					C	2.656,4
124 01-2	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Hubschraubern durch Dritte erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 72. 80 v. H. der Einnahmen aus der Nutzung der Schwimm- und Sportanlagen durch Dritte erhöhen die Ausgabebefugnis der HGr. 5 des Kap. 03 20.</i>	450,0	450,0	A	450,0
					B	441,4
					C	414,1
125 01-1	042	Erstattete Verpflegungskosten <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 514 24.</i>	1.800,0	1.800,0	A	1.800,0
					B	3.625,5
					C	2.974,6
132 01-2	042	Erlöse aus der Veräußerung der Polizeihubschrauber	***	***	A	---
					B	2.411,0
					C	12.263,5
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-2	042	Sonstige Erstattungen vom Bund <i>Mineralölsteuerrückerstattungen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 72. Kap. 03 18 Tit. 428 11 und die Titel der HGr. 5 in den Kap. 03 18 und 03 20 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Ist-Einnahmen aus Erstattungen für Auslandseinsätze verstärkt werden. Einnahmen aus der Durchführung von Projekten mit finanzieller Beteiligung des Bundes sowie Zuschüsse des Bundes erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr. 5.</i>	---	---	A	---
					B	51,7
					C	47,1
231 02-1	042	Erstattungen der Deutschen Bundesbank für die Geldtransportbegleitung (Personalaufwand) <i>Kap. 03 18 Tit. 428 11 und die Titel der HGr. 5 in den Kap. 03 18 und 03 20 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Ist-Einnahmen verstärkt werden.</i>	230,0	230,0	A	230,0
					B	94,9
					C	168,7
231 03-0	042	Erstattungen der Deutschen Bundesbank für die Geldtransportbegleitung (Sachaufwand) <i>Die Tit. 514 01 und 527 01 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Mehreinnahmen verstärkt werden.</i>	50,0	50,0	A	50,0
					B	68,4
					C	83,1
232 01-1	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern <i>Erstattungen für überörtliche Einsätze der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 01.</i>	---	---	A	---
					B	3.070,5
					C	1.395,4

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 20

Nach Art. 6 des Polizeiorganisationsgesetzes gliedert sich die Bereitschaftspolizei in das dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Präsidium mit dem Sitz in Bamberg. Dem Präsidium nachgeordnet sind 7 Bereitschaftspolizeiabteilungen in München, Eichstätt, Würzburg, Nürnberg, Königsbrunn, Dachau und Sulzbach-Rosenberg (mit Dienststelle in Nabburg), die Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Flughafen München (mit Außenstelle in Roth bei Nürnberg), ferner das Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei in Ainring mit Außenstelle in Herzogau.

Die Bayerische Bereitschaftspolizei ist ein Polizeiverband, der insbesondere in Einsatzeinheiten auf Weisung des Staatsministeriums des Innern aus besonderem Anlass zum Schutz oberster Staatsorgane und Behörden sowie lebenswichtiger Einrichtungen und Anlagen, zur Unterstützung anderer Teile der Polizei und zur Katastrophenhilfe eingesetzt wird. Der Bereitschaftspolizei obliegt es ferner, Polizeibeamte für den Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene auszubilden und, unbeschadet der Fortbildungsveranstaltungen anderer Teile der Polizei, Dienstkräfte der Polizei fortzubilden.

Beim Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei besteht das "Prüfungsamt für die Bayerische Polizei", das für die Prüfungen der Bayerischen Bereitschaftspolizei und des Fachbereichs Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern zuständig ist.

Beim Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei ist außerdem eine zentrale Beschaffungsstelle mit bayernweiten Zuständigkeiten für Waffen, Munition, Bekleidung und Körperschutzausstattung errichtet.

Gemäß Verwaltungsabkommen vom 06.02.1998 beschafft der Bund auf seine Kosten Führungs- und Einsatzmittel für die Bereitschaftspolizeien der Länder, allerdings nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Für die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen mit den Ländern bzw. dem Bund ist bei der Bayer. Bereitschaftspolizei eine zentrale Abrechnungsstelle eingerichtet.

Zu 03 20/112 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 70,0 Tsd. € nach der voraussichtlichen Einnahmenentwicklung.

Zu 03 20/119 14

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

Zu 03 20/119 49

2013 gegenüber 2012:

Mehr 70,0 Tsd. € infolge Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 03 20/124 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	7,0	7,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	400,0	400,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	13,0	13,0
4. Sonstige Einnahmen	30,0	30,0
Zusammen	450,0	450,0

Für die Benutzung der Hubschrauber für Zwecke außerhalb des Epl. 03A sind im Rahmen der VV zu Art. 61 BayHO die zusätzlichen Aufwendungen (ausgenommen Mitglieder der Staatsregierung) zu erstatten; es werden pauschalierte Stundenvergütungen erhoben.

Zu 03 20/231 01

Erstattung des Bundes für Mineralölsteuer, die bei der Betankung der Polizeihubschrauber auf fremden Flugplätzen zu zahlen ist.

Erstattungen für Auslandseinsätze verstärken nach Maßgabe des Haushaltsvermerks die Ansätze für Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und Sachausgaben.

Des Weiteren ermöglicht der Haushaltsvermerk die Verstärkung der HGr. 5 aufgrund von Erstattungen und Zuschüssen des Bundes im Rahmen von Projekten.

Zu 03 20/231 02 und 231 03

Die Bayer. Bereitschaftspolizei begleitet die Geldtransporte der Deutschen Bundesbank. Sämtliche dafür anfallenden und ausweisbaren Personal- und Sachkosten werden der Bereitschaftspolizei in voller Höhe erstattet. Die Erstattungen verstärken nach Maßgabe der Haushaltsvermerke die Ansätze für Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und Sachausgaben.

Zu 03 20/232 01

Erstattungsleistungen insbesondere für Einsatzunterstützungen, für gemeinsame Projekte u.ä.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
235 03-6	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Eingliederungshilfen)	---	---	A	---
					B	6,2
					C	7,6
236 01-7	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
236 12-4	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	200,0	200,0	A	200,0
					B	317,5
					C	198,0
261 01-5	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	10,0	10,0	A	10,0
					B	6,1
					C	9,3
271 01-3	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr 5.</i>	---	---	A	---
					B	30,6
282 01-0	042	Zuschüsse und Unkostenpauschalen durch das DPSK und der Länder für die Ausrichtung von Deutschen Polizeimeisterschaften sowie Einnahmen bei sportlichen Sonderveranstaltungen <i>Die Einnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 03 03 Tit. 547 02.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			3.160,0	3.160,0	A	3.020,0
					B	10.612,3
					C	20.493,0
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-1	042	Bezüge der planmäßigen Beamten	100.110,2	102.434,8	A	89.327,5
					B	95.115,6
					C	93.312,3
422 21-7	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	34.332,6	43.516,7	A	45.591,0
					B	44.886,5
					C	33.557,6
422 31-5	042	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	1.943,2	1.988,4	A	3.331,7
					B	1.846,3
					C	2.680,4
422 41-3	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	40,0	40,0	A	40,0
					B	2,3
					C	9,9
427 01-6	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5,0	5,0	A	5,0
					B	1,9
					C	1,5
428 01-5	042	Entgelte der Arbeitnehmer	35.581,9	36.185,3	A	33.309,1
					B	34.340,5
					C	32.664,2
428 41-7	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	75,0	75,0	A	75,0
					B	71,1
					C	42,4
443 05-2	042	Freie Heilfürsorge, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsmedizin	2.400,0	2.400,0	A	2.270,0
					B	2.374,0
					C	2.010,2

Erläuterungen

Zu 03 20/235 03

Eingliederungshilfen der Bundesagentur für Arbeit.

Zu 03 20/236 01

Zuschuss der Bundesagentur zum Arbeitsentgelt für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.

Zu 03 20/236 12

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Ersatzeinstellungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes.

Zu 03 20/261 01

Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte, z.B. durch die Hauptfürsorgestellen.

Zu 03 20/282 01

Für die Nachweisung der Zuschüsse und Unkostenpauschalen im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Deutschen Polizeimeisterschaften sowie sportlichen Sonderveranstaltungen.

Zu 03 20/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage, Fliegerstellenzulage) und Zuwendungen.

Zu 03 20/427 01

Entgelte für nebenamtliche Lehrer.

Zu 03 20/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 20/443 05

Zur Gewährung freier Heilfürsorge gemäß VO vom 19.03.1987 (GVBI S. 93) sowie für sonstige polizeiärztliche Untersuchungen sind veranschlagt:

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Kosten ärztlicher Leistungen und von Krankenanstalten	1.850,0	1.850,0
2. Beschaffung von Heilmitteln	550,0	550,0
Zusammen	2.400,0	2.400,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 130,0 Tsd. € aufgrund steigender Kosten im Bereich der Heilfürsorge.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
453 01-3	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	780,0	780,0	A	780,0
					B	412,5
					C	341,4
459 01-7	042	Prüfungsentgelte	140,0	140,0	A	140,0
					B	123,4
					C	115,3
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-3	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.750,0	1.750,0	A	1.750,0
					B	1.577,2
					C	1.999,7
511 22-8	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	1.100,0	1.400,0	A	937,5
					B	567,0
					C	620,5
511 24-6	042	Beschaffung und Unterhalt von Tieren	10,0	10,0	A	8,0
					B	10,8
					C	6,6
514 01-0	042	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 231 03, bei Tit. 232 01 und bei Kap. 03 18 Tit. 514 01.</i>	4.611,1	4.611,1	A	3.400,0
					B	3.445,9
					C	3.123,6
514 11-8	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Dienstkleidungszuschüsse	4.900,0	5.150,0	A	4.337,5
					B	5.380,8
					C	5.696,6
514 21-6	042	Verbrauchsmaterial	850,0	850,0	A	850,0
					B	872,8
					C	803,9
514 24-3	042	Verpflegung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 125 01.</i>	3.100,0	3.100,0	A	3.100,0
					B	4.507,3
					C	4.021,3

Erläuterungen

Zu 03 20/453 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Trennungsgeld	750,0	750,0
2.	Umzugskostenvergütungen	30,0	30,0
Zusammen		<u>780,0</u>	<u>780,0</u>

Zu 03 20/459 01
Entgelte und Sachaufwand für die nebenamtliche Mitarbeit bei Anstellungsprüfungen.

Zu 03 20/511 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Geschäftsbedarf	340,0	340,0
2.	Bücher und Zeitschriften	150,0	150,0
3.	Kommunikation (s. Tit. 511 97)	-	-
4.	Entgelte für Postdienstleistungen	40,0	40,0
5.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.200,0	1.200,0
6.	Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen		<u>1.750,0</u>	<u>1.750,0</u>

Zu 03 20/511 22
2013 gegenüber 2012:
Mehr 162,5 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:
Mehr 300,0 Tsd. € infolge Mehrbedarf im Zusammenhang mit erhöhten Einstellungszahlen.

Zu 03 20/514 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	3.300,0	3.300,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	1.311,1	1.311,1
Zusammen		<u>4.611,1</u>	<u>4.611,1</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	4.611,1	4.611,1
Personalausgaben	4.900,0	4.900,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	1.200,0	1.200,0
Ausgaben für Leasing/Miete	1,0	1,0
Zusammen	<u>10.712,1</u>	<u>10.712,1</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2012	
	2013	2014	2012	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	950	950	930	928	2
Lastkraftwagen und Kraftomnibusse	130	130	130	129	-
Sonstiges (Kräder, Sonderfahrzeuge)	90	90	90	86	-

Das Fahrzeug des Sachgebietsleiters IC5 des StMI (Polizeieinsatz), das im Bestand bei Kap. 03 01 Tit. 514 01 enthalten ist, wird zu Lasten Kap. 03 20 Tit. 514 01 bei der I. BPA betrieben.

2013 gegenüber 2012:
Mehr 1.211,1 Tsd. € infolge Preissteigerungen insb. im Bereich Treibstoffkosten.

Zu 03 20/514 11
2013 gegenüber 2012:
Mehr 562,5 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:
Mehr 250,0 Tsd. € infolge Mehrbedarf im Zusammenhang mit erhöhten Einstellungszahlen.

Zu 03 20/514 24		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Verpflegungskosten	2.335,0	2.335,0
2.	Abgabe unentgeltlicher amtlicher Verpflegung	700,0	700,0
3.	Nebenkosten bei der Herstellung der Verpflegung	65,0	65,0
Zusammen		<u>3.100,0</u>	<u>3.100,0</u>

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
514 25-2	042	Beschaffungen für Abgabe/Reparaturen an die Polizeiverbände <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	-308,5
					C	-38,9
517 01-7	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	5.437,5	5.390,0	A	4.400,0
					B	4.496,8
					C	4.157,6
517 05-3	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	5.900,0	5.900,0	A	5.700,0
					B	5.480,3
					C	5.001,1
517 31-1	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	2,0	2,0	A	---
					B	1,6
517 35-7	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	2,0	2,0	A	---
					B	2,1
518 01-6	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.700,0	1.700,0	A	1.800,0
					B	1.544,3
					C	1.553,0
518 11-4	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	250,0	250,0	A	205,0
					B	250,0
					C	204,8
518 18-7	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,2
518 31-0	042	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-5	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.980,3	2.980,3	A	2.640,7
					B	5.290,0
					C	4.975,6
526 01-6	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	10,0	10,0	A	5,0
					B	12,6
					C	5,6
526 11-4	042	Kosten für Sachverständige	---	---	A	---
527 01-5	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 231 03.</i>	550,0	550,0	A	550,0
					B	511,5
					C	533,1
532 11-6	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
546 49-6	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	100,0	100,0	A	60,0
					B	154,7
					C	109,0
547 04-8	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	200,0	200,0	A	200,0
					B	249,1
					C	266,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-7	042	Erstattungen an Bund und Länder <i>Mittel der HGr. 5 des Kap. 03 20 können den Titel verstärken.</i>	60,0	60,0	A	60,0
					B	903,2
					C	900,8
671 01-9	042	Ersatz von Aufwendungen für Polizeipfarrer	286,0	286,0	A	286,0
					B	260,0
					C	262,1

Erläuterungen

Zu 03 20/514 25

Die Einnahmen der Zentralen Beschaffungsstelle für Waffen, Munition, Bekleidung und Körperschutzausrüstung aus der Abgabe von Gegenständen und dgl. werden durch Rotabsetzung gebucht (VV Nr. 3.2.1b zu Art. 35 BayHO).

Zu 03 20/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 1.037,5 Tsd. € wegen Preissteigerungen im Bereich der Grundstücksbewirtschaftung.

Zu 03 20/517 05

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	4.500,0	4.500,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	1.400,0	1.400,0
Zusammen	5.900,0	5.900,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 200,0 Tsd. € wegen Preissteigerungen im Energiebereich.

Zu 03 20/518 01

2013 gegenüber 2012:

Weniger 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietausgaben.

Zu 03 20/519 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	2.980,3	2.980,3
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	2.980,3	2.980,3

2013 gegenüber 2012:

Mehr 339,6 Tsd. € zum Ausgleich der Baupreissteigerungen.

Zu 03 20/526 01

Entschädigungen für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

Zu 03 20/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz sowie sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 20/547 04

Durchführung von Veranstaltungen der Bereitschaftspolizei.

Zu 03 20/632 01

Erstattungsleistungen an andere Länder oder den Bund für Unterstützungseinsätze durch Einsatzeinheiten (nach PDV 100) werden zentral vom Präsidium der Bayer. Bereitschaftspolizei abgerechnet. Unterstützungsleistungen durch Fremdkräfte, die keiner taktischen Gliederung unterliegen, sind durch den anfordernden Verband zu erstatten.

Zu 03 20/671 01

Erstattung der vollen Personalausgaben für drei Polizeiseelsorger.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Baumaßnahmen						
701 01-3	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2.950,0	2.950,0	A	2.950,0
					B	1.845,0
					C	1.178,8
710 00-3	042	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 5.800,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 9.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	9.950,0	11.190,0	A	11.435,0
					B	10.444,3
					C	8.730,4
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-0	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	1.200,0	A	1.200,0
					B	1.409,1
					C	2.070,7
812 01-9	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	1.200,0	A	1.200,0
					B	1.378,1
					C	246,6
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 11-2	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	---
981 12-1	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Nord dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	---
Titelgruppen						
71 Ausbildung der Beamten, Angestellten und Arbeiter						
453 71-8	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	50,0	50,0	A	25,0
					B	46,8
					C	34,5
518 71-1	042	Leasing eines Fahrsimulators	50,0	50,0	A	120,0
					B	42,8
					C	43,2

Erläuterungen

Zu 03 20/701 01	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
Bereitschaftspolizeiunterkunft Nürnberg		
- Entwässerung	480,0	-
- Sanierung Sanitäranlagen Sporthalle	-	350,0
Bereitschaftspolizeiunterkunft Dachau		
- Betankungsanlage	350,0	-
- Verlegung der Schneiderwerkstatt in das zentrale Bekleidungslager	210,0	-
- Sanierung Gebäude 9240	-	400,0
Bereitschaftspolizeiunterkunft Nabburg		
Sanierung des Wasserspeichers	326,0	-
Bereitschaftspolizeiabteilung Eichstätt		
- Sanierung Dach Wirtschaftsgebäude	595,0	-
- Errichtung eines Dojoraums	-	450,0
Bereitschaftspolizeiunterkunft Königsbrunn		
Austausch der Lüftungsanlage Dojoraum	-	160,0
Bereitschaftspolizeiunterkunft Würzburg		
Sanierung Garagen	-	460,0
Bereitschaftspolizeiunterkunft Sulzbach-Rosenberg		
Umlegung des Pfistererberggrabens um den Fentschweiher sowie Drosselschaft beim Ablauf des Fentschweiher	-	400,0
Bereitschaftspolizeiunterkunft München		
Brandschutz	-	730,0
Bergunterkunft Sudelfeld		
Sanierung der Wasserversorgungsanlage	489,0	-
Bergunterkunft Schwarzenkopf		
Sanierung der Wasserversorgungsanlage	500,0	-
Zusammen	2.950,0	2.950,0

Zu 03 20/811 01

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

Im Interesse der Verkehrssicherheit, der ständigen Einsatzbereitschaft und zur Vermeidung unwirtschaftlicher Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen müssen Fahrzeuge der Baujahre 2003 - 2006 mit Fahrleistungen von bis zu 300.000 km ersetzt werden.

Zu 03 20/812 01

Verwaltungs- und Fachausstattung, Schutzausstattung, Waffen. Aus dem Ansatz dürfen auch Zuschüsse für privat beschaffte Unterziehschutzwesten gewährt werden.

Zu 03 20/981 11

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Süd auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 03 07 Tit. 381 60.

Zu 03 20/981 12

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Nord auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 06 04 Tit. 381 60.

Zu 03 20/71

Aufwendungen für die laufbahnmäßige Ausbildung.

Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 71 des zutreffenden Kapitels.

Zu 03 20/518 71

2013 gegenüber 2012:

Weniger 70,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012	
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011	
1	2	3	4	5	C	Ist 2010	
						Tsd. €	6
525 71-2	042	Sonstige Ausbildungskosten	210,0	210,0	A	210,0	
					B	239,3	
					C	193,7	
Summe der Titelgruppe			310,0	310,0	A	355,0	
					B	328,9	
					C	271,5	
72 Polizeihubschrauberstaffel Bayern							
514 72-4	042	Betriebsausgaben <i>Gutschriften für Lieferungen und Leistungen aus der Hubschrauberhaltung bei Tit. 119 49 erhöhen die Ausgabebefugnis. Vgl. Vermerk bei Tit. 124 01 und 231 01.</i>	4.800,0	4.800,0	A	4.300,0	
					B	4.353,6	
					C	3.815,3	
518 72-0	042	Leasing	---	---	A	---	
525 72-1	042	Aus- und Fortbildung	315,0	315,0	A	200,0	
					B	555,4	
					C	162,0	
811 72-4	042	Ersatzbeschaffung der Polizeihubschrauber	---	---	A	---	
					B	242,3	
					C	58.069,1	
812 72-3	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	90,0	90,0	A	90,8	
Summe der Titelgruppe			5.205,0	5.205,0	A	4.590,8	
					B	5.151,2	
					C	62.046,3	
75 Fortbildung							
427 75-7	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	90,0	90,0	A	90,0	
					B	79,7	
					C	84,4	
453 75-4	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0	A	1,0	
525 75-8	042	Sonstige Fortbildungskosten	380,0	380,0	A	380,0	
					B	328,1	
					C	362,1	
Summe der Titelgruppe			471,0	471,0	A	471,0	
					B	407,8	
					C	446,4	
97 Kosten der Telekommunikation							
511 97-8	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	140,0	140,0	A	139,0	
					B	123,3	
					C	150,4	
518 97-1	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---	
525 97-2	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---	
					C	2,1	
534 97-1	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---	
					B	15,1	
					C	5,2	

Erläuterungen

Zu 03 20/525 71

Zur Verbesserung der Kraftfahrerausbildung der Polizeivollzugsbeamten, insbesondere bei der Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten, wurde zusammen mit der Industrie ein Verkehrstrainingssimulator-Polizei entwickelt und eingesetzt.

Zu 03 20/72

Aufwendungen für den Betrieb und die Ausrüstung der Hubschrauberstaffel.

Zu 03 20/514 72

Ausgaben für Treibstoff, Wartung und Start- und Landegebühren.

	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	am 1.2.2012
Bestand an Hubschraubern:				
Hubschrauber EC 135	8	8	8	8

2013 gegenüber 2012:

Mehr 500,0 Tsd. € infolge steigender Betriebsausgaben bei der Hubschrauberhaltung.

Zu 03 20/525 72

2013 gegenüber 2012:

Mehr 115,0 Tsd. € infolge steigenden Bedarfs an Fortbildungsmaßnahmen.

Zu 03 20/75

Aufwendungen für die Fortbildung der Polizei insbesondere im Fortbildungsinstitut Ainring (vgl. Vorbemerkung). Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 75 ihres Kapitels.

Zu 03 20/97

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für Beschaffungen, Betrieb und Unterhalt der Telekommunikationssysteme sowie der entsprechenden Peripheriegeräte der Bayerischen Bereitschaftspolizei veranschlagt. Die Kosten für das Festverbindungsnetz (CNP) sind bei Kap. 03 17 TG 96 veranschlagt.

Zu 03 20/511 97

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0	20,0
2. Kommunikation	110,0	110,0
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	10,0	10,0
Zusammen	140,0	140,0

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
812 97-4	042	Erwerb von Hard- und Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 50,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 50,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	180,0	180,0	A	179,0
					C	100,3
		Summe der Titelgruppe	320,0	320,0	A	318,0
					B	138,4
					C	258,1
		98 Kosten der Funkkommunikation				
511 98-7	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung und Reparatur	200,0	200,0	A	103,0
					B	304,5
					C	167,4
518 98-0	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
					B	3,6
					C	3,6
525 98-1	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
					B	0,5
					C	1,6
534 98-0	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
812 98-3	042	Erwerb von Hard- und Software	30,0	30,0	A	30,0
					C	91,9
		Summe der Titelgruppe	230,0	230,0	A	133,0
					B	308,6
					C	264,4
		99 Kosten der Datenverarbeitung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-6	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	960,0	960,0	A	895,0
					B	869,7
					C	1.175,4
514 99-3	042	Verbrauchsmittel	120,0	120,0	A	110,0
					B	120,7
					C	155,7
518 99-9	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
					B	4,3
					C	3,9
525 99-0	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
					C	10,4
526 99-9	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-9	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	---	---	A	---
701 99-6	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 20/812 97

Ersatzbeschaffungen von Telekommunikationssystemen mit Peripherie und den erforderlichen Netzkomponenten für den Zugang in das Corporate Network der Bayer. Polizei (CNP-BY), Mobilfunkendgeräte, Unified Messaging Systeme (UMS) und Gegensprechanlagen.

Zu 03 20/98

Die bayerische Polizei deckt ihren Funk-Kommunikationsbedarf derzeit durch eigene Netze in analoger Technik ab. Hierfür sind auch noch während der Migrationsphase zum Digitalfunk Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von mobilen und ortsfesten Funkanlagen einschließlich Zubehör, sonstige funktechnische Anlagen und Geräte sowie Mess- und Prüfeinrichtungen für die LuK-Servicestellen erforderlich. Zudem werden mobile Lautsprechanlagen einschließlich Zubehör benötigt.

Zu 03 20/511 98

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	200,0	200,0
2. Kommunikation	-	-
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	-	-
Zusammen	200,0	200,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 97,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf zur Sicherstellung des Betriebs der analogen Funktechnik.

Zu 03 20/812 98

Veranschlagt sind notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen im Funkbereich.

Zu 03 20/99

Die LuK-Ausstattung dient der polizeilichen Vorgangsbearbeitung und der Unterstützung des Dienstbetriebs (vgl. TG 99 bei Kap. 03 18), außerdem dem Schulungsbereich (Aus- und Fortbildung des Personals der Bayer. Polizei). Im Ausbildungsfach "Elektronische Datenverarbeitung" werden die Beamten in Ausbildung systematisch mit den Grundlagen der EDV sowie den Verfahren und Anwendungen, die bei der Bayer. Polizei zum Einsatz kommen, vertraut gemacht.

Personal im Kap. 03 20, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2012	Stellen 2013	Stellen 2014
Plan-Beamte			
A 14	-	1	1
A 13	4	3	3
A 12	6	6	7
A 11	15	16	17
A 10	10	9	8
A 9+AZ	3	3	4
A 9	3	6	4
A 8	4	1	1
Summe	45	45	45
Arbeitnehmer			
E 9	14	14	14
E 8	8	8	8
E 6	1	1	1
Summe	23	23	23
Insgesamt	68	68	68

Zu 03 20/511 99

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	810,0	810,0
2. Wartung	120,0	120,0
3. Sonstiges	30,0	30,0
Zusammen	960,0	960,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 65,0 Tsd. € zur Aufrechterhaltung eines sicheren Betriebs der dezentralen IT-Infrastruktur, insbesondere wegen des erhöhten PC-Nachersatzbedarfs sowie zur Abdeckung der erhöhten Zahl an Auszubildenden.

Zu 03 20/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträger etc.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
815 99-9	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 50,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 50,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	230,0	230,0	A	300,0
					B	42,4
					C	277,6
		Summe der Titelgruppe	1.310,0	1.310,0	A	1.305,0
					B	1.037,1
					C	1.622,9
		Gesamtausgaben	232.353,8	246.253,6	A	229.117,8
					B	236.832,3
					C	276.073,9
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2.670,0	2.670,0	A	2.530,0
					B	6.938,4
					C	18.581,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	490,0	490,0	A	490,0
					B	3.673,8
					C	1.911,8
		Gesamteinnahmen	3.160,0	3.160,0	A	3.020,0
					B	10.612,3
					C	20.493,0
		Personalausgaben	175.548,9	187.706,2	A	174.985,3
					B	179.300,6
					C	164.854,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	40.628,9	41.131,4	A	36.401,7
					B	41.007,3
					C	39.291,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	346,0	346,0	A	346,0
					B	1.163,2
					C	1.162,9
		Baumaßnahmen	12.900,0	14.140,0	A	14.385,0
					B	12.289,3
					C	9.909,2
		Sonstige Sachinvestitionen	2.930,0	2.930,0	A	2.999,8
					B	3.071,9
					C	60.856,1
		Gesamtausgaben	232.353,8	246.253,6	A	229.117,8
					B	236.832,3
					C	276.073,9
		Zuschuss	229.193,8	243.093,6	A	226.097,8
					B	226.220,0
					C	255.581,0

Erläuterungen

Zu 03 20/815 99

Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen zum Betriebserhalt der dezentralen DV-Ausstattung (PC, Server, Drucker, Multifunktionsgeräte etc.) sowie der Erwerb notwendiger Softwarelizenzen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 70,0 Tsd. € wegen bedarfsgerechter Umsetzung zu Tit. 511 99.

03 21 Polizeiverwaltungsamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-5	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	3.400,0	3.400,0	A	3.400,0
					B	3.236,9
					C	2.861,8
112 01-4	042	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	123.000,0	123.000,0	A	117.000,0
					B	122.625,1
					C	115.245,8
119 14-2	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
119 49-1	042	Vermischte Einnahmen	1,0	1,0	A	6,0
					B	0,2
					C	1,1
124 01-0	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,5
					C	0,5
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
235 03-4	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Eingliederungshilfen)	---	---	A	---
236 01-5	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
236 12-2	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	20,0	20,0	A	20,0
					B	15,3
					C	29,7
271 01-1	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr 5.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			126.421,5	126.421,5	A	120.426,5
					B	125.878,1
					C	118.138,9
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-9	042	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	11.275,5	11.537,3	A	10.996,9
					B	10.712,9
					C	10.640,4
422 21-5	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	97,2	99,5	A	60,7
					B	92,4
					C	77,0
422 31-3	042	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	271,6	277,9	A	327,1
					B	258,0
					C	272,5

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 21

Nach Art. 8 des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) ist das Polizeiverwaltungsamt eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Dienststelle mit Sitz in Straubing. Es ist Zentralstelle für die Durchführung des Verkehrsordnungswidrigkeiten-Vorverfahrens in Bayern.

Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr ist nach Art. 8 Abs. 2 POG im Polizeiverwaltungsamt eine Zentrale Bußgeldstelle mit Sitz in Viechtach errichtet.

Seit 01.01.2005 sind Ahndungszuständigkeiten von den Gewerbeaufsichtsämtern auf die Zentrale Bußgeldstelle verlagert, soweit es sich dabei um Verstöße gegen (Sozial-)Vorschriften im Zusammenhang mit der Überprüfung der Lenk- und Ruhezeiten von Lkw und Bussen und der Kontrolle von Gefahrguttransporten im Rahmen von Straßenkontrollen handelt.

Zu 03 21/112 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 6.000,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 21/119 14

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

Zu 03 21/422 01, 422 21 und 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage) und Zuwendungen.

03 21 Polizeiverwaltungsamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						6
						Tsd. €
422 41-1	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	4,0	4,0	A	4,0
428 01-3	042	Entgelte der Arbeitnehmer	7.126,3	7.247,1	A	7.039,5
					B	6.877,6
					C	6.815,8
428 41-5	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	4,0	4,0	A	3,0
					B	3,1
					C	3,0
453 01-1	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	20,0	20,0	A	15,0
					B	20,1
					C	15,1
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-1	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.800,0	4.800,0	A	4.500,0
					B	4.014,2
					C	2.703,2
511 22-6	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	20,0	20,0	A	100,0
					B	0,3
					C	0,1
514 01-8	042	Haltung von Dienstfahrzeugen	50,0	50,0	A	40,0
					B	40,4
					C	30,2
514 11-6	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Dienstkleidungszuschüsse	40,0	40,0	A	40,0
					B	31,5
					C	35,8
514 21-4	042	Verbrauchsmittel	1,0	1,0	A	1,0
					C	2,9
517 01-5	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	185,0	185,0	A	170,0
					B	166,5
					C	163,5
517 05-1	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	160,0	160,0	A	170,0
					B	129,7
					C	136,0
517 31-9	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-5	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-4	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
518 11-2	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	11,0	11,0	A	11,0
					B	7,5
					C	7,6
518 18-5	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
519 01-3	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	67,8	67,8	A	60,1
					B	77,7
					C	166,6
525 01-5	042	Aus- und Fortbildung, Umschulung	45,0	45,0	A	32,0
					B	45,0
					C	38,9
526 01-4	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	100,0	100,0	A	100,0
					B	73,5
					C	79,4

Erläuterungen

Zu 03 21/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 21/453 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	20,0	20,0
2. Umzugskostenvergütungen	-	-
Zusammen	20,0	20,0

Zu 03 21/511 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	169,0	169,0
2. Bücher und Zeitschriften	30,0	30,0
3. Kommunikation (s. Tit. 511 97)	-	-
4. Entgelte für Postdienstleistungen	4.500,0	4.500,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	100,0	100,0
6. Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen	4.800,0	4.800,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 300,0 Tsd. € aufgrund steigender Zustellkosten.

Zu 03 21/511 22

2013 gegenüber 2012:

Weniger 80,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Ersatzbedarf.

Zu 03 21/514 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	32,0	32,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	18,0	18,0
Zusammen	50,0	50,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	50,0	50,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	50,0	50,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2012	am 1.2.2012 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	17	17	17	17	-
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-
Sonstige	1	1	1	1	-

Zu 03 21/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 03 21/517 05

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	100,0	100,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	60,0	60,0
Zusammen	160,0	160,0

Zu 03 21/519 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	67,8	67,8
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	67,8	67,8

Zu 03 21/526 01

Entschädigungen für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

03 21 Polizeiverwaltungsamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
526 11-2	042	Kosten für Sachverständige	70,0	70,0	A B C	100,0 36,1 45,4
527 01-3	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	15,0	15,0	A B C	13,0 14,3 17,3
532 11-4	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
546 49-4	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	7,0	7,0	A B C	5,0 11,3 6,1
547 04-6	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	1,0	1,0	A B C	0,5 7,1 2,3
Baumaßnahmen						
701 01-1	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-8	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i>	---	---	A B C	---
812 01-7	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	20,0	20,0	A B C	23,9 21,8 11,9
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 11-0	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	---
981 12-9	891	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums Nord dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	---
Titelgruppen						
97 Kosten der Telekommunikation						
511 97-6	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	55,0	55,0	A B C	55,0 15,4 42,5
518 97-9	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 97-0	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
534 97-9	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	15,0
812 97-2	042	Erwerb von Hard- und Software	15,0	15,0	A	15,0
Summe der Titelgruppe			70,0	70,0	A B C	85,0 15,4 42,5

Erläuterungen

Zu 03 21/526 11

2013 gegenüber 2012:

Weniger 30,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf an Aufträgen zur Gutachtenerstellung für Fahreridentifizierungen.

Zu 03 21/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 21/547 04

Vorbeugungsmaßnahmen und Durchführung von Veranstaltungen.

Zu 03 21/811 01

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

Zu 03 21/981 11

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Süd auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 03 07 Tit. 381 60.

Zu 03 21/981 12

Die Haushaltsstelle dient der internen Verrechnung zwischen dem Bayer. Staatsministerium des Innern und dem Rechenzentrum Nord auf der Grundlage des Verrechnungskonzepts, FMBek. vom 17. Dezember 2007 (Geschäftszeichen 11/15 – H 1006 – 003 – 47 896/07). Der Titel korrespondiert mit Kap. 06 04 Tit. 381 60.

Zu 03 21/97

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für Beschaffungen, Betrieb und Unterhalt der Telekommunikationssysteme sowie der entsprechenden Peripheriegeräte des Polizeiverwaltungsamtes veranschlagt. Die Kosten für das Festverbindungsnetz sind bei Kap. 03 17 TG 96 veranschlagt.

Zu 03 21/511 97

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0	20,0
2. Kommunikation	30,0	30,0
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	5,0	5,0
Zusammen	55,0	55,0

Zu 03 21/812 97

Ergänzungen an den Telekommunikationssystemen und den entsprechenden Peripheriegeräten.

03 21 Polizeiverwaltungsamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-4	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	295,0	295,0	A	290,0
					B	281,0
					C	358,9
514 99-1	042	Verbrauchsmittel	80,0	80,0	A	80,0
					B	80,6
					C	66,2
518 99-7	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
525 99-8	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
					C	2,1
526 99-7	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-7	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	---	---	A	---
701 99-4	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
815 99-7	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	120,0	120,0	A	120,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €</i>			B	222,7
		<i>50,0</i>			C	9,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €</i>				
		<i>50,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	495,0	495,0	A	490,0
					B	584,3
					C	436,9
		Gesamtausgaben	24.956,4	25.347,6	A	24.387,7
					B	23.267,9
					C	21.820,4

Erläuterungen

Zu 03 21/99

Die IuK-Ausstattung dient der Aufrechterhaltung des Regelbetriebes der IT-Technik beim Bayer. Polizeiverwaltungsamt (Arbeitsplatzausstattung, Ausdruck, Kuvertierung und Versand von Druckerzeugnissen im Rahmen des VOWi-Verfahrens).

Personal im Kapitel 03 21, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2012	Stellen 2013	Stellen 2014
Plan-Beamte			
A 13	1	1	1
A 12	2	2	2
A 11	2	2	2
A 10	-	1	1
A 9 + AZ	1	1	3
A 9	3	2	-
Summe	9	9	9
Arbeitnehmer			
E 10	1	1	1
E 9	7	7	7
E 8	1	1	1
Summe	9	9	9
Insgesamt	18	18	18

Zu 03 21/511 99

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	125,0	125,0
2. Wartung	170,0	170,0
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	295,0	295,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 5,0 Tsd. € zur Aufrechterhaltung eines sicheren Betriebs der dezentralen IT-Infrastruktur.

Zu 03 21/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträger, etc.

Zu 03 21/815 99

Veranschlagt sind die Ergänzung der dezentralen DV-Ausstattung (PC, Server, Drucker, Multifunktionsgeräte etc.) sowie der Erwerb und die Erweiterung von Softwarelizenzen.

03 21 Polizeiverwaltungsamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	126.401,5	126.401,5	A	120.406,5
					B	125.862,8
					C	118.109,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	20,0	20,0	A	20,0
					B	15,3
					C	29,7
		Gesamteinnahmen	126.421,5	126.421,5	A	120.426,5
					B	125.878,1
					C	118.138,9
		Personalausgaben	18.798,6	19.189,8	A	18.446,2
					B	17.964,2
					C	17.823,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	6.002,8	6.002,8	A	5.782,6
					B	5.032,0
					C	3.905,0
		Sonstige Sachinvestitionen	155,0	155,0	A	158,9
					B	271,7
					C	91,8
		Gesamtausgaben	24.956,4	25.347,6	A	24.387,7
					B	23.267,9
					C	21.820,4
		Überschuss	101.465,1	101.073,9	A	96.038,8
					B	102.610,2
					C	96.318,5

03 23 Brandschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 49-7	044	Vermischte Einnahmen	50,0	50,0	A	50,0
					B	42,7
					C	77,2
124 01-6	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	12,0	12,0	A	12,0
					B	12,1
					C	11,7
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
341 01-3	044	Zuweisungen des Vereins „Bayer. Feuerwehrholungsheim e.V.“ für Investitionen beim Feuerwehrholungsheim <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 547 03 und 701 01.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			62,0	62,0	A	62,0
					B	54,8
					C	88,9
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
526 11-8	044	Kosten für Sachverständige <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 50,0 Tsd. € zu Lasten Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
531 11-1	044	Herausgabe der "brandwacht"	95,0	95,0	A	90,0
					B	90,0
					C	87,2
533 01-1	044	Feuerwehrehrenzeichen	43,0	43,0	A	38,0
					B	37,2
					C	35,6
546 49-0	044	Vermischte Verwaltungsausgaben	32,5	5,0	A	5,0
					B	0,9
					C	1,8
547 01-5	044	Prüfungen für den hauptamtlichen Feuerwehrdienst	100,0	100,0	A	65,0
					B	63,3
					C	60,0
547 03-3	044	Feuerwehrrholungsheim Bayerisch Gmain <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 341 01.</i>	300,0	250,0	A	1.600,0
					B	305,3
					C	292,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 23

In diesem Kapitel sind die Leistungen des Freistaates Bayern zur Förderung des Feuerwehrwesens einschließlich der Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Löschgeräten sowie (seit 01.01.2000) für den Bau von Feuerwehrgerätehäusern veranschlagt.

Das zweckgebundene Feuerschutzsteueraufkommen (vgl. Art. 29 des Bayer. Feuerwehrgesetzes - BayFwG) wird zu 100 % für die Erfüllung der Aufgaben des Staates nach Art. 3 BayFwG verwendet.

Die Einnahmenansätze bei Kap. 03 23 und 03 26 werden 2013 und 2014 zur Deckung des Gesamthaushalts verwendet.

Zu 03 23/119 49

Einnahmen insbesondere aus zurückfließenden Fördermitteln.

Zu 03 23/124 01

Einnahmen aus der Nutzung des Feuerwehrerholungsheims in Bayerisch Gmain (Mieteinnahmen Hausmeisterwohnung und Pächterwohnung).

Zu 03 23/341 01

Zuweisungen des Vereins "Bayerisches Feuerwehrerholungsheim e.V." zur Realisierung von Nutzerwünschen im Rahmen der Baumaßnahmen beim Feuerwehrerholungsheim.

Diese Einnahmen sind auf der Grundlage des veranschlagten Haushaltsvermerks zweckgebunden für die Ausgaben bei Tit. 547 03 und 701 01 zu verwenden.

Zu 03 23/531 11

Herausgabe der Zeitschrift "brandwacht".

Zu 03 23/533 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Feuerwehrreizeichen, Ordensbänder, Etais, Ehrenurkunden und dgl.	40,0	43,0
2. Auslagen bei besonderen Verleihungen	3,0	-
Zusammen	43,0	43,0

Zu 03 23/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 27,5 Tsd. € zur Durchführung einer Kampagne zur Steigerung der Bekanntheit der Notrufnummer "112" im Jahr 2013.

Zu 03 23/547 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 35,0 Tsd. € wegen der Erhöhung der Prüfungsvergütung im feuerwehrtechnischen Dienst.

Zu 03 23/547 03

Bewirtschaftung und Unterhaltung des Feuerwehrerholungsheims in Bayerisch Gmain.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 1.300,0 Tsd. € wegen Wegfall Hallenbadsanierung.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 50,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

03 23 Brandschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
685 01-7	044	Beiträge und Zuschüsse	970,8	695,8	A	845,8
					B	795,7
					C	544,1
686 01-6	044	Zuschuss an den Bayerischen Landesfeuerwehrverband	450,0	450,0	A	440,0
					B	440,0
					C	430,0
		Baumaßnahmen				
701 01-7	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten beim Feuerwehrerholungsheim Bayerisch Gmain <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 341 01.</i>	---	---	A	---
		Investitionsförderungsmaßnahmen				
883 01-7	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä. <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um</i> <i>- die Mehreinnahmen und Minderausgaben der Kap. 03 23 und 03 26 und</i> <i>- die Mehreinnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei Kap. 13 01 Tit. 059 01 und 059 02.</i> <i>Die Ausgabebefugnis vermindert sich um</i> <i>- die Mindereinnahmen bei Kap. 03 23 und 03 26 und</i> <i>- die Mindereinnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei Kap. 13 01 Tit. 059 01 und 059 02.</i> <i>Diese Mindereinnahme ist als Vorgriff auf die Mittel des folgenden Haushaltsjahres zu behandeln. Hierfür ist ein Verfahren nach Art. 37 BayHO nicht erforderlich.</i> <i>Aus dem Ansatz dürfen auch die gemeinsam bewirtschafteten Personalausgaben des Kap. 03 26 verstärkt werden.</i> <i>Im Übrigen vgl. Vermerk bei Anlage S Kap. 03 26 Tit. 710 01, 740 02 und 745 01, Kap. 03 03 Tit. 631 85, Kap. 03 23 Tit. 526 11 und 883 02, Kap. 03 24 Tit. 685 01, 894 02 und 887 89, Kap. 03 26 Tit. 519 01, 532 01, 701 01 und 821 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	31.835,9	32.969,1	A	25.882,2
					B	17.975,5
					C	24.364,5
883 02-6	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern <i>Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung sind einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 883 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 12.800,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 12.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	16.000,0	16.000,0	A	16.000,0
					B	8.499,2
					C	6.371,9
		Gesamtausgaben	49.827,2	50.607,9	A	44.966,0
					B	28.207,0
					C	32.187,1

Erläuterungen

Zu 03 23/685 01		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Beiträge		
a)	an die Forschungsstelle für Feuerlöschtechnik der Technischen Hochschule Karlsruhe und an das Institut der Feuerwehr in Heyrothsberge	104,0	104,0
b)	an die Versicherungskammer Bayern für Unterstützungsleistungen	565,0	565,0
c)	an den Verein Deutsches Feuerwehrmuseum e. V.	0,2	0,2
d)	an die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V.	0,1	0,1
e)	an das Land Hessen für die Qualitätssicherung von Feuerwehrschutzkleidung	1,5	1,5
2.	Zuschüsse		
a)	an den Fachnormenausschuss "Feuerwehrwesen"	25,0	25,0
b)	an den Landesfeuerwehrverband für eine Imagekampagne zur Nachwuchsgewinnung	275,0	-
Zusammen		970,8	695,8

2013 gegenüber 2012:

150,0 Tsd. €	mehr wegen Unterstützungsleistungen an Feuerwehrdienstleistende bei Vorschäden,
25,0 Tsd. €	weniger wegen niedrigerem Zuschuss für die Imagekampagne des Landesfeuerwehrverbandes zur Nachwuchsgewinnung,
125,0 Tsd. €	mehr.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 275,0 Tsd. € wegen Wegfall des Zuschusses für die Imagekampagne des Landesfeuerwehrverbandes zur Nachwuchsgewinnung.

Zu 03 23/686 01

Förderung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V. als Interessenvertretung der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 10,0 Tsd. € zur Erhöhung des Zuschusses an den Bayerischen Landesfeuerwehrverband e.V. wegen gesteigener Personal- und Sachkosten.

Zu 03 23/883 01

Die Ansätze 2013/2014 sollen verwendet werden für		2013	2014
		Tsd. €	Tsd. €
-	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Beschaffung von Fahrzeugen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	26.835,9	26.969,1
-	Baumaßnahmen bei der Feuerweherschule Geretsried (vgl. Vermerk bei Anlage S, Kap. 03 26 Tit. 710 01), bei der Feuerweherschule Regensburg (vgl. Vermerk bei Anlage S, Kap. 03 26 Tit. 745 01), bei der Feuerweherschule Würzburg (vgl. Vermerk bei Anlage S, Kap. 03 26 Tit. 740 02)	5.000,0	6.000,0
Zusammen		31.835,9	32.969,1

2013 gegenüber 2012:

Mehr 5.953,7 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 1.133,2 Tsd. € wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf für sonstige Zwecke des Brandschutzes.

Zu 03 23/883 02

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern.

03 23 Brandschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	62,0	62,0	A	62,0
					B	54,8
					C	88,9
		Gesamteinnahmen	62,0	62,0	A	62,0
					B	54,8
					C	88,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	570,5	493,0	A	1.798,0
					B	496,6
					C	476,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.420,8	1.145,8	A	1.285,8
					B	1.235,7
					C	974,1
		Investitionsförderungsmaßnahmen	47.835,9	48.969,1	A	41.882,2
					B	26.474,7
					C	30.736,4
		Gesamtausgaben	49.827,2	50.607,9	A	44.966,0
					B	28.207,0
					C	32.187,1
		Zuschuss	49.765,2	50.545,9	A	44.904,0
					B	28.152,2
					C	32.098,2

03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
			4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 11-9	045	Einnahmen aus Erstattungen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i>	---	---	A	---
					B	26,2
					C	400,5
119 12-8	045	Schadensersatzleistungen für Schäden an Notruftelefonen und Unfallmeldeanlagen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 511 02.</i>	---	---	A	---
119 13-7	045	Einnahmen aus den Integrierten Leitstellen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 887 88.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			-	-	A	-
					B	26,2
					C	400,5
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 02-4	045	Unterhalt für Notruftelefone und Unfallmeldeanlagen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei Tit. 119 12.</i>	90,0	90,0	A	110,0
					B	89,1
					C	77,3
525 01-9	045	Übungen und Lehrgänge im Katastrophenschutz	18,7	18,7	A	17,8
					B	13,0
					C	11,1
526 11-6	045	Gutachten zur Steigerung der Effizienz des Rettungsdienstes <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i>	257,6	257,6	A	---
					B	251,9
					C	372,3
547 01-3	045	Nicht aufteilbare Sachausgaben	8,3	8,3	A	8,7
					B	4,9
					C	4,5
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
614 01-1	045	Zuweisungen an den Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes	4.110,0	4.175,0	A	3.675,0
					B	3.675,0
					C	3.675,0
684 01-6	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes	75,6	75,6	A	75,6
					B	68,0
					C	68,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 24

Die Ausgaben des Kapitels 03 24 dienen ausschließlich den Fachaufgaben des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes einschließlich des Lawinenwarndienstes.

In diesem Kapitel sind die Leistungen des Staates ausgebracht, die den Durchführenden des Rettungsdienstes nach Art. 33 Abs. 1 des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (BayRDG) für die Beschaffung notwendiger Einrichtungen im Rettungsdienst (insbesondere Berg-, Höhlen- und Wasserrettung) gewährt werden. Ferner sind hier die Leistungen des Staates für Integrierte Leitstellen nach Art. 7 des Gesetzes zur Einführung Integrierter Leitstellen (ILSG) veranschlagt (Ersterrichtung und Folgeanschaffungen). Außerdem sind Zuschüsse zur Vorbereitung von Sanitäts- und Katastropheneinsätzen ausgebracht. Die Ausgaben für den Katastrophenschutz richten sich nach dem Bayerischen Katastrophenschutzgesetz (BayKSG). Soweit sie jedoch aufgrund des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes (ZSKG) anfallen, trägt sie der Bund (§ 29 ZSKG); sie werden unmittelbar auf den Bundeshaushalt gebucht.

Zu 03 24/119 11

Erstattungen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 894 01.

Zu 03 24/119 12

Schadensersatzleistungen des Schädigers oder Dritter für die Instandsetzung von beschädigten Notruftelefonen und Unfallmeldeanlagen. Die Erstattungen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 511 02.

Zu 03 24/119 13

Insbesondere Zahlungen für die Mitbenutzung der Integrierten Leitstellen durch Dritte oder INTERREG-Fördermittel.

Zu 03 24/511 02

Laufender Unterhalt der Notruftelefone und Unfallmeldeanlagen an Bundes- und Staatsstraßen sowie Instandsetzung oder Abbau von beschädigten Unfallmeldeanlagen.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 20,0 Tsd. € aufgrund des Rückbaus von Notruftelefonen und Unfallmeldeanlagen.

Zu 03 24/525 01

Veranschlagt ist der Bedarf für Übungen und Planspiele sowie für Lawinenwarndienstlehrgänge, Lehrgänge für Luftbeobachter und sonstige Lehrgänge.

Zu 03 24/526 11

Vergabe von Gutachten, Sachverständigenleistungen und dgl. auf dem Gebiet des Rettungswesens.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 257,6 Tsd. € aufgrund Umsetzung von Titel 894 01.

Zu 03 24/547 01

Nicht aufteilbare Zweckausgaben für den Katastrophenschutz den Rettungsdienst

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
	3,5	3,5
	4,8	4,8
Zusammen	8,3	8,3

Zu 03 24/614 01

Beitrag des Freistaates Bayern an den Katastrophenschutzfonds nach Art. 12 Abs. 3 und 4 des Bayer. Katastrophenschutzgesetzes (2013 und 2014 je 1.620,0 Tsd. €) sowie Zuweisungen an den Fonds für das Investitionsprogramm im Katastrophenschutz (2013: 2.490,0 Tsd. €, 2014: 2.555,0 Tsd. €). Der Katastrophenschutzfonds ist ein staatliches Sondervermögen, dessen Einnahmen und Ausgaben in der Anlage B zu diesem Einzelplan ausgewiesen sind.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 435,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 65,0 Tsd. € aufgrund Erhöhung der Zuweisung an den Fonds für das Investitionsprogramm im Katastrophenschutz.

Zu 03 24/684 01

Die Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes erhalten staatliche Zuwendungen

1. zur Deckung des Personal- und Sachaufwands für die im Katastrophenschutz übernommenen Aufgaben und
2. für die Ausbildung von Einsatzkräften der Hilfsorganisationen des Sanitäts- und Betreuungsdienstes.

Aus dem Ansatz können auch die Luftrettungsstaffel Bayern und der Freiwillige Seenotrettungsdienst gefördert werden.

03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<u>685 01-5</u>	045	Zuschuss zum laufenden Betrieb des Hubschraubersimulationszentrums im Bergwacht-Zentrum für Sicherheit und Ausbildung <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von jährlich 60,0 Tsd. € zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 für den auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteil.</i>	577,5	577,5	A	
Investitionsförderungsmaßnahmen						
894 01-2	045	Leistungen gem. Art. 33 BayRDG <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei Tit. 119 11. Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung einseitig deckungsfähig zugunsten Tit. 526 11, 526 88 und 887 89. Vgl. Vermerk bei Kap. 03 02 Tit. 547 07. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 5.546,2 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 4.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.437,6	5.621,3	A B C	6.700,0 6.307,7 5.297,3
<u>894 02-1</u>	045	Zuschuss zum Ausbau des Bergwacht-Zentrums für Sicherheit und Ausbildung <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von 185,0 Tsd. € (2013) bzw. 195,0 Tsd. € (2014) zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 für den auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteil. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.897,5 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.542,5	1.702,5	A	***

Erläuterungen

Zu 03 24/685 01

Der Freistaat Bayern unterstützt den laufenden Betrieb des Hubschraubersimulationszentrums im Bergwacht-Zentrum für Sicherheit und Ausbildung. Hierunter zählen u. a. Personalkosten, Kosten für Einsatzmittel oder Schutzausrüstung. Enthalten ist der in den Haushaltsjahren voraussichtlich auf Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Spezialeinheiten der Polizei entfallende Kostenanteil; für den Feuerwehranteil erfolgt die Deckung aus Kap. 03 23 Tit. 883 01 (siehe Haushaltsvermerk, Anteil Feuerwehr aus Tit. 685 01 und Tit. 894 02: 500,0 Tsd. €).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 577,5 Tsd. € wegen erstmaliger Unterstützung des laufenden Betriebs.

Zu 03 24/894 01

Leistungen gem. Art. 33 Abs. 1 BayRDG an die Durchführenden der Berg-, Höhlen- und Wasserrettung sowie bis zum Abschluss der Einführung integrierter Leitstellen an die Betreiber von Rettungsleitstellen gem. Art. 55 Abs. 4 BayRDG für die durch Zuwendungen Dritter nicht gedeckten Kosten der Beschaffung notwendiger Investitionsgüter mit einer gewöhnlichen Nutzungsdauer von mehr als drei Jahren. Der Umfang der Beschaffungen wird durch jährliche Beschaffungspläne festgestellt.

Die Durchführenden der Berg-, Höhlen- und Wasserrettung wurden ersatzweise für die in Art. 33 Abs. 1 Nr. 6 BayRDG vorgesehene staatliche Kostenerstattung für Geodaten als Nutzungsberechtigte in die Ressortvereinbarung des StMI mit der Vermessungsverwaltung über die Nutzung von Geobasisdaten mit einbezogen. Der Deckungsvermerk zugunsten Kap. 03 02 Tit. 547 07 dient der Zahlung des anteiligen Entgelts dafür.

2013 gegenüber 2012:

290,8 Tsd. € weniger infolge geringeren Bedarfs,

971,6 Tsd. € weniger infolge Umsetzung zu Titel 526 11 und 526 88,

1.262,4 Tsd. € weniger.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 183,7 Tsd. € infolge erhöhten Bedarfs.

Zu 03 24/894 02

Der Freistaat Bayern unterstützt den Ausbau des Bergwacht-Zentrums für Sicherheit und Ausbildung zu einem organisationsübergreifenden Hubschraubersimulationszentrum für Rettungsdienst, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Spezialeinheiten der Polizei. Enthalten ist der in den Haushaltsjahren voraussichtlich auf den Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Spezialeinheiten der Polizei entfallende Kostenanteil; für den Feuerwehranteil erfolgt die Deckung aus Kap. 03 23 Tit. 883 01 (siehe Haushaltsvermerk, Anteil Feuerwehr aus Tit. 685 01 und 894 02: 500,0 Tsd. €);

2013 gegenüber 2012:

Mehr 1.542,5 Tsd. € wegen erstmaliger Unterstützung des Ausbaus.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 160,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
			Tsd. €			
			4	5	6	
Titelgruppen						
88 - 89 Einheitliche Notrufnummer 112 für Feuerwehr und Rettungsdienst						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Deckungsfähigkeit umfasst auch die Verpflichtungsermächtigungen.</i>						
525 88-5	045	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
526 88-4	045	Gutachten, Projektmanagement und Beratungsleistungen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i>	714,0	821,1	A	---
					B	615,3
					C	725,3
684 88-2	045	Förderung des Erwerbs der rettungsdienstlichen Qualifikation für den Einsatz in Integrierten Leitstellen	---	---	A	---
					B	19,2
					C	7,8
701 88-1	045	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
812 88-7	045	Einrichtung einer Lehrleitstelle, Software der Lehrleitstelle und der Integrierten Leitstellen <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 26 Tit. 815 99 in Höhe des auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteils.</i>	---	***	A	---
					B	56,5
					C	365,1
812 89-6	045	Folgeanschaffungen für die Lehrleitstelle einschließlich Verbesserung der Software der Lehrleitstelle und der Integrierten Leitstellen <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 26 Tit. 815 99 in Höhe des auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteils. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 270,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	918,9	333,3	A	---
883 88-1	045	Zuschüsse für Erstinvestitionen (Technik), bauliche Anpassungen und Neubauinvestitionen im Bereich Feuerwehr <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 396,2 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2013 in Höhe von 396,2 Tsd. € werden fällig frühestens im Haushaltsjahr 2015 Tsd. € 396,2</i>	---	---	A	154,8
					B	1.023,5
					C	1.653,1
887 88-7	045	Erstattung der Erstinvestitionen (Technik) im Bereich Rettungsdienst <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei Tit. 119 13. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.680,9	2.680,9	A	2.680,9
					B	3.471,0
					C	8.324,0

Erläuterungen

Zu 03 24/88 - 89

Zur gemeinsamen Nutzung der Notrufnummer 112 durch Rettungsdienst und Feuerwehr ist die flächendeckende Einführung integrierter Leitstellen auf der Ebene der Rettungsdienstbereiche vorgesehen (Gesetz über die Errichtung und den Betrieb integrierter Leitstellen -ILSG- vom 25. Juli 2002, GVBl S. 318). Dazu sind für den jeweiligen Leitstellenbereich die Funktionen der bestehenden Feuerwehreinsatzzentralen und Nachalarmierungsstellen, die von den Polizeidienststellen wahrgenommenen 112-Abfrage- und/oder Erstalarmierungsfunktionen sowie die Koordinierungsfunktionen der Rettungsleitstelle in einer Leitstelle zu integrieren. Diese Lösung trägt der Entscheidung der Europäischen Union für die Einführung einer europaweit einheitlichen Notrufnummer 112 Rechnung. Landesweit sollen 26 Integrierte Leitstellen errichtet werden (incl. Neubau der Integrierten Leitstelle München).

Sämtliche Investitions- und Betriebskosten der Integrierten Leitstellen sind entsprechend ihrer tatsächlichen Inanspruchnahme in den einzelnen Aufgabenbereichen auf die Aufgaben- und Kostenträger zu verteilen. Die Einzelheiten der **Verteilungsschlüssel** werden durch Rechtsverordnung festgelegt. Der Finanzierungsplanung liegt die Annahme zugrunde, dass die Kosten landesdurchschnittlich in einem Verhältnis von 75 : 25 auf die Bereiche Rettungsdienst und Feuerwehr verteilt werden. Dies entspricht dem Verhältnis der anzunehmenden Inanspruchnahme der neu zu errichtenden Integrierten Leitstellen durch Rettungsdienst und Feuerwehr entsprechend dem geschätzten Bedarf der Personalleistungen.

Für 26 neue Integrierte Leitstellen und eine Lehrleitstelle wird mit folgenden **erstmaligen Investitionskosten** gerechnet:

	staatl. Anteil Tsd. €	davon	
		Anteil RD Tsd. €	Anteil FW Tsd. €
1. Geschätzter Finanzbedarf	69.565,0	52.793,4	16.771,6
2. Bis 2012 bereitgestellte Ausgabemittel und Deckungen zugunsten Titelgruppe 88 - 89	53.634,2	37.258,8	16.375,4
3. 2013/2014 werden folgende Ausgabemittel veranschlagt (ohne Folgeanschaffungen nach der Ersterrichtung)	6.896,9	6.896,9	-
4. Ab 2015 sind noch folgende Ausgabemittel zu veranschlagen	9.033,9	8.637,7	396,2
5. Summe 2. - 4.	69.565,0	52.793,4	16.771,6

Darüber hinaus stellt der Freistaat Bayern den Betreibern der Integrierten Leitstellen das Nutzungsrecht an der landeseinheitlichen Einsatzleitsoftware sowie Geobasisdaten unentgeltlich zur Verfügung und trägt die Kosten für die Honorare und Reisekosten der externen Dozenten für die **Leitstellenlehrgänge** an der Staatlichen Feuerweherschule in Geretsried (Tit. 525 88). Die Kosten für die erforderliche **rettungsdienstliche Fortbildung** der bisher in den Rettungsleitstellen oder bei den Feuerwehren Beschäftigten, die künftig in einer Integrierten Leitstelle tätig werden, sollen in der Aufbauphase nach Maßgabe des Haushalts bezuschusst werden (Tit. 684 88).

Der Titel 887 89 ist vorgesehen für Leistungen gem. Art. 7 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ILSG an die Betreiber von Integrierten Leitstellen für die nach Ersterrichtung notwendigen **Folgeanschaffungen** von kommunikations- und informationstechnischer Ausstattung und Datenverarbeitungsprogrammen der Integrierten Leitstellen sowie zur Alarmierung und Kommunikation notwendiger fernmeldetechnischer Infrastruktur in der Fläche, soweit diese nicht durch Zuwendungen Dritter gedeckt sind und eine Nutzungsdauer von länger als drei Jahren haben.

Für die Jahre 2013 und 2014 ist der voraussichtlich auf den Rettungsdienst entfallende Kostenanteil gemäß Art. 7 Abs. 1 ILSG veranschlagt.

Der Bedarf für den auf den Rettungsdienstbereich entfallenden Anteil an den **Folgeanschaffungen für die Lehrleitstelle** (Erneuerung der LuK-Technik) ist bei Tit. 812 89 veranschlagt; für den auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteil vgl. Deckungsvermerk zu Lasten von Kap. 03 26 Tit. 815 99.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 1.478,1 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Mittelabfluss unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ausgabereserve und der Umsetzung von Titel 894 01.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 478,5 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Mittelabfluss.

03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
887 89-6	045	Leistungen gem. Art. 7 Abs. 1 und 2 Satz 2 ILSG (Folgeanschaffungen nach Ersterrichtung) <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01. Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 480,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.560,0	1.560,0	A	1.560,0
					B	39,2
					C	18,1
		Summe der Titelgruppe	5.873,8	5.395,3	A	4.395,7
					B	5.224,7
					C	11.093,3
		Gesamtausgaben	17.991,6	17.921,8	A	14.982,8
					B	15.634,3
					C	20.598,9
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	-	-	A	-
					B	26,2
					C	400,5
		Gesamteinnahmen	-	-	A	-
					B	26,2
					C	400,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.088,6	1.195,7	A	136,5
					B	974,3
					C	1.190,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.763,1	4.828,1	A	3.750,6
					B	3.762,2
					C	3.750,8
		Sonstige Sachinvestitionen	918,9	333,3	A	-
					B	56,5
					C	365,1
		Investitionsförderungsmaßnahmen	11.221,0	11.564,7	A	11.095,7
					B	10.841,4
					C	15.292,5
		Gesamtausgaben	17.991,6	17.921,8	A	14.982,8
					B	15.634,3
					C	20.598,9
		Zuschuss	17.991,6	17.921,8	A	14.982,8
					B	15.608,1
					C	20.198,4

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-4	044	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
119 01-6	044	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>50 v. H. der Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 01. 50 v. H. der Mindereinnahmen verringern die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 01.</i>	20,0	20,0	A	40,0
					B	19,8
					C	42,0
119 49-0	044	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0	A	6,0
					B	33,5
					C	4,9
124 01-9	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Die Hilfsorganisationen, sonstige Einheiten des Katastrophenschutzes und Disponenten der Integrierten Leitstellen dürfen an den Digitalfunk-Schulungen ohne volle Werterstattung teilnehmen (Art. 63 Abs. 3, 5 BayHO).</i>	260,0	260,0	A	260,0
					B	309,3
					C	294,8
125 01-8	044	Einnahmen aus der Verpflegung des Küchenpersonals, sonstiger Bediensteter und von Gästen	90,0	90,0	A	90,0
					B	80,2
					C	105,8
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-9	044	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	500,0	500,0	A	450,0
					B	527,4
					C	622,8
232 01-8	044	Erstattungen von Ländern und Kommunen <i>80 v. H. der Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 01.</i>	---	---	A	---
					B	21,0
					C	6,9
235 12-2	044	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
236 12-1	044	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
261 01-2	044	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	---	---	A	---
281 01-8	044	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			880,0	880,0	A	846,0
					B	1.001,9
					C	1.077,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-8	044	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	3.191,2	3.262,8	A	2.221,6
					B	1.192,4
					C	1.046,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 26

Der Staat unterhält die Landesfeuerwehrsulen in Geretsried, Regensburg (Lappersdorf) und Würzburg (Art. 3 BayFwG), die dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet sind. Sie haben insbesondere Feuerwehrdienstleistende der Freiwilligen Feuerwehren, Pflichtfeuerwehren und Werkfeuerwehren sowie besondere Führungsdienstgrade im Brandschutz und im technischen Hilfsdienst auszubilden. Die Staatl. Feuerwehrsule Geretsried hat außerdem die Disponenten Integrierter Leitstellen auszubilden (§ 18 der Verordnung zur Ausführung des Bayer. Feuerwehrgesetzes). Zu diesem Zweck wird eine Integrierte Lehrleitstelle (ILLS) betrieben, die auch als Testplattform für die Einsatzsoftware ELDIS III By im Digitalfunk dienen soll. Die anfallenden Betriebskosten werden bei Kap. 03 26 nachgewiesen. Zur Schulung von Teilnehmern nichtstaatlicher BOS ohne volle Werterstattung s. Haushaltsvermerk bei Titel 124 01.

Zu 03 26/119 01

Einnahmen aus dem Verkauf von Ausbilderleitfäden, des Jahrbuches für Brand- und Katastrophenschutz u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 20,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 03 26/119 49

Insbesondere Erlöse aus dem Verkauf ausgesonderter Feuerwehrfahrzeuge und sonstiger Gegenstände.

Zu 03 26/124 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	10,0	10,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	240,0	240,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	5,0	5,0
4. Sonstige Einnahmen	5,0	5,0
Zusammen	260,0	260,0

Zu 03 26/231 01

Anteilige Erstattung des Bundes für integrierte Katastrophenschutz Ausbildung.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen erhöhter Ausbildungszahlen.

Zu 03 26/232 01

Erstattung von Ländern und Kommunen für die Herstellung und Überlassung von Feuerwehrdienstvorschriften und Ähnlichem.

Zu 03 26/236 12

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit wegen Ersatzeinstellungen.

Zu 03 26/281 01

Kostenerstattungsansprüche bei gewonnenen Passivprozessen der Feuerwehrsulen.

Zu 03 26/422 01, 422 21 und 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012	
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011	
1	2	3	4	5	C	Ist 2010	
						Tsd. €	6
422 21-4	044	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	11,8	12,1	A	23,6	
					B	11,2	
					C	21,1	
422 31-2	044	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---	
422 41-0	044	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---	
427 01-3	044	Beschäftigungsentgelte usw.	553,0	553,0	A	375,0	
					B	190,0	
					C	178,1	
428 01-2	044	Entgelte der Arbeitnehmer	3.499,3	3.723,7	A	3.577,7	
					B	3.236,8	
					C	3.291,3	
428 11-0	044	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	15,0	15,0	A	10,0	
					B	2,5	
					C	2,2	
428 12-9	044	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---	
428 21-8	044	Entgelte der Arbeitnehmer	1.400,0	1.400,0	A	1.383,7	
					B	1.206,7	
					C	1.160,6	
428 41-4	044	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	40,0	40,0	A	30,0	
					B	35,1	
					C	34,0	
<u>443 16-6</u>	044	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	15,0	15,0	A		
453 01-0	044	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	85,0	85,0	A	85,0	
					B	23,3	
					C	7,1	
459 11-2	044	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	---	---	A	---	
Sächliche Verwaltungsausgaben							
511 01-0	044	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	260,0	260,0	A	255,0	
					B	146,2	
					C	131,6	
511 22-5	044	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	250,0	250,0	A	250,0	
					B	224,3	
					C	233,6	
514 01-7	044	Haltung von Dienstfahrzeugen	210,0	210,0	A	210,0	
					B	193,7	
					C	166,5	
514 11-5	044	Dienst- und Schutzkleidung	120,0	120,0	A	120,0	
					B	77,4	
					C	61,6	
514 21-3	044	Verbrauchsmittel	40,0	40,0	A	35,0	
					B	27,8	
					C	38,3	

Erläuterungen

Zu 03 26/427 01

Entgelte für Gastlehrer mit besonderen Fachkenntnissen für Speziallehrgänge und Digitalfunkausbildung.

2013 gegenüber 2012.

Mehr 178,0 Tsd. € wegen verstärkten Einsatzes externer Lehrkräfte und für die Ausbildung von Fachlehrern/Fachlehrerinnen für den Brand- und Katastrophenschutz.

Zu 03 26/428 01, 428 11 und 428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 26/428 21

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

Zu 03 26/428 41

Überstundenentgelte für Arbeitnehmer (insbesondere für Rufbereitschaften).

Zu 03 26/443 16

Ausgaben zum Vollzug des Arbeitssicherheitsgesetzes.

Zu 03 26/453 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	60,0	60,0
2. Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0
Zusammen	<u>85,0</u>	<u>85,0</u>

Zu 03 26/459 11

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 03 02 Tit. 459 11.

Zu 03 26/511 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	80,0	80,0
2. Bücher und Zeitschriften	20,0	20,0
3. Kommunikation	85,0	85,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	30,0	30,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	40,0	40,0
6. Sonstiges	5,0	5,0
Zusammen	<u>260,0</u>	<u>260,0</u>

Zu 03 26/514 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	90,0	90,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	120,0	120,0
Zusammen	<u>210,0</u>	<u>210,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	210,0	210,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen (Kap. 03 26 Tit. 811 01)	1.500,0	1.550,0
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	<u>1.710,0</u>	<u>1.760,0</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2012	davon geleast/ gemietet
	2013	2014	2012	gesamt	
Feuerwehrfahrzeuge und sonstige Dienstfahrzeuge	84	86	83	81	-
Anhänger	38	38	38	36	-
Boote	8	8	8	8	-

Zur Erhöhung der Sollzahlen der Fahrzeuge vgl. die bei Titel 811 01 erläuterten Erstbeschaffungen.

Zu 03 26/514 11

Dienstkleidungszuschüsse für durchschnittlich 140 Empfänger sowie Dienst- und Schutzkleidung für Bedienstete, Lehrgangsteilnehmer und Küchenpersonal.

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
514 22-2	044	Verpflegung	250,0	250,0	A	220,0
					B	233,6
					C	219,1
517 01-4	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	650,0	650,0	A	510,0
					B	604,3
					C	526,8
517 05-0	044	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	650,0	650,0	A	635,0
					B	600,2
					C	611,9
517 31-8	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-4	044	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 11-1	044	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	145,0	145,0	A	65,0
					B	77,0
					C	74,0
518 31-7	044	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-2	044	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	1.700,0	1.700,0	A	1.700,0
					B	1.467,1
					C	1.718,1
525 01-4	044	Aus- und Fortbildung, Umschulung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 119 01 und 232 01.</i>	705,0	705,0	A	510,0
					B	240,3
					C	245,2
526 01-3	044	Gerichts- und ähnliche Kosten	---	---	A	---
526 11-1	044	Kosten für Sachverständige	---	---	A	---
527 01-2	044	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	70,0	70,0	A	111,3
					B	34,7
					C	33,4
531 21-2	044	Herausgabe des Jahrbuches für Brand- und Katastrophenschutz	10,0	10,0	A	10,0
					B	7,9
					C	8,2
532 01-5	044	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten <i>Deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
532 11-3	044	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
533 01-4	044	Feuerwehr-Leistungsabzeichen	80,0	80,0	A	80,0
					B	9,8
					C	121,3
546 49-3	044	Vermischte Verwaltungsausgaben	35,0	35,0	A	18,0
					B	38,0
					C	31,8
<u>547 01-8</u>	044	Sachaufwand im Bereich der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) für Einsatzkräfte	20,0	20,0	A	
547 03-6	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für die Feuerwehrjugend	21,0	21,0	A	21,0
					B	14,9
					C	17,0

Erläuterungen

Zu 03 26/514 22

2013 gegenüber 2012:

Mehr 30,0 Tsd. € wegen steigender Teilnehmerzahlen und gestiegener Lebensmittelpreise.

Zu 03 26/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 140,0 Tsd. € wegen höherer Kosten für die Grundstücksbewirtschaftung.

Zu 03 26/517 05

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	390,0	390,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	260,0	260,0
Zusammen	650,0	650,0

Zu 03 26/518 11

Anmietung von Fahrzeugen für Lehrfahrten und Lehrgänge sowie von Kopiergeräten.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 80,0 Tsd. € wegen Einsatzes eines Fahrsimulators für Fahrsicherheitstraining unter Einsatzbedingungen.

Zu 03 26/519 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	1.700,0	1.700,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	1.700,0	1.700,0

Zu 03 26/525 01

2013 gegenüber 2012:

Mehr 195,0 Tsd. € insbesondere wegen der Ausbildung von Nachwuchskräften, für Schulungen am Fahrsimulator und für Lehrgänge der Freiwilligen Feuerwehren, die von Dritten (z. B. Berufsfeuerwehren) durchgeführt werden.

Zu 03 26/526 01

Vertretungs- und Gerichtskosten in Rechtsstreitigkeiten.

Zu 03 26/526 11

Ausgaben für Gutachten, Dolmetscher und ähnliche Sachverständigenleistungen.

Zu 03 26/527 01

2013 gegenüber 2012:

Weniger 41,3 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 26/533 01

Feuerwehr-Leistungsabzeichen für die Teilnahme

- an der Leistungsprüfung "Die Gruppe im Löscheinsatz",
- an der Leistungsprüfung "Die Gruppe im technischen Hilfeleistungseinsatz" und
- an der Jugendleistungsprüfung.

Zu 03 26/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 17,0 Tsd. € aufgrund der Ausweitung des Schulungsbetriebs.

Zu 03 26/547 01

Sachaufwand im Bereich der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) für Einsatzkräfte (Supervision, Fortbildungsmaßnahmen, Qualitätssicherung, Kennzeichnung).

Zu 03 26/547 03

Wissenstest für die Feuerwehrjugend, Informationsmaterial für die Jugendwarte und sonstige Maßnahmen zur Nachwuchswerbung der Feuerwehren.

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
671 01-6	044	Erstattungen an Lehrgangsteilnehmer	400,0	400,0	A	330,0
					B	334,5
					C	324,3
		Baumaßnahmen				
701 01-0	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	1.150,0	1.150,0	A	---
					B	564,5
					C	78,7
710 00-0	044	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 26 Tit. 710 01, 740 02 und 745 01 der Anlage S.</i>	---	---	A	---
					B	472,6
					C	2.036,1
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-7	044	Erwerb von Dienstfahrzeugen	1.500,0	1.550,0	A	1.580,0
					B	570,9
					C	334,5

Erläuterungen

Zu 03 26/671 01

Kosten der An- und Rückreise der von den Freiwilligen Feuerwehren entsandten Lehrgangsteilnehmer.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 70,0 Tsd. € wegen höherer Teilnehmerzahlen und höherer Fahrtkosten.

Zu 03 26/701 01

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
Staatliche Feuerwehrsule Geretsried		
- Neubau einer Chemieübungsanlage mit Chemiebrandstelle	350,0	300,0
- Neubau eines Übungsgebäudes "Wohn- und Geschäftshaus"	500,0	450,0
- Sanierung der technischen Infrastruktur	300,0	400,0
Zusammen	1.150,0	1.150,0

Zu 03 26/811 01

2013	Tsd. €
1. Erstbeschaffung	
<u>Schule Geretsried</u>	200,0
1 Wechselladerfahrzeug	
2. Ersatzbeschaffung	
<u>Schule Geretsried:</u>	
1 Rüstwagen RW2	350,0
<u>Schule Regensburg</u>	
1 Drehleiter	450,0
<u>Schule Würzburg</u>	
1 Rüstwagen RW2	350,0
1 Abrollbehälter	100,0
1 Kommandowagen	50,0
Zusammen	1.500,0

2013 gegenüber 2012:

Weniger 80,0 Tsd. € nach dem tatsächlichen Bedarf.

2014

1. Erstbeschaffung	
<u>Schule Geretsried:</u>	
1 Wechselladefahrzeug	40,0
<u>Schule Würzburg</u>	
Staffelöschfahrzeug	200,0
2. Ersatzbeschaffung	
<u>Schule Geretsried:</u>	
1 Mehrwegfahrzeug	80,0
1 Löschfahrzeug LF 10	250,0
1 Unimog	80,0
<u>Schule Regensburg</u>	
1 Bus gebraucht	200,0
1 Löschfahrzeug LF 10	250,0
1 Traktor	50,0
1 Mehrzweckboot	100,0
<u>Schule Würzburg</u>	
1 Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF-W)	100,0
1 Bus gebraucht	200,0
Zusammen	1.550,0

2014 gegenüber 2013:

Mehr 50,0 Tsd. € im Hinblick auf die vorgesehenen Beschaffungen.

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
812 01-6	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	600,0	600,0	A	420,0
					B	403,8
					C	667,0
812 02-5	044	Beschaffung von mobilen Brandübungsanlagen	---	---	A	---
					B	37,1
					C	2,0
821 01-5	044	Erwerb von Grundstücken <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-3	044	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	813,9	813,9	A	320,1
					B	403,5
					C	348,3
514 99-0	044	Verbrauchsmittel	25,0	25,0	A	25,0
					B	14,6
					C	6,8
518 99-6	044	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	5,6	5,6	A	---
					B	6,4
					C	7,9
525 99-7	044	Aus- und Fortbildung	42,0	42,0	A	30,0
					B	26,4
					C	20,4
<u>526 99-6</u>	044	Ausgaben für Sachverständige	9,0	---	A	
534 99-6	044	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	20,0	10,0	A	75,0
					B	5,8

Erläuterungen

Zu 03 26/812 01

2013	Tsd. €
1. <u>Schule Geretsried:</u> Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände	250,0
2. <u>Schule Regensburg:</u> Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände	150,0
3. <u>Schule Würzburg:</u> Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände	200,0
Zusammen	<u>600,0</u>

2013 gegenüber 2012:

Mehr 180,0 Tsd. € wegen eines erweiterten Schulbetriebs und notwendiger Ersatzbeschaffungen.

2014

1. <u>Schule Geretsried:</u> Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände	320,0
2. <u>Schule Regensburg:</u> Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände	80,0
3. <u>Schule Würzburg:</u> Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände im Rahmen der Schulerweiterung	200,0
Zusammen	<u>600,0</u>

Zu 03 26/99

Veranschlagung der Ausgaben für IuK der Staatlichen Feuerwehrschiulen.

Die IuK-Ausstattung dient dem Schulungsbereich (Ausbildung der Disponenten von Integrierten Leitstellen, Feuerwehrendienstleistenden der Freiwilligen Feuerwehren, Pflichtfeuerwehren und Werkfeuerwehren sowie besonderer Führungsdienstgrade im Brandschutz und im technischen Hilfsdienst) sowie der Unterstützung des Dienstbetriebs.

Personal im Kap. 03 26, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2012	Stellen 2013	Stellen 2014
Plan-Beamte			
A 12	0,9	-	-
A 11	1,0	1,0	1,0
A 9	0,3	0,3	0,3
Summe	<u>2,2</u>	<u>1,3</u>	<u>1,3</u>
Arbeitnehmer			
E 9	1,3	5,3	5,3
Insgesamt	<u>3,5</u>	<u>6,6</u>	<u>6,6</u>

Zu 03 26/511 99

	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	108,0	108,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	14,5	14,5
3. Wartung und Mieten	187,9	187,9
4. Betriebskosten Testplattform der ILLS	501,0	501,0
5. Bücher und Zeitschriften	0,5	0,5
6. Sonstiges	2,0	2,0
Zusammen	<u>813,9</u>	<u>813,9</u>

2013 gegenüber 2012:

Mehr 493,8 Tsd. € wegen laufender Betriebskosten der Testplattform für die Einsatzsoftware ELDIS III BY im Digitalfunk.

Zu 03 26/525 99

Schulungsmaßnahmen für das DV-Personal.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 12,0 Tsd. € wegen eines erhöhten Schulungsbedarfs für das DV-Personal.

Zu 03 26/526 99

Sicherheitsüberprüfung der Web-Angebote alle 3 Jahre (2013 erstmalig, Web-TÜV).

Zu 03 26/534 99

2013 gegenüber 2012:

Weniger 55,0 Tsd. € da keine aktuellen Softwareentwicklungen anstehen.

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
815 99-6	044	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 24 Tit. 812 88 und 812 89. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 19,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 19,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.581,0	473,0	A	246,0
					B	81,6
					C	67,8
		Summe der Titelgruppe	2.496,5	1.369,5	A	696,1
					B	538,4
					C	451,2
		Gesamtausgaben	20.172,8	19.392,1	A	15.483,0
					B	12.817,1
					C	13.872,8
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	380,0	380,0	A	396,0
					B	442,7
					C	447,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	500,0	500,0	A	450,0
					B	559,2
					C	629,7
		Gesamteinnahmen	880,0	880,0	A	846,0
					B	1.001,9
					C	1.077,2
		Personalausgaben	8.810,3	9.106,6	A	7.706,6
					B	5.898,1
					C	5.740,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	6.131,5	6.112,5	A	5.200,4
					B	4.454,0
					C	4.621,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	400,0	400,0	A	330,0
					B	334,5
					C	324,3
		Baumaßnahmen	1.150,0	1.150,0	A	-
					B	1.037,1
					C	2.114,8
		Sonstige Sachinvestitionen	3.681,0	2.623,0	A	2.246,0
					B	1.093,5
					C	1.071,3
		Gesamtausgaben	20.172,8	19.392,1	A	15.483,0
					B	12.817,1
					C	13.872,8
		Zuschuss	19.292,8	18.512,1	A	14.637,0
					B	11.815,2
					C	12.795,6

Erläuterungen

Zu 03 26/815 99

2013 gegenüber 2012:

Mehr 1.335,0 Tsd. € insbesondere wegen der Erneuerung der luK-Technik der Lehrleitstelle (Feuerwehranteil) und Anpassung an den Digitalfunk.

2014 gegenüber 2013:

Weniger 1.108,0 Tsd. € insbesondere wegen Abschluss der Erneuerung der luK-Technik der Lehrleitstelle (Feuerwehranteil).

Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
			Tsd. €			
Abschluss Epl. 03A						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	427.823,6	427.906,1	A	415.416,0
					B	442.505,0
					C	432.222,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	22.707,0	14.271,7	A	2.755,2
					B	68.622,1
					C	8.709,8
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	28.557,0	29.568,0	A	27.753,6
					B	31.558,3
					C	32.452,4
		Gesamteinnahmen	479.087,6	471.745,8	A	445.924,8
					B	542.685,4
					C	473.384,5
		Personalausgaben	3.162.724,9	3.238.201,4	A	3.049.415,9
					B	2.895.063,4
					C	2.837.737,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	360.619,1	370.102,5	A	315.400,8
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	40.066,0		B	311.289,7
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	26.214,9		C	296.951,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	55.839,5	51.420,7	A	25.137,6
					B	46.968,2
					C	40.784,0
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	25.971,0			
		Baumaßnahmen	102.723,6	79.933,8	A	69.647,1
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	51.100,0		B	113.336,4
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	53.465,0		C	74.051,7
		Sonstige Sachinvestitionen	78.666,4	75.539,6	A	62.110,3
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	35.997,2		B	47.124,6
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	26.734,2		C	97.921,9
		Investitionsförderungsmaßnahmen	88.145,9	98.902,8	A	71.289,9
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	54.119,9		B	40.636,6
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	39.800,0		C	47.638,6
		Besondere Finanzierungsausgaben	-3.637,1	-3.577,9	A	-4.572,8
					B	5.862,8
					C	16.292,8
		Gesamtausgaben	3.845.082,3	3.910.522,9	A	3.588.428,8
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	207.254,1		B	3.460.281,6
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	146.214,1		C	3.411.377,5
		Zuschuss	3.365.994,7	3.438.777,1	A	3.142.504,0
					B	2.917.596,3
					C	2.937.993,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2013		2014	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
03 01					
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	270,2	87,0	312,3	241,0
03 02					
547 07	Sächliche Verwaltungsausgaben für E-Government-Maßnahmen	2.335,7	1.300,0	2.255,9	-
702 01	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	2.000,0	1.500,0	2.000,0	1.500,0
03 03					
	86 Förderung der Erstausrüstung mit Digitalfunk-Endgeräten (zzgl. Zubehör) und nutzerseitige Kosten bei nichtstaatlichen BOS				
547 86	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	300,0	16.250,0	750,0	-
637 86	Zuweisungen an Zweckverbände	494,0	25.971,0	1.235,0	-
883 86	Zuschüsse zur Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren	21.200,0	10.400,0	23.500,0	-
894 86	Zuschüsse zur Erstausrüstung des Rettungsdienstes und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen	1.800,0	1.600,0	3.500,0	-
03 05					
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	86,1	25,0	99,6	25,0
03 06					
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	290,3	171,2	352,2	175,9
03 07					
532 11	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	57,9	150,0	200,0	150,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	400,0	390,0	400,0	150,0
	60 Rechenzentrum Süd				
511 60	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	13.220,7	1.000,0	13.083,4	5.400,0
526 60	Ausgaben für Sachverständige	2.975,2	800,0	2.940,3	800,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2013		2014	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
03 07					
535 60	Miete für Software	425,2	370,0	425,2	370,0
815 60	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	5.441,6	4.000,0	5.315,7	1.500,0
	92 Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus				
526 92	Ausgaben für Sachverständige	532,2	250,0	278,9	-
815 92	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	251,6	300,0	405,3	150,0
	96 eGovernment - Behördennetz Bayern				
511 96	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation	2.463,1	450,0	2.479,1	450,0
526 96	Kosten für Sachverständige	186,8	150,0	186,8	150,0
815 96	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	1.155,0	300,0	1.136,5	300,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	770,7	170,0	864,7	180,0
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	279,4	250,0	279,4	250,0
526 99	Ausgaben für Sachverständige	885,3	435,0	822,1	435,0
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	389,4	200,0	342,1	200,0
03 08					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	730,0	-	785,0	365,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.098,4	47,3	1.008,0	52,9
514 99	Verbrauchsmittel	247,4	30,0	249,5	30,0
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	140,0	466,7	140,0	-
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	1.600,6	761,1	1.586,3	1.138,3

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2013		2014	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
03 15					
812 01	Erwerb von Geräten, Einrichtungen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	460,0	138,9	460,0	-
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	450,5	417,0	450,5	417,0
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	269,1	85,0	269,1	85,0
03 17					
511 22	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	450,0	50,0	450,0	50,0
518 18	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	284,0	180,0	284,0	180,0
811 01	Erwerb von Dienstfahrzeugen	550,0	500,0	550,0	500,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.000,0	500,0	1.000,0	500,0
	96 Betrieb, Instandhaltung, Überwachung, Erweiterung und Verlegung von polizeieigenen Kommunikationssystemen				
812 96	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	300,0	100,0	300,0	100,0
	97 Kosten der Telekommunikation				
812 97	Erwerb von Hard- und Software	1.350,0	300,0	1.350,0	300,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	8.000,0	2.200,0	8.000,0	2.200,0
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	4.750,0	700,0	4.750,0	700,0
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	5.582,7	3.400,0	5.636,8	3.400,0
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	6.000,0	5.000,0	6.000,0	5.000,0
03 18					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	12.000,0	5.000,0	12.000,0	5.000,0
518 18	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	9.000,0	6.000,0	9.327,4	6.000,0
811 01	Erwerb von Dienstfahrzeugen	6.624,5	10.000,0	3.124,5	10.000,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2013		2014	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
03 18					
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	5.160,0	7.000,0	5.770,0	2.000,0
	81 Bekämpfung der Terror-, Gewalt- und Organisierten Kriminalität				
811 81	Anschaffung von Dienstfahrzeugen	850,0	1.000,0	850,0	500,0
812 81	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.100,0	1.500,0	1.100,0	500,0
	97 Kosten der Telekommunikation und des Notrufs 110				
812 97	Erwerb von Hard- und Software	2.500,0	600,0	2.500,0	600,0
	98 Kosten der Funkkommunikation				
812 98	Erwerb von Hard- und Software	950,0	100,0	950,0	100,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	3.500,0	500,0	3.500,0	500,0
03 20					
811 01	Erwerb von Dienstfahrzeugen	1.200,0	1.500,0	1.200,0	1.500,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	1.200,0	500,0	1.200,0	500,0
	97 Kosten der Telekommunikation				
812 97	Erwerb von Hard- und Software	180,0	50,0	180,0	50,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	230,0	50,0	230,0	50,0
03 21					
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	120,0	50,0	120,0	50,0
03 23					
883 01	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä.	31.835,9	20.000,0	32.969,1	20.000,0
883 02	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern	16.000,0	12.800,0	16.000,0	12.800,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2013		2014	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
03 24					
894 01	Leistungen gem. Art. 33 BayRDG	5.437,6	5.546,2	5.621,3	4.000,0
894 02	Zuschuss zum Ausbau des Bergwacht-Zentrums für Sicherheit und Ausbildung	1.542,5	1.897,5	1.702,5	-
	88 - 89 Einheitliche Notrufnummer 112 für Feuerwehr und Rettungsdienst				
812 89	Folgeanschaffungen für die Lehrleitstelle einschließlich Verbesserung der Software der Lehrleitstelle und der Integrierten Leitstellen	918,9	270,0	333,3	-
883 88	Zuschüsse für Erstinvestitionen (Technik), bauliche Anpassungen und Neubauinvestitionen im Bereich Feuerwehr	---	396,2	---	-
887 88	Erstattung der Erstinvestitionen (Technik) im Bereich Rettungsdienst	2.680,9	1.000,0	2.680,9	1.000,0
887 89	Leistungen gem. Art. 7 Abs. 1 und 2 Satz 2 ILSG (Folgeanschaffungen nach Ersterrichtung)	1.560,0	480,0	1.560,0	2.000,0
03 26					
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	1.581,0	19,0	473,0	19,0
Epl. 03A					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. € je Maßnahme (Anlage S)	55.235,7	49.600,0	54.000,0	51.600,0
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		207.254,1		146.214,1

Sondervermögen

im Sinne des Art. 26 Abs. 2 BayHO

Kapitel 80 47 Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes

(zu Kapitel 03 24)

Epl. 03A - Anlage B (Sondervermögen)
Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kapitel 03 24)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
80 47						
		Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.				
119 49-4	045	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0	A	10,0
					B	57,4
					C	33,0
162 01-6	045	Zinserträge aus der Rücklage	60,0	60,0	A	25,0
					B	147,4
					C	132,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-3	045	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	75,0	75,0	A	75,0
					B	166,6
					C	140,2
233 01-1	045	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte	810,0	810,0	A	810,0
					B	810,0
					C	810,0
271 01-4	045	Erstattungen von der EU	---	---	A	---
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
332 01-1	851	Zuführungen des Freistaates Bayern	4.110,0	4.175,0	A	3.675,0
					B	3.675,0
					C	3.675,0
356 02-1	851	Entnahme aus der Rücklage für Zwecke des Art. 12 Abs.2 Nr. 1 BayKSG	---	---	A	---
					B	324,3
					C	831,3
356 03-0	851	Entnahme aus der Rücklage für Zwecke des Art. 12 Abs. 2 Nr. 2 BayKSG	---	---	A	---
		Gesamteinnahmen	5.065,0	5.130,0	A	4.595,0
					B	5.180,7
					C	5.621,5

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 80 47

Der Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes ist ein staatliches Sondervermögen (Art. 26 Abs. 2 BayHO). Er wird gemäß Art. 12 Abs. 3 des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG) vom 24.07.1996 (GVBl S. 282), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.07.2009 (GVBl S. 392), zu zwei Dritteln aus dem Staatshaushalt (Kap. 03 24 Titel 614 01) und zu einem Drittel durch Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte gespeist. Daneben werden im Rahmen des Investitionsprogramms im Katastrophenschutz für Beschaffungs- und Fördermaßnahmen in 2013 2.490,0 Tsd. € und in 2014 2.555,0 Tsd. € aus dem Staatshaushalt zugeführt (Kap. 03 24 Tit. 614 01).

Nach Art. 12 Abs. 2 BayKSG können aus dem Fonds

- Aufwendungen der Katastrophenschutzbehörden und der zur Katastrophenhilfe Verpflichteten für Maßnahmen zur Vorbereitung der Katastrophenabwehr gefördert werden;
- den Katastrophenschutzbehörden und den zur Katastrophenhilfe Verpflichteten für Maßnahmen, die der Abwehr einer Katastrophe dienen, Zuschüsse gewährt werden, um unzumutbare Belastungen des Trägers der Aufwendungen abzuwenden, wenn dies nicht durch Inanspruchnahme anderer Leistungen möglich ist.

Zu 80 47/119 49

Erstattungen Dritter für Leistungen aus dem Katastrophenschutzfonds.

Zu 80 47/162 01

Zinserträge der Rücklage, die dieser wieder zugeführt werden (vgl. Tit. 919 01).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 35,0 Tsd. € wegen höherer Zinserträge.

Zu 80 47/231 01

Anteilige Erstattung des Bundes für Ausbildungsmaßnahmen.

Zu 80 47/233 01

Beiträge der Kommunen nach Art. 12 Abs. 3 und 4 BayKSG in Verbindung mit der Katastrophenschutzverordnung.

Zu 80 47/271 01

Rückerstattungen an die EU werden bei Tit. 671 01 nachgewiesen.

Zu 80 47/332 01

Beiträge des Staates (Kap. 03 24 Tit. 614 01)

	2013	2014
	Tsd. €	Tsd. €
1. nach Art. 12 Abs. 3 und 4 BayKSG und Katastrophenschutzfondsverordnung	1.620,0	1.620,0
2. zur Umsetzung des Investitionsprogramms im Katastrophenschutz	2.490,0	2.555,0
Zusammen	4.110,0	4.175,0

2013 gegenüber 2012:

Mehr 435,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 65,0 Tsd. € aufgrund Erhöhung der Zuweisung an den Fonds für das Investitionsprogramm im Katastrophenschutz.

Epl. 03A - Anlage B (Sondervermögen)
Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kapitel 03 24)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
80 47						
		Ausgaben				
		Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei HGr. 1 bis HGr. 3. Titel der HGr. 5 bis HGr. 8 gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk bei Tit. 919 01.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
525 01-8	045	Lehrgänge im Katastrophenschutz	330,0	330,0	A	350,0
					B	289,7
					C	322,5
547 01-2	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	620,0	620,0	A	616,0
					B	694,0
					C	670,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
633 01-7	045	Zuweisungen an Gemeinden und andere zur Katastrophenhilfe Verpflichtete	600,0	600,0	A	600,0
					C	70,6
671 01-0	045	Erstattung von Einsatzkosten	50,0	50,0	A	50,0
					B	65,9
					C	71,9
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-1	045	Beschaffung von Einsatzfahrzeugen	1.710,0	1.600,0	A	1.700,0
					B	2.667,3
					C	2.660,6
812 01-0	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.353,0	1.308,0	A	582,0
					B	277,0
					C	555,2
		Investitionsförderungsmaßnahmen				
883 01-4	045	Zuweisungen an Gemeinden und andere zur Katastrophenhilfe Verpflichtete für Investitionen	342,0	562,0	A	672,0
					B	1.039,5
					C	1.138,4
		Besondere Finanzierungsausgaben				
919 01-2	851	Ansammlung einer Rücklage für Zwecke des Art. 12 BayKSG <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der HGr. 5 bis 8.</i>	60,0	60,0	A	25,0
					B	147,4
					C	132,1
		Gesamtausgaben	5.065,0	5.130,0	A	4.595,0
					B	5.180,7
					C	5.621,5

Erläuterungen

Zu 80 47/525 01

Ausbildungsmaßnahmen sowie Lehrgänge im Aufgabenbereich Katastrophenschutz an der Staatlichen Feuerwehrscheule Geretsried.

2013 gegenüber 2012:

Weniger 20,0 Tsd. € wegen Wegfall der Lehrgänge Organisatorischer Leiter.

Zu 80 47/547 01

Personal- und Sachaufwendungen für die Wartung und Instandhaltung von staatseigenen Geräten, Materialien, Verbrauchsstoffen und Ausrüstungsgegenständen für den Katastrophenschutz, ferner Mieten und Lagerkosten sowie Verrechnungen des Rechenzentrums Süd nach Art. 61 Abs. 3 und 4 BayHO für den Betrieb des Einsatz-Protokoll-Systems EPSweb (2013: 49,5 Tsd. €, 2014: 54,8 Tsd. €).

Einsatzkosten werden nur aus Titel 633 01 und 671 01 bestritten oder erstattet.

Zu 80 47/633 01

Ausgleich von Aufwendungen bei Katastropheneinsätzen, um unzumutbare Aufwendungen des Trägers der Aufwendungen abzuwenden, wenn dies nicht durch Inanspruchnahme anderer Leistungen möglich ist (Art. 12 Abs. 2 Nr. 2 BayKSG). Der Bedarf für Erstattungen an die Hilfsorganisationen zum Ausgleich der Mehraufwendungen infolge des Freistellungs- und Lohnfortzahlungsanspruchs der Helfer bei der Mitwirkung zur Katastrophenhilfe (im Mehrjahresdurchschnitt ca. 500,0 Tsd. €/Jahr) ist berücksichtigt.

Zu 80 47/671 01

Zur Erstattung von Einsatzkosten im abwehrenden Katastrophenschutz, die durch Anordnungen des Ministeriums oder der Regierungen entstanden sind.

Bei diesem Titel werden auch etwaige Rückerstattungen von Überzahlungen an die EU nachgewiesen (vgl. Tit. 271 01).

Zu 80 47/811 01

2014 gegenüber 2013:

Weniger 110,0 Tsd. € entsprechend der vorgesehenen Beschaffungsmaßnahmen (Einsatzfahrzeuge) aus dem Investitionsprogramm im Katastrophenschutz.

Zu 80 47/812 01

Maßnahmen zur Beschaffung von Großgeräten (auch EDV-Anlagen) und Ausrüstungsgegenständen für Katastrophenfälle einschließlich Beschaffungen aus dem Investitionsprogramm im Katastrophenschutz (insbesondere Wasserförderkomponenten und ABC-Messausstattung). Die im Eigentum des Staates verbleibenden Gegenstände werden an Dienststellen und Organisationen ausgegeben, die in Katastrophenfällen mit den Geräten und Ausrüstungsgegenständen eingesetzt werden (Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG).

2013 gegenüber 2012:

Mehr 771,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Weniger 45,0 Tsd. € entsprechend der vorgesehenen Beschaffungsmaßnahmen aus dem Investitionsprogramm im Katastrophenschutz.

Zu 80 47/883 01

Staatliche Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände und an die zur Katastrophenhilfe Verpflichteten für vorbeugende Maßnahmen (Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG) sowie Zuwendungen aus dem Investitionsprogramm im Katastrophenschutz (insbesondere Mehrzweckboote und Ölwehrausstattung).

2013 gegenüber 2012:

Weniger 330,0 Tsd. €,

2014 gegenüber 2013:

Mehr 220,0 Tsd. € nach Maßgabe der vorgesehenen Zuwendungen.

Zu 80 47/919 01

Mit der Rücklage für Katastrophenfälle soll ein finanzieller Rückhalt geschaffen werden, um bei Katastrophen die höheren Einsatzkosten der Kommunen und der zur Katastrophenhilfe Verpflichteten abzudecken. In der Rücklage soll ein Betrag von mindestens 1.500,0 Tsd. € bereitgehalten werden; daraus werden im Bedarfsfall Verstärkungsmittel bereitgestellt. Darüber hinaus sind in dringenden Fällen auch weitere Entnahmen für Zwecke des Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG (vorbeugender Katastrophenschutz) zulässig, sofern im Zeitpunkt der Entnahme dadurch der Rücklagenbetrag von 1.500,0 Tsd. € nicht unterschritten wird.

Die im Jahr der Veranschlagung nicht verbrauchten Mittel werden der Rücklage zugeführt.

Stand der Rücklage am 31.12.2011: 9.543,0 Tsd. €. Nach Entnahmen aus der Rücklage wegen eingegangener Verpflichtungen in Programmen aus den Haushaltsjahren 2010 bis 2012 sowie zuzüglich nicht verausgabter Mittel bei Titel 633 01 aus 2010 und 2011 von insgesamt 1.130,0 Tsd. € ergibt sich Ende 2012 eine Rücklage von ca. 3.267,0 Tsd. €.

Epl. 03A - Anlage B (Sondervermögen)
Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kapitel 03 24)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
80 47		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	70,0	70,0	A	35,0
					B	204,9
					C	165,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	885,0	885,0	A	885,0
					B	976,6
					C	950,2
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	4.110,0	4.175,0	A	3.675,0
					B	3.999,3
					C	4.506,3
		Gesamteinnahmen	5.065,0	5.130,0	A	4.595,0
					B	5.180,7
					C	5.621,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	950,0	950,0	A	966,0
					B	983,6
					C	992,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	650,0	650,0	A	650,0
					B	65,9
					C	142,5
		Sonstige Sachinvestitionen	3.063,0	2.908,0	A	2.282,0
					B	2.944,3
					C	3.215,8
		Investitionsförderungsmaßnahmen	342,0	562,0	A	672,0
					B	1.039,5
					C	1.138,4
		Besondere Finanzierungsausgaben	60,0	60,0	A	25,0
					B	147,4
					C	132,1
		Gesamtausgaben	5.065,0	5.130,0	A	4.595,0
					B	5.180,7
					C	5.621,5
		Zuschuss	-	-	A	-
					B	-
					C	-

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 1.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 03 A

1. Gesamtdarstellung

		festgesetzte Baukosten Mio. €	davon bis 31.12.2011 verausgabt Mio. €
Festgesetzte Baumaßnahmen	50	683,6	445,6
<i>davon wegfallend ab 2013</i>	-		
<i>wegfallend ab 2014</i>	7	108,9	106,1
Planungstitel	22		
<i>davon neu aufgenommen</i>	10		

2012 standen 50,4 Mio. € zuzüglich 7,0 Mio. € aus Grundstockmitteln für die Maßnahmen zur Bereitstellung eines Dienstgebäudes zur Neuunterbringung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung mit Rechenzentrum-Süd in der St.-Martin-Straße in München zur Verfügung.

Darüber hinaus standen Verstärkungsmittel (Kap. 13 03 Tit. 710 01) i.H.v. 20,0 Mio. € zur Verfügung.

2. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Verstärkung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 1 Mio. € wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
03 01		Ministerium				
710 01-2	011	Sanierung und Verbesserung der Leitungssysteme einschl. der Heizanlage, der Fenster sowie Schaffung eines neuen Treppenhauses und Überdachung des Odeons im Dienstgebäude des Staatsministeriums des Innern <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.000,0	A B C	200,0 116,5 263,8
710 05-8	011	Unterbringung von Teilen des Staatsministeriums des Innern nach Aufgabe von Mietobjekten - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 6.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	6.000,0	A C	300,0 293,4
		Summe Kapitel 03 01	4.500,0	7.000,0	A B C	500,0 116,5 557,3
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 7.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 4.000,0				
03 06		Verwaltungsgerichte				
<u>730 01-7</u>	051	Generalsanierung des Dienstgebäudes des Bayer. Verwaltungsgerichts Ansbach - Planung -	170,0	390,0	A	
		Zugleich Summe Kapitel 03 06				
03 07		Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung				
710 15-3	014	Maßnahmen zur Bereitstellung eines Dienstgebäudes zur Neuunterbringung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung mit Rechenzentrum-Süd - z. T. Planung - <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 13 04/356 14.</i>	1.235,7	---	A B C	7.000,0 24.217,4 14.843,5

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
08.06.2007 24.08.2012	35.065,3	29.892,4	-	- Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die letzte Teilbaumaßnahme (Erneuerung bzw. Sanierung der Fenster im staatseigenen Dienstgebäude) am 24.10.2012 genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen soll die Planung abgerechnet und mit der Erneuerung bzw. Sanierung der Fenster begonnen werden.
-	-	-	-	- Das Staatsministerium des Innern ist derzeit in den staatseigenen Gebäuden Odeonsplatz 3, Wittelsbacherplatz 6 und Briener Straße 4, untergebracht. Angemietet sind die Gebäude Ludwigstraße 7 und 9 sowie Odeonsplatz 1. Die Ludwigstraße 7 und 9 soll aufgegeben und anstelle dessen ein Neubau eines Dienstgebäudes auf dem Parkplatz der OBB errichtet werden. Mit den veranschlagten Beträgen soll vorbehaltlich der Genehmigung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags mit der Maßnahme begonnen werden.
-	-	-	-	- Das Dienstgebäude des Bayer. Verwaltungsgerichts Ansbach stammt zum Teil aus dem 18. Jahrhundert, der Westflügel wurde in den Jahren 1971/1972 errichtet. Der bauliche Zustand des Gebäudes macht eine Generalsanierung notwendig. Vorgesehen sind insbesondere die statische Sanierung aus Gründen der Verkehrssicherheit, die Umsetzung des Sicherheitskonzepts, technische und energetische Sanierung und allgemeiner Substanzerhalt in allen Gebäudeteilen. Die Baukosten werden überschlägig auf rd. 7,8 Mio. € geschätzt.
18.08.2011	50.700,0	42.464,3	-	- Das derzeitige Dienstgebäude des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung in München, Neuhauser Straße 8,10 soll aus räumlichen und fachlichen Gründen veräußert werden. Für Zwecke des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung mit Rechenzentrum Süd ist deshalb in München, St.-Martin-Straße ein Gebäude erworben und bedarfsgerecht umgebaut worden. Die nötigen Baumittel wurden aus Grundstocksmitteln bereitgestellt. Die Maßnahme wird abgerechnet.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
03 07						
730 01-5	014	Unterbringung von Teilen des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung in Fürth - z. T. Planung - <i>Grundstockfinanziert 2013.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.000,0	7.000,0	A	7.000,0
					B	758,6
		Summe Kapitel 03 07	8.235,7	7.000,0	A	14.000,0
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 7.000,0			B	24.976,1
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 7.000,0			C	14.843,5
03 08		Regierungen				
710 03-5	012	Regierung von Oberbayern Erneuerung der Beleuchtung, Renovierung der Fassade, Ausbau und Erneuerung des Telefon-, Datenverarbeitungs- und Stromnetzes	---	---	A	---
					B	99,7
					C	260,7
710 10-6	012	Generalsanierung des Dienstgebäudes der Regierung von Oberbayern, Neubau einer Kantine im Innenhof mit Besprechungszentrum, Tiefgarage und Registraturflächen sowie Schaffung einer Kinderkrippe - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	400,0	A	---
					B	399,8
					C	86,1
740 01-1	012	Generalsanierung des Dienstgebäudes der Regierung von Unterfranken, Würzburg - z. T. Planung -	200,0	200,0	A	---
					B	201,9
					C	39,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
03.11.2011	20.650,0	758,6	-	Der Ministerrat hat in seiner Klausurtagung am 20./21.11.2009 eine Teilverlagerung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth beschlossen. In einem ersten Schritt wurde der für die Durchführung des Zensus erforderliche Personalaufwuchs im Umfang von ca. 200 Arbeitsplätzen in Fürth aufgebaut. Zur Unterbringung wurde ein Teil des Gebäudes in Fürth, Nürnberger Straße 51-95/Finkenstraße 3 (ehemalige Quelle-Hauptverwaltung) angemietet. Dieses Gebäude wurde zwischenzeitlich erworben. Ab 2013 soll schrittweise aber zügig die endgültige Verlagerung von Teilen des Landesamts nach Fürth erfolgen. Hierzu wurde bereits jetzt im Rahmen eines 1. Bauabschnitts mit der Sanierung und dem Umbau des Gebäudes mit Kosten von 20 650,0 Tsd. € begonnen. Die Gesamtkosten wurden auf rd. 37,5 Mio. € geschätzt. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 07.12.2011 den 1. Bauabschnitt genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme fortgeführt.
22.01.2003	23.163,7	22.837,9	-	Die Maßnahme umfasst die Erneuerung von Beleuchtung, Telefon-, Datenverarbeitungs- und Stromnetz sowie die Renovierung der Fassade. Des Weiteren wurden nach Auszug der Forstdirektion die Räume saniert und den heutigen Bedürfnissen angepasst. Die Maßnahmen sind fertig gestellt. Der Vortrag dient der Abwicklung.
23.05.2012	13.800,0	485,9	12.914,1	Die denkmalgeschützte Fassade beim Dienstgebäude der Regierung von Oberbayern, Maximilianstraße 39, wurde 2009 planmäßig fertig gestellt. Hauptziel der Generalsanierung des Dienstgebäudes der Regierung von Oberbayern sind nunmehr die dahinterliegenden Gebäudekomplexe und deren Räumlichkeiten, die sich noch im ursprünglichen Zustand von vor 40 - 50 Jahren befinden. Im Zuge einer Generalsanierung soll das Dienstgebäude den Bedürfnissen eines modernen, effizienten Verwaltungsgebäudes angepasst werden. Es wurde ein Sanierungskonzept entwickelt, welches einzelne Bauabschnitte enthält, die geordnet nach Prioritäten und vom Dienstablauf und Bauablauf her wirtschaftlich sinnvoll und technisch machbar sind. Im Zuge der Generalsanierung soll auch das Behelfsgebäude im Innenhof abgerissen und da die Kantine ebenfalls generalsaniert werden müsste, soll diese im Innenhof neu errichtet werden. Die Gesamtkosten werden einschl. des 1. Bauabschnitts überschlägig auf rd. 46,0 Mio. € geschätzt. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 11.07.2012 den 1. Bauabschnitt genehmigt.
07.07.2006	14.140,0	13.950,0	-	Die hier festgesetzten Gesamtbaukosten beinhalten die 1. Teilbaumaßnahme (Sanierung und Erweiterung der Leitungsnetze für die Stromversorgung und Bürokommunikation sowie die Verbesserung der Beleuchtung) sowie die 2. Teilbaumaßnahme (Sanierung bzw. Erneuerung der Heiz- und Sanitäranlagen, der Fenster, der Fassade, der Kantine, des Kanalsystems und der Außenanlagen). Die erste und zweite Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Als 3. Teilbaumaßnahme soll abschließend die Sanierung der künstlerisch gestalteten, aber schadhafte Putzfassade erfolgen; darüber hinaus sind die Sanierung der Dächer und der Natursteinfassade sowie die Ertüchtigung des Blitzschutzes vorgesehen. Die Schätzkosten belaufen sich auf rd. 6,3 Mio. €. Die veranschlagten Beträge sind für die Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau vorgesehen.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
03 08						
745 03-4	012	Umbau des Gebäudeteils Ägidiengang des Dienstgebäudes der Regierung der Oberpfalz in Regensburg und Generalsanierung der übrigen Gebäudeteile der Regierung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	1.300,0 2.020,3 2.134,6
		Summe Kapitel 03 08	2.200,0	2.600,0	A B C	1.300,0 2.783,0 2.607,0
03 17		Landeskriminalamt				
710 05-4	042	Landeskriminalamt München Umbau des Bauteiles C in Büroräume	---	---	A	---
710 20-5	042	Landeskriminalamt München, Renovierungs- und Nachrüstmaßnahmen (insbes. Dachgeschossaufstockung, Parkdeck) bei den beiden staatseigenen Anwesen München, Barbarastraße 4	---	***	A B C	--- 2.273,7 4.955,6
710 26-9	042	Landeskriminalamt München Verbesserung der Stromversorgung mit Umstellung der Heizungsversorgung <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.872,0	1.800,0	A B	--- 107,4
		Summe Kapitel 03 17	2.872,0	1.800,0	A B C	- 2.381,1 5.008,9
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.800,0				

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
28.04.2010 16.02.2012	15.898,0	7.146,7	2.359,3	Der Regierung der Oberpfalz in Regensburg steht u.a. auch das Anwesen Ägidiengang 2 zur Verfügung. Wegen des äußerst schlechten Bauzustands und wegen des teilweisen Ausbaus kann der Gebäudeteil nur in sehr eingeschränktem Umfang sinnvoll genutzt werden. Abhilfe kann nur eine grundlegende Sanierung und Nutzbarmachung schaffen. Darüber hinaus müssen die übrigen Gebäudeteile der Regierung generalsaniert und funktionell bereinigt werden. Als 2. Teilbaumaßnahme wurde mit der Sanierung der Kantine und der Büros und Dächer im Gebäudeteil C begonnen. Die 3. Teilbaumaßnahme (Sanierung des Gebäudes E) ist fertig gestellt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Sanierung des Gebäudes E abgerechnet und die Sanierung des Gebäudes C fortgeführt.
10.06.2008	10.553,2	1.618,8	8.934,4	Nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues (Laborbau) auf dem Areal des Landeskriminalamtes ist vorgesehen, das jetzige Laborgebäude als Bürotrakt zu nutzen. Ausgelagerte Teile des Landeskriminalamtes können dort untergebracht und damit Mieten eingespart werden. Derzeit wird das mögliche Baurecht für eine Aufstockung geprüft. Aus jetziger Sicht ist aus funktionellen und wirtschaftlichen Gründen ein Abbruch des Gebäudes C und die Errichtung eines Neubaus an gleicher Stelle der Sanierung und Aufstockung vorzuziehen.
28.02.2008 22.02.2012	27.420,0	26.270,0	-	- Durch den Umzug des Bayer. Polizeiverwaltungsamts nach Straubing wurden zwei Häuser im staatseigenen Anwesen München, Barbarastraße 4 frei. Diese Gebäude werden künftig durch das Bayer. Landeskriminalamt genutzt, weil dadurch zwei Mietobjekte in München mit jährlichen Mietzahlungen von ca. 818,0 Tsd. € eingespart werden können. In den Häusern Nr. 1 und 2 im Anwesen Barbarastraße 4 sollen neben einer grundlegenden Sanierung die IuK-Anlage und die elektrischen Anlagen sowie die Heizung erneuert werden. Darüber hinaus werden die beiden Gebäude aufgestockt sowie, um die erforderliche Stellplatzzahl zu erreichen, ein Parkdeck errichtet. Die bisherigen Gesamtkosten von 26.460,0 Tsd. € haben sich aufgrund zusätzlich notwendiger Maßnahmen und Baupreiserhöhungen um 960,0 Tsd. € auf 27.420,0 Tsd. € erhöht. Der Vortrag dient der Abwicklung.
26.10.2011	7.500,0	107,4	-	- Die derzeitige Stromversorgung im Bauteil B des Bayer. Landeskriminalamts kann die betrieblich zwingend erforderliche Redundanz nicht mehr gewährleisten; eine weitere Erhöhung des Leistungsbedarfs ist praktisch nicht mehr darstellbar. Der schlechte Zustand der Stromversorgung führte in der Vergangenheit u. a. bereits zu deutlichen Beeinträchtigungen des zentralen Rechenzentrumsbetriebs der Bayer. Polizei. Die Stromversorgung des Bayer. Landeskriminalamts muss daher verbessert werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 07.12.2011 die Baumaßnahme genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
03 18		Landespolizei				
710 10-5	042	Herrichten des Gebäudes Nr. 2 im Areal der ehemaligen McGraw-Kaserne in München für Zwecke der Polizei - Planung -	---	---	A	---
710 11-4	042	Polizeipräsidium München, Ettstr. 2 - 4 USV-Anlagen und Leitungsnetz für Bürokommunikation und Gefahrenmeldeanlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	500,0	A B C	730,0 1.010,5 190,6
710 12-3	042	Sanierung der Kantine im Gebäude Nr. 7 der ehemaligen McGraw-Kaserne in München - Planung -	200,0	200,0	A	---
710 15-0	042	Unterbringung der Polizeiinspektion 45 (München-Pasing) auf dem staatseigenen Grundstück München, Heimbürgstraße - Planung -	---	200,0	A	---
710 16-9	042	Staatseigenes Anwesen der Landespolizei in München, Skagerrakstraße 4, Generalsanierung mit Verbindungsbau wegen Nutzungsänderung - Planung -	---	---	A B C	--- 0,9 4,1
710 20-3	042	Ersatzbau eines Verwaltungsgebäudes für die Polizeiinspektion Hundestaffel in München, Angerlohstraße 111 <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.100,0	A B C	--- 78,2 35,5

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Das Gebäude Nr. 2 im Areal der ehemaligen McGraw-Kaserne in München, Soyerrhofstraße 17, ist der Polizei zur Nutzung übertragen. Nach Generalsanierung dieses Anwesens sollen dort verschiedene Dienststellen des Polizeipräsidiums München untergebracht werden. Darüber hinaus müssen die Treppenhäuser vom Kellergeschoss bis zum 4. Obergeschoss durchgängig gemacht werden. Ferner muss die Fassade instand gesetzt werden. Darüber hinaus ist der gesamte Komplex mit Lichtwellenleitern zu verkabeln. Die Kosten für diese Maßnahme werden auf rd. 11,0 Mio. € geschätzt.
19.05.2006	9.374,9	6.089,1	1.285,8	Neben der EDV-Verkabelung müssen das Gebäude aus Sicherheitsgründen mit verschiedenen Gefahrenmeldeanlagen ausgestattet und zusätzlich notwendige Verkabelungsmaßnahmen in Verbindung mit weiteren Umbaumaßnahmen durchgeführt werden. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
-	-	-	-	- Auf Grund der Anzahl von Beschäftigten der Landespolizei und des Staatl. Hochbauamts München I auf dem Areal der ehemaligen McGraw-Kaserne reicht die Kantine im Gebäude Nr. 7 vom Umfang her nicht mehr aus. Die Küchentechnik ist verbraucht und entspricht nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen. Kühlräume stehen überhaupt keine zur Verfügung. Abhilfe kann geschaffen werden, wenn die jetzige Kantine erweitert und das Küchengerät erneuert wird. Ferner soll der neben der Kantine liegende Saal "Intern" saniert sowie Bereiche des Kellergeschosses des Gebäudes 7 in die Schadstoffentsorgung einbezogen werden. Wegen besonderer Dringlichkeit soll nun die Sanierung und der Ausbau der Lagerbereiche, die Erneuerung der technischen Anlagen und die Erneuerung der Aufzugsanlagen in einer 1. Teil-Haushaltsunterlage-Bau erfasst werden. Die Gesamtkosten für die 1. Teilbaumaßnahme werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Die Polizeiinspektion 45 (Pasing) ist derzeit in Miete unzureichend untergebracht. Es fehlen insbesondere Funktionsräume. Ein staatseigenes, baureifes Grundstück für einen Neubau steht in München, Heimbургstraße, zur Verfügung. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- In den staatseigenen Anwesen in München, Skagerakstraße 4, waren bisher die Polizeidirektion Spezialeinheiten Südbayern sowie die 2. Einsatzhundertschaft des Polizeipräsidiums München untergebracht. Diese Dienststellen sind in ein freigeswordenes Gebäude in der I. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in München, Rosenheimer Straße, umgezogen. In die jetzigen Dienstgebäude in der Skagerakstraße sollen die Polizeiinspektion 44 (Moosach), die Kriminalpolizeidienststelle sowie der Fahndungskontrolltrupp untergebracht werden. Für diesen Zweck müssen die staatseigenen Anwesen in München, Skagerakstraße 4, entweder generalsaniert oder es muss ein Neubau errichtet werden. Durch die künftige Unterbringung können Mietzahlungen eingespart werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
29.02.2012	2.650,0	114,2	434,0	Für die Polizeiinspektion Hundestaffel in München, Angerlohstraße 111, soll ein Ersatzbau geschaffen werden. Die Notwendigkeit, eine neue Unterbringung zu schaffen, ergibt sich, weil insbesondere Büro- und Funktionsräume fehlen. Der aktuelle Raumbestand der Diensthundestaffel beträgt 347 qm. Gemäß Raumprogramm ergibt sich eine Hauptnutzfläche von 754 qm und eine Nebennutzfläche von 242 qm. Diese Flächen können im jetzigen Dienstgebäude nicht geschaffen werden. Der Haushaltsausschuss hat dieser Maßnahme am 05.05.2010 zugestimmt. Mit den veranschlagten Beträgen soll mit der Maßnahme begonnen werden.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
03 18						
710 21-2	042	Umbau und Sanierung des staatseigenen Anwesens in München, Hochbrückenstraße 7 für die Landespolizei <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.800,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.385,0	1.800,0	A	400,0
710 29-4	042	Erweiterung des LP-Dienstgebäudes in Rosenheim mit Einsatzzentrale	---	***	A B C	--- 60,8 338,3
710 38-3	042	Polizeipräsidium München, Ettstraße und Bad-Schachener-Straße, Kanalsanierung	---	---	A B C	--- 76,5 342,6
712 18-5	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Moosburg	---	---	A B C	900,0 1.410,0 923,6
712 19-4	042	Bauliche Maßnahmen zur Unterbringung der Polizeiinspektion Laufen - Planung -	---	200,0	A	---
713 15-7	042	Sanierung des Eingangsbereiches, der Fassaden, Diensträume und Dächer Löwengrube beim Dienstgebäude des PP München, Ettstraße <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	2.000,0	A B C	8.900,0 6.235,9 6.064,1
713 21-9	042	Unterbringung des Polizeipräsidiums Oberbayern-Nord mit Einsatzzentrale im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei in Ingolstadt, Esplanade 40 - z. T. Planung -	500,0	---	A B C	--- 551,2 465,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
26.05.2011	6.100,0	491,2	623,8	Beim staatseigenen Dienstgebäude der Polizeiinspektion 11 in München, Hochbrückenstraße 7 ist der Einbau eines Personenaufzugs über 6 Stockwerke und die Neugestaltung der Wache dringend erforderlich. Darüber hinaus müssen nach Einbau des Personenaufzugs die Räumlichkeiten in diesem Gebäude neu geordnet und saniert werden. Ferner müssen Haftzellen geschaffen sowie das Dachgeschoss als Garderoben- und Sanitärbereich ausgebaut werden. Die Fassade muss dringend saniert werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 06.07.2012 die Baumaßnahme genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen soll die Maßnahme fortgeführt werden.
16.04.2008	29.082,9	28.974,3	-	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
15.04.2008	1.680,0	1.278,9	-	Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
25.05.2009	3.930,0	2.419,0	-	Die Polizeiinspektion Moosburg ist derzeit sowohl vom Raumangebot als auch von der Funktionalität und Qualität her unzureichend untergebracht. Das jetzige staatseigene Dienstgebäude ist von der Bausubstanz her überwiegend verbraucht. Es fehlen insbesondere notwendige Funktions- und Umkleieräume und getrennte Sanitärbereiche für Damen und Herren. Der Umgriff ist zu klein und entspricht nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Der Haushaltsausschuss hat der Maßnahme am 08.07.2009 zugestimmt. Der Vortrag dient der Abwicklung.
-	-	-	-	Die Polizeiinspektion Laufen ist derzeit in einem staatseigenen Gebäude, das im Jahr 1906 errichtet wurde, mit einer Hauptnutzfläche von 418 qm untergebracht. Benötigt werden jedoch 587 qm Hauptnutzfläche. Die Bausubstanz des Gebäudes ist weitgehendst verbraucht. Dringend notwendige bauliche Maßnahmen, insbesondere die Elektro- und Dachsanierung, wurden zurückgestellt, weil die Unterbringungssituation der Polizeiinspektion Laufen insgesamt verbessert werden soll. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
30.08.2006 29.05.2008	37.763,4	24.612,8	2.150,6	Mit den veranschlagten Beträgen wird die Teilbaumaßnahme Sanierung der Diensträume Löwengrube fortgeführt. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Maßnahme zuletzt am 08.07.2009 genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
05.06.2007	15.980,0	14.651,6	258,4	Das Polizeipräsidium Oberbayern Nord ist in Ingolstadt im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei, Esplanade 40, untergebracht, die Abteilung Personal und Versorgung in einem Gebäude des ehemaligen Schwesternwohnheims des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt, welches direkt gegenüber dem Polizeipräsidium liegt. Für die Einsatzzentrale ist auf dem Grundstück des ehemaligen Schwesternwohnheims ein Neubau errichtet worden. Im Hauptgebäude erfolgt eine Anpassung der Infrastruktur an die Einsatzzentrale sowie die bauliche Anbindung an die Einsatzzentrale. Als weitere Teilbaumaßnahme müssen Brandschutzmaßnahmen und Sanierungsmaßnahmen der Sanitärbereiche sowie die Erneuerung der Dacheindeckung und die Fenstersanierung im Außenbereich im Hauptgebäude durchgeführt werden. Die Kosten hierfür werden auf 2,3 Mio. € geschätzt. Mit dem veranschlagten Betrag soll die Planung für die 3. Teil-HU-Bau erstellt werden.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
03 18						
713 25-5	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Ruhpolding - Planung -	---	200,0	A	---
713 35-3	042	Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im staatseigenen Dienstgebäude in München, Knorrstraße 139, nach Auszug des Polizeipräsidiums Oberbayern <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	2.000,0	A B	--- 257,4
<u>713 40-6</u>	042	Polizeiinspektion Ingolstadt - Errichtung einer Raumschießanlage - Planung -	70,0	70,0	A	
<u>713 45-1</u>	042	Unterbringung der Polizeiinspektion Dachau - Planung -	100,0	200,0	A	
<u>713 50-3</u>	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Holzkirchen - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	175,0	1.000,0	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die Polizeiinspektion Ruhpolding ist seit 1986 in angemieteten Räumen zusammen mit der Eigentümerin, der Stromversorgung Ruhpolding GmbH, unzureichend untergebracht. Derzeit stehen 360 qm HNF einem Bedarf von 479 qm HNF gegenüber. Die jetzige Unterbringung entspricht nicht den Anforderungen an ein modernes, funktionelles und zweckmäßiges Polizeidienstgebäude. Die Dienstgruppenräume sind auf zwei Ebenen verteilt, vom Dienstgruppenleiter abgetrennt und somit für den dienstbetrieblichen Ablauf hinderlich. Es fehlen Sicherungseinrichtungen wie Schleuse, durchschusshemmende Verglasung, Polizeihof usw. Funktionsräume wie z.B. Umkleieräume, Unterrichtsraum, Lagerräume sind nicht vorhanden. Es ist deshalb zwingend notwendig, ein neues Gebäude zu errichten. Anmietungen auf dem freien Markt sind nicht möglich. Derzeit wird ein geeignetes Grundstück für einen Neubau gesucht. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
22.09.2010	10.900,0	257,4	8.642,6	Das staatseigene Dienstgebäude in München, Knorrstraße 139, wurde bisher durch das Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz, das Polizeipräsidium Oberbayern Nord und die Polizeiinspektion 47 genutzt. Nach Auszug des Polizeipräsidiums aufgrund der Polizeireform soll das Dienstgebäude nach baulichen Veränderungen und Anpassungen weiter durch das Landesamt für Verfassungsschutz und durch Dienststellen des Polizeipräsidiums München genutzt werden. Im staatseigenen Dienstgebäude sollen künftig weiterhin die Polizeiinspektion 47 und die Ergänzungsdienste 7 des Polizeipräsidiums München untergebracht werden. Darüber hinaus soll in diesem Gebäude das polizeiliche Einsatztraining durchgeführt werden. Die Unterbringungsempfehlung der Immobilien Freistaat Bayern für diese Zwecke liegt vor.
-	-	-	-	- Die derzeitige Schießanlage der Landespolizei in Ingolstadt kann nur noch sehr eingeschränkt betrieben werden. Eine Sanierung ist nicht sinnvoll, da die Breite der Anlage den heutigen Ausbildungsinhalten nicht genügt. Um das vorgeschriebene Schießtraining durchführen zu können, ist die Errichtung einer neuen Raumschießanlage auf dem Anwesen der Landespolizei in Ingolstadt, Regensburger Straße 119, erforderlich. Die Baukosten werden überschlägig auf rd. 1,93 Mio. € geschätzt.
-	-	-	-	- Das Dienstgebäude der Polizeiinspektion Dachau, Dr.-Höfler-Straße 1, stammt aus dem Jahr 1972 und ist sanierungsbedürftig. Die Metallfenster aus dieser Zeit sind undicht und zum Teil schon beschädigt. Ersatzteile hierfür gibt es nicht mehr. Die Wärmedämmung entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Das Flachdach ist undicht. Auch Heizung/Sanitär und Elektro sind sanierungs- bzw. erneuerungsbedürftig. Die Prüfung, ob eine Sanierung des derzeitigen Dienstgebäudes oder ein Neubau auf dem Gelände der Bayer. Bereitschaftspolizei in Dachau wirtschaftlicher ist, ist noch nicht abgeschlossen. Die Gesamtbaukosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Die Polizeiinspektion Holzkirchen ist in einem staatseigenen Dienstgebäude in der Frühlingstraße 14 unzureichend untergebracht. Das Gebäude entspricht nicht mehr den Anforderungen an ein modernes, funktionales und zweckmäßiges Polizeidienstgebäude. Eine Vielzahl noch in den Planungsgrundsätzen für Polizeibauten notwendigen Räumlichkeiten sind nicht oder nicht in ausreichender Größe vorhanden. Problematisch sind auch der derzeitige Wachbereich und die Lage der Haftzellen im Eingangsbereich. Abhilfe soll durch einen Neubau auf einem bereits erworbenen Baugrundstück an der Rosenheimer Straße/Industriestraße geschaffen werden. Die Baukosten für den Neubau werden überschlägig auf rd. 3,5 Mio. € geschätzt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
1	2	3	4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
03 18						
720 15-8	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Landespolizei in Passau - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 6.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	500,0	A B C	--- 19,9 264,3
720 18-5	042	Unterbringung des künftigen Polizeipräsidiams Niederbayern mit Einsatzzentrale im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei in Straubing, Wittelsbacher Höhe 9 und 11	---	***	A B C	--- 139,8 631,2
720 20-1	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Grafenau	1.500,0	100,0	A B C	3.500,0 37,0 129,7
725 15-3	042	Dienstgebäude der Landespolizei in Donauwörth, Neuordnung der Unterbringung der Polizeiinspektion sowie der Verkehrspolizeiinspektion Donauwörth; Sanierung der Dienstgebäude und Beseitigung statisch- konstruktiver Mängel <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.128,0	500,0	A B C	4.135,0 3.809,6 2.037,0
725 17-1	042	Unterbringung des künftigen Polizeipräsidiams Schwaben-Süd- West mit Einsatzzentrale im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei in Kempten, Auf der Breite 17	50,0	***	A B C	--- 4,7 21,2

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	Das Dienstgebäude der Polizeidirektion Passau wurde 1976 errichtet. Für die weitere Nutzung ist eine Generalsanierung unumgänglich. Die Kosten dieser ursprünglich geplanten Maßnahme (3.630,0 Tsd. €) haben sich wegen der notwendigen substanzbezogenen und nutzungsbedingten Eingriffe auf ca. 90 % eines vergleichbaren Neubaus erhöht. Während der Sanierung müssten alle polizeilichen Nutzungen in Anmietungen ausgelagert werden. Statt dieser insgesamt unwirtschaftlichen Sanierungsmaßnahme ist nunmehr geplant, ein zentrales Dienstgebäude für fünf Passauer Polizeidienststellen mit ihren über 350 Bediensteten auf dem staatseigenen Grundstück an der Karlsbader Straße neu zu errichten. Damit können sechs Anmietungen mit jährlichen Mietkosten von ca. 270,0 Tsd. € aufgegeben und durch Synergiegewinne ca. 10 % des gesamten Flächenbedarfs gegenüber der bisherigen dezentralen Unterbringung eingespart werden. Das derzeit noch genutzte Objekt Nibelungenstraße 17 könnte dann ebenfalls abgegeben und verwertet werden. Die Gesamtkosten werden mit der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt. Grundlage für die Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau bildet ein durchgeführter Architektenwettbewerb. Mit den veranschlagten Beträgen soll die Planung erstellt werden.
28.04.2008	13.730,0	13.615,4	-	Das Polizeipräsidium Niederbayern ist in Straubing im staatseigenen Dienstgebäude, Wittelsbacher Höhe 9-11 (ehem. Fortbildungsinstitut der Bayer. Polizei) untergebracht. Die Maßnahme wird abgerechnet.
05.02.2010	3.950,0	257,6	592,4	Die Polizeiinspektion Grafenau ist derzeit in einem staatseigenen Gebäude unzureichend untergebracht. Baufachliche Untersuchungen ergaben, dass die notwendigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen unwirtschaftlich wären und dabei noch nicht einmal die gewünschte funktionale Qualität erreichen könnten. Um Abhilfe zu schaffen, wurde Ende 2001 ein Baugrundstück für den Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Grafenau erworben. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Baumaßnahme am 10.03.2010 genehmigt. Mit der Maßnahme wurde bereits begonnen; sie wird mit den veranschlagten Beträgen fortgeführt.
11.02.2009 04.02.2010	11.700,0	6.736,2	910,8	In den Dienstgebäuden der Polizei in Donauwörth, Kapellenstraße 3, sind jeweils in eigenen Gebäuden die Polizeiinspektion Donauwörth und die Verkehrspolizeiinspektion Donauwörth untergebracht. Die Polizeiinspektion Donauwörth weist einen Fehlbedarf von ca. 200 qm Hauptnutzfläche aus. Der statisch-konstruktive Zustand bei beiden Gebäudeteilen machte es unbedingt notwendig, Instandsetzungsmaßnahmen zu treffen, um weitere Schäden zu verhindern. Darüber hinaus bedürfen beide Dienstgebäude einer grundlegenden Sanierung. Um den Raumbedarf für die Polizeiinspektion Donauwörth decken zu können, ist es erforderlich, die Verkehrspolizeiinspektion aus dem Dienstgebäude Kapellenstraße 3 in das derzeit freistehende Dienstgebäude des ehemaligen Gesundheitsamts in Donauwörth, Langenmarkstraße 1, zu verlegen. Hierfür wird dieses Gebäude entsprechend hergerichtet werden. Die notwendigen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an dem Gebäude Langenmarkstraße 1 wurden auf 2,2 Mio. € festgesetzt und vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags am 12.03.2009 genehmigt. Diese Maßnahme ist fertig gestellt. Die Gebäude in der Kapellenstraße 3 werden derzeit für Zwecke der PI Donauwörth hergerichtet. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme fortgeführt und abgerechnet.
06.03.2008	5.700,0	5.156,6	-	Das Polizeipräsidium Schwaben Süd/West ist in Kempten im staatseigenen Dienstgebäude, Auf der Breite 17, und durch den teilweisen Ausbau des Gebäudes Pfeilergraben untergebracht. Die neue Einsatzzentrale ist im jetzigen Dienstgebäude der Polizeidirektion Kempten, Auf der Breite 17, untergebracht. Die Maßnahme wird in 2013 abgerechnet.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
6						
03 18						
725 19-9	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Oberstdorf <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	200,0	A	---
					B	196,1
725 20-6	042	Unterbringung des künftigen Polizeipräsidiums Schwaben-Nord mit Einsatzzentrale im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei in Augsburg, Gögginger Straße	---	***	A	---
					B	31,4
					C	7,5
725 25-1	042	Unterbringung der Landespolizei in Kaufbeuren - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 900,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	900,0	A	---
<u>725 30-4</u>	042	Unterbringung der Landespolizei in Mindelheim - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	1.000,0	A	
730 01-2	042	Sanierung der Altbauten beim Polizeipräsidium Mittelfranken, Nürnberg, Jakobsplatz <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A	2.500,0
					B	3.580,0
					C	1.249,3
730 03-0	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion in Nürnberg-Süd <i>Grundstockfinanziert 2013.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	1.500,0	A	7.000,0
					B	453,6
					C	284,0
730 10-1	042	Sanierung des Dienstgebäudes der Polizeiinspektion Ansbach	---	---	A	1.700,0
					B	1.546,1
					C	783,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
05.01.2012	3.100,0	196,1	2.273,9	Die Polizeiinspektion Oberstdorf ist derzeit in einem staatseigenen Anwesen in Oberstdorf, Bahnhofplatz 4, unzureichend untergebracht. Einem Bedarf von 501 qm Hauptnutzfläche stehen derzeit lediglich 287 qm Hauptnutzfläche gegenüber. Zudem ist das jetzige staatseigene Anwesen verbraucht. Ein Neubau ist deshalb dringend erforderlich. Das neue Dienstgebäude für die Polizeiinspektion Oberstdorf soll auf dem bereits erworbenen Grundstück, welches sich direkt neben dem jetzigen Dienstgebäude der Polizeiinspektion Oberstdorf befindet, errichtet werden. Nach Abbruch des jetzigen Dienstgebäudes soll dort der Polizeihof mit Garagen auf staatseigenem Grund errichtet werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Baumaßnahme am 28.03.2012 genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme begonnen und fortgeführt.
03.08.2006	2.650,0	2.641,9		- Das Polizeipräsidium Schwaben Nord ist in Augsburg im staatseigenen Dienstgebäude Gögginger Straße, untergebracht. Der Vortrag dient der Abwicklung.
-	-	-		- Das Gebäude der Polizeiinspektion Kaufbeuren bedarf einer Generalsanierung. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-		- Die Polizeiinspektion Mindelheim ist zusammen mit dem Vermessungsamt in einem staatseigenen Dienstgebäude in der Memminger Straße 18 unzureichend untergebracht. Die Raumverhältnisse sind sehr beengt, darüber hinaus besteht Sanierungsbedarf am Gebäude (z.B. undichte Fenster). Die Immobilien Freistaat Bayern hat mehrere Unterbringungsvarianten untersucht und eine bauliche Lösung empfohlen. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
14.05.2012	23.650,0	5.646,0	12.504,0	Die Sanierungsmaßnahmen bei den Altbauten beim Polizeipräsidium Mittelfranken in Nürnberg, Jakobsplatz, sind zur Vermeidung größerer Substanzschäden dringend erforderlich. Die Sanierungsmaßnahmen umfassen insbesondere die Fenstererneuerung, die Erneuerung der Türen und Tore, der Fassade sowie die damit zusammenhängende Einrüstung. Ferner müssen die Tiefgarage saniert und nach Verlegung der Werkstatt in die Bereitschaftspolizeiabteilung dort Büro- und Funktionsräume errichtet werden. Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen genehmigte Maßnahme wird in drei Bauabschnitten durchgeführt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Sanierung der Tiefgarage abgerechnet und mit der Sanierung des sog. "Behaimbau" begonnen.
17.09.2010	9.900,0	1.115,0	1.085,0	Für die Polizeiinspektion Nürnberg-Süd wird auf einem staatseigenen Grundstück ein neues Dienstgebäude errichtet. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme fortgeführt.
08.10.2009	4.610,0	2.329,5		- Die Maßnahme ist fertig gestellt. Der Vortrag dient der Abwicklung.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
6						
03 18						
730 20-9	042	Unterbringung von Dienststellen der Landespolizei in Nürnberg auf dem Gelände der Infanterie-Kaserne in Nürnberg - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	1.000,0	A B C	--- 53,9 120,8
730 45-0	042	Dienstgebäude des Polizeipräsidiums Mittelfranken, Nürnberg, Verlegung und Erneuerung der Einsatzzentrale mit Sanierung der Küche und Sozialbereiche	---	---	A B C	--- 0,0 63,4
730 50-2	042	Baumaßnahmen beim ehemaligen Finanzamt in Hersbruck für Zwecke der Polizeiinspektion Hersbruck	600,0	---	A B	--- 139,7
735 01-7	042	Generalsanierung von Dienstgebäuden der Polizei in Bayreuth, Ludwig-Thoma-Straße 2 - 6a einschließlich Errichtung einer Raumschießanlage mit Räumen für Polizeieinsatztraining und Registraturen, Errichtung einer Einsatzzentrale und einer Kfz-Wasch- und Pflegeanlage <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	--- 712,0 477,4
740 20-7	042	Sanierung des Dienstgebäudes der Landespolizei in Aschaffenburg - Planung -	---	---	A	---
740 25-2	042	Generalsanierung des Dienstgebäudes der Landespolizei in Würzburg, Augustinerstraße 24/26 mit Verlegung Einsatzzentrale einschl. Herrichten einer Ausweichunterbringung <i>Grundstockfinanziert 2013.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	4.478,0	A B C	300,0 321,7 301,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
30.10.2007 23.05.2012	35.183,9	31.644,5	-	In der ehemaligen Infanterie-Kaserne sind die Polizeiinspektion Nürnberg-West, die Polizeiinspektion Spezialeinheiten Nordbayern, die Verkehrspolizeiinspektion Nürnberg, die Polizeiinspektion Ergänzungsdienste, die Außenstelle des Landeskriminalamts sowie ein Zentrum für polizeiliches Einsatztraining untergebracht. Die bisherigen Kosten belaufen sich auf 31.644,5 Tsd. €. Nunmehr soll als weitere 3. Teilbaumaßnahme das Gebäude Nr. 507 auf dem Polizeireal als staatseigene Ersatzunterkunft für die am Plärrer in Mieträumen untergebrachten Dienststellen saniert werden. Die Immobilien Freistaat Bayern hat die Wirtschaftlichkeit verschiedener Nutzungsvarianten geprüft und empfiehlt, Gebäude 507 so zeitgerecht zu sanieren, dass dadurch Ausweichflächen für den 3. Bauabschnitt im Jakobsplatz entstehen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 11.07.2012 die Baumaßnahme genehmigt.
14.02.2005	10.500,0	10.488,9	-	Die Maßnahme ist fertig gestellt. Der Vortrag dient der Abwicklung.
11.06.2010	1.700,0	139,7	60,3	Die Polizeiinspektion Hersbruck ist derzeit unzureichend in einem Mietgebäude untergebracht. Das bis Ende 2009 noch vom Finanzamt Hersbruck für Auslagerungszwecke genutzte Anwesen in Hersbruck, Lohweg 40, wird nach Empfehlung der Immobilien Freistaat Bayern für die Unterbringung der Polizeiinspektion Hersbruck hergerichtet. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 06.07.2011 die Baumaßnahme genehmigt.
29.05.09	18.203,0	9.430,4	3.472,6	In den Dienstgebäuden der Landespolizei in Bayreuth, Ludwig-Thoma-Straße 2-6a sind die Polizeiinspektion Bayreuth-Land, die Kriminalpolizeiinspektion Bayreuth sowie das Polizeipräsidium Oberfranken untergebracht. Auf Grund des Alters der Dienstgebäude ist eine Generalsanierung erforderlich, um die Bausubstanz zu erhalten. Vorweg wurde eine Einsatzzentrale für das Polizeipräsidium Oberfranken errichtet (1. Teilbaumaßnahme). Ferner soll auf dem Gelände Ludwig-Thoma-Straße eine Raumschießanlage mit Räumen zur Durchführung des polizeilichen Einsatztrainings und eine Kfz-Wasch- und Pflegeanlage errichtet werden (2. Teilbaumaßnahme). Mit dieser Maßnahme wurde bereits begonnen. Es steht noch die Generalsanierung des Dienstgebäudes des Polizeipräsidiums Oberfranken aus, die in der 2. Teilbaumaßnahme mit veranschlagt ist.
-	-	-	-	- Beim Dienstgebäude der Landespolizei in Aschaffenburg, Lorbeerweg 1, sind Teilbaumaßnahmen zu treffen, die nicht mehr im Zuge einer kleinen Baumaßnahme durchgeführt werden können. Es handelt sich insbesondere um Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes, Sanierung der Flachdächer der Haupt- und Nebengebäude, Sanierung der Sichtbetonkonstruktion an der Fassade, Erneuerung der Heizanlage sowie andere kleinere Sanierungsmaßnahmen. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
18.05.2011	24.750,0	6.621,3	6.171,0	Das Dienstgebäude der Landespolizei in Würzburg, Augustinerstraße 24/26, wurde im Jahr 1958 errichtet. Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Erhaltung der Bausubstanz muss es generalsaniert werden. Neben konzeptionellen Veränderungen muss die gesamte Gebäudesubstanz saniert werden. Vorweg wurde für das Polizeipräsidium Unterfranken die Einsatzzentrale aus dem Gebäude Augustinerstraße 24/26 in das Polizeidienstgebäude Würzburg, Frankfurter Straße, verlegt und dort neu geschaffen (1. Teilbaumaßnahme). Als 2. Teilbaumaßnahme wurde ein Anbau an das Dienstgebäude Frankfurter Straße zur Schaffung von Ausgleichsflächen errichtet. Als 3. Teilbaumaßnahme wird die Sanierung des Dienstgebäudes durchgeführt. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Baumaßnahmen in der Sitzung am 06.07.2012 genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die begonnene Generalsanierung des Dienstgebäudes weitergeführt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
03 18						
<u>740 30-5</u>	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Ochsenfurt - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	150,0	150,0	A	
<u>740 35-0</u>	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Verkehrspolizeiinspektion Aschaffenburg in Hösbach - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	150,0	150,0	A	
745 10-4	042	Unterbringung von Dienststellen der Landespolizei Regensburg mit Einsatzzentrale in der Raffler-Kaserne in Regensburg	---	***	A B C	--- 207,7 242,0
745 11-3	042	Generalsanierung und Schaffung von Parkplätzen für das Dienstgebäude der Polizeidirektion Regensburg, Minoritenweg 1 - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	200,0	A	---
745 20-2	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Landespolizei in Tirschenreuth <i>Grundstockfinanziert 2013.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	872,0	A B	100,0 27,1
Summe Kapitel 03 18			27.308,0	24.020,0	A B C	30.165,0 21.170,4 15.445,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 25.000,0</i>				
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 28.300,0</i>				

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die Polizeiinspektion Ochsenfurt ist derzeit in einem staatseigenen Dienstgebäude nur unzureichend untergebracht. Bedingt durch den Zuschnitt als ehemaliges Wohngebäude ist die Raumstruktur für eine Polizeinutzung nur bedingt geeignet. Wegen der Raumknappheit können Vorgaben des Brandschutzes (Freihalten von Fluchtwegen, Garderoben und Kopierer innerhalb der Verkehrsflächen) nicht eingehalten werden. Manche Sonderräume und ausreichend Stellplätze für die Dienstfahrzeuge fehlen. Die Immobilien Freistaat Bayern hat mehrere Unterbringungsvarianten untersucht und empfiehlt als wirtschaftlichste Lösung die Errichtung eines Neubaus auf einem noch zu erwerbenden Baugrundstück. Die Baukosten für den Neubau werden überschlägig auf rd. 3,0 Mio. € geschätzt.
-	-	-	-	- Die Verkehrspolizeiinspektion Aschaffenburg und die Autobahnpolizeistation Hösbach sind beide unzureichend untergebracht und sollen in einem Neubau am Standort der Autobahnpolizeistation in Hösbach zusammengeführt werden. Dazu ist noch der Zuerwerb einer Teilfläche des benachbarten Bundesgrundstücks erforderlich. Durch die Zusammenführung der beiden Dienststellen wird der Dienstbetrieb wesentlich erleichtert. Die Baukosten für den Neubau werden überschlägig auf 6,5 Mio. € geschätzt.
14.09.2006	24.865,9	24.004,3	-	- Der Vortrag dient der Abwicklung.
01.10.2008	4.500,0	4.436,3	-	- Das 63 Jahre alte Dienstgebäude der Landespolizei in Regensburg, Am Minoritenweg 1, bedarf einer gründlichen Generalsanierung, um die Bausubstanz zu erhalten. Saniert werden muss insbesondere die Heizungsanlage, die gesamte Elektroanlagen, die Wasser- und Abwasserleitungen; ferner müssen Brandschutzmaßnahmen getroffen werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, in dem Dienstgebäude konzeptionelle Veränderungen vorzunehmen, um einen reibungslosen Dienstablauf im Hinblick auf die Zusammenlegung der PI 1 und 3 zur neuen PI Regensburg-Süd zu gewährleisten. Dies geschieht durch die Neuordnung des Wachbereichs, welche als 1. Teilbaumaßnahme durchgeführt wurde. Neben dem Bauabschnitt 1 (Wachbereich), der bereits fertig gestellt ist, beinhaltet das Planungskonzept den Rest des Gebäudes als Abschnitt 2 und die Außenanlagen mit Parkdeck als Abschnitt 3. Die Gesamtkosten der Abschnitte 2 und 3 werden derzeit auf 14,0 Mio. € geschätzt. Durch die restliche Generalsanierung des Gebäudes und die zusätzliche Schaffung von Parkplätzen können die Polizeidienststellen im Stadtgebiet von Regensburg von bislang sechs auf künftig drei Standort konzentriert werden. Die Immobilien Freistaat Bayern hat das Konzept zur Unterbringung der Polizei in Regensburg empfohlen.
26.10.2011	3.200,0	27,1	600,9	Das jetzige staatseigene Dienstgebäude der Polizeiinspektion Tirschenreuth ist substanziell und funktionell in einem schlechten Zustand. Die Unterbringung der Dienststelle ist dort auf Dauer nicht mehr tragbar. Es fehlen insbesondere ca. 300 qm Nutzfläche, im Erdgeschoss sind erhebliche Feuchtigkeitsschäden vorhanden, darüber hinaus bedarf die Sanitär- und Elektroinstallation dringend einer Erneuerung. Diese Mängel wurden auch von der Immobilien Freistaat Bayern bestätigt; sie hat deshalb einen Neubau auf dem bereits erworbenen städtischen Bahnhofsgelände empfohlen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Baumaßnahmen in der Sitzung am 07.12.2011 genehmigt. Die veranschlagten Beträge dienen der Fortführung und Abrechnung der begonnenen Maßnahme.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
03 20		Bereitschaftspolizei				
710 15-6	042	Neubau eines Sport- und Schwimmhallegebäudes für die Bereitschaftspolizei in Dachau sowie Anlage der Ost-West-Erschließungsstraße	---	---	A	500,0
					B	989,0
					C	586,6
710 25-4	042	Polizeiunterkunft Dachau; Errichtung eines Fahrübungsplatzes für Polizeivollzugsbeamte auf dem Areal der VI. Abteilung der Bereitschaftspolizei in Dachau	---	---	A	900,0
					B	1.180,2
					C	608,3
710 30-7	042	Errichtung eines Fahrsicherheitstrainingszentrums für die Bayer. Polizei auf dem ehem. Militärflughafen Fürstenfeldbruck - Planung -	200,0	200,0	A	---
710 40-5	042	Unterbringung der Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Standort der Bundespolizeifliegerstaffel Süd in Oberschleißheim - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.600,0	2.100,0	A	2.000,0
					B	40,7
					C	66,4
710 50-2	042	Kanalsanierung bei der I. Abteilung der Bereitschaftspolizei in München	100,0	---	A	835,0
					B	750,0
					C	316,9
710 53-9	042	Generalsanierung der Polizeiunterkunft Eichstätt; Sanierung von Gebäuden einschl. Heizanlage und Kanalisation sowie Errichtung eines Garagentraktes - z. T. Planung -	500,0	500,0	A	---
					B	3,8
					C	201,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
17.04.2008 29.03.2010	5.818,8	4.904,3		- Die Außensportanlage und der Allwetterplatz in der Polizeiunterkunft Dachau ist erstellt. Im Zusammenhang damit wurde die bestehende Sporthalle saniert und ein Anbau für Umkleieräume und Sanitäranlagen geschaffen sowie ein Polizeischießstand errichtet. Der Neubau eines Sport- und Schwimmhallegebäudes ist aufgrund der Polizeireform bei der Bayer. Bereitschaftspolizei nicht mehr erforderlich. Der Polizeischießstand und die Sanierung der Sporthalle sind fertig gestellt. Der Vortrag dient der Abwicklung.
25.05.2009	3.870,0	1.905,4		- Auf dem Areal der Polizeiunterkunft in Dachau wird ein Fahrübungsplatz für Polizeivollzugsbeamte für ein Fahrsicherheitstraining der Stufe 1 errichtet. Zu diesem Zweck ist es notwendig, ein innerhalb des Areals der Bereitschaftspolizei in Dachau liegendes Grundstück, welches derzeit im Wesentlichen als Parkplatz genutzt wird, herzurichten und mit der notwendigen Infrastruktur zu versehen. Die Errichtung des Fahrübungsplatzes ist notwendig, weil Flächen, auf denen bisher das Fahrsicherheitstraining durchgeführt wurde, wegfallen. Die Maßnahme ist fertig gestellt. Der Vortrag dient der Abwicklung.
-	-	-		- Nach Umnutzung des ehemaligen Militärflughafens Fürstenfeldbruck soll dort neben anderen Einrichtungen auch ein Fahrsicherheitstrainingszentrum für die Bayer. Polizei errichtet werden. Es ist notwendig, weil es für die Bayer. Polizei immer schwieriger wird, geeignete Flächen anzumieten oder zu erwerben. Auf dem aufgelassenen Militärflughafen in Fürstenfeldbruck soll insbesondere die Ausbildung der Stufe 2 (Üben bei höherer Geschwindigkeit, Schleudertraining usw.) stattfinden. Die für die Polizei benötigte Teilfläche muss von der Bundesagentur für Immobilien noch erworben werden. Die Kosten für die Errichtung des Fahrsicherheitstrainingszentrums für die Bayer. Polizei werden auf rd. 4,8 Mio. € geschätzt.
23.06.2009	7.307,8	274,5	2.433,3	Die derzeit am Flughafen München II untergebrachte Polizeihubschrauberstaffel Bayern soll am Standort der Bundespolizeifliegerstaffel Süd in Oberschleißheim mit untergebracht werden. Für die Bundespolizei wird dieser Standort derzeit überplant und wird saniert bzw. durch Neubauten ergänzt werden. Im Vergleich zum jetzigen Standort der Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Flughafen München II ergeben sich längerfristig monetäre und nichtmonetäre Vorteile. Ebenso ergeben sich durch das gemeinsame Bauen mit dem Bund Kosteneinsparungen durch Synergieeffekte. Die Kosten für die Unterbringung der Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Standort Oberschleißheim belaufen sich nach ersten Schätzungen auf rd. 23,8 Mio. €. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayer. Landtags hat die 1. Teilbaumaßnahme am 13.07.2010 genehmigt. Die veranschlagten Beträge dienen der Abschlagszahlung an den Bund und der Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau für die 2. Teilbaumaßnahme.
15.09.2008	3.000,0	1.359,4		- Im Areal der I. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in München sind die Abwasseranlagen aufgrund eines liegenschaftsbezogenen Abwasserkonzepts dringend zu sanieren bzw. zu erneuern. Die Maßnahme ist fertig gestellt. Der Vortrag dient der Abwicklung.
31.10.2008	5.619,0	557,2	4.061,8	Nach der Strukturreform der Bayer. Bereitschaftspolizei ist der 3. Bauabschnitt im Rahmen der Generalsanierung der Polizeiunterkunft in Eichstätt im geplanten Umfang nicht mehr erforderlich. In zwei Bauabschnitten sollen nun die dort erforderlichen Maßnahmen zum Abschluss gebracht werden. Der 1. Bauabschnitt beinhaltet die Sanierung des Stabsgebäudes sowie die Sanierung des Kanalnetzes und der Raumschießanlage. Der 2. Bauabschnitt umfasst den Garagenabbruch und Neubau von Garagen sowie überdachten Stellplätzen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 12.03.2009 den 1. Bauabschnitt genehmigt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013 Tsd. €	2014 Tsd. €	A B C	Soll 2012 Ist 2011 Ist 2010 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
03 20						
710 55-7	042	Brandschutzmaßnahmen bei der II. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Eichstätt - Planung -	500,0	500,0	A	---
<u>710 60-0</u>	042	Fortbildungsinstitut der Bayer. Polizei in Ainring Anbau an Lehrsaalgebäude, Neubau einer Zweifachturnhalle, Errichtung einer Raumschießanlage und Sanierung der Außenanlagen - Planung -	---	300,0	A	
725 01-5	042	Polizeiunterkunft Königsbrunn, Neu-/Umbau- und Sanierungsmaßnahmen V. Abteilung der Bereitschaftspolizei in Königsbrunn - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	300,0	A	---
730 01-8	042	Polizeiunterkunft Nürnberg Neu-, Umbau und Sanierungsmaßnahmen bei der Polizeiunterkunft einschl. Errichtung einer Raumschießanlage - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 4.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 5.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	600,0	5.000,0	A B C	--- 1.802,8 1.840,0
<u>730 05-4</u>	042	Kanalsanierung bei der Bereitschaftspolizei in Nürnberg - Planung -	120,0	120,0	A	
740 10-5	042	Polizeiunterkunft Würzburg Umbau und Sanierung des Gebäudes Nr. 16 <i>Grundstockfinanziert 2013. Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.500,0	1.000,0	A B C	5.000,0 3.000,0 950,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die Brandschutz- und Brandmeldeanlagen bei der II. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei entsprechen nicht mehr den Bestimmungen und müssen daher erneuert bzw. ergänzt werden. Im Einzelnen handelt es sich um die Schaffung notwendiger Rettungswege, den Einbau notwendiger Brandschutz- und Rauchschutzabschlüsse in den Treppenhäusern und Fluren, die Ertüchtigung der Decken der notwendigen Flure, die Montage von erforderlichen Rauchabzügen, die Nachrüstung von Oberlichtern in VDS-Klasse sowie sämtliche zugehörige Anschluss-, Verputz- und Anstricharbeiten. Des Weiteren sind enthalten die Ausstattung der Gebäude mit automatischen und Druckknopfbrandmeldern, Sirenen, Verkabelung auf und unter Putz sowie die Aufschaltung zur Leitstelle. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Beim Fortbildungsinstitut der Bayer. Polizei in Ainring besteht Bedarf an zusätzlichen Lehrsälen. Die Turnhalle für das polizeiliche Einsatztraining und die Raumschießanlage entsprechen nicht mehr den Anforderungen und sollen durch Neubauten ersetzt werden. Die Sport- und Außenanlagen sind sanierungsbedürftig. Die Baukosten werden überschlägig auf rd. 13,0 Mio. € geschätzt.
-	-	-	-	- Die Gebäude der V. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Königsbrunn wurden zwischen den Jahren 1971 und 1983 fertig gestellt. Um die Bausubstanz zu erhalten und insbesondere die Unterkunftsgebäude dem heutigen Standard anzupassen, sind in dieser Liegenschaft mehrere Sanierungs- und Umbaumaßnahmen erforderlich. Gemäß einer Grobkostenschätzung des Bauamts belaufen sich die Gesamtkosten auf ca. 78,6 Mio. €. Die einzelnen Bauabschnitte erstrecken sich bis in das Jahr 2020.
01.10.2008 07.09.2012	13.125,0	9.090,7	-	- Mit den festgesetzten Teilkosten wurde die Heizzentrale erneuert sowie die schadhaftesten Flachdächer saniert. Ferner ist der Umbau der Schießanlage und die Verlegung der Werkstätte vom Areal des Polizeipräsidiums in Nürnberg zur Polizeiunterkunft durchgeführt. Darüber hinaus müssen die Gebäude der Polizeiunterkunft Nürnberg abschnittsweise saniert bzw. neu errichtet werden. Die Gesamtkosten werden mit der Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt. Zunächst müssen aufgrund der erhöhten Einstellungszahlen zwei neue Unterkunftsgebäude errichtet werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die 1. Teilbaumaßnahme (Baufeldfreimachung und Kanalsanierungsmaßnahmen) des 2. Bauabschnitts am 24.10.2012 genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen soll die Baumaßnahme fortgeführt werden.
-	-	-	-	- Die Entwässerungsanlagen bei der Bereitschaftspolizei in Nürnberg sind schadhaft und zudem hydraulisch überlastet. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz sind sie jedoch so zu errichten und zu betreiben, dass die den Regeln der Technik entsprechend dicht sind. Teilbereiche wurden bereits im Rahmen einer kleinen Baumaßnahmen bzw. im Zuge anderer Baumaßnahmen saniert. Soweit aus bautechnischer Sicht zweckmäßig, werden auch in Zukunft noch weitere Teilbereiche zusammen mit Hochbaumaßnahmen saniert. Die Baukosten für die noch ausstehenden Sanierungsmaßnahmen werden überschlägig auf rd. 5,3 Mio. € geschätzt.
20.04.2009	15.175,0	4.415,1	1.759,9	Nachdem das Gebäude Nr. 26 im Areal der III. Abteilung der Bereitschaftspolizei in Würzburg von der Konzeption her als Wohngebäude umgebaut ist, soll das Gebäude Nr. 16 im gleichen Areal ebenso als Unterkunftsgebäude mit überwiegend 2-Bett-Zimmern hergerichtet werden. Diese Maßnahme ist zur Unterbringung des zusätzlich eingestellten Personals dringend erforderlich geworden. Mit der Maßnahme wurde bereits begonnen. Die veranschlagten Beträge dienen der Fortführung und Abrechnung der Maßnahme.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
			4	5	C	Ist 2010
						Tsd. €
						6
03 20						
740 15-0	042	Polizeiunterkunft Würzburg, Sanierung der Abwasserkanäle und -leitungen sowie der Wasserversorgung <i>Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.540,0	800,0	A B C	1.100,0 1.000,0 1.180,1
745 07-5	042	Unterbringung von Einheiten der Bayer. Bereitschaftspolizei und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Polizei, in der BGS-Unterkunft in Nabburg; Umbauten und Sanierungsmaßnahmen (einschl. Kanalsanierung) - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	200,0	A B C	1.100,0 1.440,4 2.016,9
745 10-0	042	Generalsanierung des Fortbildungsinstituts der Bayer. Polizei - Außenstelle Herzogau - mit Anpassungsmaßnahmen	---	***	A B C	--- 188,6 869,1
<u>745 15-5</u>	042	Errichtung eines Fahrtrainingsübungsplatzes in Sulzbach-Rosenberg - Planung -	90,0	170,0	A	
		Summe Kapitel 03 20	9.950,0	11.190,0	A B C	11.435,0 10.444,3 8.730,4
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. € 5.800,0				
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. € 9.500,0				

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
13.04.2006 21.08.2010	6.970,0	2.444,9	85,1	Aufgrund von Untersuchungen sind die Abwasserkanäle und -leitungen bei der III. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Würzburg so schadhaft, dass eine Sanierung vordringlich ist. Darüber hinaus muss im Außen- und Innenbereich auch das Trinkwassernetz in die Sanierung mit einbezogen werden. Im Zuge der Ausführung der Kanal- und Wasserleitungssanierung wurden starke Unregelmäßigkeiten in der Belagsdicke und ein nicht tragfähiger Straßenaufbau festgestellt. Es ist deshalb notwendig, das gesamte Areal zu überplanen, um eine abschließende Sanierung der Verkehrsflächen zu erreichen. Die bisherigen Gesamtkosten von 3.730,0 Tsd. € erhöhen sich aufgrund dieser Maßnahmen auf 6.970,0 Tsd. €. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme fortgeführt.
31.10.2008	19.005,0	17.809,9	-	- Das Konzept für die Nachfolgenutzung des BGS-Standorts Nabburg erfolgt entsprechend dem Fortschritt der notwendigen baulichen Maßnahmen in zwei Stufen. Die erste Stufe war mit dem Dienstantritt der Polizeikommissaranwärter am 01.09.1998 abgeschlossen. In der zweiten Stufe wurde nach Abschluss der Umbaumaßnahmen zum 01.09.1999 ein Ausbildungsseminar der Bayer. Polizei mit 120 Nachwuchsbeamten für den mittleren Polizeivollzugsdienst und 18 Ausbildern in Nabburg angesiedelt. Ein weiteres Ausbildungsseminar wurde ab 01.09.2000 von München nach Nabburg verlagert. Um den Standard an andere Abteilungen der Bayer. Bereitschaftspolizei anzupassen, sind Sanierungs- und Umbaumaßnahmen erforderlich. In einer 2. Teilbaumaßnahme wurden insbesondere die zentralen Versorgungsanlagen geschaffen sowie das Wirtschaftsgebäude zweckentsprechend hergerichtet. Ferner wurden die Sportanlagen und Außenanlagen geschaffen bzw. erneuert sowie der Speisesaal saniert. Die 3. Teilbaumaßnahme umfasst die Sanierung des Hauses 3, die Fassadendämmung und Erneuerung der Fenster im Haus 1 und 2 sowie den Umbau der alten ZVA für Stellplätze. Die 1. bis 3. Teilbaumaßnahme wurde bereits ausgeführt. Die 4. Teilbaumaßnahme, deren Kosten noch nicht festgesetzt sind, soll die Kanalsanierung sowie die Einzäunung des Areals umfassen. Mit den veranschlagten Beträgen soll die Planung durchgeführt werden.
09.11.2007	5.440,0	5.420,9	-	- In der Ausbildungsstätte der Bayer. Bereitschaftspolizei in Herzogau findet zentral die Aus- und Fortbildung der Diensthundeführer und Diensthunde der Bayer. Polizei statt. Um einen reibungslosen Lehrgangsbetrieb zu gewährleisten, ist dieses Gebäude generalsaniert worden. Der Vortrag dient der Abwicklung.
-	-	-	-	- Die Bayer. Polizei ist aus Fürsorgegründen verpflichtet, für alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten ein Fahrtraining durchzuführen. Zur Deckung des Bedarfs im nordbayerischen Raum soll bei der VII. Bereitschaftspolizeiabteilung in Sulzbach-Rosenberg ein Übungsgelände auf einem staatseigenen Grundstück für das Fahrtraining geschaffen werden. Die Baukosten werden überschlägig auf rd. 3,9 Mio. € geschätzt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2013	2014	A	Soll 2012
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2011
					C	Ist 2010
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
03 26		Feuerweherschulen				
710 01-9	044	Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen bei der Staatl. Feuerweherschule Geretsried - z. T. Planung - <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
					B	164,2
					C	112,4
740 02-2	044	Neu- und Umbaumaßnahmen bei der Staatl. Feuerweherschule Würzburg - z. T. Planung - <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
					B	40,0
745 01-8	044	Erweiterung der Staatl. Feuerweherschule Regensburg - z. T. Planung - <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
					B	268,5
					C	1.923,7
		Summe Kapitel 03 26	-	-	A	-
					B	472,6
					C	2.036,1
		Summe Epl. 03A	55.235,7	54.000,0	A	57.400,0
					B	62.344,0
					C	49.228,1
		Verpflichtungsermächtigung 2013 Tsd. €	49.600,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2014 Tsd. €	51.600,0			

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
30.07.2004	20.143,6	20.231,8	-	Mit den festgesetzten Gesamtbaukosten von rd. 20,1 Mio. € wurden ab 1997 in zwei Teilbaumaßnahmen bereits folgende Maßnahmen durchgeführt: Erweiterung und Umbau des Wirtschaftsgebäudes, Erweiterung und Aufstockung des Lehrsaalgebäudes, Errichtung Katastrophenschutzübungsgebäude sowie übergreifender technischer Anlagen und Außenanlagen, Neubau eines Umweltschutzgebäudes, Neubau von Maschinistenboxen, Sanierung der Heizzentrale der kleinen Übungshalle, Neubau einer Überdachung mit Lagerräumen, Neubau von Übungsgebäuden sowie übergreifende Maßnahmen. Diese Maßnahmen sind abgeschlossen. Als nächste Teilbaumaßnahme soll der Neubau einer Kfz-Halle, eines Seminar- und Sozialgebäudes und eines Übungsobjekts „Lagerhaus mit Rampe“ folgen. Die Gesamtkosten dafür werden überschlägig auf rd. 3,45 Mio. € geschätzt.
21.02.2012	19.808,3	8.410,7	11.287,6	Die bisher festgesetzten Gesamtbaukosten von 19,8 Mio. € gliedern sich in vier Teilbaumaßnahmen. Die 1. Teilbaumaßnahme (Errichtung eines Brandübungshauses) mit Kosten von 2.750.750 € und die 2. Teilbaumaßnahme (Neubau eines Wirtschafts- und Lehrsaalgebäudes) mit Kosten von 5.287.600 € sind abgeschlossen. Die 3. Teilbaumaßnahme (Sanierung und Umbau des bestehenden Gebäudes A) mit genehmigten Kosten von 8.470.000 € ist noch nicht begonnen. Die Maßnahme wurde zurückgestellt, weil aufgrund des Erwerbs einer Erweiterungsfläche das Gesamtareal der Feuerwehrschiele neu überplant werden muss. Als 4. Teilbaumaßnahme folgt der Neubau eines Bootshafens mit genehmigten Kosten von 3.300.000 €. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die 4. Teilbaumaßnahme in der Sitzung am 28.03.2012 genehmigt. Für die 5. Teilbaumaßnahme (Neubau einer Übungshalle, einer Fahrzeughalle, Erweiterung des Brandübungshauses und Errichtung einer Energiezentrale) mit Schätzkosten von rd. 25,4 Mio. € wird derzeit die Haushaltsunterlage-Bau erstellt.
09.09.2005 30.04.2009	20.026,0	19.857,6	-	Seit 2002 wurden verteilt auf drei Teilbaumaßnahmen bereits folgende Maßnahmen mit Gesamtkosten von insgesamt rd. 20,0 Mio. € durchgeführt: Neubau eines Parkdecks, Errichtung der Zufahrten und Erschließung, Neubau eines Wohn- und Wirtschaftsgebäudes, Verlegung und Erneuerung der Heizungszentrale sowie Erneuerung der Außenanlagen, Umbau des Wohnturms, Umbau des Wirtschaftsgebäudes in Lehrsäle (Schulung Süd), Umbau Schulung West, Umbau der Eingangshalle und Neubau der Lkw-Garagen. Diese Maßnahmen sind abgeschlossen. Als nächste Teilbaumaßnahme sollen Übungsbauten (Wohnhaus, Wohn- und Geschäftshaus, Schnellimbiss) auf der vorhandenen Übungsfläche errichtet werden, die Kfz-Halle 1, die Werkstätten und die Maschinistenboxen saniert sowie die ehemaligen Prüf- und Versuchsstelle zu Übungsanlagen umgebaut werden. Die Gesamtkosten dafür werden überschlägig auf rd. 4,63 Mio. € geschätzt.

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des

Bayerischen Staatsministeriums des Innern
- Allgemeine Innere Verwaltung -

- Einzelplan 03A -

03 01
Ministerium
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	<i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte des Ministeriums können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B9	1	1	1
	Landespolizeipräsident, Landespolizeipräsidentin	B8	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B6	5	6	6
	Inspekteur, Inspekteurin der Bayerischen Polizei	B4	-	1	1
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B3	10	10	10
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		18	18	18
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	19	18	18
	Branddirektor, Branddirektorin	A15	1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen		21,50	23,50	23,50
	Brandoberräte, Brandoberrätinnen	A14	2	2	2
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen		12	12	12
	Brandrat, Brandrätin	A13+AZ	1	1	1
	Regierungsrat, Regierungsrätin		1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	78	78	78
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	14,50	14,50	14,50
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	16,50	15,50	15,50
	Technischer Amtswann, Technische Amtswfrau		-	1	1
	Regierungsobersinspektoren, Regierungsobersinspektorinnen	A10	6	6	6
	Bibliotheksinspektor, Bibliotheksinspektorin	A9+AZ	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		14	14	14
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	11	11	11
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		-	1	1
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A8	1	1	1
	Technischer Hauptsekretär, Technische Hauptsekretärin		1	-	-
	Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen		2	2	2
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A7	2	7	7
	Verwaltungsbetriebsoberssekretär, Verwaltungsbetriebsoberssekretärin		1	1	1
	Betriebssekretäre, Betriebssekretärinnen	A6	2	-	-
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		11	8	8
	Zusammen		253,50	256,50	256,50
	Zugang/Abgang			+3	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Bei Bedarf dürfen bis zu 8 Stellen der BesGr A 10 bis einschließlich B 3 der Kap. 03 01 und 03 61 gegenseitig in Anspruch genommen werden.				
	2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 a.				
	Leerstellen				
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B3	1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B3 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+2	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 05 / 422 01 BesGr R3
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Summe Umsetzung	+3	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-1	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach 428 01 (Außertarifliche Arbeitnehmer)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von 428 01 EGr15
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr13
A11 Regierungsamtänner, Regierungsamtfrauen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A11 (Techn. Amtmann)
Technische Amtänner, Technische Amtfrauen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A11 (Regierungsamtmann)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E15 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach 422 01 BesGr A14
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13
Außertarifliche Arbeitnehmer, Außertarifliche Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von 422 01 BesGr A16
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B6 Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr B3
B4 Inspekteur, Inspekteurin der Bayerischen Polizei	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr B3
B3 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr B6
	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr B4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr7
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr6
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	

03 01
Ministerium
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Ministerialrat, Ministerialrätin	A16	1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	3	8	8
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	4	12	12
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	6	6	6
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	3	3	3
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	5	5	5
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	3	3	3
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A4	1	1	1
	Zusammen		33	46	46
	Zugang/Abgang			+13	-
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ -A13	16	-	-
		A16+AZ -A3	-	56	56
		A13+AZ -A9	23	-	-
		A9+AZ- A6	1	-	-
	Zusammen		40	56	56
	Zugang/Abgang			+16	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 31:				
	16 Stellen kw zum 31.12.2016 (Landesprojektgruppe Digitalfunk).				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E15	1	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13	E13	1	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	26	29	29
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	28	35	35
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 7	E7	-	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	11	14	14
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	48,50	36,50	36,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	4	4	4
	Außertariflicher Arbeitnehmer, Außertarifliche Arbeitnehmerin		-	1	1
	<i>Eine Stelle darf mit einem außertariflichen Arbeitnehmer besetzt werden, der der Höhe nach vergleichbar bis zur BesGr B3 vergütet wird. Die Stelle ist mit Ausscheiden des Stelleninhabers nach BesGr B3 (Ministerialrat) umgewandelt.</i>				
	Zusammen		125,50	125,50	125,50
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von EGr7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach EGr8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach EGr7
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
A9 Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6
A6 Betriebssekretäre, Betriebssekretärinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von EGr8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach EGr9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach EGr8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+12	-	kostenwirksame Hebung von EGr5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-12	-	kostenwirksame Hebung nach EGr6
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+3	-	

03 01
Ministerium

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch					
428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2	E2	1	1	1
	Zusammen		14	14	14
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	Zusammen		4	4	4
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		253,50	256,50	256,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		125,50	125,50	125,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		379	382	382
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	Personalsoll B		4	4	4
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		383	386	386

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
neu			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ-A3	+3	-	neu
Summe neu	+3	-	
Umsetzung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ-A3	+10	-	Umsetzung von 03 17
	+3	-	Umsetzung von 03 15
Summe Umsetzung	+13	-	
Umwandlung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ-A13	-16	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A16+AZ-A3	+16	-	Umwandlung von BesGr A16+AZ-A13 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
	+23	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
	+1	-	Umwandlung von BesGr A9+AZ-A6 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-23	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A9+AZ-A6	-1	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+16	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+5	-	neu
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+8	-	neu
Summe neu	+13	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+13	-	

03 03
Allgemeine Bewilligungen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
TG	85 Errichtung und Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern				
422 85	Planmäßige Beamte				
	Polizeidirektor, Polizeidirektorin	A15	1	1	1
	Polizeioberst, Polizeioberstleutnant	A14	1	1	1
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	3	3	3
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	18	18	18
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	7	7	7
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9	1	1	1
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A7	1	1	1
	Zusammen		32	32	32
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 85 :				
	1) Die bei TG 85 ausgewiesenen Planstellen sind verbindlich.				
	2) 10 Planstellen kw am 31.12.2016.				
	3) Die Planstellen können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen.				
	Gesamtübersicht				
422 85	Planmäßige Beamte		32	32	32
	Personalsoll B		32	32	32
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		32	32	32

03 05

Verwaltungsgerichtshof und Landesadvocatur Bayern

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	a) Verwaltungsgerichtshof				
	Präsident, Präsidentin des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs	R8	1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 8	R4	1	1	1
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof	R3	20	20	20
	Richter, Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof <i>Auf bis zu 6 Stellen können Richter mit einer Zulage gem. Art. 56 Abs. 2 BayBesG verrechnet werden.</i>	R2	53,40	50,67	50,67
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	3	3,50	3,50
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	3	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	5	5	5
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A7	0,50	0,50	0,50
	Verwaltungsbetriebsobersekretär, Verwaltungsbetriebsobersekretärin		1	1	1
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A5	1	-	-
	Zusammen		100,90	97,67	97,67
	Zugang/Abgang			-3,23	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))				
	a) Verwaltungsgerichtshof:				
	<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 06 Tit. 422 01.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Landesadvocatur Bayern				
	Generallandesanwalt, Generallandesanwältin	B6	1	1	1
	Oberlandesanwalt, Oberlandesanwältin	B3	1	1	1
	Oberlandesanwälte, Oberlandesanwältinnen	A16	8	8	8
	Oberlandesanwälte, Oberlandesanwältinnen	A15	2,50	2,50	2,50
	Landesanwälte, Landesanwältinnen	A14	1,50	1,50	1,50
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Zusammen		15	15	15
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)				
	b) Landesadvocatur Bayern:				
	<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 06 Tit. 422 01.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	a) Verwaltungsgerichtshof				
	Leerstellen				
	Richter, Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof	R2	3	3	3
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	3	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2

Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Verwaltungsgerichtshof)			
R2 Richter, Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof	-0,23	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
	-0,15	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
	-0,19	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
	-0,16	-	Einsparung zur Gegenfinanzierung (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
Summe Einsparung	-0,73	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Verwaltungsgerichtshof)			
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 01 / 422 01 BesGr B3
Summe Umsetzung	-2	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Verwaltungsgerichtshof)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+0,50	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A5
A5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A12
Summe Umwandlung	-0,50	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Verwaltungsgerichtshof)			
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr R2
R2 Richter, Richterinnen am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr R3
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A			
	-3,23	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umwandlung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte (Richter))			
A16+AZ-A13	-1	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)

03 05
Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen Zusammen	A8	7	7	7
			15	15	15
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Landesadvokatur Bayern				
	Leerstellen				
	Oberlandesadvokat, Oberlandesadvokatin	A16	1	1	1
	Oberlandesadvokat, Oberlandesadvokatin	A15	1	1	1
	Landesadvokat, Landesadvokatin	A14	1	1	1
	Zusammen		3	3	3
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		A16+AZ -A13	1	-	-
		A16+AZ -A3	-	1	1
	Zusammen		1	1	1
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltungsgerichtshof				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 <i>1 Stelle ku nach BesGr A 11 Regierungsamtmann mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>	E11	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 <i>1 Stelle ku nach BesGr A 10 Regierungsoberinspektor mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>	E10	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 <i>1 Stelle ku nach BesGr A 9 Regierungsinspektor mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>	E9	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	18	18	18
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	10	10	10
	Zusammen		44	44	44
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	b) Landesadvokatur Bayern				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	1,50	1,50	1,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	3,40	3,40	3,40
	Zusammen		9,90	9,90	9,90
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltungsgerichtshof				
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	3	3	3
	Zusammen		7	7	7

Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A16+AZ-A3	+1	-	Umwandlung von BesGr A16+AZ-A13 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-	-	

03 05

Verwaltungsgerichtshof und Landesanstalt Bayern

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		2	2	2
	Zusammen		2	2	2
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	Zusammen		4	4	4
Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	a) Verwaltungsgerichtshof		100,90	97,67	97,67
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Landesanstalt Bayern		15	15	15
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltungsgerichtshof		44	44	44
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	b) Landesanstalt Bayern		9,90	9,90	9,90
	Personalsoll A		169,80	166,57	166,57
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2	2	2
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	Personalsoll B		6	6	6
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		175,80	172,57	172,57

**03 06
Verwaltungsgerichte**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	Präsidenten, Präsidentinnen der Verwaltungsgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	R4	2	2	2
	Präsidenten, Präsidentinnen der Verwaltungsgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	R3	4	4	4
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6 <i>ku nach BesGr R 2+AZ</i>		1	1	1
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Verwaltungsgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4	R2+AZ	5	5	5
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Verwaltungsgerichten	R2	62	62	62
	Richter, Richterinnen an Verwaltungsgerichten	R1	138	143	143
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	3	3
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	9	9	9
	Regierungsamtswärter, Regierungsamtswärterinnen	A11	12	13	13
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	11	10	10
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9+AZ	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	5	6	6
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	9	11	11
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A5	2	1	1
	Zusammen		271	279	279
	Zugang/Abgang			+8	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Bei Bedarf dürfen die Stellen der Kap. 03 05, 03 06 und 03 08 in Anspruch genommen werden:				
	a) Zum Zwecke des Stellentausches gegenseitig.				
	b) Bis zu 14 Stellen gegenseitig.				
	Dabei dürfen die Stellen der BesGr R1 auch mit planmäßigen Beamten der BesGr A13 - A15 besetzt werden.				
	2) 16 Stellen für Richter sind künftig einzusparen im Rahmen des Art. 6b Haushaltsgesetz (Entwicklung der Eingangszahlen, Ausschöpfung von Rationalisierungspotentialen).				
	3) Auf bis zu 13 Stellen der BesGr R1 und R2 können Richter der BesGr R1 bzw. R2 mit einer Zulage gem. Art. 56 Abs. 2 BayBesG verrechnet werden.				
	Leerstellen				
	Richter, Richterinnen an Verwaltungsgerichten	R1	5	5	5
	Regierungsamtswärter, Regierungsamtswärterinnen	A11	3	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	7	7	7
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	5	5	5
	Zusammen		20	20	20

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R1 Richter, Richterinnen an Verwaltungsgerichten	+6	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	+6	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R1 Richter, Richterinnen an Verwaltungsgerichten	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
Summe Einsparung	-1	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr10
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+2	-	Umwandlung von 428 01 EGr5
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A10
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A6
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A5
A5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A6
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6

03 06
Verwaltungsgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)	A16+AZ	5	-	-
		-A13			
		A16+AZ	-	5	5
		-A3			
	Zusammen		5	5	5
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	6	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	14	14	14
	<i>1 Stelle ku nach BesGr A8 (Regierungshauptsekretär) mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	90,50	90,50	90,50
	<i>3,5 Stellen ku nach BesGr A7 (Regierungsobersekretär) jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	58,50	56,50	56,50
	<i>2 Stellen ku nach BesGr A6 (Regierungssekretär) jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Zusammen		173	170	170
	Zugang/Abgang		-3	-	
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	9	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	6	6	6
	Zusammen		21	21	21
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		5	5	5
	Zusammen		5	5	5
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		6	6	6
	Zusammen		6	6	6

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+5	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umwandlung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte (Richter)) A16+AZ-A13	-5	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A16+AZ-A3	+5	-	
Summe Umwandlung	-	-	Umwandlung von BesGr A16+AZ-A13 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Zu- und Abgänge insgesamt	-	-	

03 06
Verwaltungsgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		271	279	279
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		173	170	170
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		444	449	449
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		5	5	5
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		6	6	6
	Personalsoll B		11	11	11
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		455	460	460

03 07
Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident, Präsidentin des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung	B6	1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung	B3	1	1	1
	Abteilungsleiter, Abteilungsleiterin	B2	1	1	1
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	5	5	5
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	25	26	29
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	32	32	32
	Technischer Rat, Technische Rätin	A13+AZ	1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	35	44,10	43,10
	Technische Räte, Technische Rätinnen		3,50	-	-
	Bibliotheksamtsrat, Bibliotheksamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		20	28	29
	Technischer Amtsrat, Technische Amtsrätin		1	-	-
	Regierungsamtswachen, Regierungsamtswachen	A11	51,50	64,50	63,50
	Technische Amtswachen, Technische Amtswachen		14,30	18,30	18,30
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A10	42,80	22,80	22,80
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		39,50	45,50	45,50
	<i>Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, eine Stelle nach Kap. 03 08 Tit. 422 01 a umzusetzen und in eine Stelle für Regierungsoberinspektoren umzuwandeln.</i>				
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	2	2	2
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	7,50	13,50	13,50
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	3	3	3
	Zusammen Zugang/Abgang		292,10	314,70 +22,60	316,70 +2
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	Zu BesGr A10 (Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen):				
	<i>Zum 01.09.2013 ist</i>				
	<i>- eine Stelle nach 05 18/422 01 und</i>				
	<i>- eine Stelle nach 05 12/422 01</i>				
	<i>umgesetzt.</i>				
	<i>Zum 01.09.2014 ist</i>				
	<i>- eine Stelle nach 05 12/422 01,</i>				
	<i>- eine 0,5 Stelle nach 05 15/422 01 und</i>				
	<i>- eine 0,5 Stelle nach 05 18/422 01</i>				
	<i>umgesetzt.</i>				
	<i>Die umgesetzten Stellen sind in Stellen der BesGr A10 (Fachlehrer, Fachlehrerinnen) umgewandelt.</i>				
	Leerstellen				
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	3	3	3
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtswachen, Regierungsamtswachen	A11	5	5	5
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A10	7	7	7

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+4	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+2	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	+6	-	
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,20	-0,21	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,12	-0,11	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,71	-0,71	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,51	-1,54	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,48	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Einsparung	-2,02	-2,57	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+0,60	-	Umsetzung von 12 01 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+4	-	Umsetzung von 12 77 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 02 01 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,30	-	Umsetzung von 12 01 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,70	-	Umsetzung von 12 23 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	Umsetzung von 12 77 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Summe Umsetzung	+14,60	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+3,50	-	Umwandlung von BesGr A13 (Techn. Rat)
Technische Räte, Technische Rätinnen	+6	+2	Umwandlung von 428 01 EGr13
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-3,50	-	Umwandlung nach BesGr A13 (Regierungsrat)
Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	Umwandlung von BesGr A12 (Techn. Amtsrat)

03 07
Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungssekretär, Regierungssekretärin	A6	1	1	1
	Zusammen		18	18	18
	Ersatzstellen für Altersteilzeit Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ -A3	-	4	4
		A13+AZ -A9	4	-	-
	Zusammen		4	4	4
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 15	E15	-	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	5	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E13	10	4	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	23	23	23
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	57,50	57,50	57,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	37,17	39,17	41,17
	<i>3 Stellen ku nach BesGr A 10 ROI, jeweils mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	110,50	107,50	105,50
	<i>1 Stelle ku nach BesGr A 10 ROI mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	45,25	54,25	60,25
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	234,20	236,20	230,20
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	23,28	22,26	19,69
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	6	6	6
	Außertarifliche Arbeitnehmer, Außertarifliche Arbeitnehmerinnen		2	2	2
	<i>a) Eine Stelle darf mit einem außertariflichen Arbeitnehmer besetzt werden, der der Höhe nach vergleichbar bis zur BesGr B2 vergütet wird. Die Stelle ist mit Ausscheiden des Stelleninhabers nach BesGr B2 (Abteilungsleiter) umgewandelt.</i>				
	<i>b) Eine Stelle darf mit einem außertariflichen Arbeitnehmer besetzt werden, der der Höhe nach vergleichbar bis zur BesGr A16 vergütet wird. Die Stelle ist mit Ausscheiden des Stelleninhabers nach BesGr A16 (Leitender Regierungsdirektor) umgewandelt.</i>				
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		2	2	2
	Zusammen		560,90	563,88	559,31
	Zugang/Abgang			+2,98	-4,57
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	10	10	10

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	-1	-	Umwandlung nach BesGr A12 (Regierungsamtsrat)
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+6	-	Umwandlung von 428 01 EGr9
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6	-2	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	Umwandlung von 428 16
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	Umwandlung von 428 16
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umwandlung von 428 16
Summe Umwandlung	+7	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+1	+3	kostenneutrale Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-3	kostenneutrale Hebung nach BesGr A15
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	+3	kostenneutrale Hebung von BesGr A13
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-1	-3	kostenneutrale Hebung nach BesGr A14
A11 Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	+1	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	-1	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A12
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E15 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von EGr14
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach EGr15
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	+2	kostenneutrale Hebung von EGr9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-2	kostenneutrale Hebung nach EGr10
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+6	+6	kostenneutrale Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6	-6	kostenneutrale Hebung nach EGr8
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+20	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-20	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+25,58	-2,57	

03 07
Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Zusammen	E5	7 28	7 28	7 28
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Zusammen Zugang/Abgang		29,50 29,50	40,17 40,17 +10,67	43,17 43,17 +3
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11: Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 39 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.</i>				
428 13	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Statistische Erhebungen) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Zusammen		40 40	40 40	40 40
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 13: Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen bis zu 36 Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
428 16	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Zusammen Zugang/Abgang		129 129	122 122 -7	122 122 -
	<i>Allgemeine Vermerke zu Titel 428 16 : 1) 52 Stellen sowie die entsprechenden Ausgabemittel kw zum 30.06.2013. 2) Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 70 Stellen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird. 70 Stellen sowie die entsprechenden Ausgabemittel kw zum 31.12.2018; die Möglichkeit unbefristete Arbeitsverträge abzuschließen, entfällt zu diesem Zeitpunkt.</i>				
TG	60 Rechenzentrum Süd				
428 60	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Zusammen Zugang/Abgang		10 10	8 8 -2	8 8 -
TG	92 Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus				
428 92	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte) Aushilfskräfte Zusammen Zugang/Abgang		221 221	43 43 -178	14,50 14,50 -28,50

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,67	+3	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Titel 428 60 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+6	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Titel 428 94 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)) Aushilfskräfte	+2	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Titel 428 96 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Vertragsabwicklung BayKom)
Summe neu	+12,67	+3	
Einsparung			
Titel 428 92 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)) Aushilfskräfte	-178	-28,50	Einsparung zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Abschluss Zensus)
Titel 428 94 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)) Aushilfskräfte	-	-8	Einsparung zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe Einsparung	-178	-36,50	
Umsetzung			
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+8	-	Umsetzung von 428 60
Titel 428 60 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-8	-	Umsetzung nach 428 11
Summe Umsetzung	-	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
TG 94	Sonstige Statistiken, Erhebungen und Zählungen				
428 94	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)				
	Aushilfskräfte		106	108	100
	Zusammen		106	108	100
	Zugang/Abgang			+2	-8
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 94: Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 92,5 Stellen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.</i>				
TG 96	eGovernment - Behördennetz Bayern				
428 96	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		0,50	2,50	2,50
	Zusammen		0,50	2,50	2,50
	Zugang/Abgang			+2	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 96: Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 2,5 Stellen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.</i>				
TG 99	Kosten der Datenverarbeitung				
428 99	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)				
	Aushilfskräfte		18	18	18
	Zusammen		18	18	18
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 99: Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.</i>				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Umwandlung			
Titel 428 16 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth))			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 428 01 EGr5
	-3	-	Umwandlung nach 428 01 EGr6
	-3	-	Umwandlung nach 428 01 EGr8
Summe Umwandlung	-7	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-172,33	-33,50	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umwandlung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ-A3	+4	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-4	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-	

03 07

Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		292,10	314,70	316,70
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		560,90	563,88	559,31
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		853	878,58	876,01
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		29,50	40,17	43,17
428 13	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Statistische Erhebungen)		40	40	40
428 16	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth)		129	122	122
428 60	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		10	8	8
428 92	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		221	43	14,50
428 94	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		106	108	100
428 96	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		0,50	2,50	2,50
428 99	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		18	18	18
	Personalsoll B		554	381,67	348,17
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		1.407	1.260,25	1.224,18
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		1	-	-

**Vorbemerkungen
zum Stellenplan des Kap. 03 08 (Regierungen)**

A) Haushaltsvermerke

Die bei den Kapiteln 03 08, 03 73, 05 10, 07 10, 10 30, 12 30 und 12 31 ausgebrachten Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 HG Stellenbindung besteht, dürfen für die Dauer von bis zu zwei Jahren, in jedem Fall jedoch bis zum Inkrafttreten des nächsten Doppelhaushalts, ausnahmsweise gegenseitig in Anspruch genommen werden. Für Stellen, die nicht der Bewirtschaftung der Regierungen unterliegen, entscheidet das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit den Ressorts.

B) Übersicht über die Stellen der Regierungen 2013

Titel	Wertigkeit	AIV	Bau	Schule	Wi	Gewerbe	Gesundh.	Umwelt	Summe
		03 08	03 73	05 10	07 10	10 30	12 30	12 31	
422 01	B8	1,00							1,00
	B7	6,00							6,00
	B4	1,00							1,00
	B3	6,00							6,00
	B2	29,00	7,00	7,00					43,00
	A16	52,00	35,00	44,00	15,00	10,00	15,00	23,00	194,00
	A15+AZ			7,00					7,00
	A15	163,00	75,00	53,00	57,00	36,00	24,00	59,00	467,00
	A14+AZ			17,00					17,00
	A14	78,00	4,00		40,25	44,00	33,00	40,75	240,00
	A13+AZ	19,00				8,00			27,00
	A13	155,25	1,00		19,00	55,00		2,80	233,05
	A12	309,25				77,00			386,25
	A11	365,00				86,00			451,00
	A10	130,62				27,00			157,62
	A9+AZ	22,00				31,00			53,00
	A9	166,50				36,00			202,50
	A8	147,00				10,50			157,50
	A7	43,00				2,00			45,00
	A6	125,00							125,00
A5	9,00							9,00	
A4								0,00	
	Summe	1.827,62	122,00	128,00	131,25	422,50	72,00	125,55	2.828,92
428 01	E15Ü								0,00
	E15	1,00	2,00			3,00			6,00
	E14		9,00		1,00				10,00
	E13Ü		1,00						1,00
	E13		3,00						3,00
	E12	50,75							50,75
	E11	93,50							93,50
	E10	50,50				3,00			53,50
	E9	260,00				13,00			273,00
	E8	104,50							104,50
	E7	2,60							2,60
	E6	389,00							389,00
	E5	250,50							250,50
	E4	4,00							4,00
	E3	14,00							14,00
	E2Ü								0,00
	E2	2,00							2,00
E1								0,00	
---	28,00								28,00
	Summe	1.250,35	15,00	0,00	1,00	19,00	0,00	0,00	1.285,35
428 11	Arbeitn.	390,50							390,50
428 21	Arbeitn.								0,00
TG 51		13,00							13,00
TG 52	Arbeitn.	6,00							6,00
	Summe	409,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	409,50
Gesamtsumme		3.487,47	137,00	128,00	132,25	441,50	72,00	125,55	4.523,77

Erläuterungen zu den Spalten siehe C) Übersicht über die Stellen der Regierungen 2014

C) Übersicht über die Stellen der Regierungen 2014

Titel	Wertig- keit	AIV	Bau	Schule	Wi	Gewerbe	Gesundh.	Umwelt	Summe
		03 08	03 73	05 10	07 10	10 30	12 30	12 31	
422 01	B8	1,00							1,00
	B7	6,00							6,00
	B4	1,00							1,00
	B3	6,00							6,00
	B2	29,00	7,00	7,00					43,00
	A16	52,00	35,00	44,00	15,00	10,00	15,00	23,00	194,00
	A15+AZ			7,00					7,00
	A15	170,00	75,00	53,00	57,00	36,00	24,00	59,00	474,00
	A14+AZ			17,00					17,00
	A14	71,00	4,00		40,25	44,00	33,00	40,75	233,00
	A13+AZ	19,00				8,00			27,00
	A13	155,25	1,00		19,00	55,00		2,80	233,05
	A12	322,25				79,00			401,25
	A11	354,00				88,00			442,00
	A10	134,62				23,00			157,62
	A9+AZ	24,00				31,00			55,00
	A9	169,50				36,00			205,50
	A8	137,00				10,50			147,50
	A7	42,00				2,00			44,00
	A6	125,00							125,00
A5	9,00							9,00	
A4								0,00	
Summe		1.827,62	122,00	128,00	131,25	422,50	72,00	125,55	2.828,92
428 01	E15Ü								0,00
	E15	1,00	2,00			3,00			6,00
	E14		9,00		1,00				10,00
	E13Ü		1,00						1,00
	E13		3,00						3,00
	E12	50,75							50,75
	E11	93,50							93,50
	E10	50,50				3,00			53,50
	E9	260,00				13,00			273,00
	E8	104,50							104,50
	E7	2,60							2,60
	E6	389,00							389,00
	E5	250,50							250,50
	E4	4,00							4,00
	E3	14,00							14,00
	E2Ü								0,00
	E2	2,00							2,00
E1								0,00	
- - -	28,00							28,00	
Summe		1.250,35	15,00	0,00	1,00	19,00	0,00	0,00	1.285,35
428 11	Arbeitm.	390,50							390,50
428 21	Arbeitm.								0,00
TG 51		13,00							13,00
TG 52	Arbeitm.	6,00							6,00
	Summe	409,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	409,50
Gesamtsumme		3.487,47	137,00	128,00	132,25	441,50	72,00	125,55	4.523,77

03 08	AIV	Regierungen - Allgemeine Innere Verwaltung
03 73	Bau	Bereich Planung und Bau
05 10	Schule	Schulaufsicht bei den Regierungen
07 10	Wi	Bereich Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr bei den Regierungen
10 30	Gewerbe	Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen
12 30	Gesundh.	Gesundheit und Veterinärwesen bei den Regierungen
12 31	Umwelt	Bereich Umwelt bei den Regierungen

03 08
Regierungen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	a) Verwaltung allgemein				
	Regierungspräsident, Regierungspräsidentin von Oberbayern	B8	1	1	1
	Regierungspräsidenten, Regierungspräsidentinnen	B7	6	6	6
	Regierungsvizepräsident, Regierungsvizepräsidentin	B4	1	1	1
	Regierungsvizepräsidenten, Regierungsvizepräsidentinnen als Stellvertreter oder Stellvertreterinnen von in der Besoldungsgruppe B7 eingestuftem Regierungspräsidenten oder Regierungspräsidentinnen	B3	6	6	6
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	B2	29	29	29
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	53	52	52
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	160,60	163	170
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen <i>Bei Bedarf dürfen für Aufgaben der Landesadvokatur 0,5 Stellen der BesGr A 14 (Landesanwälte) des Kap. 03 05 in Anspruch genommen werden.</i>	A14	70,40	78	71
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	86,25	85,25	85,25
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen <i>1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.</i>	A12	241	231	242
	Technischer Amtsrat, Technische Amtsrätin		1	1	1
	Regierungsamtswärter, Regierungsamtswärterinnen <i>1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.</i>	A11	292	290	281
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	109	111	115
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	21	22	24
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen <i>5,5 Stellen kw zum 31.12.2019 (Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm)</i>	A9	158	164,50	167,50
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	141	139	129
	Technischer Hauptsekretär, Technische Hauptsekretärin		1	1	1
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	74	34	33
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		7	7	7
	Betriebssekretäre, Betriebssekretärinnen	A6	7	7	7
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		71	108	108
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin		1	1	1
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwarterinnen	A5	2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen		9	7	7
	Zusammen		1.548,25	1.546,75	1.546,75
	Zugang/Abgang			-1,50	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+0,40	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+0,60	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+2	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+3	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	+7	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	Einsparung (mit Vermerkänderung) im Vollzug des kw-Vermerks
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-5	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-26,99	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-14,50	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
Titel 428 01 (e) Fachpersonal Landesentwicklung			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
Summe Einsparung	-64,49	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein			
A16 Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	-1	-	Umsetzung, Umwandlung und Hebung nach 03 10/422 01 BesGr B3 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 10 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)

**03 08
Regierungen**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte a) Verwaltung allgemein): 1) Bei Bedarf dürfen in Anspruch genommen werden: a) die Stellen der BesGr A 16 mit A 9 für Kap. 03 01; b) die Stellen der BesGr A 15 mit A 3 bei den Kap. 03 08 und 03 09 zum Zwecke des Stellentausches gegenseitig; ferner bis zu 15 Stellen der BesGr A 15 mit A 13, bis zu 30 der BesGr A 13 mit A 9 und bis zu 50 Stellen der BesGr A 9 mit A 6 des Tit. 422 01 bei den Kap. 03 08 und 03 09 gegenseitig; c) bis zu 45 Stellen der BesGr A 16 mit A 13 aus Kap. 03 08 Tit. 422 01 für die Kap. 03 73, 03 75 und 03 80; d) vgl. Vermerke bei den Kap. 03 05, 03 06, 03 10, 03 18 und 03 26. 2) Für Aufgaben der Bezirke (Art. 35a Abs. 1 BezO) werden verwendet: 15 Stellen der BesGr A15 bis B2 und 29 Stellen bis BesGr A14.				
422 01	Planmäßige Beamte b) Fachpersonal für den Brand- und Katastrophenschutz				
	Brandräte, Brandrätinnen	A13+AZ	2	2	2
	Brandräte, Brandrätinnen	A13	2	2	2
	Brandamtsräte, Brandamtsrätinnen	A12	5	5	5
	Brandamt Männer, Brandamt Frauen 1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.	A11	5	5	5
	Brandoberinspektor, Brandoberinspektorin	A10	1	1	1
	Brandinspektor, Brandinspektorin	A9+AZ	1	-	-
	Zusammen		16	15	15
	Zugang/Abgang			-1	-
422 01	Planmäßige Beamte c) Fachpersonal im Bereich Planung und Bau				
	Bauräte, Baurätinnen	A13+AZ	11	11	11
	Bauräte, Baurätinnen	A13	35	35	35
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	32,25	32,25	32,25
	Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	A11	12	12	12
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	1,25	1,25	1,25
	Zusammen		91,50	91,50	91,50
422 01	Planmäßige Beamte d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter				
	Bergrat, Bergrätin	A13	1	1	1
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	3	5	5
	Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	A11	-	7	7
	Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen		9	8	8
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	5	5	5
	Zusammen		18	26	26
	Zugang/Abgang			+8	-
422 01	Planmäßige Beamte e) Fachpersonal Landesentwicklung				
	Technischer Rat, Technische Rätin	A13	1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-2	-	Umsetzung nach 03 10 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-3	-	Umsetzung nach 03 10 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	Umsetzung von 13 03 (Auflösung des Stellenpools EU-Fonds)
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-6	-	Umsetzung nach 03 10 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
	+3	-	Umsetzung von 13 03 (Auflösung des Stellenpools EU-Fonds)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 13 03 (Auflösung des Stellenpools EU-Fonds)
A9 Regierungsinspektoren, +AZ Regierungsinspektorinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 08 / 422 01 b BesGr A9+AZ (Brandinspektor)
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 10 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
	+2,50	-	Umsetzung und Umwandlung von 07 10 / 422 01 BesGr A13 (Regierungsrat) zum Vollzug des Fluglärmsgesetzes
	+1	-	Umsetzung von 13 03 (Auflösung des Stellenpools EU-Fonds)
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 10 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-40	-	Umsetzung nach 03 09 (Stellentausch)
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+40	-	Umsetzung von 03 09 (Stellentausch)
Titel 422 01 (b) Fachpersonal für den Brand- und Katastrophenschutz)			
A9 Brandinspektoren, Brandinspektorinnen +AZ	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 422 01 a BesGr A9+AZ (Regierungsinspektor)
Titel 422 01 (d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter)			
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	+7	-	Umsetzung von 13 03 (Auflösung des Stellenpools EU-Fonds)
Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein)			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 10 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)

**03 08
Regierungen**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen Zusammen	A11	16 17	16 17	16 17
422 01	Planmäßige Beamte				
	f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz				
	Sozialräte, Sozialrätinnen	A13	6	6	6
	Technischer Rat, Technische Rätin		1	1	1
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin	A12	1	1	1
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		3	3	3
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	2	2	2
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	11,37	11,37	11,37
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A8	3	5	5
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	A7	2	-	-
	Zusammen		29,37	29,37	29,37
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz): Bei Bedarf dürfen die Stellen bei den Kap. 03 08 Tit. 422 01 f, h und Kap. 03 09 Tit. 422 01 c, e gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	g) Fachpersonal Umweltfragen				
	Bauräte, Baurätinnen	A13+AZ	6	6	6
	Bauräte, Baurätinnen	A13	18	19	19
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	31	30	32
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	19	19	17
	Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin	A10	1	1	1
	Zusammen		75	75	75
422 01	Planmäßige Beamte				
	h) Fachpersonal Sozialverwaltung				
	Sozialräte, Sozialrätinnen	A13	3	3	3
	Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen	A11	5	5	5
	Zusammen		8	8	8
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte h) Fachpersonal Sozialverwaltung): Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 f.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	i) Personal Unterbringungsverwaltung				
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	-	1	1
	Regierungsamtman, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	-	-	-
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	3	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	2	2	2
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	9	9	9
	Zusammen		19	19	19

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Titel 428 01 (h) Fachpersonal Sozialverwaltung)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,50	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 09 / 422 01 BesGr A9
Summe Umsetzung	+5	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A12 (Leerstelle)
Titel 422 01 (d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter)			
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr12
Titel 428 01 (d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter)			
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A12
Summe Umwandlung	+1	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+3	+7	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-3	-7	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+13	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-13	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	+1 -1	+11 -11	kostenwirksame Hebung von BesGr A11 kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-	+2 -2	kostenwirksame Hebung von BesGr A10 kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Regierungsinspektoren, +AZ Regierungsinspektorinnen	-	+6 +2	kostenwirksame Hebung von BesGr A9 kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-	-2 +11 -11	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-	+1 -1	kostenwirksame Hebung von BesGr A7 kostenwirksame Hebung nach BesGr A8

**03 08
Regierungen**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	a) Regierungen allgemein				
	Leerstellen				
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	4	4	4
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	10	10	10
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	33	33	33
	Baurat, Baurätin	A13	1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen		36	36	36
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin		1	1	1
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		2	2	2
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	59	59	59
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen		5	5	5
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	39	39	39
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		2	2	2
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		3	3	3
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	4	4	4
	Sozialinspektor, Sozialinspektorin		1	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	32,40	32,40	32,40
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A7	41	41	41
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	16	16	16
	Zusammen		290,40	290,40	290,40
422 01	b) Planstellen der ehemaligen Bayer. Versicherungskammer				
	Leerstellen				
	Direktoren, Direktorinnen bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer	B4	4	-	-
	Direktoren, Direktorinnen bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer	B3	3	1	-
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	B2	7	7	7
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	18	15	14
	Technische Räte, Technische Rätinnen		20	13	13
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	41	38	38
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		14	14	14
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	27	26	26
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	2	1	1
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9	1	1	-
	Zusammen		138	117	114
	Zugang/Abgang			-21	-3
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (b) Planstellen der ehemaligen Bayer. Versicherungskammer) (Leerstellen): <i>Leerstellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Leerstelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit				
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	-	0,28	0,28

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Titel 422 01 (d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter)			
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
Titel 422 01 (g) Fachpersonal Umweltfragen)			
A13 Bauräte, Baurätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
A11 Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
Titel 422 01 (i) Personal Unterbringungsverwaltung)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1 -1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10 kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1 -1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9 kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein)			
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von EGr10
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach EGr11
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von EGr9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach EGr10
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von EGr8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach EGr9
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+18	-	kostenwirksame Hebung von EGr6
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-18	-	kostenwirksame Hebung nach EGr8
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+6	-	kostenwirksame Hebung von EGr5
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach EGr6
Titel 428 01 (c) Fachpersonal Planung und Bau)			
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr11
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr12
Titel 428 01 (g) Fachpersonal Umweltfragen)			
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,60	-	kostenwirksame Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,60	-	kostenwirksame Hebung nach EGr7
Titel 428 01 (h) Fachpersonal Sozialverwaltung)			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von EGr9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach EGr10
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	

**03 08
Regierungen**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	-	0,03	0,03
	Zusammen		-	0,31	0,31
	Zugang/Abgang			+0,31	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):				
	<i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 Satz 2 HG.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte				
	a) Regierungen allgemein				
		A16+AZ -A13	6	-	-
		A16+AZ -A3	-	21	21
		A13+AZ -A9	13	-	-
		A9+AZ- A6	2	-	-
	Zusammen		21	21	21
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltung allgemein				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E15	1	1	1
	<i>1 Stelle ku nach BesGr A 14 (Oberregierungsrat) mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	9	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	50	52	52
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	33,50	36,50	36,50
	<i>2 Stellen sind mit Ausscheiden der Stelleninhaber umgesetzt nach 05 15/422 01 und umgewandelt in Planstellen für Fachlehrer, Fachlehrerinnen der BesGr A 10</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	237	234	234
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	67,50	80,50	80,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	349,10	337,10	337,10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	299,99	244,50	244,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	17	14	14
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	2	2	2
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		28	28	28
	Zusammen		1.100,09	1.044,60	1.044,60
	Zugang/Abgang			-55,49	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltung allgemein):				
	<i>Für Aufgaben der Bezirke (Art. 35a Abs. 1 BezO) werden verwendet:</i>				
	<i>6 Stellen der EGr 13 bis 9 und 16 Stellen der EGr 9 bis 3.</i>				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	c) Fachpersonal Planung und Bau				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	9,50	10,50	10,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	3	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	8	8	8

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+13	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-13	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A5
A5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A6
Titel 422 01 (f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz			
A8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von EGr5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach EGr6
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-51,49	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 428 11 (a) Regierungen allgemein			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
Titel 428 11 (b) Personal Unterbringungsverwaltung			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-30	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
Summe Einsparung	-30,50	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-30,50	-	

**03 08
Regierungen**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	1,50	1,50	1,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5	E5	1	1	1
	Zusammen		28	28	28
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	7	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	27	27	27
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	1	1
	Zusammen		35	34	34
	Zugang/Abgang			-1	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen e) Fachpersonal Landesentwicklung				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	15	15	15
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	4	2	2
	Zusammen		27	25	25
	Zugang/Abgang			-2	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	8	8	8
	Zusammen		8	8	8
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen g) Fachpersonal Umweltfragen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 12	E12	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 7	E7	-	0,60	0,60
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 6	E6	1	0,40	0,40
	Zusammen		12	12	12
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen h) Fachpersonal Sozialverwaltung				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	16,25	16,25	16,25
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	7,50	7,50	7,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	-	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2,50	-	-
	Zusammen		26,25	27,75	27,75
	Zugang/Abgang			+1,50	-
Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen h) Fachpersonal Sozialverwaltung): <i>Bei Bedarf dürfen die Stellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei den Kap. 03 08 Tit. 428 01 h und 03 09 Tit. 428 01 b gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>					

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umwandlung			
Titel 422 31 (a) Regierungen allgemein			
A16+AZ-A13	-6	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A16+AZ-A3	+6	-	Umwandlung von BesGr A16+AZ-A13 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
	+13	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
	+2	-	Umwandlung von BesGr A9+AZ-A6 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-13	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A9+AZ-A6	-2	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-	-	
LEERSTELLEN			
Einsparung			
Titel 422 01 (b) Planstellen der ehemaligen Bayer. Versicherungskammer)			
B4 Direktoren, Direktorinnen bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer	-4	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
B3 Direktoren, Direktorinnen bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer	-2	-1	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-3	-1	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Technische Räte, Technische Rätinnen	-7	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-2	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-1	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
A9 Regierungsinspektoren, +AZ Regierungsinspektorinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-	-1	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Summe Einsparung	-20	-3	

03 08
Regierungen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	i) Personal Unterbringungsverwaltung				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	15	15	15
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	50	50	50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	5	5	5
	Zusammen		71	71	71
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	37	37	37
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	29	29	29
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	58	58	58
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	51	51	51
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 3	E3	1	1	1
	Zusammen		184	184	184
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Regierungen allgemein				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		20	19,50	19,50
	Zusammen		20	19,50	19,50
	Zugang/Abgang			-0,50	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</i>				
	<i>a) Regierungen allgemein):</i>				
	<i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 13,5 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
428 11	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	b) Personal Unterbringungsverwaltung				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		401	371	371
	Zusammen		401	371	371
	Zugang/Abgang			-30	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</i>				
	<i>b) Personal Unterbringungsverwaltung):</i>				
	<i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Umwandlung			
Titel 422 01 (b) Planstellen der ehemaligen Bayer. Versicherungskammer)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A12 (Planstelle)
Summe Umwandlung	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-21	-3	
ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+0,28	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+0,03	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+0,31	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+0,31	-	

03 08
Regierungen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
TG	51 Prüfungsämter bei den Hochschulen zur Durchführung der Prüfungen nach der Approbationsordnung für Ärzte im Auftrag der Regierung von Oberbayern				
422 51	Planmäßige Beamte				
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	1	1
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9	1	1	1
	Zusammen		5	5	5
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 51: Die bei TG 51 ausgewiesenen Stellen sind verbindlich.</i>				
428 51	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 9	E9	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	7	7	7
	Zusammen		8	8	8
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 51: Die bei TG 51 ausgewiesenen Stellen sind verbindlich.</i>				
TG	52 Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm				
428 52	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		6	6	6
	Zusammen		6	6	6

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte				
	a) Verwaltung allgemein		1.548,25	1.546,75	1.546,75
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Fachpersonal für den Brand- und Katastrophenschutz		16	15	15
422 01	Planmäßige Beamte				
	c) Fachpersonal im Bereich Planung und Bau		91,50	91,50	91,50
422 01	Planmäßige Beamte				
	d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter		18	26	26
422 01	Planmäßige Beamte				
	e) Fachpersonal Landesentwicklung		17	17	17
422 01	Planmäßige Beamte				
	f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz		29,37	29,37	29,37
422 01	Planmäßige Beamte				
	g) Fachpersonal Umweltfragen		75	75	75
422 01	Planmäßige Beamte				
	h) Fachpersonal Sozialverwaltung		8	8	8
422 01	Planmäßige Beamte				
	i) Personal Unterbringungsverwaltung		19	19	19
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltung allgemein		1.100,09	1.044,60	1.044,60
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	c) Fachpersonal Planung und Bau		28	28	28
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter		35	34	34
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	e) Fachpersonal Landesentwicklung		27	25	25
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz		8	8	8
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	g) Fachpersonal Umweltfragen		12	12	12
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	h) Fachpersonal Sozialverwaltung		26,25	27,75	27,75
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	i) Personal Unterbringungsverwaltung		71	71	71
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		3.129,46	3.077,97	3.077,97
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		20	19,50	19,50
	a) Regierungen allgemein				
428 11	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		401	371	371
	b) Personal Unterbringungsverwaltung				
422 51	Planmäßige Beamte		5	5	5
428 51	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		8	8	8
428 52	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		6	6	6
	Personalsoll B		440	409,50	409,50
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		3.569,46	3.487,47	3.487,47
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		-	0,31	0,31

03 09
Landratsämter
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	<i>Die bei den Titeln 422 01a und 422 01b ausgebrachten Stellen und die bei den Titeln 422 01d und 422 01e ausgebrachten Stellen dürfen ausnahmsweise jeweils gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes				
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	-	5	5
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	55	51	51
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	141	157	157
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	201,33	193,33	193,33
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	419	489	489
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	575	578	580
	<i>2 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.</i>				
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen	A10	377	296	294
	Regierungs inspektoren, Regierungs inspektorinnen	A9+AZ	41	41	45
	Regierungs inspektoren, Regierungs inspektorinnen	A9	272	318	322
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	255	242	237
	Regierungs obersekretäre, Regierungs obersekretärinnen	A7	175	182	179
	Regierungs sekretäre, Regierungs sekretärinnen	A6	205	169	169
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen		10	10	10
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A5	22	14	14
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A4	1	-	-
	Zusammen		2.749,33	2.745,33	2.745,33
	Zugang/Abgang			-4	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte				
	a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes):				
	<i>1) Vgl. Vermerke bei Kap. 03 08 Tit. 422 01.</i>				
	<i>2) Bei Bedarf dürfen bis zu 27 Stellen des Kap. 03 18 (Landespolizei) Tit. 422 01 in Anspruch genommen werden.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Technische Beamte der Umweltverwaltung				
	Bauberräte, Bauberrätinnen	A14	4	4	4
	Bauräte, Baurätinnen	A13+AZ	6	6	6
	Bauräte, Baurätinnen	A13	46	48	48
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	157	173	175
	Technische Amt männer, Technische Amt frauen	A11	112	99	97
	Hauptflussmeister, Hauptflussmeisterinnen	A10	6	11	11
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		38	40	40
	Oberflussmeister, Oberflussmeisterinnen	A9	27	23	23
	Flussmeister, Flussmeisterinnen	A8	5	4	4
	Zusammen		401	408	408
	Zugang/Abgang			+7	-
422 01	Planmäßige Beamte				
	c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung				
	Sozialräte, Sozialrätinnen	A13	15	18	18

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (b) Technische Beamte der Umweltverwaltung)			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+7	-	neu im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
Titel 422 01 (f) Beamte für den Hygienekontrolldienst)			
A11 Hygieneamtänner, Hygieneamtfrauen	+1	-	neu für den Vollzug der Trinkwasserverordnung
A10 Hygieneoberinspektoren, Hygieneoberinspektorinnen	+1	-	neu für den Vollzug der Trinkwasserverordnung
A9 Hygieneinspektoren, +AZ Hygieneinspektorinnen	+1	-	neu für den Vollzug der Trinkwasserverordnung
A9 Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	+1	+3	neu für den Vollzug der Trinkwasserverordnung
A8 Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	+4	+8	neu für den Vollzug der Trinkwasserverordnung
A7 Hygieneobersekretäre, Hygieneobersekretärinnen	+1	+7	neu für den Vollzug der Trinkwasserverordnung
A6 Hygienesekretäre, Hygienesekretärinnen	+1	-	neu für den Vollzug der Trinkwasserverordnung
Summe neu	+17	+18	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Titel 428 01 (e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+8	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	+9	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A4 Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Titel 428 01 (e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3,58	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Einsparung	-8,58	-	

03 09
Landratsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	A12	69	80	83
	Hygieneamtmänner, Hygieneamtfrauen	A11	4	-	-
	Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen		91	89	86
	Hygieneoberinspektoren, Hygieneoberinspektorinnen	A10	4	-	-
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		66	54	54
	<i>Die Stellen dürfen auch mit Sozialmedizinischen Assistenten und Sozialmedizinischen Assistentinnen besetzt werden</i>				
	Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	A9+AZ	3	-	-
	Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	A9	27	-	-
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		58,50	57	57
	<i>Die Stellen dürfen auch mit Sozialmedizinischen Assistenten und Sozialmedizinischen Assistentinnen besetzt werden</i>				
	Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	A8	80	-	-
	Hygieneobersekretäre, Hygieneobersekretärinnen	A7	50	-	-
	Hygienesekretäre, Hygienesekretärinnen	A6	9	-	-
	Zusammen		476,50	298	298
	Zugang/Abgang			-178,50	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte				
	c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung):				
	<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 f.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung				
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	A9+AZ	2	2	2
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	A9	4	6	6
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A8	47	52	52
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	A7	32	25	25
	Zusammen		85	85	85
422 01	Planmäßige Beamte				
	e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz				
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	9	9	9
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	16	16	16
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	A9+AZ	12	12	12
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	A9	57	57	57
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A8	121	128	128
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	A7	109	102	102
	Zusammen		324	324	324
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte				
	e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz):				
	1) Bei Bedarf dürfen bis zu 20 Stellen des Kap. 03 18 (Landespolizei)				
	Tit. 422 01 in Anspruch genommen werden.				
	2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 f.				
422 01	Planmäßige Beamte				
	f) Beamte für den Hygienekontrolldienst				
	Hygieneamtmänner, Hygieneamtfrauen	A11	-	5	5
	Hygieneoberinspektoren, Hygieneoberinspektorinnen	A10	-	5	5
	Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	A9+AZ	-	4	4
	Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	A9	-	37	40
	Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	A8	-	75	83
	Hygieneobersekretäre, Hygieneobersekretärinnen	A7	-	51	58

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Umsetzung			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+40	-	Umsetzung von 03 08 (Stellentausch)
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-40	-	Umsetzung nach 03 08 (Stellentausch)
Titel 422 01 (c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung)			
A11 Hygieneamtmänner, Hygieneamtfrauen	-4	-	Umsetzung nach 422 01 f
A10 Hygieneoberinspektoren, Hygieneoberinspektorinnen	-4	-	Umsetzung nach 422 01 f
A9 Hygieneinspektoren, +AZ Hygieneinspektorinnen	-3	-	Umsetzung nach 422 01 f
A9 Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	-27	-	Umsetzung nach 422 01 f
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-1,50	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 428 01 EGr9
A8 Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	-80	-	Umsetzung nach 422 01 f
A7 Hygieneobersekretäre, Hygieneobersekretärinnen	-50	-	Umsetzung nach 422 01 f
A6 Hygienesekretäre, Hygienesekretärinnen	-9	-	Umsetzung nach 422 01 f
Titel 422 01 (f) Beamte für den Hygienekontrolldienst)			
A11 Hygieneamtmänner, Hygieneamtfrauen	+4	-	Umsetzung von 422 01 c
A10 Hygieneoberinspektoren, Hygieneoberinspektorinnen	+4	-	Umsetzung von 422 01 c
A9 Hygieneinspektoren, +AZ Hygieneinspektorinnen	+3	-	Umsetzung von 422 01 c
A9 Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	+27	-	Umsetzung von 422 01 c
A8 Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	+80	-	Umsetzung von 422 01 c
A7 Hygieneobersekretäre, Hygieneobersekretärinnen	+50	-	Umsetzung von 422 01 c
A6 Hygienesekretäre, Hygienesekretärinnen	+9	-	Umsetzung von 422 01 c
Titel 428 01 (c) Technische Assistenten, Technische Assistentinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10	-	Umsetzung nach 428 01 e (Aufgabenverlagerung)
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-15,10	-	Umsetzung nach 428 01 e (Aufgabenverlagerung)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-11,15	-	Umsetzung nach 428 01 e (Aufgabenverlagerung)
Titel 428 01 (e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+10	-	Umsetzung von 428 01 c (Aufgabenverlagerung)
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+15,10	-	Umsetzung von 428 01 c (Aufgabenverlagerung)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+11,15	-	Umsetzung von 428 01 c (Aufgabenverlagerung)
Summe Umsetzung	-1,50	-	

03 09
Landratsämter
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Hygienesekretäre, Hygienesekretärinnen	A6	-	10	10
	Zusammen		-	187	205
	Zugang/Abgang			+187	+18
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leerstellen				
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	7	14	14
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	10	18	18
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	5	5	5
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	93	93	93
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	141	141	141
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	25	25	25
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	41	41	41
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	43	43	43
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A6	38	38	38
	Zusammen		403	418	418
	Zugang/Abgang			+15	-
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	-	-
	Sozialinspektor, Sozialinspektorin	A9	1	1	1
	Hygienesekretär, Hygienesekretärin	A6	1	1	1
	Zusammen		3	2	2
	Zugang/Abgang			-1	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit):				
	<i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Sätze 1 und 3 HG.</i>				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit				
	Regierungsamt mann, Regierungsamt frau	A11	0,25	0,53	0,53
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A8	0,25	0,25	0,25
	Zusammen		0,50	0,78	0,78
	Zugang/Abgang			+0,28	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):				
	<i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 Satz 2 HG.</i>				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektor anwärter, Regierungsinspektor anwärterinnen	A9	428	428	428
	<i>6 Stellen sind für den Einstellungsbedarf des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus bestimmt. Hiervon können bis zu 2 Stellen für die Einstellung von Verwaltungsinformatikanwärtlern bei Kap. 05 01 in Anspruch genommen werden.</i>				
	Regierungssekretär anwärter, Regierungssekretär anwärterinnen	A6	221	221	221
	Zusammen		649	649	649

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
kostenneutrale Hebung			
Titel 428 01 (e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+32	-	kostenneutrale Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-32	-	kostenneutrale Hebung nach EGr8
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Regierungsinspektoren, +AZ Regierungsinspektorinnen	-	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-	+8	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
	-	-8	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
	-	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
Titel 422 01 (b) Technische Beamte der Umweltverwaltung)			
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	-	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	-	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
Titel 422 01 (c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung)			
A12 Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	-	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Sozialamt männer, Sozialamt frauen	-	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A16 Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+16	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-16	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
	+8	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-8	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+78	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11

03 09
Landratsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 21	<p>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21: Bei Bedarf dürfen die Stellen auch für die Kap. 03 06, 03 07, 03 08, 03 09 und 03 26 in Anspruch genommen werden. Für die Dauer der Ausbildung dürfen je 3 Stellen der BesGr A 9 (Regierungsinspektoranwärter) mit je einem Zeitarbeitnehmer der EGr 9 und je 3 Stellen der BesGr A 6 (Regierungssekretäranwärter) mit je einem Zeitarbeitnehmer bis zur EGr 6 besetzt werden, soweit die laufbahnrechtlichen Regelungen die Ausbildung in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis vorsehen. Gleiches gilt für ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis, das nach den laufbahnrechtlichen Regelungen Voraussetzung für die Übernahme in den Vorbereitungsdienst ist und diesem unmittelbar vorausgeht.</p> <p>Leerstellen Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen Zusammen</p>				
422 31	<p>Abgeordnete Beamte a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes</p> <p>Zusammen</p>	A9 A6	60 20 80	60 20 80	60 20 80
		A16+AZ -A13 A16+AZ -A3 A13+AZ -A9 A9+AZ- A6	4 - 2 2 8	- 8 - - 8	- 8 - - 8
422 31	<p>Abgeordnete Beamte b) Technische Beamte der Umweltverwaltung</p> <p>Zusammen</p>	A16+AZ -A3 A13+AZ -A9	- 5 5	5 - 5	5 - 5
427 41	<p>Praktikanten</p> <p>Zusammen</p>		10 10	10 10	10 10
428 01	<p>Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen a) Verwaltungspersonal allgemein Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5 Zusammen</p>	E6 E5	2 1 3	2 1 3	2 1 3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-78	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+81	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-81	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+46	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-46	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+33	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-33	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A5
A5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A6
Titel 422 01 (b) Technische Beamte der Umweltverwaltung)			
A13 Bauräte, Baurätinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+18	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	-18	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Hauptflussmeister, Hauptflussmeisterinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Oberflussmeister, Oberflussmeisterinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Flussmeister, Flussmeisterinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Titel 422 01 (c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung)			
A13 Sozialräte, Sozialrätinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+14	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Sozialamt männer, Sozialamt frauen	-14	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+12	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	-12	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Titel 422 01 (d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung)			
A9 Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
	+7	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	-7	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8

03 09
Landratsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen b) Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	41	41	41
	Zusammen		41	41	41
<i>Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</i>					
<i>b) Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen):</i>					
<i>1) Die Stellen für Sozialarbeiter(innen) dürfen auch mit Sozialmedizinischen Assistenten und Sozialmedizinischen Assistentinnen besetzt werden.</i>					
<i>2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 428 01 h.</i>					
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen c) Technische Assistenten, Technische Assistentinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	10	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	15,10	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	11,15	-	-
	Zusammen		36,25	-	-
	Zugang/Abgang			-36,25	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	123	165	165
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	25,75	13,27	13,27
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	-	11,15	11,15
	Zusammen		148,75	189,42	189,42
	Zugang/Abgang			+40,67	-
<i>Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</i>					
<i>e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen):</i>					
<i>1) Vgl. Vermerke bei Titel 422 01c BesGr A9 und A10 und bei Titel 428 01b.</i>					
<i>2) Die Stellen dürfen mit Technischen Assistenten und Technischen Assistentinnen besetzt werden.</i>					
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen f) Technisches Personal der Umweltverwaltung Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 <i>7 Stellen mit Freiberufenen nach BesGr A 11 (Technischer Amtmann, Technische Amtfrau)</i>	E11	20	20	20
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 <i>5 Stellen mit Freiberufenen nach BesGr A 10 (Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin)</i>	E10	7	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	18	19	19
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	13	12	12
	Zusammen		58	58	58

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Titel 422 01 (e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz)			
A8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	+7	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	-7	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
Titel 422 01 (f) Beamte für den Hygienekontrolldienst)			
A9 Hygieneinspektoren, Hygieneinspektorinnen	+9	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	-9	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (f) Technisches Personal der Umweltverwaltung)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr9
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+15,92	+18	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe Einsparung	-1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-1	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umwandlung			
Titel 422 31 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A16+AZ-A13	-4	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A16+AZ-A3	+4	-	Umwandlung von BesGr A16+AZ-A13 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)

03 09
Landratsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	13	13	13
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	3	3	3
	Zusammen		17	17	17
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4	3	3
	Zusammen		4	3	3
	Zugang/Abgang			-1	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
	+2	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
	+2	-	Umwandlung von BesGr A9+AZ-A6 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-2	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A9+AZ-A6	-2	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Titel 422 31 (b) Technische Beamte der Umweltverwaltung) A16+AZ-A3	+5	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-5	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+7	-	neu
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+8	-	neu
Summe neu	+15	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+15	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-	

03 09
Landratsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte				
	a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes		2.749,33	2.745,33	2.745,33
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Technische Beamte der Umweltverwaltung		401	408	408
422 01	Planmäßige Beamte				
	c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung		476,50	298	298
422 01	Planmäßige Beamte				
	d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung		85	85	85
422 01	Planmäßige Beamte				
	e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz		324	324	324
422 01	Planmäßige Beamte				
	f) Beamte für den Hygienekontrolldienst		-	187	205
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		649	649	649
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltungspersonal allgemein		3	3	3
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	b) Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen		41	41	41
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	c) Technische Assistenten, Technische Assistentinnen		36,25	-	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen		148,75	189,42	189,42
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	f) Technisches Personal der Umweltverwaltung		58	58	58
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		4.971,83	4.987,75	5.005,75
	Ferner:				
427 41	Praktikanten		10	10	10
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4	3	3
	Personalsoll B		14	13	13
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		4.985,83	5.000,75	5.018,75
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,50	0,78	0,78
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		3	2	2

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	+0,28	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+0,28	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+0,28	-	

Erläuterungen zu Kap. 03 09

Stellen der Landratsämter	2012	2013	2014
---------------------------	------	------	------

I. Verwaltung allgemein

1.	03 09	Beamte, Beamtinnen	2.749,33	2.745,33	2.745,33
2.	03 09	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	3,00	3,00	3,00
3.	03 09	Sonstige Hilfsleistungen (Arbeitnehmer)	4,00	3,00	3,00
			2.756,33	2.751,33	2.751,33

II. Gesundheitsverwaltung (ohne Landgerichtsärzte)

1.	12 40	Fachbeamte, Fachbeamtinnen	254,00	256,00	256,00
2.	03 09	Fachbeamte, Fachbeamtinnen	299,50	298,00	298,00
3.	12 40	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen (Titel 428 01)	15,00	15,00	15,00
4.	03 09	Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen	41,00	41,00	41,00
5.	03 09	Technische Assistenten und Assistentinnen (vgl. 7.)	36,25		
6.	03 09	Hygienekontrolleure, Hygienekontrolleurinnen	177,00	187,00	205,00
7.	03 09	Sozialmedizinische Assistenten und Assistentinnen	148,75	189,42	189,42
8.	12 40	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen (Titel 428 21)	1,00	1,00	1,00
9.	12 40	Sonstige Hilfsleistungen (Arbeitnehmer)	3,00	3,00	3,00
			975,50	990,42	1.008,42

III. Veterinärverwaltung

1.	12 41	Fachbeamte, Fachbeamtinnen	283,00	285,00	285,00
2.	12 41	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	2,00	2,00	2,00
3.	03 09	Technische Beamte, Technische Beamtinnen	85,00	85,00	85,00
4.	12 41	Grenzkontrollstellen	2,00	2,00	2,00
			372,00	374,00	374,00

IV. Umweltverwaltung

1.	03 09	Technische Beamte, Technische Beamtinnen	401,00	408,00	408,00
2.	03 09	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	58,00	58,00	58,00
3.	12 42	Technische Beamte, Technische Beamtinnen		5,00	7,00
			459,00	471,00	473,00

V. Verbraucherschutz

	03 09	Technische Beamte, Technische Beamtinnen	324,00	324,00	324,00
			324,00	324,00	324,00

Gesamtsumme	4.886,83	4.910,75	4.930,75
--------------------	-----------------	-----------------	-----------------

Ferner:

VI. Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Praktikanten

1.	03 09	Anwärter, Anwärterinnen	649,00	649,00	649,00
2.	03 09	Praktikanten, Praktikantinnen	10,00	10,00	10,00
			659,00	659,00	659,00

Insgesamt	5.545,83	5.569,75	5.589,75
------------------	-----------------	-----------------	-----------------

03 10
Landesamt für Datenschutzaufsicht

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident, Präsidentin des Landesamts für Datenschutzaufsicht	B3	-	1	1
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	-	1	1
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	-	2	2
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	-	3	3
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	-	6	6
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9	-	1	1
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A8	-	1	1
	Zusammen		-	15	15
	Zugang/Abgang			+15	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01: <i>Bei Bedarf dürfen die Stellen der BesGr A 14 mit A 6 bei den Kap. 03 08 und 03 10 zum Zwecke des Stellentauschs gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5	E5	-	1	1
	Zusammen		-	1	1
	Zugang/Abgang			+1	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		-	15	15
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	1	1
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		-	16	16
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		-	16	16

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B3 Präsident, Präsidentin des Landesamts für Datenschutzaufsicht	+1	-	Umsetzung, Umwandlung und Hebung von 03 08/422 01 BesGr A16 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+1	-	Umsetzung von 03 08 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+2	-	Umsetzung von 03 08 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+3	-	Umsetzung von 03 08 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
A11 Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	+6	-	Umsetzung von 03 08 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 03 08 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+1	-	Umsetzung von 03 08 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 03 08 (Einrichtung eines unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht)
Summe Umsetzung	+16	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+16	-	

03 15
Landesamt für Verfassungsschutz

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte des Landesamts für Verfassungsschutz können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an das Landesamt für Verfassungsschutz abgeordnet werden.</i></p>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident, Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz	B6	1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz	B3	1	1	1
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	4	4	4
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	12	12	12
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	14	14	14
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	33	34	34
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	61	76	76
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	74	64	64
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	63	61	61
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	15	15	15
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	57	57	57
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	18,50	18,50	18,50
	Zusammen		353,50	357,50	357,50
	Zugang/Abgang			+4	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	<i>Die Stellen der BesGr A 9 bis A 13 der Kap. 03 15 und 03 18 können bei Bedarf ausnahmsweise gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
	Leerstellen				
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	4	4	4
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	7	7	7
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	3	3	3
	Zusammen		16	16	16
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ -A3	-	8	8
		A13+AZ -A9	4	-	-
		A9+AZ- A6	7	-	-
	Zusammen		11	8	8
	Zugang/Abgang			-3	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	31	33	33

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	neu im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012 neu im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012 neu im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	
A11 Regierungsamtsmänner, Regierungsamtfrauen	+2	-	
Summe neu	+4	-	
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,17	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Einsparung	-0,17	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+14	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtsmänner, Regierungsamtfrauen	-14	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+2 -2	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A10 kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von EGr8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach EGr9
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+3,83	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umsetzung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ-A3	-3	-	Umsetzung nach 03 01
Summe Umsetzung	-3	-	

03 15
Landesamt für Verfassungsschutz

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	8	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	30,90	30,90	30,90
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	8,65	8,48	8,48
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	3	3	3
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		2	2	2
	Zusammen		85,55	85,38	85,38
	Zugang/Abgang			-0,17	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01:				
	7 Stellen dürfen nur mit Schwerbehinderten besetzt werden. Diese Verpflichtung kann bei Bedarf auf die Kapitel 03 17 bis 03 21 übertragen werden.				
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	3	3	3
	Zusammen		15	15	15
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		353,50	357,50	357,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		85,55	85,38	85,38
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		439,05	442,88	442,88
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		439,05	442,88	442,88

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Umwandlung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ-A3	+4	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
	+7	-	Umwandlung von BesGr A9+AZ-A6 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-4	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A9+AZ-A6	-7	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-3	-	

1. Übersicht über die Stellen der Polizei in den Jahren 2013/2014

Haushaltstitel	Landes- kriminalamt Kap. 03 17		Landes- polizei Kap. 03 18		Bereitschafts- polizei Kap. 03 20		Polizei- verwaltungsamt Kap. 03 21		Gesamtsumme	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014
422 01 (pl. Beamte)	1.095,00	1.095,00	26.812,56	27.112,56	3.672,25	3.672,25	277,00	277,00	31.856,81	32.156,81
422 21 (Beamte a.W.)	-	-	59,00	59,00	2.841,00	3.041,00	-	-	2.900,00	3.100,00
428 01 (Arbeitnehmer)	340,25	340,25	3.617,18	3.617,18	728,50	728,50	176,00	176,00	4.861,93	4.861,93
428 21 (Arbeitnehmer)	1,00	1,00	46,00	46,00	-	-	-	-	47,00	47,00
Summe	1.436,25	1.436,25	30.534,74	30.834,74	7.241,75	7.441,75	453,00	453,00	39.665,74	40.165,74

Ferner

2013 2014

Ersatzstellen für Altersteilzeit 51,8 51,8

2. Stellenhebungen für Polizeibeamte (Titel 422 01)

Kap.		Anzahl		Summe
		2013	2014	
03 17	Landeskriminalamt	75	-	75
03 18	Landespolizei	1.691	36	1.727
03 20	Bereitschaftspolizei	108	-	108
03 21	Polizeiverwaltungsamt	15	-	15
Summe		1.889	36	1.925

3. Haushaltsvermerke für die Kap 03 17 - 03 21

¹Die bei den Kap. 03 17 - 03 21 ausgebrachten Planstellen bis BesGr A 16 + AZ dürfen bei der Ausführung des Stellenplans je Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung zu einer Summe zusammengefasst und für die genannten Kapitel gemeinsam bewirtschaftet werden. ²Die Summe der genannten Planstellen eines jeden Kapitels darf hierbei jedoch nur ausnahmsweise um bis zu 900 Stellen überschritten werden. ³Die bei den Kap. 03 17 - 03 21 ausgebrachten Stellen für Arbeitnehmer Tit. 428 01 dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden. ⁵Ferner gilt für die Stellenbewirtschaftung folgendes:

1. Offenstehende besetzbare Stellen der BesGr A 7 und A 8 dürfen vorübergehend mit Polizeivollzugsbeamten in Ausbildung besetzt werden.
2. Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Kap. 03 17 bis 03 21 können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 oder 6 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen.
3. Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Kap. 03 17 bis 03 21 können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des § 1 BayZuIV (Lehrzulage) und des § 6 BayZuIV (Nachprüferzulage) erfüllen.

03 17
Landeskriminalamt

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin des Landeskriminalamts	B6	1	1	1
	Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin des Landeskriminalamts	B3	1	1	1
	Leitende Kriminaldirektoren, Leitende Kriminaldirektorinnen	A16	8	12	12
	Kriminaldirektoren, Kriminaldirektorinnen	A15	36	37	37
	Kriminaloberräte, Kriminaloberrätinnen	A14	49	54	54
	Kriminalräte, Kriminalrätinnen	A13	114	124	124
	Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	A12	158	201	201
	Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	A11	323	303	303
	Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	A10	206	205	205
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterinnen	A9+AZ	40	43	43
	Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	A9	99	98	98
	Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	A8	16	16	16
	Zusammen		1.051	1.095	1.095
	Zugang/Abgang			+44	-
	Leerstellen				
	Kriminaloberrat, Kriminaloberrätin	A14	1	1	1
	Kriminalhauptkommissar, Kriminalhauptkommissarin	A12	-	1	1
	Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	A11	5	6	6
	Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	A10	4	4	4
	Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	A9	9	9	9
	Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	A8	4	4	4
	Zusammen		23	25	25
	Zugang/Abgang			+2	-
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Kriminalrat, Kriminalrätin	A13	-	0,80	0,80
	Zusammen		-	0,80	0,80
	Zugang/Abgang			+0,80	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit):				
	<i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Sätze 1 und 3 HG.</i>				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21:				
	<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 18 Tit. 422 21.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ	2	-	-
		-A13			
		A16+AZ	-	7	7
		-A3			
		A13+AZ	4	-	-
		-A9			
		A9+AZ-	11	-	-
		A6			
	Zusammen		17	7	7
	Zugang/Abgang			-10	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Kriminaldirektoren, Leitende Kriminaldirektorinnen	+1	-	neu
A14 Kriminaloberräte, Kriminaloberrätinnen	+2	-	neu
A13 Kriminalräte, Kriminalrätinnen	+8	-	neu
A12 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+11	-	neu
A11 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+10	-	neu
A10 Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	+7	-	neu
A9 Kriminalhauptmeister, +AZ Kriminalhauptmeisterinnen	+1	-	neu
A9 Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	+3	-	neu
Summe neu	+43	-	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Kriminaldirektoren, Leitende Kriminaldirektorinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	+1	-	
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E2 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-2	-	
Umsetzung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,75	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Summe Umsetzung	+2,75	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr13
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von EGr13Ü
E13Ü Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach EGr14

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 15	E15	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	4	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13Ü	E13Ü	5	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E13	4	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	12	10	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	14	19	19
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	12	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	59,50	76,50	76,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	19	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	-	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	107	150,75	150,75
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	81	32	32
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 4	E4	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	9	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	4	3	3
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		5	5	5
	Zusammen		339,50	340,25	340,25
	Zugang/Abgang			+0,75	-
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	9	9	9
	Zusammen		15	16	16
	Zugang/Abgang			+1	-
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		1	1	1
	Zusammen		1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr14
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr10
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Kriminaldirektoren, Leitende Kriminaldirektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Kriminaldirektoren, Kriminaldirektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
A14 Kriminaloberräte, Kriminaloberrätinnen	+3 -3	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A14 kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
A13 Kriminalräte, Kriminalrätinnen	+6 -6	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A13 kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
A12 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+8 -8	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A12 kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
A11 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+40 -40	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A11 kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	+10 -10	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A10 kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9 Kriminalhauptmeister, +AZ Kriminalhauptmeisterinnen	+2 -2	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A9 Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	+4 -4	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A9 kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von EGr12
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach EGr13
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von EGr10
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach EGr11
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+17	-	kostenwirksame Hebung von EGr8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-17	-	kostenwirksame Hebung nach EGr9
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+7	-	kostenwirksame Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-7	-	kostenwirksame Hebung nach EGr7
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+50 -50	- -	kostenwirksame Hebung von EGr5 kostenwirksame Hebung nach EGr6
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+44,75	-	

03 17
Landeskriminalamt

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		1.051	1.095	1.095
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		339,50	340,25	340,25
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		1.390,50	1.435,25	1.435,25
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		1	1	1
	Personalsoll B		1	1	1
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		1.391,50	1.436,25	1.436,25
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		-	0,80	0,80

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umsetzung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ-A3	-10	-	Umsetzung nach 03 01
Summe Umsetzung	-10	-	
Umwandlung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A16+AZ-A13	-2	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A16+AZ-A3	+2	-	Umwandlung von BesGr A16+AZ-A13 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
	+4	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
	+11	-	Umwandlung von BesGr A9+AZ-A6 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-4	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A9+AZ-A6	-11	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-10	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+1	-	neu
A11 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+1	-	neu
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	neu
Summe neu	+3	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+3	-	

03 17
Landeskriminalamt

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Kriminalräte, Kriminalrätinnen	+0,80	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+0,80	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+0,80	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin des Polizeipräsidiiums München	B6	1	1	1
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin des Polizeipräsidiiums Mittelfranken	B5	1	1	1
	Polizeipräsidenten, Polizeipräsidentinnen der Polizeipräsidiien Niederbayern, Oberbayern Nord, Oberbayern Süd, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West, Unterfranken	B4	8	8	8
	Polizeivizepräsidenten, Polizeivizepräsidentinnen der Polizeipräsidiien Mittelfranken und München	B3	2	2	2
	Polizeivizepräsidenten, Polizeivizepräsidentinnen der Polizeipräsidiien Niederbayern, Oberbayern Nord, Oberbayern Süd, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West, Unterfranken	B2	8	8	8
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	A16+AZ	1	2	2
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	A16	49	57	57
	Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	A15	114	126	126
	Polizeioberberräte, Polizeioberberrätinnen	A14	173	188	188
	Erste Polizeihauptkommissare, Erste Polizeihauptkommissarinnen	A13+AZ	3	3	3
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	1.123,17	1.214,56	1.214,56
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	2.525	2.974	2.974
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	4.913	4.761	4.778
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	4.516	4.326	4.324
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A9+AZ	2.093	2.115	2.103
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	6.429	6.420	6.417
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A8	3.966	3.601	3.601
	Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen		-	1	2
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A7	232	985	1.285
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		4	3	2
	Polizeisekretäre, Polizeisekretärinnen	A6	7	10	10
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen		4	4	4
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A5	1	1	1
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A4	1	1	1
	Zusammen		26.174,17	26.812,56	27.112,56
	Zugang/Abgang			+638,39	+300
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Bei Bedarf dürfen bis zu 20 Stellen für Kap. 03 08 und 47 Stellen für Kap. 03 09 in Anspruch genommen werden.				
	2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 15 Titel 422 01.				
	Leerstellen				
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	A16	3	3	3
	Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	A15	2	5	5
	Polizeioberberräte, Polizeioberberrätinnen	A14	5	10	10
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	-	5	5
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	3	19	19
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	17	60	60
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	23	57	57
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A9+AZ	2	15	15

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Polizeioberbeamte, Polizeioberbeamtinnen	+1	-	neu
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	+3	-	neu
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+10	-	neu
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+15	-	neu
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+13	-	neu
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	+8	-	neu
A6 Polizeisekretäre, Polizeisekretärinnen	+3	-	neu
Summe neu	+53	-	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	+3	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	+3	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A14 Polizeioberbeamte, Polizeioberbeamtinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	+8	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	-0,18	-	Einsparung im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
	-0,07	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
	-0,36	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	-22	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,25	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,33	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-54	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-80,19	-	

03 18
Landespolizei
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	73	318	318
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A8	99	182	182
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A7	6	16	16
	Zusammen		233	690	690
	Zugang/Abgang			+457	-
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Polizeimeister, Polizeimeisterin	A7	-	1	1
	Zusammen		-	1	1
	Zugang/Abgang			+1	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit):				
	<i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Sätze 1 und 3 HG.</i>				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit				
	Polizeihauptkommissar, Polizeihauptkommissarin	A12	0,60	0,78	0,78
	Polizeihauptkommissar, Polizeihauptkommissarin	A11	0,60	0,88	0,88
	Polizeioberkommissar, Polizeioberkommissarin	A10	0,95	0,93	0,93
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterin	A9+AZ	0,30	0,43	0,43
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	0,60	1,47	1,47
	Zusammen		3,05	4,49	4,49
	Zugang/Abgang			+1,44	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):				
	<i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 Satz 2 HG.</i>				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Polizeiinspektoranwärter, Polizeiinspektoranwärterinnen	A9	44	44	44
	Polizeisekretäranwärter, Polizeisekretäranwärterinnen	A6	15	15	15
	Zusammen		59	59	59
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21:				
	<i>Die Stellen dürfen für die Kap. 03 17, 03 20 und 03 21 bei Bedarf in Anspruch genommen werden.</i>				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13Ü	E13Ü	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E13	3	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	5	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	15	14	14
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	11	23	33
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	244	348,75	348,75
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	275	179,25	184,25
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	66,40	66,40	66,40
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	751,68	1.030,08	1.030,08
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	1.953,50	1.656	1.641
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	52,70	68,70	68,70
	<i>Bei Bedarf können bis zu 10 Stellen mit Krafffahrern besetzt werden.</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	258,50	191	191

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 06 14 / 422 01 BesGr A15 (RD)
A14 Polizeioberräte, Polizeioberrätinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 14 / 422 01 BesGr A14 (ORR)
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	+600	+300	Umsetzung und Umwandlung mit Vermerkänderung von 03 20 / 422 21 BesGr A5,A7
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,48	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,50	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,50	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,75	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,75	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Summe Umsetzung	+608,98	+300	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	-175	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach BesGr A7
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	+175	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von BesGr A8
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Polizeidirektoren, Leitende +AZ Polizeidirektorinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A16 im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
A16 Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A16+AZ im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012

03 18
Landespolizei

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Auszubildende		7	7	7
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		16	16	16
	Zusammen		3.665,78	3.617,18	3.617,18
	Zugang/Abgang			-48,60	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 :				
	1) 68 Stellen dürfen nur mit Schwerbehinderten besetzt werden.				
	2) Das Staatsministerium des Innern wird im Rahmen der Erprobung und Umsetzung neuer Organisationsstrukturen ermächtigt, im Doppelhaushalt 2013/2014 Stellen der EGr 3 - 6 kostenneutral in bis zu 33 Stellen der EGr 8 umzuwandeln.				
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	21	21	21
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	184	184	184
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	3	3	3
	Zusammen		213	213	213
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		46	46	46
	Zusammen		46	46	46
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		26.174,17	26.812,56	27.112,56
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		59	59	59
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.665,78	3.617,18	3.617,18
			29.898,95	30.488,74	30.788,74
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		46	46	46
	Personalsoll B				
			46	46	46
	Gesamtsumme Personalsoll A + B				
			29.944,95	30.534,74	30.834,74
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		3,05	4,49	4,49
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		-	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr11
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr12
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr12
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von EGr9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach EGr10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	-	kostenneutrale Hebung von EGr8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	kostenneutrale Hebung nach EGr9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	-	kostenneutrale Hebung von EGr7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	kostenneutrale Hebung nach EGr8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	-	kostenneutrale Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	kostenneutrale Hebung nach EGr7
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+12	+17	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-12	-17	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+7	+15	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	-7	-15	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+7	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	-7	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
A8 Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+10	+10	kostenwirksame Hebung von EGr9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10	-10	kostenwirksame Hebung nach EGr10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+10	+10	kostenwirksame Hebung von EGr8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10	-10	kostenwirksame Hebung nach EGr9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+15	+15	kostenwirksame Hebung von EGr7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-15	-15	kostenwirksame Hebung nach EGr8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+15	+15	kostenwirksame Hebung von EGr6
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-15	-15	kostenwirksame Hebung nach EGr7
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+15	+15	kostenwirksame Hebung von EGr5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-15	-15	kostenwirksame Hebung nach EGr6
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
	+14	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14

03 18
Landespolizei

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A14 Polizeioberbeamte, Polizeioberbeamtinnen	-14	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
	+28	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	-28	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
	+116	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-116	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+555	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-555	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+376	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-376	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+178	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	-178	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+200	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	-200	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
	+190	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	-190	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr12
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr13
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+100,75	-	kostenwirksame Hebung von EGr8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-100,75	-	kostenwirksame Hebung nach EGr9
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+284,40	-	kostenwirksame Hebung von EGr5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-284,40	-	kostenwirksame Hebung nach EGr6
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+16	-	kostenwirksame Hebung von EGr3
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-16	-	kostenwirksame Hebung nach EGr4
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+589,79	+300	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	+3	-	neu
A14 Polizeioberbeamte, Polizeioberbeamtinnen	+5	-	neu
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	+5	-	neu
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+16	-	neu
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+43	-	neu

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+34	-	neu
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	+13	-	neu
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	+245	-	neu
A8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	+83	-	neu
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	+10	-	neu
Summe neu	+457	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+457	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+1	-	
ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+0,18	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+0,28	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Kriminalhauptmeister, +AZ Kriminalhauptmeisterinnen	+0,13	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	+0,87	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+1,46	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-0,02	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-0,02	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+1,44	-	

03 20
Bereitschaftspolizei
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin der Bereitschaftspolizei	B4	1	1	1
	Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei	B2	1	1	1
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	A16	7	10	10
	Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	A15	30	32	32
	Polizeioberräte, Polizeioberrätinnen	A14	14	17	17
	Polizeirealschuloberlehrer, Polizeirealschuloberlehrerinnen	A13+AZ	11	11	11
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	87	88	88
	Polizeirealschullehrer, Polizeirealschullehrerinnen <i>1 Stelle kann mit Arbeitnehmern in EGr 13 besetzt werden</i>		15	15	15
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	225	248	248
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	514	492	492
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	388	420	420
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A9+AZ	206	168	168
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	759	767	767
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A8	1.101	966	966
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A7	711	435,25	435,25
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin	A6	1	1	1
	Zusammen		4.071	3.672,25	3.672,25
	Zugang/Abgang			-398,75	-
	Leerstellen				
	Polizeidirektor, Polizeidirektorin	A15	1	1	1
	Polizeioberrat, Polizeioberrätin	A14	1	1	1
	Polizeirealschullehrer, Polizeirealschullehrerin	A13	1	1	1
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	3	4	4
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	3	4	4
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	3	6	6
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A8	42	42	42
	Zusammen		54	59	59
	Zugang/Abgang			+5	-
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A7	50	50	50
	Zusammen		50	50	50
422 21	Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung				
	Polizeikommissaranwärter, Polizeikommissaranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterinnen	A5,A9	370	370	370

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 21 (Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung)			
A5,A7 Polizeidienstanfänger, Polizeidienstanfängerinnen, Polizeimeisteranwärter, Polizeimeisteranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterinnen	+170	+250	neu (Nachersatz Polizeivollzug)
	+170	+250	neu (Nachersatz Polizeivollzug)
Summe neu	+340	+500	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	+2	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	-36,75	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E2 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-37,75	-	
Umsetzung			
Titel 422 21 (Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung)			
A5,A7 Polizeidienstanfänger, Polizeidienstanfängerinnen, Polizeimeisteranwärter, Polizeimeisteranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterinnen	-600	-300	Umsetzung und Umwandlung mit Vermerkänderung nach 03 18 / 422 01 BesGr A7
Summe Umsetzung	-600	-300	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	-125	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach BesGr A7
A7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	-364	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach 422 21 BesGr A5,A7 im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
	+125	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von BesGr A8

03 20
Bereitschaftspolizei
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 422 21	Polizeidienstanfänger, Polizeidienstanfängerinnen, Polizeimeisteranwärter, Polizeimeisteranwärterinnen, Polizeioberwachmeister, Polizeioberwachmeisterinnen a. 300 Stellen ku am 01.03.2013 nach BesGr A 7 (Polizei- meister) unter gleichzeitiger Umsetzung nach Kap. 03 18. b. 170 Stellen kw am 01.09.2015, 170 Stellen kw am 01.03.2016, 250 Stellen kw am 01.09.2016, 250 Stellen kw am 01.03.2017. c. 589 Stellen ku in 364 Planstellen der BesGr A 7 (Polizei- meister, Polizeimeisterin) am 31.12.2023. Zusammen Zugang/Abgang	A5,A7	2.142	2.471	2.671
			2.512	2.841 +329	3.041 +200
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 21 : 1) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 18 Tit. 422 21. 2) Die Stellen dürfen bei Bedarf für die Kap. 03 17 und 03 18 in Anspruch genommen werden. 3) Die Stellen dürfen auch mit Polizeisekretäranwärttern, Polizeisekretäranwärterinnen besetzt werden, die wegen Polizeidienstunfähigkeit das Beamtenverhältnis auf Widerruf fortsetzen.				
	Leerstellen Polizeidienstanfänger, Polizeidienstanfängerinnen, Polizeimeisteranwärter, Polizeimeisteranwärterinnen, Polizeioberwachmeister, Polizeioberwachmeisterinnen Zusammen	A5,A7	35	35	35
			35	35	35
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ -A3	-	5	5
		A9+AZ- A6	5	-	-
	Zusammen		5	5	5
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E15	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	34,50	37,50	37,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	20	17	17
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	113	113	113
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	113	138	138
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	190	166	166
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	17	17	17
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	187,50	186,50	186,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2Ü	E2Ü	7	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	12,50	11,50	11,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr KR 7a	KR7a	8	8	8
	Auszubildende		21	21	21
	Krautfahrer, Krautfahrerinnen		5	5	5
	Zusammen Zugang/Abgang		729,50	728,50 -1	728,50 -

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Titel 422 21 (Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung)			
A5,A7 Polizeidienstanfänger, Polizeidienstanfängerinnen, Polizeimeisteranwärter, Polizeimeisteranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterinnen	+589	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von 422 01 BesGr A7 im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
Summe Umwandlung	+225	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
	+3	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Polizeioberräte, Polizeioberrätinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
	+7	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-7	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+30	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-30	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+8	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-8	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+40	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	-40	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
A8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von EGr8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenwirksame Hebung nach EGr9
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+25	-	kostenwirksame Hebung von EGr5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-25	-	kostenwirksame Hebung nach EGr6
	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr4
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr5
	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr3

03 20
Bereitschaftspolizei
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
noch 428 01					
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 9	E9	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	1	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	11	11	11
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E2	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr KR 7a	KR7a	1	1	1
	Zusammen		30	31	31
	Zugang/Abgang			+1	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		4.071	3.672,25	3.672,25
422 21	Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung		2.512	2.841	3.041
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		729,50	728,50	728,50
	Personalsoll A		7.312,50	7.241,75	7.441,75
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		7.312,50	7.241,75	7.441,75
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		50	50	50

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
E3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-1 -	- -	kostenwirksame Hebung nach EGr4
Zu- und Abgang Personalsoll A	-70,75	+200	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umwandlung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte) A16+AZ-A3	+5	-	Umwandlung von BesGr A9+AZ-A6 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A9+AZ-A6	-5	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+1	-	neu
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+1	-	neu
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	+3	-	neu
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	neu
Summe neu	+6	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+6	-	

03 21
 Polizeiverwaltungsamt

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident, Präsidentin des Polizeiverwaltungsamts	B3	-	1	1
	Präsident, Präsidentin des Polizeiverwaltungsamts	B2	1	-	-
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	3	3	3
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	3	3	3
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	17	19	19
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	23	25	25
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	46	46	46
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	38	34	34
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A9+AZ	30	34	34
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A9	70	66	66
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A8	29	29	29
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A7	14	14	14
	Polizeisekretäre, Polizeisekretärinnen	A6	2	2	2
	Zusammen		277	277	277
	Leerstellen				
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	3	3	3
	Zusammen		3	3	3
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21: Vgl. Vermerk bei Kap. 03 18 Tit. 422 21.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ -A3	-	4	4
		A13+AZ -A9	4	-	-
	Zusammen		4	4	4
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	21	23	23
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	12	10	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	44	65	65
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	95	73	73
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	3	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 3	E3	1	1	1
	Zusammen		178	176	176
	Zugang/Abgang			-2	-
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	8	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	10	10	10
	Zusammen		18	18	18

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	
Summe Einsparung	-2	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B3 Präsident, Präsidentin des Polizeiverwaltungsamts	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr B2 im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
B2 Präsident, Präsidentin des Polizeiverwaltungsamts	-1	-	
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-2	-	
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
	-4	-	
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	-4	-	
A9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von EGr8
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach EGr9
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+21	-	kostenwirksame Hebung von EGr5

03 21
 Polizeiverwaltungsamt

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		277	277	277
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		178	176	176
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		455	453	453
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		455	453	453

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-21	-	kostenwirksame Hebung nach EGr6
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-2	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umwandlung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte) A16+AZ-A3	+4	-	Umwandlung von BesGr A13+AZ-A9 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
A13+AZ-A9	-4	-	
Summe Umwandlung	-	-	Umwandlung nach BesGr A16+AZ-A3 (Zusammenfassung der Stellen für abgeordnete Beamte)
Zu- und Abgänge insgesamt	-	-	

03 26
Feuerwehrsulen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Branddirektoren, Leitende Branddirektorinnen	A16	-	2	2
	Branddirektoren, Branddirektorinnen	A15	3	1	1
	Brandoberräte, Brandoberrätinnen	A14	3	6	6
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin		1	1	1
	Brandräte, Brandrätinnen	A13	4	5	5
	Brandamtsräte, Brandamtsrätinnen	A12	4	8	8
	Brandamt Männer, Brandamt Frauen	A11	19	36	36
	Brandoberinspektoren, Brandoberinspektorinnen	A10	3	3	3
	Brandinspektoren, Brandinspektorinnen	A9+AZ	3	3	3
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		1	2	2
	Brandinspektoren, Brandinspektorinnen	A9	2	22	27
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin		1	1	1
	Oberbrandmeister, Oberbrandmeisterinnen	A8	-	4	4
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin		1	-	-
	Zusammen		45	94	99
	Zugang/Abgang			+49	+5
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01: Bei Bedarf dürfen bis zu 6 Stellen der BesGr A15 mit A6 der Kap. 03 26 Tit. 422 01 und Kap. 03 08 Tit. 422 01 zum Zwecke des Stellentauschs gegenseitig in Anspruch genommen werden.				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Brandreferendare, Brandreferendarinnen	A13	2	2	2
	Zusammen		2	2	2
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E12	-	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	6	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	1	21	21
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	47	11	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	6	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	8	8,50	8,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	3	3,50	3,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2	E2	-	0,75	0,75
	Zusammen		71	52,75	47,75
	Zugang/Abgang			-18,25	-5
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 6	E6	1	1	1
	Zusammen		2	2	2
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		1	1	1
	Zusammen		1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Brandoberräte, Brandoberrätinnen	+3	-	neu im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
A13 Brandräte, Brandrätinnen	+1	-	neu im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
A12 Brandamtsräte, Brandamtsrätinnen	+4	-	neu im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
A11 Brandamt männer, Brandamt frauen	+17	-	neu im Vollzug des § 1 Nr. 3 Buchst. c des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	neu für die Lehrleitstelle
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	neu für die EDV-Administration
Summe neu	+29	-	
Umsetzung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
E2 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,75	-	Umsetzung und Umwandlung von 13 03/422 05 (Art. 6c Abs. 4 Haushaltsgesetz 2011/2012)
Summe Umsetzung	+1,75	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A9 Brandinspektoren, Brandinspektorinnen	+20	+5	Umwandlung von 428 01 EGr9
A8 Oberbrandmeister, Oberbrandmeisterinnen	+4	-	Umwandlung von 428 01 EGr8
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-20	-5	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A8
Summe Umwandlung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+6	-	kostenwirksame Hebung von EGr11
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach EGr12
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+20	-	kostenwirksame Hebung von EGr9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-20	-	kostenwirksame Hebung nach EGr10
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,50	-	kostenwirksame Hebung von EGr5
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	-	kostenwirksame Hebung nach EGr6
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	

03 26
Feuerwehrsulen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		32	32	32
	Zusammen		32	32	32
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		45	94	99
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		2	2	2
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		71	52,75	47,75
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		118	148,75	148,75
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		1	1	1
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		32	32	32
	Personalsoll B		33	33	33
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		151	181,75	181,75

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2013	2014	
1	2	3	4
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Branddirektoren, Leitende Branddirektorinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A15
A15 Branddirektoren, Branddirektorinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A16
A9 Regierungsinspektoren, +AZ Regierungsinspektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+1 -1	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+30,75	-	

**03A
Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2012	2013	2014
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht Einzelplan 03A				
422 01	Planmäßige Beamte		38.762,12	39.161,13	39.486,13
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		3.222	3.551	3.751
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		7.576,97	7.456,11	7.446,54
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		49.561,09	50.168,24	50.683,67
	Ferner:				
422 51	Planmäßige Beamte		5	5	5
422 85	Planmäßige Beamte		32	32	32
427 41	Praktikanten		10	10	10
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		462,50	441,67	444,67
428 13	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Statistische Erhebungen)		40	40	40
428 16	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth)		129	122	122
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		93	93	93
428 51	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		8	8	8
428 52	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		6	6	6
428 60	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		10	8	8
428 92	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		221	43	14,50
428 94	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		106	108	100
428 96	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		0,50	2,50	2,50
428 99	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		18	18	18
	Personalsoll B (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		1.141	937,17	903,67
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		50.702,09	51.105,41	51.587,34
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		3,55	5,58	5,58
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		54	53,80	53,80

